A 20111 F

SOZIALISTISCHE POLITIK

26

Okt. 1973

Solidarität mit Chile

Qualifikationsstruktur in der BRD und in der DDR

'Demokratischer Sozialismus'

Internationale Friedenspolitik

Chinesische Außenbeziehungen

SOZIALISTISCHE POLITIK
Herausgegeben in Westberlin
1 Berlin 41 – Postfach 270

SOZIALISTISCHE POLITIK

5. Jahrgang Nr. 26 Okt. 1973

		Seite
Salvador Allende	An das chilenische Volk	1
Internationale Solidaritäts-konferenz	Ein Programm breiter Hilfsaktionen für Chiles Patrioten	3
AUFSÄTZE UND ANALYSEN		
Lothar Peter	Probleme und Tendenzen der Qualifikations-struktur der Arbeiterklasse im staatsmonopo-listischen Kapitalismus	7
Christoph Ziegenrücker	Probleme der Strukturentwicklung der Arbei-terklasse in der DDR	27
KURZANALYSEN UND BERICHTE		
Hans Sarkander	Internationale Friedenspolitik und Westberlin	61
Wilma Gensinger,	Kurt Schumacher oder der Auftrag des soge-nannten "demokratischen Sozialismus"	71
DISKUSSION UND BESPRECHUNG		
Rüdiger Mischkowski	Chinesische Außenbeziehungen	91
Hellmut Lange	Klassenlage und Bewußtseinsformen tech-nisch-wissenschaftlicher Lohnarbeiter im Allgemeinen	101

Verlag und Vertrieb
SOZIALISTISCHE POLITIK GmbH
1 Berlin 41, Postfach 270

ISSN 0005 - 9374

Herausgegeben vom Redaktionskollektiv (gemeinsam verantwortlich auch für Anzeigen): Bernard Langfermann, Frank Stern, Hella Stern

Redaktion und Werbung unter der angegebenen Anschrift

Postscheckkonto Berlin West 620 10 - 107
Anzeigenpreisliste 2/70

Satz, Druck:
Verlag und Druck Informdienst GmbH
Westberlin

Jährlich erscheinen insgesamt 6 Nummern. Der Preis des Einzelheftes beträgt DM 4,–, der des Doppelheftes DM 8,– zuzüglich Porto. Im ermäßigten Jahresabonnement (Bezug nur direkt vom Verlag) beträgt der Preis des Einzelheftes DM 3,–, der des Doppelheftes DM 6,–. Das Jahresabonnement (6 Nummern) beträgt DM 18,– zuzüglich DM 2,– Porto, insgesamt also DM 20,–.

Nachdruck und Übersetzung ist nach Rücksprache mit dem Redaktionskollektiv möglich. Sonderdrucke auf Anfrage.

Beilagenhinweis:
Dieser Ausgabe liegen ganz oder teilweise bei ein Prospekt der Deutschen Volkszeitung, des IMSF, des Informationszentrums Buch, des Verlages Das Europäische Buch, des Verlages Pahl-Rugenstein sowie eine Bestellkarte der SOPO.

Die letzte Rede von Präsident Salvador Allende an das chilenische Volk

Mitbürger!

Dies wird höchstwahrscheinlich die letzte Gelegenheit sein, daß ich mich an Sie wenden kann. Die Luftwaffe hat die Sendetürme von Radio Portales und Radio Corporacion bombardiert.

Meine Worte enthalten keine Bitterkeit, jedoch Enttäuschung. Sie werden die moralische Strafe sein für diejenigen, die ihren Schwur verraten haben: Soldaten Chiles, ernannte Oberbefehlshaber, Admiral Meriono, der sich selbst ernannt hat, der Herr Mendoza, dieser niederträchtige General, der noch gestern der Regierung seine Treue und Ergebenheit bekundete und sich heute zum Generaldirektor der Carabineros ernannt hat.

Angesichts dieser Tatsachen bleibt mir nichts anderes, als vor den Werktätigen zu bekräftigen:

Ich werde nicht zurücktreten!

In eine Periode historischen Übergangs gestellt, werde ich die Treue des Volkes mit meinem Leben entgelten. Und ich sage Ihnen: Ich habe die Gewißheit, daß die Saat, die wir in das würdige Bewußtsein Tausender und aber Tausender Chilenen gepflanzt haben, nicht herausgerissen werden kann. Sie haben die Gewalt, sie können uns unterjochen. Aber die sozialen Prozesse kann man weder durch Verbrechen noch durch Gewalt aufhalten. Die Geschichte ist unser, sie wird von den Völkern geschrieben.

Werktätige meines Vaterlandes!

Ich danke Ihnen für die stets bekundete Treue, für das Vertrauen, das Sie in einen Mann gesetzt haben, der nur die Verkörperung der Sehnsucht nach Gerechtigkeit war, der sein Wort gab, Verfassung und Gesetze zu achten, und der dies tat. In diesem entscheidenden Moment, dem letzten, in dem ich mich an Sie wenden kann: Mögen Sie diese Lehre beherzigen. Das Auslandskapital, der Imperialismus, vereint mit der Reaktion, schufen das Klima, damit die Streitkräfte mit ihrer Tradition brachen, die sie General Schneider lehrte und die Comandante Araya bekräftigte. Sie wurden Opfer des gleichen sozialen Sektors, der heute darauf lauert, mit fremder Hilfe die Macht zurückzuerobern, um so seinen Besitz und seine Privilegien zu verteidigen.

Ich wende mich vor allem an die einfache Frau unseres Landes, an die Bäuerin, die an uns glaubte, an die Arbeiterin, die noch mehr schuf, an die Mutter, die um unsere Sorge um die Kinder wußte. Ich wende mich an die Vertreter der wissenschaftlich-technischen Intelligenz unseres Landes, an all die Patrioten unter ihnen, die seit Tagen gegen die Verschwörung der Berufsverbände arbeiten, jener Klassenverbände, die nur die Vorteile, die die kapitalistische Gesellschaft einigen wenigen einräumt, verteidigen.

Ich wende mich an die Jugend, an die, die sangen, die sich mit Fröhlichkeit und Kampfgeist einsetzten. Ich wende mich an die Männer Chiles, die Arbeiter, Bauern, Intellektuellen, an diejenigen, die verfolgt sein werden; denn in unserem Lande wütet der Faschismus schon seit vielen Stunden mit Terroranschlägen, sprengt Brücken, blockiert Eisenbahnlinien und zerstört Öl- und Gasleitungen.

Demgegenüber steht das Schweigen derjenigen, die die Verpflichtung gehabt hätten, dagegen vorzugehen. Die Geschichte wird sie richten!

Sicherlich wird Radio Magallanes zum Schweigen gebracht, und der ruhige Klang meiner Stimme wird nicht zu Ihnen gelangen. Das macht nichts. Sie werden mich weiter hören, ich werde immer unter Ihnen sein, zumindest die Erinnerung an mich, an einen würdigen Menschen, der der Sache des werktätigen Volkes die Treue hielt.

Das Volk soll sich verteidigen, aber es soll sich nicht opfern. Das Volk darf sich nicht unterjochen und quälen lassen, aber es kann sich auch nicht erniedrigen lassen.

Werktätige meines Vaterlandes!

Ich glaube an Chile und seine Zukunft. Andere nach mir werden auch diese bitteren und dunklen Augenblicke überwinden, in denen der Verrat versucht, sich durchzusetzen. Sie sollen wissen, daß eher früher als später wahre Menschen auf breiten Straßen marschieren werden, um eine bessere Gesellschaft aufzubauen.

Es lebe Chile! Es lebe das Volk! Es leben die Werktätigen! Dies sind meine letzten Worte. Ich habe die Gewißheit, daß mein Opfer nicht umsonst sein wird. Ich habe die Gewißheit, daß es zumindest eine moralische Lektion sein wird, die die Feigheit und den Verrat strafen wird.

Tätige Solidarität mit dem Volk Chiles

Spenden an die Bank für Gemeinwirtschaft, Zweigstelle 1, Berlin 41, Schloßstraße, Konto-Nr. 1 110 216 900 oder Postscheckkonto Nr. 82 800 für Konto-Nr. 1 110 216 900 der Bank für Gemeinwirtschaft. Kennwort: Solidarität mit Chile.

Ein Programm breiter Hilfsaktionen für Chiles Patrioten

Empfehlung der Konferenz in Helsinki für die Solidarität mit dem chilenischen Volk

Die internationale Solidaritätskonferenz für das chilenische Volk begrüßt mit tiefer Befriedigung die zahllosen und sehr verschiedenen Aktionen, die seit dem 11. September in der ganzen Welt zur Bekundung der Verurteilung des faschistischen Putsches und zur Unterstützung Chiles unternommen werden. Diese Bekundungen kommen von Regierungen, Parlamenten, politischen Parteien, Arbeiter-, Jugend- und Frauenorganisationen, Friedensbewegungen, kulturellen, religiösen, humanitären und anderen Organisationen.

Die Konferenz ist der Ansicht, daß damit die Voraussetzungen geschaffen worden sind, schnellstens auf allen Gebieten breiteste und machtvollste Aktionen zu entfalten für die rasche Beendigung der Leiden und der Ermordung zahlreicher Chilenen, zur Gewährleistung der weltweiten Verurteilung und Isolierung der faschistischen Militärjunta und zur Bekundung breitester und wirksamster moralischer, politischer und materieller Solidarität für die Organisationen und das Volk Chiles, eine Solidarität, die seinen Sieg vorbereiten und beschleunigen soll.

Folglich schließt sich die Konferenz dem Appell an, der am 18. September 1973 (dem 163. Jahrestag der nationalen Unabhängigkeit Chiles) von Führern aller Parteien der Volkseinheit und anderen chilenischen patriotischen Persönlichkeiten in Rom erlassen wurde. In diesem Appell wird breiteste internationale Unterstützung für den Widerstand und den Kampf des chilenischen Volkes gefordert. Er stellt ein Dokument dar, das weit verbreitet werden sollte.

Die Konferenz schlägt daher vor, daß in allen Ländern und auf internationaler Ebene die Aktionen aller Art verstärkt werden, um die Weltsolidarität wahrhaft effektiv werden zu lassen.

Sie beschließt, folgendes zu empfehlen:

* In jedem Land entsprechend seinen Bedingungen und seinen eigenen Möglichkeiten breite einheitliche und aktive nationale Solidaritätskomitees zu bilden

* Eine große Informationskampagne durchzuführen, um die Verbrechen der Militärjunta zu verurteilen, vor allem durch Konferenzen, Debatten usw. und den intensiven Einsatz der Massenmedien

* Bildung eines internationalen Tribunals, bestehend aus weltbekannten Juristen, um diese Verbrechen zu richten

* Vorbereitung eines "Schwarzbuches", das Dokumente über die seit dem faschistischen Staatsstreich in Chile begangenen Grausamkeiten enthält

* Übermittlung von Botschaften, Erklärungen und Resolutionen an die Vereinten Nationen, an ihre Spezialorganisationen und andere zwischenstaatliche Organisationen sowie

an Regierungen mit der Forderung, dringend zu intervenieren, damit mit den Massakern an Chilenen Schluß gemacht und die Militärjunta in diesen internationalen Gremien öffentlich gebrandmarkt wird.

Im Zusammenhang mit diesem Punkt beschließt die Konferenz, eine Delegation zu nominieren, die sich zum Sitz der Vereinten Nationen begeben soll, um mit dem Generalsekretär der UNO und dem gegenwärtigen Präsidenten der Vollversammlung zusammenzutreffen.

* Demonstrationen, Meetings und andere Formen von Volkskundgebungen

* Sofortige Kampagnen zur Sammlung von Unterschriften in Solidarität mit dem chilenischen Volk, um die Beendigung der Morde, der Folterungen und der Verhaftungen zu fordern und die Militärjunta anzuprangern

* Übersendung von Telegrammen und Schreiben an die faschistische Junta, in denen sie verurteilt wird, und andererseits von Botschaften an die Chilenen, um sie der Sympathie und vollen Unterstützung der Völker zu versichern

* An die Adresse der Regierungen gerichtete Kampagnen, um sie zu veranlassen, Maßnahmen zur Isolierung der Militärjunta zu ergreifen, verschiedene Sanktionen – sowohl moralischer als auch politischer und ökonomischer Art – anzuwenden und dahingehend zu wirken, daß die Junta in keiner Weise Waffen für die Ermordung des chilenischen Volkes erhält. In diesem Zusammenhang unterstützt die Konferenz energisch den Beschluß der französischen Hafenarbeiter, die für dieses unmenschliche Regime bestimmten Waffen nicht zu verladen, sowie den Beschluß der Arbeitergewerkschaften Frankreichs, Venezuelas, Argentiniens und anderer Länder, die in Solidarität mit dem chilenischen Volk zu großen Streiks aufgerufen haben

* Manifestationen jeder Art gegen die Vertreter der Militärjunta, die in andere Länder reisen, um ihnen gegenüber die empörte Verurteilung der Völker zum Ausdruck zu bringen. Gleichzeitig in jedem Lande Unterstützung des Besuchs von Führern der Volkseinheit und anderer Persönlichkeiten, die wahre Vertreter des chilenischen Volkes sind

* Eine breite Kampagne zur materiellen Unterstützung der Opfer und der Widerstandsbewegungen Chiles durch Volkssammlungen und andere Initiativen

* Entsendung von Juristendelegationen, Delegationen von humanitären, religiösen und anderen Organisationen nach Chile, die dort Untersuchungen vornehmen und die ganze Welt über die wahre Lage in Chile informieren sollen

* Verschiedene Manifestationen gegen die multinationalen Gesellschaften, besonders gegen die ITT und die Kennecott, welche die Verschwörung gegen Chile ausgelöst haben

* Politischer und diplomatischer Druck, Druck von seiten der Bevölkerung und anderer Druck für die Beendigung der Verfolgung von politischen Emigranten in Chile und für ihre Aufnahme in anderen Ländern

* Angehörige verschiedener Berufe und Spezialgebiete aufzufordern, besondere Initiativen zu ergreifen, um ihre chilenischen Kollegen zu retten und ihre Freilassung zu bewirken: Arbeiter, Jugendliche, Frauen, Künstler, Freischaffende, Intellektuelle, Akademiker usw.

* Jeder Initiative und Solidaritätsaktion, die gegenwärtig durchgeführt wird oder sich im nationalen, regionalen und internationalen Maßstab in Vorbereitung befindet, zu unterstützen

* Die Initiativen breiter Schichten der Jugend zu unterstützen, die auf der am 22. September 1973 in Paris von verschiedenen internationalen und nationalen Jugendorganisationen organisierten Konferenz angeregt wurden

* Den Weltkongreß der Friedenskräfte zu unterstützen, der vom 25. bis 31. Oktober in Moskau stattfindet, und der eine Gelegenheit ist, große Solidaritätsaktionen für Chile zu realisieren und anzuregen

* Den 4. November – den dritten Jahrestag der Übernahme der Präsidentschaft der chilenischen Republik durch Dr. Salvador Allende – zu einem internationalen Tag zu erklären, um des Helden im Kampf für die nationale Unabhängigkeit ehrend zu gedenken und verschiedene Feierlichkeiten durchzuführen, in denen sein Leben, sein Werk und sein Wirken gewürdigt werden (zum Beispiel durch Benennung von Straßen, Plätzen, Schulen, öffentlichen Institutionen, Massenorganisationen usw. mit seinem Namen). Diese Würdigung sollte ebenfalls zum Ziel haben, die Unterstützung für das chilenische Volk noch mehr zu erweitern

* Mit allen Mitteln die bewegende letzte Botschaft zu verbreiten, die Salvador Allende unter dem Bombenhagel der faschistischen Junta an sein Volk richtete. Hierbei sollten Schallplatten und Kassetten, Rundfunksendungen, Zeitungen und spezielle Veröffentlichungen mit verwendet werden.

Um diese wichtigen und dringenden Aktionen zu koordinieren und ihre Realisierung voranzutreiben, hält die Konferenz es für angebracht, ein allen Organisationen offenstehendes internationales Verbindungskomitee zu bilden. Die Konferenz hat den Wunsch, daß das finnische Patenschaftskomitee zu diesem Zweck die Funktion eines Koordinierungskomitees übernimmt. Sein unmittelbares Ziel soll darin bestehen, schnellstens mit allen Schichten, Kräften und Organisationen – ob sie an dieser Konferenz teilgenommen haben oder nicht – Konsultationen aufzunehmen, um unverzüglich eine sehr breite, weltweite Solidaritätsbewegung – auf die Vielfalt der Kräfte gestützt, welche auf nationaler und internationaler Ebene die chilenische Sache unterstützen – für das chilenische Volk ins Leben zu rufen.

Bücher zum Thema Chile

Acquaviva/Foumiel/Giloudes/Marcelin
Das Chile der Volkseinheit
Verlag Marxistische Blätter GmbH, Frankfurt/M.,
Reihe Marxismus aktuell 47
164 Seiten, Br., DM 6,50

Breuer/Hartmann/Lederer
Revolution in Lateinamerika
Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln,
167 Seiten, Br., DM 9,80

Arc-Martinez
Lateinamerika — Hinterhof des US-Imperialismus
Stimme-Verlag, Frankfurt/M.,
86 Seiten, Br., DM 8,80

H.-J. Harrer
Die Revolution in Mexico 1910—1917
Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln,
Sammlung Junge Wissenschaft,
272 Seiten, Br., DM 14,80

Klassen und Klassenkampf in den Entwicklungsländern
Bd. 3 Die Wahl des Weges
Herausg. Institut f. Weltwirtschaft, UdSSR, Staatsverlag der DDR, Berlin,
360 Seiten, Ln., DM 18,50

M. Uschnar
Entwicklungspolitik
Expansion — Globalstrategie — Lateinamerika als Schauplatz des westdeutschen Neokolonialismus
Staatsverlag der DDR, Berlin,
204 Seiten, Brosch., DM 9,80

Asien — Afrika — Lateinamerika
Bilanz — Berichte — Chronik 1972
Deutscher Verlag der Wissenschaften VEB, Berlin,
388 Seiten, Ln., DM 28,80

Asien — Afrika — Lateinamerika
Bilanz — Berichte — Chronik 1970
392 Seiten, Ln., DM 27,—

Asien — Afrika — Lateinamerika
Bilanz — Berichte — Chronik 1969
391 Seiten, Ln., DM 25,—

Der antiimperialistische Kampf in Lateinamerika
Kleines Nachschlagewerk
Dietz-Verlag, Berlin, 480 Seiten, Graphiken und Karten, Br. DM 7,50
Das Buch enthält u. a. das Programm der Sozialistischen Partei Chiles, sowie antiimperialistisch-demokratische Einheitsfrontprogramme. Die Einführung gibt einen Überblick über die Hauptprobleme des revolutionären Prozesses.

Roja/Rodriguez Calderon
Tanja — La Guerrillera
Militärverlag der DDR, Berlin,
220 Seiten, Ln., DM 7,—

E. Panitz
Christobal und die Insel
Novellen
Militärverlag der DDR, Berlin,
240 Seiten, Ln., DM 6,80

J. de Castro
Der Krebskreis
Erzählung
Verlag Neues Leben, Berlin,
206 Seiten, Ln., DM 5,80

Th. Billhardt/Hackethal/Klein
Santiago de Chile, Hoffnung eines Kontinents
Bild-Text-Band
Verlag Volk und Welt, Berlin,
164 Text- und 144 z. T. farb. Bildseiten, DM 19,80

Cortázar
Der andere Himmel
Erzählungen
Aufbau-Verlag, Berlin,
195 Seiten, Kart. DM 5,40

L. Otero
Wehe dir, große Stadt
Aus dem Spanischen,
Roman aus dem Kuba am Vorabend der Revolution
Verlag Volk und Welt, Berlin,
400 Seiten, Ln., DM 8,60

BRÜCKEN-VERLAG GMBH

Literaturvertrieb Import Export
4 Düsseldorf, Postfach 1928, Tel. 0211 / 35 38 83 / 84

Einzelbezieher bestellen bitte bei der nächsten collectiv-Buchhandlung

Aufsätze und Analysen

Probleme und Tendenzen der Qualifikationsstruktur der Arbeiterklasse im staatsmonopolistischen Kapitalismus

I. Reproduktion und Qualifikation der Arbeitskraft

Mit der gesellschaftlichen Dynamik der Produktivkräfte, der wachsenden Kampfkraft der Arbeiterklasse und anderer werktätiger Schichten gegen die Monopolbourgeoisie und insbesondere auch mit dem immer stärkeren Einfluß des sozialistischen Weltsystems auf alle Lebensprozesse der imperialistischen Länder verändern sich nicht nur die Reproduktions- und Verwertungsbedingungen des Kapitals, sondern zugleich die Reproduktionsbedingungen der Arbeiterklasse als der Hauptproduktivkraft des gesellschaftlichen Reichtums. Die fortschreitende Vergesellschaftung der Arbeit, die sich auf der Grundlage des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in einer sich ständig vertiefenden Arbeitsteilung und komplexer werdenden Kombination von Teilprozessen des gesamten gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses ausdrückt, verschärft ebenso den allgemeinen Widerspruch zwischen der gesellschaftlichen Natur der Produktion und ihrer kapitalistischen Hülle wie sie spezifisch neue Formen der Reproduktion des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters – und vor allem seiner wichtigsten sozialökonomischen Kategorie, der Arbeiterklasse – hervorbringt: "Heute, da diese Prozesse gewaltig vorangeschritten sind, verlangt die Vergesellschaftung der Produktion neue Maßstäbe der Kapitalanlage und ihrer Beherrschung, die zu entsprechenden neuen Auswirkungen auf die gesamte gesellschaftliche Produktion und die gesamte Arbeiterklasse und ihre Beziehungen zum gesamten ökonomischen, politischen und sozialen System des Kapitalismus führen." (1)

Nicht allein der Prozeß der Kapitalverwertung erfordert Mechanismen, die, indem sie dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion Rechnung tragen, zugleich das Herrschaftssystem der privaten Aneignung der Produktionsergebnisse sichern sollten und damit den Antagonismus von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen zuspitzen; auch die Reproduktion der Arbeiterklasse selbst verlangt gesellschaftliche Voraussetzungen, die mit den Fesseln der kapitalistischen Produktionsweise immer unverträglicher werden. Weitaus deutlicher noch als in der veränderten Naturalstruktur der individuellen Konsumtion, die wiederum nur Ausdruck des Zusammenhangs von geschichtlicher Produktivkraftentwicklung und gesellschaftlicher Bedürfnisentwicklung ist, spiegeln vor allem die Formen der dem Kapitalismus objektiv wesensmäßig fremden gesellschaftlichen Konsumtion die historische Überlebtheit der kapitalistischen Produktionsweise auch von der Seite der

---

1 Peter Hess, Kurt Zieschang: "Das Finanzkapital – Der Zusammenhang zwischen Kapitalverwertung und Kapitalmacht im heutigen Kapitalismus", in: WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFT, Nr. 11/1972, S. 1677.

Reproduktion der Arbeitskraft wider. Die für die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse fortwährend an Bedeutung gewinnenden Fragen der Ökologie, der Raumordnung, der Infrastruktur, der Erholung und Ausbildung treten nicht additiv als Faktoren der individuellen Konsumtion in Erscheinung, sie sind vielmehr immanente Bestandteile der Vergesellschaftung der Reproduktion der Arbeitskraft (2). Da sich die Reproduktion der Arbeitskraft in zunehmendem Maße auf Bereiche der gesellschaftlichen Konsumtion verlagert, kann sie nur noch begrenzt über den individuellen Lohn als Geldanweisung des Kapitalisten auf ein bestimmtes Quantum von in der Zirkulationssphäre als Waren käuflichen Subsistenzmitteln bestritten werden, obwohl der Lohn nach wie vor die entscheidende Reproduktionsvoraussetzung der Lohnarbeiter auch unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus bleibt. In dem Maße, in dem die gesellschaftliche Entwicklung der Produktivkräfte und der Arbeit auch den Charakter der Reproduktion der Ware Arbeitskraft bestimmt, läßt sich jedoch deren Reproduktion weder wertmäßig nach stofflich unmittelbar auf der Ebene des Einzelkapitals im Verhältnis von Lohn und Profit realisieren: "Das bedeutet, daß die Reproduktion der wichtigsten Produktivkräfte schon nicht mehr nur im Verwertungsprozeß des Einzelkapitals, durch Aufteilung des in seinem Rahmen produzierten Neuwerts, möglich ist. Sie verlangt insbesondere den Einsatz des Staates; die heutige Rolle des Staates läßt sich nicht zuletzt aus dieser Notwendigkeit erklären" (3).

Die Funktion des Staates besteht in diesem Zusammenhang wesentlich darin, unter Abstraktion von der Verwertung der Einzelkapitale einen wachsenden Anteil des gesellschaftlichen Gesamtprodukts für die Finanzierung von gesellschaftlichen Reproduktionskosten zu übernehmen, die vom Standpunkt des Einzelkapitals betrachtet als Abzug vom Mehrwert oder Verringerung der akkumulierbaren Kapitalmasse, also daher als faux frais erscheinen, für die erweiterte Reproduktion des Gesamtkapitals, vor allem des monopolistischen Kapitals, durch den gesellschaftlichen Charakter der Produktion notwendig gesetzt sind.

Hinsichtlich der immateriellen Produktion des Arbeitsvermögens, deren staatliche Finanzierung die Entwertung von variablem Kapital vermittelt und einen beträchtlichen Teil der nicht mehr vom Einzelkapital aufgebrachten Kosten der gesellschaftlichen Reproduktion beansprucht, folgt daraus die allgemeine, in sich widersprüchliche Tendenz des Kapitals, den Wert der Arbeitskraft möglichst niedrig zu halten, ihren Gebrauchswert im doppelten Sinn (als Verwertungsmittel des Kapitals und als Vermögen, konkrete Arbeit zu verausgaben), aber gleichzeitig den objektiven Reproduktionsbedingungen und ihrer Bewegung anzupassen (4). Es liegt daher im elementaren Interesse der Angehörigen der Arbeiterklas-

2 Vgl. DER STAATSMONOPOLISTISCHE KAPITALISMUS (Autorenkollektiv der FKP und der Zeitschrift "economie et politique), Frankfurt a.M. 1972, S. 270.

3 Peter Hess, Kurt Zieschang: "Das Finanzkapital ...", a.a.O., S. 1679.

4 "Die staatliche Finanzierung bietet die Möglichkeit, diese Ausgaben wirtschaftlich zu gestalten und auf das Notwendigste zu beschränken, denn es sind sogenannte unproduktive Kosten für die kapitalistische Produktion. Sie werden durch staatliches Kapital abgedeckt, das keinen – wie es aber jedes Privatkapital tun würde – Profit fordert. Während aber auf der einen Seite der wissenschaftlich-technische Fortschritt auf diesen Gebieten weitaus größere Ausgaben erforderlich macht – vor allem im Bildungswesen und in der Forschung –, zwingen die anderen Erfordernisse der staatlichen Finanzierung zur Rationierung dieser Ausgaben. Damit wird nicht nur der soziale Fortschritt untergraben, sondern in der Perspektive auch der Fortschritt der Produktion und der Produktivität selbst." ("Der staatsmonopolistische Kapitalismus", a.a.O., S. 45).

se und aller Lohnarbeiter, eine möglichst hohe Qualifikation zu erlangen, um sich unter den Bedingungen der kapitalistischen Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und dem aus ihr entspringenden moralischen Verschleiß von Qualifikationen sowie mannigfachen Formen der sozialen Unsicherheit reproduzieren zu können, denn die Qualifikation schließt sowohl wichtige Elemente der Wert- resp. Preisgröße der Ware Arbeitskraft als auch ihre stoffliche Besonderheit in bezug auf die sachlichen Anforderungen des Arbeitsprozesses auf einem bestimmten Niveau der Naturaneignung und der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit ein. Um die Existenzbedingungen der Arbeiterklasse wirksam verteidigen zu können, wird sich der Kampf der Arbeiterbewegung in den imperialistischen Ländern verstärkt auch auf jene Bereiche erstrecken, in denen sich die immaterielle Produktion und Reproduktion des Arbeitsvermögens vollzieht und die entscheidenden Voraussetzungen für die zukünftige Reproduzierbarkeit der als Ware verkauften und zur Mehrwertproduktion (bzw. zur Aneignung unbezahlter Mehrarbeit) vom Kapital konsumierten Arbeitskraft geschaffen werden. Der Qualifikation kommt indes nicht nur zentrale Bedeutung für die Reproduktion der Arbeitskraft zu, denn sie bildet zugleich ein objektives Vermittlungsmoment der bewußten Durchdringung und Erkenntnis des Widerspruchs zwischen der objektiven Bewegung des Reproduktionsprozesses zum einen und ihrer formbestimmten gesellschaftlichen Organisation zum anderen, stellt sich mithin als ein konstituierendes Moment von Klassenbewußtsein dar: "Die Qualität der Schule und der Ausbildung, die Möglichkeiten der Weiterbildung gewinnen ständig wachsende Bedeutung für die arbeitenden Menschen. Sie brauchen eine Ausbildung, die der Entwicklung der modernen Produktivkräfte entspricht und ihnen ermöglicht, die Veränderungen im Berufsleben zu meistern. Auch um sein Klassenbewußtsein besser zu entwickeln und erfolgreicher für seine Rechte zu kämpfen, braucht der arbeitende Mensch eine seinen Interessen dienende Bildung und Weiterbildung." (5)

Der Begriff der Qualifikation bezeichnet im Kapitalismus die Spezifizierung des Arbeitsvermögens, bestimmte durch die Natur und die gesellschaftliche Form des Arbeitsprozesses herausgebildete Funktionen in Produktion und Zirkulation des Kapitals oder zur Aufrechterhaltung der allgemeinen Produktionsbedingungen auszuüben. Dagegen bezeichnet der Begriff des Arbeitsvermögens die auf einer gegebenen Stufe der Kapitalentwicklung erforderlichen Voraussetzungen der Individuen, ihr Leben reproduzieren zu können (6). Während die Herstellung des Arbeitsvermögens allgemeine Grundkenntnisse natürlicher und sozialer Zusammenhänge sowie die Fähigkeit umfaßt, sich gemäß den durch den Charakter der Produktionsverhältnisse geprägten sozialen Verkehrsnormen der Individuen untereinander zu verhalten, kristallisiert die Qualifikation bestimmte Elemente des Arbeitsvermögens, die besonderen stofflichen und gesellschaftlichen Anforderungen des Reproduktionsprozesses entsprechen. Beinhaltet das Arbeitsvermögen Elemente, die – bezogen auf einen gegebenen Stand der Produktivkräfte und gegebene Formen kapitalistischer Produktionsverhältnisse – in allen Individuen relativ gleichmäßig ausgebildet sind, weil sie aus den Durchschnittsanforderungen an das gesellschaftliche Arbeitsvermögen hervorgehen, so differenziert die Qualifikation das Arbeitsvermögen gemäß den konkreten Anfor-

5 These 15 des Düsseldorfer Parteitags der Deutschen Kommunistischen Partei, in: PROTOKOLL DES DÜSSELDORFER PARTEITAGS DER DKP, Düsseldorf o.J., S. 319.

6 Daß Marx selbst nicht den Begriff der Qualifikation oder einen anderen Begriff desselben Inhalts verwendet, hängt meiner Auffassung nach hauptsächlich mit der geringen Differenzierung des Gesamtarbeiters in der Phase der Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise zusammen.

derungen verschiedener kapitalistischer Arbeitsprozesse innerhalb der Grenzen, die den einzelnen Gruppen des Gesamtarbeiters durch ihre sozialökonomischen Beziehungen gezogen sind.

Insofern nun im Kapitalismus der Arbeitsprozeß dem Verwertungsprozeß untergeordnet ist und die Arbeitskraft als Verwertungsmittel des Kapitals dient, ist auch die Qualifikation des Arbeitsvermögens der Lohnarbeiter nicht nur auf die Veräußerung konkreter, Gebrauchswerte erzeugender Arbeit gerichtet, sondern impliziert notwendig Momente, die dem Charakter der Produktionsverhältnisse als Herrschaftsverhältnisse des Kapitals inhärent sind. Schließt die Qualifikation der Werktätigen in den sozialistischen Staaten die systematische Aneignung des Marxismus-Leninismus als Voraussetzung der Verausgabung gesellschaftlicher nützlicher Arbeit ein, (weil der Marxismus-Leninismus theoretisch – und praktisch in der Gestalt der revolutionären Partei der Arbeiterklasse – zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte, ihrer gesellschaftlichen Organisation und dem Zweck der Produktion, nämlich unmittelbar gesellschaftliche Produktion zu sein, im Interesse aller Werktätigen vermittelt) (7), so gehen in die Qualifikation der kapitalistisch angewandten Arbeitskraft spezifische Elemente ein, die im Widerspruch zur Produktivkraftentwicklung und damit auch zu den objektiven Interessen ihres sozialökonomischen Hauptträgers, der Arbeiterklasse, stehen. Diese Qualifikationsbestandteile sind im Herrschaftsinteresse der Kapitalistenklasse und ihrer im staatsmonopolistischen Kapitalismus entscheidenden Abteilung, der Monopolbourgeoisie, begründet. Dennoch muß auch die Qualifizierung des Arbeitsvermögens im Kapitalismus in gewissem Maß den stofflichen Bedingungen des Produktionsprozesses Rechnung tragen.

Obwohl das Kapital seiner inneren Natur zufolge nach absoluter Verwertung der Arbeitskraft strebt, stößt es notwendig auf die durch den Doppelcharakter aller Waren gesetzten Bedingungen ihrer Gebrauchswerteigenschaft. Dieser Eigenschaft können sich die Waren als Tauschwerte nicht entledigen, auch wenn der Gebrauchswert nur als Träger von Wert fungiert. Die Waren müssen konkrete Bedürfnisse befriedigen, um sich als Tauschwerte realisieren zu können. Ihre Eigenschaft, konkrete Bedürfnisse des Käufers zu befriedigen, setzt aber voraus, daß sie sich nicht nur als "Gallerte unterschiedsloser menschlicher Arbeit" (8), als Warenwerte darstellen, sondern zugleich Vergegenständlichung und Form nützlicher gesellschaftlicher Arbeit sind. Die Gebrauchswertbestimmtheit der Ware im Produktionsprozeß unterscheidet sich vom Zirkulationsprozeß insofern, als sie sich als Produktionsmittel im Arbeitsgegenstand und Arbeitsmittel differenziert und erst durch das von lebendiger Arbeit – und nur durch sie – vermittelte Zusammenwirken von Arbeitsinstrument und Arbeitsgegenstand ihre zweckgemäße Form erhält (9). Auch die Arbeitskraft – wie jede andere Ware – muß in diese zweckgemäße Form verwandelt werden, woran die Tatsache nichts ändert, daß der Gebrauchswert ihrer Ware für den Kapitalisten darin besteht, Wert und Mehrwert zu produzieren; denn diese Wirksamkeit kann die Arbeitskraft nur dadurch erhalten, daß sie zugleich Gebrauchswerte im Sinne gesellschaftlicher nützlicher Arbeit erzeugt. Die lebendige Arbeit, die durch ihr spezifiziertes Arbeitsvermögen, ihre Qualifikation, in der Weise auf die gegenständlichen Momente des Arbeitsprozesses einwirken kann, daß die Produktionsmittel in die zweckgemäße Form des Produkts verwandelt werden, bedarf deshalb auch im Kapitalismus bestimmter Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen, die den inneren Gesetzen der Verwandelbarkeit der Produktionsmittel und der Natur des Arbeitsprozesses entsprechen (10). Aus diesem Grunde wird die Gleichgültigkeit des Kapitals gegenüber seiner Anlagesphäre, gegenüber den konkreten objektiven und subjektiven Produktionsbedingungen relativiert (11).

Das Kapital, zumal das monopolistische Kapital, wird jedoch kontinuierlich versuchen, direkt oder vermittelt über den Staat, die Qualifikation der Arbeitskraft seinen kurz- oder mittelfristigen Verwertungsinteressen anzupassen und nicht an den sich gerade im Verlauf des wissenschaftlich-technischen Fortschritts besonders rasch verändernden Arbeitsprozeß auszurichten. Die Einengung der Qualifikationen der Arbeitskraft auf die Verwertungsinteressen des Kapitals sowohl mit dem Ziel, Qualifikationen lediglich auf Segmente und Detailfunktionen des Arbeitsprozesses anzuwenden, als auch mit dem Ziel, die bewußte, nur durch besondere gesellschaftliche Qualifikation mögliche Einsicht in die gesellschaftliche Formbestimmtheit der Produktion zu verhindern, schlägt auf die Ausbildung der Arbeitskraft in ihrer Form als Ware sozial als erhöhte Arbeitsplatzunsicherheit, wertmäßig als Herabsetzung ihres Werts und politisch als Restriktion der Möglichkeit zurück, aus der Erkenntnis des widersprüchlichen Charakters der kapitalistischen Produktion heraus Elemente von Klassenbewußtsein zu entfalten.

II. Zur Qualifikationsstruktur der westdeutschen Arbeiterklasse

1. Die industrielle Arbeiterschaft

Aufgrund der monopolistischen Konzentration von Produktion und Kapital, der ungleichmäßigen Entwicklung der Produktivkräfte und der verzerrten Entwicklung der einzelnen Bereiche des Reproduktionsprozesses hat sich der quantitative Umfang und die innere

7 "Vom marxistisch-leninistischen Standpunkt aus muß der Schlüssel für diese progressive Verbindung von Wissenschaft, Technik und Produktion grundsätzlich in der Aktivität, Bewußtheit und Organisiertheit der werktätigen Menschen gesehen werden. Dieser Gesichtspunkt betont zugleich den primär sozialen Charakter dieses Prozesses und schließt aus, daß er einseitig nur auf seine technologischen, ökonomischen oder fachwissenschaftlichen Aspekte reduziert wird. Gerade die mit der Entwicklung der produktiven Funktion der Wissenschaft verbundenen Erscheinungen erschweren in gewisser Hinsicht die Erkenntnis des Zusammenhangs zwischen der schöpferischen Rolle der werktätigen Massen, insbesondere der Arbeiterklasse, und der Entfaltung der Produktivkräfte überhaupt. Dennoch bilden Verwirklichung der welthistorischen Mission der Arbeiterklasse und gesellschaftlich progressive Entwicklung der Produktivkräfte eine innerlich eng verbundene Einheit, die sich prinzipiell auf alle Seiten und Momente der Produktivkräfte erstreckt." (Günther Bohring, Reinhard Mocek: "Arbeiterklasse und Produktivkraft Wissenschaft", in: DZfPh, 6/1972, S. 699).

8 Vgl. Karl Marx: DAS KAPITAL, Erster Band, S. 52.

9 Vgl. Karl Marx: RESULTATE DES UNMITTELBAREN PRODUKTIONSPROZESSES, S. 7 ff.

10 Es wird hier von Qualifikationen abgesehen, die für bestimmte Tätigkeiten der Herrschaftssicherung notwendig sind. Aber auch diese Tätigkeiten implizieren Qualifikationselemente, die nicht von der objektiven Entwicklung der Produktivkräfte ablösbar sind und als D e f o r m a t i o n von Qualifikationen erscheinen, deren die Verausgabung gesellschaftlich nützlicher Arbeit im Sinne kollektiver Bedürfnisbefriedigung bedarf.

11 Vgl. dazu Christoph Kievenheim, Ursula Nitsch, Dorlies Pollmann: "Materialien zur Lage der Lehrerschaft in der BRD", in: Christoph Kievenheim, Andre Leisewitz (Hrsg.): SOZIALE STELLUNG UND BEWUSSTSEIN DER INTELLIGENZ, Köln 1973, S. 156.

Struktur der Arbeiterklasse im staatsmonopolistischen Kapitalismus verändert. Davon ist auch die Qualifikationsstruktur der Arbeiterklasse betroffen. Ihre Veränderungen entsprechen nicht den gesellschaftlichen Interessen der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung und den langfristigen Anforderungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, sondern sind in erster Linie Resultat der staatsmonopolistischen Eigentumsverhältnisse und der ihnen immanenten spezifischen Formen der Kapitalverwertungsinteressen.

Untersucht man die Qualifikationsstruktur der westdeutschen Industriearbeiterschaft, die sozial-ökonomisch und politisch den "Kern der Arbeiterklasse" (12) ausmacht, so läßt sich jene widersprüchliche Qualifikationsentwicklung aufzeigen, die die Gesamtheit der Lohnarbeiter im Imperialismus in seiner gegenwärtigen Entwicklungsphase charakterisiert: "Gerade in diesen Prozessen kommt allerdings die typisch staatsmonopolistische, die objektiven Erfordernisse nur verzerrt berücksichtigende, die volle Entfaltung aller Produzenten und die Herausbildung einer optimalen Qualifikationsstruktur verhindernde Anpassung des Qualifikationsniveaus an die Höherentwicklung der materiellen Produktivkräfte zum Ausdruck. Der Imperialismus offenbart seine historische Überlebtheit auch darin, daß sich in ihm die Höherqualifizierung des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters nur unter gleichzeitiger Dequalifikation großer Massen von Arbeitern und Angestellten bzw. über das Festhalten dieser Massen auf den jeweils untersten Stufen der Qualifikationsskala durchsetzen kann." (13)

Versucht man diese allgemeine Aussage mit Hilfe empirischer Untersuchungen aufzufüllen, so zeigt sich in der Untergliederung der westdeutschen Industriearbeiterschaft (männl. u. weibl.) nach den herkömmlichen Leistungsgruppen (14), daß der Anteil der Angelernten

12 Die Industriearbeiterschaft als "Kern der Arbeiterklasse" beschreibt Heinz Jung folgendermaßen: "Den Kern der Arbeiterklasse in der BRD stellt im weiteren Sinne die Arbeiterschaft in der materiellen Produktion und im engeren Sinne in der industriellen Großproduktion dar. Entscheidend ist: sie ist in der Produktion von der Gegenklasse völlig differenziert, ihre Stellung in der Produktion ist die Grundlage ihrer hohen Organisiertheit, sie ist der Ausbeutung in der materiellen Produktion unterworfen und steht dem Monopolkapital bzw. dem kapitalistischen Staat unmittelbar gegenüber." (KLASSEN- UND SOZIALSTRUKTUR DER BRD, 1950-1970; Teil I: "Klassenstruktur und Klassentheorie", hrsg. vom IMSF, Frankfurt a.M. 1972, S. 128).

13 Bernhard Kaufhold, Roland Melke, Franziska Sandow: "Veränderungen in der Qualifikationsstruktur der Industriearbeiterschaft", in: IPW-BERICHTE 2/1972, S. 17.

14 Leistungsgruppe I = Facharbeiter
Leistungsgruppe II = Angelernte
Leistungsgruppe III = Ungelernte (= Hilfsarbeiter)
Die gesamte Arbeiterklasse der BRD wies 1970 folgende Struktur auf (in 1000):

Gruppe 1:	
Arbeiter in der Industrie	6470
Untere Angestellte, die an der Mehrwertproduktion beteiligt sind	85
Gruppe 2:	
Arbeiter und Angestellte der übrigen produzierenden Bereiche sowie übrige untere Angestellte der Industrie	7040
(davon Angestellte)	(1200)
Gruppe 3:	
Lohnarbeiter und untere Angestellte der Bereiche Handel, Kreditinst./Versichrg., sonst. Dienstleistungen	3625
Absolute Zahl der Angehörigen der Arbeiterklasse:	17220

Der Anteil der Arbeiterklasse an der Gesamtzahl der Lohnarbeiter fiel zwischen 1950

zwischen 1951 und 1969 gestiegen, der Anteil der Facharbeiter und Ungelernten dagegen gesunken ist. Auf der Grundlage von Daten des Statistischen Bundesamtes hat Justina Marx die Zusammensetzung der westdeutschen Industriearbeiterschaft nach Leistungsgruppen folgendermaßen berechnet und tabelliert (15):

Qualifikationsstruktur der BRD-Industriearbeiter (Industrie insgesamt, Produktionsarbeiter und -arbeiterinnen)

Leistungsgruppe	Anteile der Leistungsgruppen in Prozent								
	1951	1957	1960	1962	1964	1966	1967	1968	1969
Leistungsgruppe I	47,6	44,8	40,6	41,6	42,5	43,4	44,6	43,7	42,8
Leistungsgruppe II	28,0	32,4	36,4	36,6	36,5	36,7	36,3	36,6	36,9
Leistungsgruppe III	24,4	22,8	23,0	21,8	21,0	19,9	19,1	19,7	20,2

Die Abnahme der Facharbeiter an der gesamten Industriearbeiterschaft, die eine Zunahme sowohl der männlichen als auch weiblichen Facharbeiter in einzelnen Produktionszweigen nicht ausschließt (16), vollzieht sich 1. innerhalb der Bewegung des Rückgangs der Beschäftigtenzahl im unmittelbaren Produktionsprozeß zugunsten eines Wachstums der Beschäftigtenzahl im vor-, neben- und nachgeordneten Bereich des unmittelbaren Produktionsprozesses und 2. unter den einschränkenden Auswirkungen der wissenschaftlich-technischen Revolution auf die Qualifikation herkömmlicher industrieller Lehrberufe. (17)

Im Sektor der nicht unmittelbar fertigungsbezogenen Produktionstätigkeiten (Wartung, Instandhaltung, Reparatur, Installation etc.) sowie in Teilbereichen des unmittelbaren Produktionsprozesses (z.B. Werkzeugbau) wächst dagegen der Anteil von Facharbeitern eines meist durch die Natur des hochentwickelten Arbeitsprozesses geprägten Qualifikationstyps, der weniger, an die Spezifität von Arbeitsgegenstand und Arbeitsmittel gebunden als vielmehr auf die Gesamtbewegung des Arbeitsablaufs gerichtet ist und vornehmlich eine umfassende berufstheoretische Ausbildung, Abstraktions-, Perzeptions- und Reak-

und 1970 von 86,4 % auf 76,8 %. Der Anteil der Arbeiterklasse an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen stieg dagegen zwischen 1950 und 1970 von 59,3 % auf 63,4 %. Die Zahl der Angehörigen der Arbeiterklasse stieg zwischen 1950 und 1970 um 42,5 %. (Vgl. Peter Delitz, Justina Marx: "Umfang und Struktur der Arbeiterklasse im heutigen Kapitalismus", in: IPW-BERICHTE, Nr. 7/1972, S. 42).

15 Quelle: Justina Marx: "Arbeitskraft, neue Technik, Monopolherrschaft", in: DWI-FORSCHUNGSHEFTE, 4/1971, S. 27.

16 Die Dequalifikationstendenz traditioneller Facharbeiterberufe in der Industrie veranschaulichen Hans Paul Bahrdt u.a. am Beispiel des Drehers: "Gleichwohl ist der gelernte Dreher aus vielen Bereichen der Produktion verschwunden. An seine Stelle sind meist angelernte Arbeiter getreten, die sogenannte Automaten bedienen, das heißt, spezialisierte, spanabhebende Maschinen mit festem Programm, die nur zu füttern, zu überwachen und zu entleeren sind." (Hans Paul Bahrdt, Horst Kern, Martin Osterland, Michael Schumann: ZWISCHEN DREHBANK UND COMPUTER. Industriearbeit im Wandel der Technik, Reinbek b. Hamburg 1970, S. 15).

17 Der Anteil der Facharbeiter an der Industriearbeiterschaft der Wachstumsindustrien (Elektrotechnische Industrie, chemische Industrie, Maschinenbau) hat in der Bundesrepublik mit gewissen Schwankungen zwischen 1957 und 1969 überall zugenommen. (Vgl. Justina Marx: "Arbeitskraft ...", a.a.O., Tabelle 7, S. 29). Von je 100 Arbeiterinnen in der Metallindustrie gehörten 1951 1,9 % der Leistungsgruppe I, 1966 dagegen 2,7 % der Leistungsgruppe I an, während der Anteil der männlichen Facharbeiter in der Metallindustrie von 1951 bis 1966 von 57,6 % (berechnet auf je 100 männl. Arbeiter) auf 56,3 % sank. (Vgl. Kaufhold, Melke, Sandow nach Angaben der IGM-Zeitschrift "Der Gewerkschafter", a.a.O., Tabelle S. 21).

tionsvermögen beinhaltet. Aber selbst diese hochqualifizierten Industriearbeiterfunktionen unterliegen der Tendenz zur Ersetzung ihrer Tätigkeiten durch Elemente vergegenständlichter Arbeit und Formen einfacher lebendiger Arbeit (z.B. durch Rationalisierung der Arbeitsorganisation, Einführung des "Baukasten"-Prinzips, Standardisierung einzelner Reparaturtätigkeiten usw.), weshalb hohe Qualifikationen von Industriearbeitern, die gegen die dequalifizierenden Konsequenzen des sich beständig umgestaltenden Arbeitsprozesses auch längerfristig resistent sind, einer sehr kleinen Gruppe von modernen Facharbeitern vorbehalten bleiben: "So entstehen einerseits relativ zahlreiche aber weniger qualifizierte Gruppen des Wartungs- und Reparaturpersonals, die meist bestimmten Anlagen zugeordnet sind und Routineaufgaben durchführen, andererseits zahlenmäßig kleine, aber hochqualifizierte Spezialgruppen, die mit der Technologie und mit den Bauprinzipien der Anlagen vertraut sind und über fachliches Ingenieurwissen auf den Gebieten z.B. der Hydraulik, Pneumatik oder Elektronik verfügen müssen." (18)

Die innere Differenzierung und Polarisierung der Facharbeiterschaft setzt sich in der Gruppe der Angelernten fort, wobei zu beachten ist, daß die Zunahme der Angelernten nicht schon deshalb umstandslos mit der Hebung des Qualifikationsniveaus der Industriearbeiterschaft gleichgesetzt werden kann, weil die Leistungsgruppe der Ungelernten abgenommen hat; denn die Gruppe der Angelernten ist sehr heterogen strukturiert und umfaßt ein relativ breites Spektrum von Qualifikationen und Arbeitsinhalten, wenngleich keine ihrer Untergruppen das Qualifikationsniveau industrieller Facharbeiterberufe erreicht (19). Zwar erfordern insbesondere Steuer- und Führungsarbeiten in der mechanisierten Produktion (bei denen der Arbeiter nicht mehr unmittelbar auf den Arbeitsgegenstand einwirkt, der Produktionsablauf gleichwohl der Führung und Kontrolle durch die menschliche Arbeitskraft bedarf) verglichen etwa mit den repetitiven Teilarbeitern der Fließproduktion eine beträchtlich breitere Qualifikationsskala, aber gerade diese Tätigkeitskategorie ist auf höheren Stufen der Mechanisierung und Teilautomatisierung (20) von raschem moralischem Verschleiß (und Entwertung) ihrer Qualifikation bedroht: "Die zweitstärkste Gruppe industrieller Arbeiten wird nach unseren Ergebnissen auch heute noch durch die Steuer- und Führungstätigkeiten der mechanisierten Produktion gebildet. Diese Tätigkeitskategorie hat sich im Verlauf der Industrialisierung schon frühzeitig entwickelt. Ihr Erhalten wird freilich durch die fortschreitende Automatisierung am stärksten gefährdet sein, denn sie ist auf den höheren Mechanisierungsstufen – auch an den teilautomatisierten Aggregatsystemen – nur noch selten anzutreffen." (21) Dagegen ist beispielsweise die Tätigkeit der Automatenkontrolle, die im Zuge des wissenschaftlich-technischen Fortschritts die Steuer- und Führungsarbeiten zunehmend ersetzen wird, von vornherein durch geringe Qualifikation und extrem hohe Arbeitsbelastung gekennzeichnet, weil sie das geringe Qualifikationsniveau des repetitiven Detailarbeiters der prämechanisierten Produktion auf höherer Entwicklungsstufe des Arbeitsprozesses reproduziert und von dieser nur formunterschieden ist (22).

18 Kaufhold, Melke, Sandow: "Veränderungen ...", a.a.O., S. 19.
19 Vgl. Hans Paul Bahrdt u.a.: ZWISCHEN DREHBANK UND COMPUTER ..., a.a.O., S. 48.
20 Zur Beschreibung und Tabellierung der verschiedenen Mechanisierungsgrade im Zusammenhang mit dem Qualifikationsgrad vgl. Horst Kern, Michael Schumann: INDUSTRIEARBEIT UND ARBEITERBEWUSSTSEIN, Teil II, Frankfurt a.M. 1970, S. 88 ff.
21 Kern, Schumann: INDUSTRIEARBEIT UND ARBEITERBEWUSSTSEIN, Teil I ..., a.a.O., S. 140.
22 Vgl. ebd., S. 135/136.

Die heterogene Qualifikationsstruktur der Gruppe der Angelernten drückt sich auch in der Länge der Anlernzeit insofern aus, als geringere Qualifikationen (und der Wert der Arbeitskraft) ein entsprechend geringes Quantum an gesellschaftlicher Arbeitszeit zu ihrer Produktion brauchen. So besitzen von den gegenwärtig in der BRD beschäftigten Angelernten nur ungefähr 22 % eine Anlernzeit von mehr als 6 Monaten, 27 % eine von drei bis sechs Monaten, dagegen 51 % eine Anlernzeit von weniger als drei Monaten, wobei noch hervorgehoben werden muß, daß zahlreiche Anlernzeiten oft nur wenige Wochen, Tage, ja Stunden dauern (23). Die in diesen Anlernzeiten erwerbbaren Qualifikationen liegen einerseits durchweg weit unter den Ausbildungszeiten von Facharbeitern mit einer mehrjährigen Berufsausbildung, sie sind andererseits so gering, daß sie sich oft nicht von den Arbeitsanforderungen und Arbeitsinhalten der Leistungsgruppe III, der Ungelernten, unterscheiden. Die in der Arbeitsverausgabung der meisten Angelernten implizierte Gleichgültigkeit gegen den Inhalt der Arbeit und ihre unentwickelte stoffliche Beschaffenheit sind identisch mit einer großen Variabilität der Arbeitskraft, von einem Produktionszweig in den anderen zu wechseln, weil in ihr nur der Wert des einfachen durchschnittlichen Arbeitsvermögens und folglich auch ihre relative Unabhängigkeit von spezifischen Anforderungen des Arbeitsprozesses vorausgesetzt ist (24). Vermittelt durch die Ökonomisierung der Arbeit, die Umwälzung der materiell-technischen Basis des Produktionsprozesses und die Ersetzung von lebendiger durch vergegenständlichte Arbeit versucht das Kapital daher beständig, die Produktions- und Reproduktionskosten, die ein höher entwickeltes Arbeitsvermögen erheischt, auf den Wert des einfachen Arbeitsvermögens zu senken, also das Qualifikationsniveau herabzusetzen. Umso rascher aber die Qualifikationen entwertet werden, desto schärfer wirken sich die Folgen des "beständig eine relative, d.h. für die mittleren Verwertungsbedürfnisse des Kapitals überschüssige, daher überflüssige, oder Zuschußarbeiterbevölkerung" (25) erzeugenden Akkumulationsprozesses auf die soziale Unsicherheit aller Lohnarbeiter, insbesondere jedoch der Arbeiterklasse aus. So müssen 30 % aller Lehrlinge, deren berufliche Qualifikation entweder den Anforderungen des modernen Produktionsprozesses nicht genügt oder für deren Qualifikation aufgrund der anarchischen Ausbildungsstruktur und Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit seitens des Kapitals besteht, in der BRD unmittelbar nach ihrer Lehre den Beruf wechseln. Jeder dritte "Arbeitnehmer" in der BRD ist, sofern er einen Beruf erlernt hat, nicht mehr in diesem Beruf tätig. Zahlreiche vor allem ältere Arbeiter und Arbeiterinnen werden bei Umstellungen und Rationalisierungen vorzeitig entlassen (26), weil die von ihnen noch zukünftig abzupressende Mehrwertmasse oder unbezahlte Mehrarbeit nicht den Kosten von möglichen Umschulungsmaßnahmen bzw. ihrer "Rentabilität" bezogen auf die neuen Arbeitsplatzbedingungen entspricht. Aber auch viele Facharbeiter sind gezwungen, in Anlernberufe mit niedrigerer Qualifikation überzuwechseln, obwohl oft bei Rationalisierung und Produktionsumstellung aufgrund gewerkschaftlicher Abwehrmaßnahmen

23 Vgl. Kaufhold, Melke, Sandow: "Veränderungen ...", a.a.O., S. 20.
24 "Der höhere Wert dieses Arbeitsvermögens muß ihm selbst bezahlt werden und drückt sich in höherem Lohn aus. Es herrschen also große Lohnverschiedenheiten hier vor, je nachdem die besondere Arbeit höher entwickeltes, größere Produktionskosten erheischendes Arbeitsvermögen erheischt oder nicht ..." (Karl Marx: RESULTATE DES UNMITTELBAREN PRODUKTIONSPROZESSES, S. 58).
25 Karl Marx: DAS KAPITAL, Erster Band, S. 658.
26 Martin Osterland u.a.: MATERIALIEN ZUR LEBENS- UND ARBEITSSITUATION DER INDUSTRIEARBEITER IN DER BRD, Schriftenreihe des Soziologischen Forschungsinstituts Göttingen, Frankfurt a.M. 1973, S. 39 ff.

und tariflicher Neuregelungen das reale Ausmaß der Dequalifikation verdeckt wird, weil die Betroffenen trotz ihres "down-grading" in ihre ehemalige Lohngruppe eingestuft werden (27).

Schließlich ist festzustellen, daß selbst dann wenn überhaupt Umschulungsmaßnahmen im Falle von Rationalisierung, Produktionsumstellung und -verlagerung durchgeführt werden, – Maßnahmen, zu denen die Kapitaleigner auch nach den von den Gewerkschaften abgeschlossenen Rationalisierungsschutzabkommen nicht einmal verpflichtet sind (28) – diese meist durch die spezifischen Produktionsbedingungen determiniert sind und somit eine Weiterqualifizierung nur innerhalb der Grenzen der Verwertungsinteressen des Einzelkapitals erlauben. Die Festlegung von Disponibilität und Qualifikation gemäß den Verwertungsinteressen des Einzelkapitals geschieht aber nicht erst im Verlaufe des Produktionsprozesses und der ihm als Verwertungsprozeß entspringenden Veränderungen der sachlichen Produktionsbedingungen, sondern wird bereits von einzelnen Monopolen im Vorgang der Produktion des spezifizierten Arbeitsvermögens selbst institutionalisiert. Der in diesem Zusammenhang bekannter gewordene "Rahmenplan zur Stufenausbildung" der Firma Krupp aus dem Jahre 1965 sieht eine vierstufige Ausbildung mit entsprechenden Ausbildungsabschlüssen vor, die den größten Teil der Auszubildenden – nur 30 % von ihnen erhalten eine Facharbeiter- oder Angestelltenausbildung mit hoher technischer Qualifikation – qualitativ und quantitativ an die unmittelbaren Verwertungsinteressen der Firma Krupp kettet sowie eine den objektiven Veränderungen des gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozesses adäquate Disponibilität verhindert (29).

Die quantitativen und qualitativen Strukturverschiebungen in der Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder haben zu dem Versuch Anlaß gegeben, die Bewegung der Qualifikationsstruktur auch empirisch zu erfassen und auf das gesamte Qualifikationsniveau verschiedener Gruppen der Arbeiterklasse zu beziehen. So hat Justina Marx die Entwicklung der Qualifikation der Industriearbeiterschaft der drei oben genannten Leistungsgruppen auf der Grundlage der von A. Ziegler entwickelten Methode berechnet (30). Sie kommt zu

27 Vgl. Günter Koch u.a.: VERÄNDERUNG DER PRODUKTIONS- UND INSTANDHALTUNGSTÄTIGKEITEN IN DER INDUSTRIELLEN PRODUKTION, Forschungsprojekt des RKW: Wirtschaftliche und soziale Aspekte des technischen Wandels in der Bundesrepublik Deutschland, Sechster Band, Frankfurt a.M. 1971, S. 53: "Allgemein haben die tarifvertraglichen Regelungen zur Folge, daß auf Anforderungserhöhungen eher als auf -verringerungen Lohnanpassungen erfolgen, so daß die Lohngruppenstruktur eine höhere Qualifikationsstruktur widerspiegelt als die tatsächlich erforderliche."

28 Zum Rationalisierungsschutzabkommen der IG Metall vom 27.5.1968 vgl. Heinz Dedering: PERSONELLE UND SOZIALE MASSNAHMEN BEI RATIONALISIERUNG IM BETRIEB, Opladen 1971; vgl. auch Martin Osterwald u.a.: MATERIALIEN ..., a.a.O., S. 104 ff.

29 Vgl. zum Stufenplan Metall I der "Arbeitsstelle für betriebliche Berufsausbildung" (ABB) und zum "Rahmenplan zur Stufenausbildung" der Firma Krupp: Helga Deppe-Wolfinger: ARBEITERJUGEND – BEWUSSTSEIN UND POLITISCHE BILDUNG, Frankfurt a.M. 1972, S. 115 ff.

30 Der Koeffizient für das durchschnittliche Qualifikationsniveau ergibt sich aus:

$$\frac{p\,L_1 \times 3 + p\,L_2 \times 2 + p\,L_3 \times 1}{100} = Q$$

L_1 = Leistungsgruppe 1, L_2 = Leistungsgruppe 2, L_3 = Leistungsgruppe 3; p = Prozentsatz, Q = durchschnittlicher Qualifikationskoeffizient
(Vgl. Justina Marx: ARBEITSKRAFT ..., a.a.O., S. 27, Fußnote 42).

dem Ergebnis, daß der durchschnittliche Qualifikationskoeffizient aller Industriearbeiter und -arbeiterinnen in der BRD zwischen 1951 und 1969 von 2,232 auf 2,224 gefallen ist (31). Dieses Resultat differenziert einerseits die von den meisten marxistischen Wissenschaftlern vertretene Auffassung einer durchschnittlichen Höherqualifizierung des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters, konkretisiert und unterstreicht aber gleichzeitig die widersprüchliche Tendenz zur heterogenen und polaren Qualifikationsstruktur. Es ist zu vermuten, daß Untersuchungen auf der Basis anderer Qualifikationsmerkmale als denen der herkömmlichen Leistungsgruppen und unter Einbeziehung anderer Gruppen von Lohnarbeitern (beispielsweise von Angestellten der wissenschaftlich-technischen Intelligenz), die qualifikationsmäßig oberhalb der Leistungsgruppe III rangieren, die Hebung des durchschnittlichen Qualifikationsniveaus der Gesamtheit der Lohnarbeiter oder auch der Arbeiterklasse (die ja nicht nur die industrielle Arbeiterschaft umfaßt) empirisch erhärten könnten. Insofern schließen sich die Ergebnisse von Justina Marx hinsichtlich des Qualifikationskoeffizienten der Industriearbeiterschaft zum einen und die Feststellung einer durchschnittlichen Höherqualifizierung des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters – resp. seiner klassenmäßigen Kategorien zum anderen nicht notwendig gegeneinander aus, weil die Zunahme sehr hoher Qualifikationen einer quantitativ sehr begrenzten Zahl von Lohnarbeitern, wie bereits dargestellt wurde, mit der Entqualifizierung anderer Teile der Arbeiterklasse korrespondiert.

Auch in der bürgerlichen Literatur wird diese Tendenz zumindest an ihrer Oberflächenerscheinung bemerkt, wie folgende Äußerungen von Autoren im Rahmen einer Studie des "Rationalisierungskuratoriums der Deutschen Wirtschaft" (RKW) belegen: "Als Folge zunehmender Mechanisierung und Automatisierung ergibt sich im Bereich der Produktionstätigkeiten – und in gewissem Umfang auch bei den Instandhaltungstätigkeiten – eine Polarisierung der Beschäftigtenstruktur nach Tätigkeitsinhalten und Arbeitsanforderungen in dem Sinne, daß auf der einen Seite sehr einfache und zumeist einseitige Tätigkeiten und auf der anderen Seite höherqualifizierte Tätigkeiten bestehenbleiben, oder neu entstehen, während der Anteil der komplexen Tätigkeiten mit mittlerem Anforderungsniveau abnimmt." (32)

Zwar registrieren die zitierten Sätze die Veränderungen der Qualifikationsstruktur als Widerspiegelung des Arbeitsprozesses auf der Seite der lebendigen Arbeit, sie vermögen indes den Zusammenhang zwischen der Entwicklung der menschlichen Arbeitskraft als der wichtigsten Produktivkraft und dem Charakter der kapitalistischen Produktionsweise nicht zu erhellen.

Die Qualifikationsstruktur der Arbeiterklasse ist trotz ihrer Vermittlung durch die stoffliche Seite des Reproduktionsprozesses wesentlich bestimmt durch die geschichtliche Besonderheit der Produktionsverhältnisse. Verschleißen sich auch im Sozialismus durch die Entfaltung der Produktivkräfte in der wissenschaftlich-technischen Revolution konkrete Arbeitsqualifikationen (33), so ergibt sich aus dem auf die Entfaltung und Aneignung des

31 Ebd.

32 WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE ASPEKTE DES TECHNISCHEN WANDELS IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND, Erster Band, Sieben Berichte, Kurzfassung der Ergebnisse, hrsg. vom RKW, Frankfurt a.M. 1970, S. 226.

33 Vgl. Justina Marx: "Die Entwicklung des Gegensatzes von körperlicher und geistiger Arbeit im Kapitalismus und ihre Widerspiegelung in der Entwicklung der Qualifikationsstruktur der Arbeiterklasse", in: WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFT, 5/1973, S. 731.

wirklichen Reichtums gerichteten Charakter der sozialistischen Eigentumsverhältnisse, der unmittelbaren gesellschaftlichen Produktion und der gesellschaftlichen Planung, Leitung und Durchführung des gesamten Reproduktionsprozesses, ebenso die Möglichkeit wie die Notwendigkeit, die Qualifikation aller Werktätigen beständig weiterzuentwickeln. Dagegen erzwingt die im Verwertungsinteresse des Kapitals begründete relative Indifferenz gegenüber den subjektiven Produktionsbedingungen – relativ deshalb, weil auch das Kapital bei der Produktion der Arbeitskraft in gewissem Maße den stofflichen Anforderungen des Produktionsprozesses Rechnung tragen muß – eine permanente Dequalifikation großer Teile der Arbeiterklasse. Die Analyse der Qualifikationsstruktur der Arbeiterklasse im Kapitalismus darf sich deshalb nicht mit der Untersuchung der stofflichen Beschaffenheit der Produktivkräfte und der Natur des Arbeitsprozesses begnügen, sie muß vielmehr deren konkrete Momente und ihre Verteilung auf die Arbeiterklasse aus der Formbestimmtheit des Produktions- und Reproduktionsprozesses ableiten: "Die Arbeiterklasse wendet die Produktionsmittel jedoch nicht nur an, sie verändert und entwickelt sie auch und verändert damit sich selbst. Aber in der kapitalistischen Klassengesellschaft tut sie dies nicht bewußt und planvoll, sondern unter dem Diktat der Bourgeoisie, die – wie es das Kommunistische Manifest hervorhebt – nicht anders kann als im Kampf um den Profit die Produktivkräfte permanent zu revolutionieren. Hierbei wandeln sich die Anforderungen an die lebendige Arbeit im Hinblick auf ihre Verteilung auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche und ihre Qualifikation. Die Strukturveränderungen in der Arbeiterklasse haben mithin einen quantitativen und einen qualitativen Aspekt: neue Formen der Aneignung der Natur erfordern einerseits eine andere quantitative Verteilung der Gesamtarbeit auf der Ebene der gesamten Volkswirtschaft, der Industriezweige und im Betrieb, und sie erfordern andererseits neue Formen der Arbeit in Gestalt neuer Berufe und Qualifikationen. Die Strukturveränderungen lassen sich darüber hinaus nicht einfach aus der Entwicklung der Produktivkräfte ableiten, sondern sie werden entscheidend geprägt durch die Art und Weise der Durchsetzung dieser Entwicklung der Produktivkräfte, also die kapitalistischen, genauer: staatsmonopolistischen Produktionsverhältnisse." (34)

2. Die Angestellten

Aus Erscheinungen wie der wachsenden Zahl der Angestellten an der Gesamtheit der Lohnarbeiter und der Arbeiterklasse in den Ländern des staatsmonopolistischen Kapitalismus wird häufig der Schluß gezogen, die Klassengegensätze hätten zu existieren aufgehört, eine "nivellierte Mittelstandsgesellschaft" (Schelsky) habe sich herausgebildet oder die Bewegung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts habe die Lebens- und Arbeitsbedingungen des Proletariats aufgelöst.

Derartige Auffassungen, die von der sozialökonomischen Struktur der Klassenverhältnisse abstrahieren und Klassen nicht als Personifikationen ökonomischer Kategorien begreifen, differenzieren die soziale Struktur nach Merkmalen, wie sie an der Oberfläche der spezifischen Produktionsweise einer Gesellschaft erscheinen (35). Die theoretische Unfähigkeit, soziale Strukturveränderungen aus den ökonomischen Triebkräften der Gesellschaft zu erklären, wirkt sich infolgedessen notwendig auch verschleiernd auf die soziale Lagebestimmung von Arbeitern und Angestellten aus, wie die nachstehenden Behauptungen Edgar Salins auf der III. Internationalen Arbeitstagung der IG Metall dokumentieren: "Zugleich ändert sich (im Zuge der Automation, L.P.) der Typ des Arbeiters. Der 'Proletarier', aus dem sich der Sozialismus des beginnenden 20. Jahrhunderts noch rekrutierte, ist in den alten Industriestaaten zumindest unter den weißen Arbeitern kaum mehr zu finden. Der technische Fortschritt hat eine neue Haltung, hat bessere Kleidung, eine größere Wohnung, zumeist aber auch eine andere seelische Einstellung zur Folge." (36)

Die Zunahme der Angestellten an der Gesamtheit der abhängig Beschäftigten im Lohnverhältnis ist jedoch weder ausschließlich Resultat des wissenschaftlich-technischen Fortschritts noch gar Beweis für die Aufhebung des Antagonismus zwischen Bourgeoisie und Proletariat im Kapitalismus selbst.

Gemäß den sozialökonomischen Kriterien der Klassenstruktur ist auch die überwältigende Mehrheit der ehemals mit Leitungsfunktionen, hohen Qualifikationen und materiellen Privilegien ausgestatteten Angestellten der Arbeiterklasse zuzurechnen. Das betrifft in der BRD gegenwärtig ungefähr 85 % der Angestellten und mehr als zwei Drittel der Beamten (37), obwohl diese Gruppen juristisch in einem anderen Austauschverhältnis ihrer Arbeit stehen wie der Kern der Arbeiterklasse (38).

Ebenso wie die Arbeiter sind die Angestellten (im Sinne des Besitzes an Produktionsmitteln) eigentumslos und von der Verfügungsgewalt über die objektiven Produktionsbedingungen ausgeschlossen. Sie besitzen nichts außer ihrer Arbeitskraft, die sie als Ware verkaufen müssen, um sich reproduzieren zu können. Ihre Stellung im Reproduktionsprozeß ist weitgehend durch reelle Subsumtion unter das Kapital oder den monopolistischen Staat gekennzeichnet. Ihre Mobilität im Sinne des Aufstiegs in die Gegenklasse ist äußerst eingeschränkt. Die Quelle ihrer Revenue besteht in der Verausgabung von Lohnarbeit, die aus variablem Kapital bezahlt wird und entweder direkt Mehrwert produziert bzw. an der Produktion von Profit beteiligt ist oder Mehrarbeit in der Form unproduktiver Arbeit

34 Andre Leisewitz: "Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und Strukturveränderungen in der Arbeiterklasse", in: MARXISTISCHE BLÄTTER, 5/1972, S. 39.

35 Vgl. zur Kritik bürgerlicher Schichtungsmodelle der Sozialstruktur M. Tjaden-Steinhauer und K.H. Tjaden: "Methodologische Probleme der Klassenanalyse", in: KLASSEN- UND SOZIALSTRUKTUR DER BRD 1950-1970, Teil I, a.a.O., insbesondere die Seiten 237-239.

36 Edgar Salin: "Vom technischen Fortschritt im Westen", in: COMPUTER UND ANGESTELLTE, Band II, Beiträge zur dritten internationalen Arbeitstagung der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland über Rationalisierung und technischen Fortschritt, Frankfurt a.M. 1971, S. 119.

37 Vgl. Heinz Jung: "Zur Diskussion um den Inhalt des Begriffs 'Arbeiterklasse' und zu Strukturveränderungen in der westdeutschen Arbeiterklasse", in: DAS ARGUMENT 61/1970, S. 683.

38 Anteil der Lohnarbeiter und ihrer einzelnen Gruppen an der Erwerbsbevölkerung der BRD und Westberlins

Jahr	Erwerbsbevölkerung (in 1000)	Anteil an der Erwerbsbevölkerung (in v.H.) Lohnarbeiter	Arbeiter	Angestellte	Beamte
1950	22074	70,9	50,9	16,0	4,0
1961	26527	77,7	48,5	24,5	4,7
1965	26630	80,0	48,6	26,3	5,1
1968	25870	80,9	47,3	28,2	5,4
1969	26153	81,6	47,4	28,8	5,4

Quelle: Heinz Jung: "Zur Diskussion ...", a.a.O., S. 682.

liefert. Der Warencharakter ihrer Arbeitskraft ist voll entfaltet und ihre Stellung in der betrieblichen Arbeitsorganisation und kapitalistischen (bzw. staatlichen) Leitungshierarchie durch ausführende, der despotischen Kommandogewalt des Kapitals weitgehend untergeordnete Tätigkeiten gekennzeichnet (39).

Aus diesen sozialökonomisch bestimmten Gründen unterliegt die Qualifikationsstruktur der Masse der Angestellten ähnlichen Veränderungen wie jene der Arbeiter in der materiellen Produktion. Noch immer verfügen indes vor allem die technischen Angestellten, (ohne Meister), die 1968 etwa 38 % aller Angestellten im verarbeitenden Gewerbe umfaßten und in den technologisch fortgeschrittenen Industrien oft schon den prozentualen Anteil der kaufmännischen Angestellten übertrafen (40), über ein höheres Qualifikationsniveau als der Durchschnitt der Angestellten. In der Qualifikation der technischen Angestellten sind in höherem Maße Elemente komplizierter geistiger Arbeit konzentriert, ihre Stellung in der betrieblichen Organisation der Arbeit zeichnet sich durch größere Dispositionsbefugnisse aus und es bietet sich ihnen eher die Möglichkeit, Leitungsfunktionen – wenn auch nur auf unterer Ebene – zu erlangen, wohingegen in der Qualifikationsstruktur der kaufmännischen Angestellten die geringen Qualifikationen der Masse des Verkaufs- und Büropersonals ohne Berufsausbildung oder mit kurzen Anlernzeiten enthalten sind.

In dem Maße aber, in dem der Anteil vermittelnder nicht Mehrwert produzierender Arbeit am Gesamtquantum der gesellschaftlich aufgewandten Arbeit wächst und in dem sich der unproduktive Sektor im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß erweitert (41) – ebenso bedingt durch die stoffliche Entwicklung der Produktivkräfte wie durch ihre kapitalistische Formbestimmtheit, wächst mit der Zahl der Angestellten zugleich das Bestreben des Kapitals, die Angestellten dem Ausbeutungsgrad des Kerns der Arbeiterklasse zu unter-

39 Zur sozialökonomischen Bestimmung der Arbeiterklasse vgl. auch Heinz Jung: KLASSEN- UND SOZIALSTRUKTUR DER BRD 1950-1970, Teil I, a.a.O., S. 118 ff.

40 Vgl. Heinz Jung: "Zur Diskussion ...", a.a.O., S. 692. In der chemischen Industrie (ohne Kohlenwasserstoffindustrie) lag der Anteil der kaufmännischen Angestellten mit 20,9 % noch über dem der technischen Angestellten (15,3 %). Dagegen lag in der automatischen Büromaschinenproduktion, dem Kraftfahrzeugbau, der Kohlenwertstoffindustrie, im Werkzeugmaschinenbau und der elektro-technischen Industrie der Anteil der technischen Angestellten über dem der kaufmännischen Angestellten. (Vgl. die Statistik in: INDUSTRIE UND HANDWERK, Fachserie D, Reihe 4, hrsg. vom Statistischen Bundesamt der BRD Wiesbaden, Stuttgart und Mainz, September 1970, S. 12 f.).

41 Über die Entwicklung der Qualifikation und den Wert der Arbeitskraft der "kommerziellen Lohnarbeiter" im nicht unmittelbaren produktiven Bereich schreibt Marx: "Der eigentlich kommerzielle Arbeiter gehört zu der besser bezahlten Klasse von Lohnarbeitern, zu denen, deren Arbeit geschickte Arbeit ist, über der Durchschnittsarbeit steht. Indes hat der Lohn die Tendenz zu fallen, selbst im Verhältnis zur Durchschnittsarbeit, im Fortschritt der kapitalistischen Produktionsweise. Teils durch Teilung der Arbeit innerhalb des Kontors; daher nur einseitige Entwicklung der Arbeitsfähigkeit zu produzieren ist und die Kosten dieser Produktion dem Kapitalisten zum Teil nichts kosten, sondern das Geschick des Arbeiters sich durch die Funktion selbst entwickelt und um so rascher, je einseitiger es mit der Teilung der Arbeit wird." (Karl Marx: DAS KAPITAL, Dritter Band, S. 311).

werfen (42). Da die Höhe des Mehrwerts resp. Profits einerseits maßgeblich auch von der Ausbeutung der Angestellten in Form gesteigerter Mehrwertproduktion oder im größeren Quantum unbezahlter Mehrarbeit abhängt, andererseits der Umfang des für die Entlohnung von Angestellten zu verauslagenden variablen Kapitals zunimmt, verstärkt das Kapital den Druck auf den Wert der Arbeitskraft breiter Teile der Angestelltenschaft. In dieser Tendenz des kapitalistischen Akkumulationsprozesses, dessen innere Triebkraft darin besteht, ein Maximum an Mehrwert in produktives Kapital rückzuverwandeln, wirkt sich der wissenschaftlich-technische Fortschritt dequalifizierend gerade auch für die technischen Angestellten aus: "Arbeitsteilung in den Forschungs-, Entwicklungs- und Konstruktionsbüros stellt sich im einzelnen als Spezialisierung dar und ist in diesem Sinne zweifellos eine Grundvoraussetzung der Arbeitsproduktivität überhaupt. Jedoch droht die Spezialisierung zugleich ständig in Überspezialisierung umzuschlagen, die die allgemeinen technischen und wissenschaftlichen Befähigungen der Betroffenen weitgehend ungenutzt und schließlich verkümmern läßt, so daß der einmal erreichte Qualifizierungsgrad am Ende selbst gefährdet ist." (43)

Mit der Vertiefung der Arbeitsteilung auf betrieblicher Ebene vermittels einer Rationalisierung und Optimierung des Zusammenwirkens aller Teilbereiche und Teilprozesse bei gleichzeitiger Funktionszergliederung der Arbeitstätigkeiten nähern sich die Angestellten sowohl hinsichtlich ihrer Stellung in der betrieblichen Arbeitsorganisation als auch ihrer Qualifikation, Arbeitsinhalte und Arbeitsplatzanforderungen der Lage der Arbeiterschaft an. Wie in der unmittelbaren Produktion setzt sich in den Bereichen, in denen vorrangig Angestellte beschäftigt sind – also auf betrieblicher Ebene der Reparatur, Instandhaltung, Forschung, Konstruktion sowie der Verwaltung des Absatzes und Vertriebs –, die Tendenz zur "Verwissenschaftlichung" des Arbeitsprozesses, zur Substituierung lebendiger Arbeit (durch technische Aggregate, arbeitsorganisatorische Rationalisierung und Standardisierung der Arbeitsabläufe) und zur Verallgemeinerung einfacher geistiger Arbeit mit oft hoher sensumotorischer Belastung durch und bestimmt die Qualifikation der Angestelltentätigkeiten in stets größerem Umfang. Auf betrieblicher Ebene tritt dieser Prozeß als Angleichung der stofflichen Struktur des Produktionsprozesses (Einführung der Datenverarbeitung und Computer-Anlagen) sowie der stofflichen Form der Arbeitsverausgabung (repetitive Teilarbeit mit geringer muskulärer, aber hoher nervlicher Beanspruchung, Vereinseitigung und Reduktion geistiger Qualifikationen) an die Arbeitsbedingungen der Arbeiter im Fertigungsprozeß in Erscheinung: "Die Annäherung der Lage der Arbeiter und Angestellten zeigt sich auch in der Entwicklung der Organisation der Arbeitsbereiche der Angestellten ... Die arbeitsteilige Tätigkeit vieler Angestellten, die manchmal als geistige Fließbandproduktion bezeichnet werden kann, ist der individuellen Atmosphäre früherer

42 "Das ständige Wachstum der Zahl der Angestellten von 1882 bis 1965 setzt sich keinesfalls stetig durch, sondern vollzieht sich im Rahmen des ökonomischen Zyklus, der ungleichmäßigen ökonomischen Entwicklung zwischen den einzelnen kapitalistischen Ländern, den verschiedenen Wirtschaftsbereichen und Industriezweigen, der Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung der Produktivkräfte sowie der politischen Entwicklung mit ihren spezifisch fördernden und begünstigenden oder hemmenden und entgegenwirkenden Faktoren." (Helmut Steiner: SOZIALE STRUKTURVERÄNDERUNGEN IM MODERNEN KAPITALISMUS. Zur Klassenanalyse der Angestellten in Westdeutschland, Berlin 1967, S. 32).

43 Frank Deppe, Hellmuth Lange, Lothar Peter (Hrsg.): DIE NEUE ARBEITERKLASSE, Technische Intelligenz und Gewerkschaften im organisierten Kapitalismus, Frankfurt a.M. 1970, S. 85.

Büros, Labors und Forschungsabteilungen immer weniger ähnlich. Die Detailarbeit nimmt im Kapitalismus nicht nur mit der Konzentration der Angestellten zu, sondern auch der Einsatz der EDV und anderer Anlagen und Maschinen ist mit der Vertiefung der Detailarbeit und Arbeitsteilung verbunden." (44)

Noch härter als die technischen Angestellten werden aber die Qualifikationen der kaufmännischen und Verwaltungsangestellten von der kapitalistischen Anwendung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts auf Büroarbeiten betroffen. Insbesondere die Qualifikationen der "klassischen" Angestelltenfunktionen der Buchhaltung, Statistik und Kalkulation unterliegen einem rapiden Verschleiß und erfahren eine Reduktion auf das Qualifikationsprofil des meist aus Frauen bestehenden und Routinearbeiten verrichtenden Büropersonals mit hoher Arbeitsplatzunsicherheit. (45) Ihre ehemals vornehmlich rechnerischen, bilanzierenden, zusammenstellenden und kalkulatorischen Arbeitsinhalte werden fortschreitend durch Büromechanisierung und -automatisierung zersetzt, die Anforderungen ihrer Arbeitsplätze auf nicht schöpferische Aufmerksamkeit eingeengt. Langjährige Betriebserfahrung und komplexe arbeitsplatzspezifische Kenntnisse als wichtige Qualifikationselemente zerfallen, so daß insgesamt mit dem raschen Verschleiß von Qualifikationen auch der Preis ihrer Arbeitskraft sinkt: "Um den Preis der Arbeitskraft so gering wie möglich zu halten, differenziert und polarisiert die Bourgeoisie die Aus- und Weiterbildung sowie das Niveau der am Arbeitsplatz anwendbaren Qualifikationen der kaufmännischen und technischen Angestellten und entwickelt sie nur im Maße der kurz- oder mittelfristigen Verwertungsbedingungen des Kapitals." (46)

Umfangreiche empirische Untersuchungen bestätigen die durch Automation verursachten einschneidenden Wirkungen auf die Qualifikationen von Angestellten. So zeigen zehn von Joachim Fuhrmann im Auftrag der IG Metall durchgeführte Fallstudien verschiedener, nichtfertigungsbezogener "Funktionseinheiten" von Industriebetrieben unterschiedlicher Branchen und mit unterschiedlichen Belegschaftsgrößen (allerdings sechs mit mehr als tausend Beschäftigten) folgende relevante Ergebnisse (47):

1. Die absolute Zahl der Arbeitsplätze hat bei allen untersuchten Arbeitsplätzen insgesamt um 35 % abgenommen und weitere 21,5 % der Arbeitsplätze wurden verändert, wobei sowohl die Einsparung als auch die Veränderung von Arbeitsplätzen alle Stufen der Betriebshierarchie und alle Qualifikationsstufen erfaßten.

2. Die Einführung der Datenverarbeitung hat insbesondere die durch Berufsausbildung und -erfahrung konstituierte Qualifikation der mittleren Angestelltengruppe (vor allem der Sachbearbeiter) dergestalt verändert, daß sie zur Erlangung von Zusatzqualifikationen gezwungen ist, sofern sie ihren ehemaligen Arbeitsplatz nicht verlieren oder einen Arbeitsplatz mit vergleichbaren Anforderungen erhalten oder sich schließlich – bei veränderter Arbeitsplatzstruktur – nicht in der Gehaltseinstufung verschlechtern will. Entgegen der Meinung, daß Computeranlagen durch Übernahme gleichförmiger, mechanischer und Routinearbeiten den Sachbearbeitern zu einem höheren Maß schöpferischer Arbiet verhelfe, beweisen die Fallstudien, daß entweder Arbeitsplätze mit relativ komplexen Arbeitsanforderungen "wegrationalisiert" oder die nach der Umstellung verbliebenen und veränderten Arbeitsplätze keine geistig-schöpferische Arbeit erfordern.

3. Was für die Sachbearbeiter gilt, trifft weitgehend auch auf die Meister und Techniker (technische Angestellte) zu, während die Tätigkeiten von Laboranten, unschwer ersetzbar durch chemische Analyse-Automaten, meist sowohl unmittelbar dequalifiziert als auch tariflich niedriger eingestuft werden (48).

Auch die Aufgliederung der Angestelltenschaft nach von bürgerlichen Sozialwissenschaftlern fixierten "Funktionsgruppen", in deren Beschreibung jedoch die Zwieschlächtigkeit des kapitalistischen Produktionsprozesses und des ihr entsprechenden widersprüchlichen Verhältnisses von fachlicher Qualifikation und Dispositionsbefugnis in der Leitungshierarchie durch die Unterstellung einer "wertneutralen" Arbeitsplatzstruktur verschleiert wird, stellt die niedrigen Qualifikationen und restringierten Dispositionsbefugnisse der Mehrheit der Angestellten unter Beweis (49). Schon Ende der fünfziger Jahre gehörten 20 % der Angestellten in Produktionsbetrieben den beiden untersten Funktionsgruppen an, deren fachliche Qualifikation entweder überhaupt keine berufliche Vorbildung oder kurzfristige Anlernzeiten und Spezialschulungen bis zu einem Jahr voraussetzten (Funktionsgruppe 0 - 2). 17 % der Angestellten in demselben Bereich verfügten über Ausbildungsabschlüsse in kaufmännischen und technischen Lehrberufen, hatten jedoch keine längere Berufserfahrung, wohingegen 52,5 % zwar Qualifikationen besaßen, die sich von Lehrberufen mit langjähriger Berufserfahrung bis zu Fach- und Hochschulausbildung erstreckten, aber nur mit Leitungsfunktionen der unteren Ebene, des Lower-Managements, beauftragt waren (Funktionsgruppen 4 - 7). Im Bereich des Handels, der Banken und Versicherungen gehörten dagegen schon 33,9 % der Angestellten den Funktionsgruppen 0 - 2, 30,7 % der Funktionsgruppe 3, 30,4 % den Funktionsgruppen 4 - 7 und nur 5 % den höheren Funktionsgruppen 8 - 13 an, in denen die Leitungsfunktionen eindeutig überwogen. (Aber auch von diesen 5 % ließen sich nur 0,8 % dem Spitzenmanagement zurechnen.) (50)

Die Tendenz zur inneren Polarisierung und Differenzierung der Qualifikationsstruktur der Angestellten, die ihre Ursache in dem Bestreben findet, das variable Kapital zu verringern und in allen Bereichen des Produktionsprozesses lebendige Arbeit durch vergegenständlichte Arbeit zu ersetzen, hat sich im Verlaufe der sechziger Jahre zweifellos beschleunigt,

---

44 Roland Melke: "Die Masse der Angestellten – Teil der Arbeiterklasse", in: IPW-BERICHTE, 8/1972, S. 39.

45 Hierbei ist anzumerken, daß 1. die Frauen in Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufen 1972 bereits die Mehrheit aller Beschäftigten stellen (vgl. Tabelle, S. 57 bei Joachim Nitsche: "Zur Lage der Frauen in der BRD", in: IPW-BERICHTE, 4/1973) und daß 2. Frauen durchschnittlich ein weitaus geringeres Ausbildungs- und Qualifikationsniveau aufweisen als Männer. Vgl. dazu Werner Cieslak, Marianne Conze: "Gewerkschaften im Kampf um die Rechte der berufstätigen Frauen", in: MARXISTISCHE BLÄTTER, 4/1972, S. 63 ff.

46 Roland Melke: "Die Masse der Angestellten ...", a.a.O., S. 40.

47 Vgl. im folgenden Joachim Fuhrmann: "Zur Veränderung der Arbeitsaufgaben von kaufmännischen und technischen Angestellten durch Computer" (10 Fallstudien), in: COMPUTER UND ANGESTELLTE ..., Bd. I, a.a.O., S. 321-444.

48 Dieses Ergebnis bestätigten im Blick auf das Qualifikations- und Tätigkeitsprofil von Meisterfunktionen im Fertigungsprozeß nach Umstellung auf Computeranlagen Aussagen von Vertretern der Gewerkschaften. Vgl. z.B. den Diskussionsbeitrag von Heinrich Bramkamp (IG Metall) auf der 3. Internationalen Arbeitstagung der IG-Metall über Computer und Angestellte ..., Teil II, a.a.O., S. 644 ff.

49 Vgl. im folgenden Helmut Steiner: SOZIALE STRUKTURVERÄNDERUNGEN ..., a.a.O., S. 64 ff.

50 Zur Differenzierung des Managements und der Leitungsfunktionen in der kapitalistischen Unternehmensorganisation die trotz ihrer Apologetik informative Darstellung von Erwin Grochla: UNTERNEHMENSORGANISATION, Neue Ansätze und Konzeptionen, Reinbek b. Hamburg, insbes. die Seiten 64 ff.

wenn man das absolute quantitative Wachstum der Angestellten berücksichtigt und außerdem feststellt, daß zum Beispiel 1966 23 % der männlichen und sogar 65 % der weiblichen kaufmännischen Angestellten in den untersten Leistungsgruppen (V und IV) eingestuft waren (51). Der Qualifikationsverlust vieler Angestelltentätigkeiten und -berufe korrespondiert mit der Einkommenshöhe der Angestellten als dem Ausdruck des Preises ihrer Arbeitskraft. Während sich die Reproduktionskosten der Arbeitskraft niedrig qualifizierter Angestellter denjenigen der vorwiegend manuell tätigen Gruppen der Arbeiterklasse annähern, verfügt nur eine kleine Minderheit von Angestellten (in erster Linie der wissenschaftlich-technischen Intelligenz) aufgrund ihrer fachlichen, auf den Arbeitsprozeß bezogenen Qualifikation, mehr noch aber aus dem Grund, weil sie Verwertungs- und Leitungsfunktionen im Interesse des Kapitals wahrnehmen, über Einkommen, die weit über dem Durchschnitt aller Lohnarbeiter liegen (52).

Ähnlich wie bei der Industriearbeiterschaft vollzieht sich bei der Masse der Angestellten eine Veränderung der Qualifikationsstruktur, die – bedingt durch den Widerspruch zwischen Produktivkräften und kapitalistischen Produktionsverhältnissen, – zum einen ein überproportionales Anwachsen hoher Qualifikationen einzelner Angestelltengruppen aufweist und damit zur Anhebung des durchschnittlichen Qualifikationsniveaus der Gesamtheit der Angestellten beiträgt, zum anderen jedoch eine Qualifikationsminderung quantitativ beträchtlicher Teile der Angestellten hervorruft: "Wenn auch im Kapitalismus das durchschnittliche Qualifikationsniveau der Angestellten der Industrie insgesamt steigt, so ist es doch für kapitalistische Produktionsverhältnisse typisch, daß diese Steigerung das Resultat zweier gegensätzlicher Tendenzen ist, nämlich des überdurchschnittlichen Qualifikationsniveaus einer wachsenden Zahl von naturwissenschaftlich-technischen Angestellten, anderen Angehörigen der Intelligenz und einer Gruppe qualifizierter, meist jüngerer neuartig ausgebildeter kaufmännischer und technischer Sachbearbeiter einerseits und der Dequalifizierung bzw. des weiteren geringen Qualifikationsniveaus (vor allem weiblicher und älterer) kaufmännischer Angestellter andererseits." (53)

---

51 Vgl. Robert Melke: "Die Masse der Angestellten ...", a.a.O., S. 39.

52 Nach den Angaben des Statistischen Bundesamtes bezogen 1969 55,9 % der Angestellten ein Nettoeinkommen unter 800 DM und nur 4,4 % ein Nettoeinkommen von über 1800 DM. (Vgl. WIRTSCHAFT UND STATISTIK, hrsg. vom Statistischen Bundesamt Wiesbaden, Stuttgart und Mainz 3/1970, S. 137). Die sich im Gehalt ausdrückende sinkende Qualifikationstendenz der kaufmännischen Angestellten gegenüber den technischen Angestellten zeigt sich auch in der Tatsache, daß, während 1965 das monatliche Durchschnittseinkommen von Diplomkaufleuten in der Industrie noch knapp über dem der Diplomingenieure und weit über dem der graduierten Ingenieure lag, 1972 das durchschnittliche monatliche Bruttoeinkommen der technischen Angestellten (1890 DM, Januar 1972) um ca. 500 DM über dem der kaufmännischen Angestellten lag, was sich hauptsächlich auf das rasche Anwachsen gering qualifizierter kaufmännischer Angestelltentätigkeiten zurückführen läßt. (Vgl. Ingo Hansen: "Veränderungen in der gesellschaftlichen Qualifikationsstruktur und die soziale Lage der technischen Intelligenz", in: FACIT, Beiträge zur marxistischen Theorie und Politik, 29/1973, S. 18).

53 Robert Melke: "Die Masse der Angestellten ...", a.a.O., S. 41.

Verlag Marxistische Blätter

Verlag Marxistische Blätter
6 Frankfurt/M. 50
Heddernheimer Landstr. 78 a

Neuerscheinungen

Le Duan
Die vietnamesische Revolution
Grundprobleme und Hauptaufgaben. Herausgegeben von Günter Giesenfeld und Frank Werkmeister.
Marxistische Taschenbücher Reihe "Marxismus aktuell", 156 S., DM 7,50.

Helmuth Kolbe u.a.
Sicherheit des Arbeitsplatzes ?
Wissenschaftlich-technische Revolution – Wirtschaftswachstum – Freisetzung.
Marxistische Taschenbücher Reihe "Marxismus aktuell", 83 S., DM 4,–.

Claude M. Lightfoot
Der Kampf für die Befreiung der Afroamerikaner
Aus dem Amerikanischen.
Paperback, 216 S., DM 4,50.

Armin Mehnert
Bedürfnisse – Manipulierung – individuelle Konsumtion in der BRD
Mit statistischem Anhang.
Paperback, 315 S., DM 12,50.

Gewerkschaften und Nationalisierung in der BRD
Dokumente und Materialien. Neudrucke zur sozialistischen Theorie und Gewerkschaftspraxis Band 5.
Paperback, 144 S., DM 6,50.

W.W. Sagladin u.a.
Die kommunistische Weltbewegung
Abriß der Strategie und Taktik. Aus dem Russischen.
Leinen, Schutzumschlag, 494 S., DM 12,50.

Christoph Ziegenrücker

Probleme der Strukturentwicklung der Arbeiterklasse in der DDR*

Um die Mitte der sechziger Jahre vollzogen sich in der DDR sozialökonomische Prozesse, die Veränderungen der gesellschaftlichen Leitungsstruktur erforderlich machten: Neben der sich aus dem Ende der extensiven Phase der Reproduktion, die das Wirtschaftswachstum weitgehend an den vermehrten Einsatz von Produktionsmitteln und Arbeitskräften gebunden hatte, ergebenden Notwendigkeit, die erweiterte Reproduktion künftig vorrangig auf eine qualitative Verbesserung des technischen Niveaus der Produktionsmittel und der Qualifikation der Arbeitskräfte zu stützen, kündigte sich eine neue Phase der Produktivkraftentwicklung an, die 'wissenschaftlich-technische Revolution'. So erforderte die gesellschaftliche Entwicklung neben der Neufestlegung der Entscheidungsstrukturen des ökonomischen Planungs- und Leitungssystems eine genaue Analyse der sozialen Bedingungen, unter denen die Anforderungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts nicht nur 'bewältigt', sondern die ihm immanenten Möglichkeiten zur Weiterentwicklung der sozialistischen Gesellschaft umfassend realisiert werden konnten (1).

Wie deren Funktionsbestimmung andeutet, stehen die seit dieser Zeit intensiv betriebenen empirischen soziologischen Forschungen in der DDR, insbesondere im Bereich der materiellen Produktion, damit in Zusammenhang: „Diesem Ziel, der Schaffung wissenschaftlicher Grundlagen für die planmäßige, vorausschauende Gestaltung der sozialen Beziehungen in der sozialistischen Gesellschaft, speziell im Bereich der Industrie, diente von Anfang an die industriesoziologische Forschung" (2). Das für den Zeitraum bis 1970 festgelegte Forschungsprogramm über "Die Entwicklung des kulturell-technischen Niveaus der Werktätigen im Prozeß der technischen Revolution" umfaßte Einzeluntersuchungen über die sozialistische Gemeinschaftsarbeit, das Verhältnis der Werktätigen zur Arbeit, die Entwicklung von geistiger und körperlicher Arbeit und die Auswirkungen der technischen Revolution auf die Sozialstruktur der sozialistischen Gesellschaft (3); es signalisierte als wesentliches Problem der sozialen Entwicklung die Herstellung wachsender Übereinstimmung der sozialökonomisch determinierten Form mit dem in erster Linie an den jeweiligen technischen Entwicklungsstand gebundenen Inhalt der Arbeit.

Der konstitutiven Bedeutung der Entfaltung des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens für die vorwiegend intensiv erweiterte Reproduktion entspricht auch die Zunahme bildungsökonomischer Forschung seit dieser Zeit mit dem Ziel der „Aufdeckung des sozialökonomischen Inhalts der qualitativ neuen Rolle der Bildung bei der Intensivierung des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses im Sozialismus" und der Entwicklung von Planungsmethoden, „die dazu beitragen können, die quantitativen Dimensionen des Wirkens der objektiven Gesetze im Wechselverhältnis von gesellschaftlichem Reproduktionsprozeß

* Das Manuskript wurde Ende August 1973 abgeschlossen.

1 Zur Formulierung und Durchsetzung dieser Politik vgl. SOZIALISTISCHE RATIONALISIERUNG UND STANDARDISIERUNG. Konferenz des ZK der SED und des Ministerrates der DDR am 23. und 24.6.1966 in Leipzig, Berlin 1966.

2 THEORETISCHE UND METHODOLOGISCHE PROBLEME DER MARXISTISCHEN INDUSTRIESOZIOLOGIE, Berlin 1967, S. 9.

3 Vgl. INDUSTRIESOZIOLOGIE, S. 13.

und Bildungswesen besser als bisher zu erfassen und im Entscheidungsprozeß zu berücksichtigen" (4). In diesem Aufsatz, dessen allgemeinster Problemhorizont damit umrissen ist, geht es in diesem Zusammenhang um die von sowjetischen Soziologen sowie seit einiger Zeit auch in der DDR geführte Diskussion über die Frage, ob nicht die forcierte Entwicklung des Bildungswesens zu einem ökonomisch und in seinen sozialen Konsequenzen unerwünschten Qualifikationsüberschuß der Produzenten führt, zu einer 'Überqualifikation', die in ihrer Disproportionalität einer harmonischen Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft widerspricht.

Allerdings zeigt eine Analyse des Qualifikationsstandes der Arbeiterklasse, die vom Anspruch umfassender Teilnahme an der Planung und Leitung des Gesellschaftsprozesses ausgeht, immer noch ein Qualifikationsdefizit der Produktionsarbeiter, das die nicht geringste Ursache für einige Entwicklungsprobleme im Verhältnis von Arbeiterklasse und Intelligenz darstellt; taucht doch dieser defizitäre Befund immer dann auf, wenn von Angehörigen der Intelligenz in Fragen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts ein Führungsanspruch angemeldet wird und die schöpferischen Potenzen der Arbeiterklasse negiert bzw. nicht planmäßig entfaltet werden. Damit ergibt sich für die weitere gesellschaftliche Entwicklung die Notwendigkeit der Analyse der „qualitativ neuen Wesenszüge der führenden Rolle der Arbeiterklasse, (der) ... sich vollziehenden Veränderungen im Charakter und in der Struktur der Arbeiterklasse" (5), will man nicht konvergenztheoretischen Behauptungen über die Schlüsselfunktion der Intelligenz in der 'entwickelten Industriegesellschaft' aufsitzen (6).

Der Nachweis der sozialen Formbestimmtheit dieser Prozesse bleibt dabei insofern unvollständig, als die Entwicklung in der kapitalistischen Gesellschaft der BRD nur angedeutet werden kann.

1. Zum Charakter der gegenwärtigen Phase des wissenschaftlich-technischen Fortschritts

Eine Analyse der Entwicklung einzelner Aspekte der Tätigkeitsstruktur der Produzenten muß an deren Einordnung in das Produktivkraftssystem anknüpfen, d.h. davon ausgehen, daß sich mit der Entwicklung der Produktionsinstrumente (Arbeitsmittel, Arbeitsgegenstände) auch die betriebliche Arbeitsteilung/Kooperation und damit vor allem ihre erforderliche Qualifikation ändert (7). Dabei ist der dialektische Zusammenhang objektiver und subjektiver Faktoren erst zureichend beschrieben, wenn der Mensch, das lebendige Arbeitsvermögen, als bestimmendes Moment, als 'Hauptproduktivkraft' ausgemacht wird: "Die Hauptproduktivkraft Mensch wirkt ihrerseits auf die Höherentwicklung aller übrigen Produktivkräfte zurück, setzt diese erst in Bewegung, kombiniert sie miteinander und macht sie ökonomisch und gesellschaftlich wirksam" (8).

4 U. Ludwig u. a.: BILDUNG ALS ÖKONOMISCHE POTENZ IM SOZIALISMUS, Berlin 1972, S. 6.

5 „Zentraler Forschungsplan der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften der DDR bis 1975", in: EINHEIT, 27. Jg., 1972, S. 169 ff; hier: S. 174.

6 Auf diese Probleme der Auswirkungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts auf das Verhältnis von Arbeiterklasse und Intelligenz wird in einem demnächst erscheinenden Aufsatz über die 'Sozialistische Gemeinschaftsarbeit' eingegangen.

7 Vgl. dazu die quantitativen Angaben über den Zusammenhang zwischen Arbeitsmitteln und -gegenständen und der Berufs- und Qualifikationsstruktur bei Ludwig u. a., S. 277 f.

8 A. Knauer u. a. (Hg): SOZIALISTISCHE BILDUNGSÖKONOMIE, Berlin 1972, S. 189.
In der Vernachlässigung dieses Aspektes wird heute der Hauptfehler der 'technizistischen' Produktivkrafttheorie gesehen, wie sie z. T. in den 50er Jahren vertreten wurde: „In der Bestimmung der Produktivkräfte durch Aufzählung rangierte der Mensch als gleichberechtigtes Element neben den Produktionsinstrumenten bzw. den Produktionsmitteln. Seine Bedeutung ... wurde weder durch die Herausarbeitung seiner dominierenden Rolle als wichtigster Produktivkraft hervorgehoben, noch an der Bestimmung der ihn als Hauptproduktivkraft kennzeichnenden vielgestaltigen Merkmale sichtbar gemacht"; S. Heppener, „Marxistisch-leninistische Produktivkrafttheorie und weltanschaulich-theoretische Probleme der wissenschaftlich-technischen Revolution", in: DEUTSCHE ZEITSCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE (im folgenden zitiert als: DZfPh), 19. Jg., 1971, S. 449 ff; hier: S. 456 f.

Die Entwicklung der Qualifikations- und Tätigkeitsstruktur der Arbeiterklasse bringt dabei zum Ausdruck, daß die Qualität der Produktionsmittel als vergegenständlichtes Wissen der Produzenten sich auch in der sozialistischen Gesellschaft zunächst einmal auf die Ebene des produktiven Gesamtarbeiters bezieht, nicht auf die Ebene der Produktionsarbeiter, deren spezifische Tätigkeit gerade den im jeweiligen Entwicklungsstadium dieser Gesellschaft erreichten Grad der Annäherung von geistiger und körperlicher Arbeit signalisiert.

Der enge Zusammenhang aller Produktivkraftfaktoren erweist sich darin, daß die einzelnen Stufen der Produktivkraftentwicklung, deren begriffliche Klärung hier ansteht, sich adäquat nur aus der Analyse des Arbeitsprozesses ableiten lassen, also aus der Verteilung der verschiedenen Arbeitsfunktionen auf Mensch und Maschine (9). Diese Funktionen lassen sich folgenden untereinander verbundenen Grundphasen jedes vollständigen Arbeitsprozesses zuordnen:

1. Vorbereitungsphase des Arbeitsprozesses
(Logische Funktion: Zielsetzung, Festlegung des Arbeitsprogramms = Einrichten)
2. Durchführungsphase des Arbeitsprozesses
(Antriebs-, Übertragungs- und Ausführungsfunktion;
Bedienungsfunktion: Zuführen und Herausnehmen des Arbeitsgegenstandes, Ein- und Ausschalten des Arbeitsablaufs)
3. Kontrollphase des Arbeitsprozesses
(Steuer- bzw. Regelfunktion: Registrieren, Korrigieren der Arbeitsoperationen bzw. des Arbeisprogramms).

Die Verbindung der einzelnen Phasen, insbesondere der Durchführungs- und Kontrollphase, vollzieht sich auf der Grundlage ständiger Informationsgewinnung und -verarbeitung sowie eines ständigen „Masse- und Energieflusses zwischen den Elementen des Arbeitsprozesses" (10).

Die Phasen der Produktivkraftentwicklung lassen sich mit diesen Kategorien schematisch, unter Absehung von den „gegebenen historisch-konkreten Bedingungen des jeweiligen Arbeitsprozesses in einem bestimmten Industriezweig", so beschreiben: (11)

9 Diese systematische Analyse abstrahiert nur scheinbar von der gesellschaftlichen Formbestimmtheit des Arbeitsprozesses; es wird noch zu zeigen sein, daß die gesellschaftliche Form auf der Ebene der 'Teilung der Arbeit im einzelnen' erst mit der Gestaltung des Verhältnisses von Arbeitsfunktionen und Arbeitsaufgaben in den Arbeitsinhalt eingreift.

10 Vgl. M. Kreyer: „Zu Strukturveränderungen der Arbeitskräfte in der Industrie", in: BERUFSBILDUNG (im folgenden zitiert als: Bb), 22. Jg., 1968, S. 476 ff; hier: S. 476 f; ferner F. Kutta: „The Influence of Technical Development on Changes in Work Functions and the Main Tendencies of Change in Personnel Structure", in: CZECHOSLOVAK ECONOMIC PAPERS, 6/1966, S. 45 ff; hier: S. 46.

11 Kreyer in: Bb, 1968, S. 477. Gemeint ist hier immer der Fertigungsprozeß.
Über die Vielzahl der vorhandenen Ansätze zur Gliederung der Produktivkraftent-

a) Manueller Arbeitsprozeß ohne bzw. mit nicht energiebetriebenem Werkzeug.
   1. Mensch: Logische Funktion, Antriebs-, Übertragungs-, Registrier- und Regelfunktion
   2. Mensch bzw. Mensch mit Werkzeug: Ausführungsfunktion.

b) Arbeitsprozeß mit energiebetriebenem Maschinenwerkzeug (Technisierung).
   1. Mensch: Logische Funktion, Registrier- und Regelfunktion
   2. Mensch mit Maschinenwerkzeug: Antriebs-, Übertragungs- und Ausführungsfunktion.

c) Arbeitsprozeß an Maschinen und Anlagen (Mechanisierung).
   1. Mensch: Logische Funktion, Bedienungs-, Registrier- und Regelfunktion
   2. Maschine: Antriebs-, Übertragungs- und Ausführungsfunktion.

Diese arbeitssoziologische Definition von 'Mechanisierung' als Übergabe der unmittelbaren Bearbeitung des Arbeitsgegenstandes an Maschinen bei gleichzeitiger Übernahme ihrer Steuerung und Bedienung entspricht der Beschreibung des technischen Niveaus der Produktionsinstrumente als „Maschinen oder Anlagen mit Fernüberwachung sowie manuell betätigter Fernsteuerung bzw. -regelung und mechanisierter Ausführung der Hilfsarbeiten" (12).

d) 'Teilautomatisierung'.
   1. Mensch: Logische Funktion
   2. Mensch und Maschine: Regelfunktion
   3. Mensch, z. T. Maschine: Bedienungsfunktion
   4. Maschine: Antriebs-, Übertragungs-, Ausführungs- und Registrierfunktion.

'Teilautomatisierung' meint also die beginnende Übergabe der Kontrollphase des Arbeitsprozesses an Maschinen, ohne vollständige Ausschaltung des Menschen aus der Durchführungsphase (Bedienungsfunktion): „Maschinen oder Anlagen mit selbsttätiger Steuerung des Arbeitsablaufs mittels Steuermechanismen und manueller bzw. mechanisierter, aber nicht selbsttätiger Ausführung der Hilfsarbeiten" (13).

e) 'Vollautomatisierung'.
   1. Mensch: Logische Funktion
   2. Maschine: Antriebs-, Übertragungs-, Bedienungs-, Ausführungsfunktion; Registrier- und Regelfunktion.

Auf der Stufe der 'Vollautomatisierung' beschränkt sich die Arbeitstätigkeit des Menschen in der Fertigung auf die Vorbereitungsphase des Arbeitsprozesses: „Maschinen oder Anlagen mit selbsttätiger Steuerung des gesamten Arbeitsablaufs mittels flexibler Programme, einschließlich selbsttätiger Ausführung aller Hilfsarbeiten" (14).

---

wicklung und die ihnen zugrundeliegenden Kategorien informiert E. Ulrich: „Stufung und Messung der Mechanisierung und Automatisierung", in: MITTEILUNGEN DES INSTITUTS FÜR ARBEITSMARKT- UND BERUFSFORSCHUNG, 1, 1968, S. 28 ff, S. 102 ff; vgl. insbesondere S. 41 f.

12 F. Bochmann: „Methodik zur statistischen Erfassung des Standes der Automatisierung in der Industrie", in: STATISTISCHE PRAXIS (im folgenden zitiert als: StP), 23. Jg., 1968, S. 274 ff.; hier: S. 275.

13 Ebd. Hier zeigt sich der enger werdende Zusammenhang zwischen der Durchführungs- und Kontrollphase des Arbeitsprozesses, entsprechend dem Übergang von der „offenen Steuerung" zum „geschlossenen Steuerkreis"; vgl. H. Kortum: „Die Definition der Begriffe Mechanisierung und Automatisierung", in: Bb, 15. Jg., 1961, S. 295 ff.; hier: S. 297 f.

14 Bochmann, in: StP, 1968, S. 275.
Zu dieser in Anlehnung an Kreyer, in: Bb, 1968, S. 477, vorgenommenen Bestimmung vgl. auch I. Fischer: „Einige Fragen der Mechanisierung und Automatisierung

Bereits diese abstrakten Bestimmungen der Phasen der Produktivkraftentwicklung, die später noch differenziert werden (15), deuten folgende Richtung der Veränderungen in der menschlichen Arbeitstätigkeit an: (16)

1. Übertragung von Arbeitsfunktionen der Durchführungsphase auf Maschinensysteme;
2. Zunahme des Anteils der Arbeitsfunktionen vorwiegend geistiger Art (der Kontrollphase des Arbeitsprozesses — Registrier- und Regelfunktion — sowie der logischen Funktion).

Dabei macht die technische Entwicklung nicht bei der Durchführungsphase des Arbeitsprozesses halt; sie setzt sich als Automatisierung der Kontrollphase fort. So sind „automatische Fertigungsstraßen so angelegt ..., daß der Eingriff des Menschen nicht nur im unmittelbaren Fertigungsprozeß, sondern auch in der Steuerung und Kontrolle der Produktion überflüssig wird. Erst dann ist der Mensch vollständig vom Eingriff in den Produktionsprozeß befreit, und der Produktionsprozeß hängt seinerseits nicht mehr von den physischen Möglichkeiten des Menschen ab" (17).

Dieser Vorgang des 'Heraustretens' des Menschen aus dem gesamten Fertigungsprozeß sowie ansatzweise auch aus der „gesellschaftlichen Produktion" als Organisation der wissenschaftlichen Vorbereitung der Produktion durch Forschung, Entwicklung und Konstruktion neuer Erzeugnisse und Technologien (18) bildet den wichtigsten Aspekt der 'wissenschaftlich-technischen Revolution', den „revolutionierenden Kernprozeß in der Basis der materiellen Produktion" (19). Damit hängt die Verlagerung des Schwerpunktes der Intensivierung der Produktion von der Fertigung auf den Bereich der 'gesellschaftlichen Produktion' bei immer stärkerer Integration der Wissenschaft in den betrieblichen Reproduktionsprozeß zusammen (20).

---

der Produktion in Industriebetrieben", in: WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFT (im folgenden zitiert als: Ww), 21, 1973, S. 526 ff; hier: S. 529 und S. 532. Auch Schulzes Stufung der Verteilung der Arbeitsfunktionen entspricht der hier gewählten Einteilung; vgl. H. Schulze: „Qualifikationsentwicklung durch Automatisierung, in: Bb, 20. Jg., 1966, S. 60 ff, S. 126 ff, S. 184 ff; hier: S. 126 ff.

15 Vgl. S. 36 ff. und S. 42 ff.

16 Vgl. Kreyer, in: Bb, 1968, S. 478.

17 DIE GEGENWÄRTIGE WISSENSCHAFTLICH-TECHNISCHE REVOLUTION, Berlin 1972, S. 167.
„Der Arbeitsprozeß kann allmählich von den Schranken befreit werden, die durch die begrenzten physischen und geistigen Fähigkeiten des Menschen hinsichtlich Genauigkeit, Schnelligkeit und Umfang der Bearbeitungs-, der Kontroll- und der Leitungsprozesse in der Produktion bedingt sind"; Fischer, in: Ww, 1973, S. 532.

18 POLITISCHE ÖKONOMIE DES SOZIALISMUS UND IHRE ANWENDUNG IN DER DDR, Berlin 1969, S. 312.
Neuere Arbeiten weisen darauf hin, daß „eine neue Abgrenzung zwischen bisher typischen Hauptphasen des Reproduktionsprozesses und auch innerhalb derselben nötig werden wird. Mit der Automatisierung der technischen Vorbereitung der Produktion ... wird die bisher übliche Einteilung in Forschung/Entwicklung, Konstruktion und Projektierung sowie Technologie wohl kaum noch zu halten sein"; Knauer u.a., 1972, S. 89 f.

19 W. Kalweit: „Marx und die Technik", in: EINHEIT, 28. Jg., 1973, S. 846 ff; hier: S. 849.

20 Von geringerer Bedeutung ist demgegenüber die Entwicklung der Arbeitsgegenstände, etwa die Verwendung neuer Werkstoffe und die Substituierung von Grundstoffen (‚Chemisierung' der Produktion); vgl. dazu G. Schulz: „Die organische Verbindung der Errungenschaften der wissenschaftlich-technischen Revolution mit den Vorzügen des Sozialismus", in: EINHEIT, 27. Jg., 1972, S. 876 ff; hier: S. 878 f.

Nach der begrifflichen Klärung der einzelnen Stufen der Produktivkraftentwicklung einige Daten über den Entwicklungsstand der Produktivkräfte in der volkseigenen Industrie insgesamt und einigen ausgewählten Industriezweigen der DDR:

		1960	1962	1963	1965	1966	1967	1970	1971
Soz. Ind. insgesamt (21)	T:	57,0	59,3	60,8	62,3	62,8	63,8	-	-
	M:	43,0	44,5	45,4	47,1	47,2	47,7	52,3	53,3
	A:	-	-	4,2	4,8	4,8	5,1	6,6	7,6
Chem. Ind. (22)	T:	58,7	63,2	65,3	65,5	65,2	66,1	-	-
	M:	51,2	54,1	55,4	56,4	56,1	56,8	-	59,4
	A:	-	-	7,6	8,7	8,7	9,3	10,2	10,7
Metallurgie	T:	64,9	65,1	67,2	69,1	68,9	71,8	-	-
	M:	50,9	49,3	51,4	53,0	53,4	54,9	-	57,4
	A:	-	-	4,9	5,5	5,7	5,7	7,0	9,3
Allgemeiner Maschinenbau	T:	54,8	56,1	58,4	58,2	58,7	60,1	-	-
	M:	40,7	41,0	42,7	42,5	42,0	43,5	-	46,0
	A:	-	-	2,7	3,0	2,9	3,1	4,3	5,3
Elektrotechnische Industrie	T:	48,0	51,3	51,1	55,4	54,7	55,4	-	-
	M:	34,6	35,9	35,7	38,4	38,1	38,8	-	46,1
	A:	-	-	3,0	3,3	3,7	4,5	5,6	7,8
Textilindustrie	T:	72,9	72,8	73,0	72,8	72,7	72,8	-	-
	M:	63,6	61,9	61,2	60,6	60,2	59,7	-	65,7
	A:	-	-	4,8	5,1	5,3	5,4	9,3	9,5

21 Für die Daten zum Technisierungsgrad (T) vgl. STATISTISCHES JAHRBUCH DER DDR 1967, Berlin 1967, S. 201 (1962, 1965) und StatJb DDR 1968, Berlin 1968, S. 195 (1960, 1963, 1966, 1967). Die Angaben beim Allgemeinen Maschinenbau beziehen sich für 1970 und 1971 auf den Maschinen- und Fahrzeugbau, die bei der Elektrotechnischen Industrie auf Elektrotechnik/Elektronik/Gerätebau. Die Kategorie der ‚Technisierung' bzw. der „Technisierungskoeffizient der Arbeit" ist definiert als „Zahl der Produktionsarbeiter, die an Maschinen oder Anlagen bzw. mit energiebetriebenen Maschinenwerkzeugen arbeiten, bezogen auf die Gesamtzahl der erfaßten Produktionsarbeiter"; Ministerrat der DDR. Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hg): DEFINITIONEN WICHTIGER KENNZIFFERN UND BEGRIFFE FÜR PLANUNG UND STATISTIK – ERGÄNZUNGSAUSGABE, Berlin 1967, S. 139.
Für die Daten zum Mechanisierungsgrad (M) vgl. StatJb DDR 1967, S. 201 (1962, 1965); StatJb DDR 1968, S. 195 (1960, 1963, 1966, 1967);
Fischer, in: Ww, 1973, S. 529 (1970) und E. Eckstein/R. Massar: „Die Mechanisierung von Haupt- und Hilfsprozessen in der sozialistischen Industrie", in: StP, 27. Jg., 1972, S. 219 ff; hier: S. 219 (1971). Die Kategorie der ‚Mechanisierung' bzw. der „Mechanisierungskoeffizient der Arbeit" ist definiert als „Zahl der Produktionsarbeiter, die an Maschinen oder Anlagen arbeiten (Maschinenarbeiter), bezogen auf die Gesamtzahl der erfaßten Produktionsarbeiter"; Definitionen wichtiger Kennziffern, S. 139.
Für die Daten zum Automatisierungsgrad (A) 1970 und 1971 vgl. Stat Jb DDR 1973, Berlin 1973, S. 137. Die Kategorie der ‚Automatisierung' bzw. der „Automatisierungskoeffizient der Arbeit" meint die „Zahl der Produktionsarbeiter und des ingenieur-technischen Personals mit Kontroll- und Überwachungsfunktionen an Maschinen oder Anlagen, bezogen auf die Anzahl der Produktionsarbeiter insgesamt und des Teils des ingenieur-technischen Personals, das Kontroll- und Überwachungsfunktionen an Maschinen oder Anlagen ausübt"; Definition wichtiger Kennziffern, S. 139.

Ein etwas anderes Bild zeigt sich bei Differenzierung zwischen Haupt- und Hilfsprozessen der Produktion (Fertigung und innerbetrieblicher Transport, Reparaturwesen, Werkzeugbau, Verpackung, Qualitätskontrolle); so beträgt im Bereich der Industrieministerien „der Anteil der Produktionsarbeiter mit überwiegend manueller Tätigkeit an der Gesamtzahl der Produktionsarbeiter ... bei den Hilfsprozessen 52,3 Prozent gegenüber 26,3 Prozent bei den Hauptprozessen. Der Mechanisierungsgrad der Arbeit bei den Hilfsprozessen beträgt 32,5 Prozent und bei den Hauptprozessen 61,7 Prozent" (23)

Insgesamt ergibt sich, daß bei kontinuierlichem Anstieg des technischen Niveaus seit den 60er Jahren in der gegenwärtigen Entwicklungsetappe der Schwerpunkt der sozialistischen Rationalisierung noch auf der Mechanisierung und Teilautomatisierung, nicht zuletzt der Hilfsprozesse liegt (24), die Automatisierung ganzer Produktionsprozesse nur für ausgewählte volkswirtschaftliche Vorhaben realisierbar ist (25).

2. Auswirkungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts auf die gesellschaftliche Arbeitskräftestruktur (26)

Die Untersuchung der Auswirkungen der technischen Entwicklung auf die Arbeitskräftestruktur im Bereich der materiellen Produktion zeigt zunächst, daß die zunehmende Bedeutung der der Fertigung vor- und nachgelagerten Bereiche mit der Veränderung des Um-

22 Für die volkswirtschaftliche Bedeutung einiger dieser Industriezweige vgl. W. Wyniger: DEMOKRATIE UND PLAN IN DER DDR. Probleme der Bewältigung der wissenschaftlich-technischen Revolution, Köln 1971, S. 58 f.

23 Fischer, in: Ww, 1973, S. 529.

24 Das gilt insbesondere für den Reparaturbereich, dessen Mechanisierungsgrad der Arbeit mit 29,5 Prozent unter dem Durchschnitt aller Hilfsprozesse liegt, der aber mit 15,8 Prozent von den Hilfsprozessen den größten Anteil an der Gesamtzahl der Produktionsarbeiter der Industrie sowie die höchste Zuwachsrate hat. Nur so kann eine ineffektiver werdende Nutzung des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens vermieden werden; vgl. Fischer, in: Ww, 1973, S. 530 und Stat Jb DDR 1973, S. 137.

25 Vgl. „Direktive des 8. Parteitages der SED zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR 1971 bis 1975", in: PROTOKOLL DER VERHANDLUNGEN DES 8. PARTEITAGES DER SED, 15. bis 19.6.1971, Bd. 2, Berlin 1971, S. 316 ff.; hier: S. 328.
Daß eine zu starke Akzentuierung der für die wissenschaftlich-technische Revolution kennzeichnenden Prozesse der Automatisierung die gegenwärtigen ökonomischen Möglichkeiten der DDR übersteigt, zeigt folgende Einschätzung: „So erfolgreich die Orientierung der Planung auf strukturell entscheidende Erzeugnisse und Verfahren war – es zeigte sich 1970 jedoch auch deutlich, was sich nicht bewährt hatte. In manchem hatten wir uns zu viel vorgenommen. Wir entschlossen uns, bei der Automatisierung ganzer Produktionsprozesse, in der Forschung . . . gewisse, über die Kräfte der DDR hinausgehende Ziele zurückzunehmen. Die übermäßige Konzentration der Mittel auf derartige Vorhaben hatte es nicht gestattet, die Energiewirtschaft sowie die Zuliefererindustrie . . . im erforderlichen Maße zu entwickeln"; W. Florath: „Die sozialistische Planwirtschaft in der DDR", in: DIE DDR. Entwicklung, Probleme, Perspektiven, Ffm 1972, S. 46 ff; hier: S. 57. Vgl. auch Kalweit's kritische Bemerkungen über die „modische Überhöhung der wissenschaftlich-technischen Revolution, als ob die ganze Produktion und alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens durch die ‚Verwissenschaftlichung' bereits heute oder spätestens morgen revolutioniert würden"; in: EINHEIT, 1973, S. 849.

26 Die Analyse beschränkt sich auf die betriebliche Arbeitsteilung im Bereich der materiellen Produktion; die Entwicklung des Sektors der nicht-materiellen Produktion wird hier, wie in der gesamten Arbeit, nicht berücksichtigt.

fangs der einzelnen Beschäftigtengruppen (27) zu einer Erhöhung der Gesamtqualifikation führt.

1. In der sozialistischen Industrie nahm von 1960 bis 1970 die Gesamtzahl der Arbeiter und Angestellten um 35.373 zu, die der Produktionsarbeiter dagegen um 116.163 ab.

2. Nach Untersuchungen in 163 Betrieben im Bezirk Leipzig war dort nach den vorgeschlagenen Planansätzen für den Zeitraum 1971 - 1975 ein Absinken des Anteils der Produktionsarbeiter an den Gesamtbeschäftigten auf 59,3 Prozent vorgesehen. (28)

Eine Untersuchung über die Beschäftigtenstruktur in der zentralgeleiteten chemischen Industrie brachte u. a. folgende Ergebnisse:

3. Beschäftigtenzahl und Beschäftigtengruppen in der zentralgeleiteten chemischen Industrie 1958 bis 1963 (in Prozent; 1958 = 100) (29)

	Beschäftigte insgesamt	Produktionsarbeiter (30)	Verwaltungspersonal (31)	Hoch- und Fachschulkader (32)
1959	102,0	101,5	104,5	134,2
1960	100,7	99,5	107,0	135,4
1961	99,1	98,0	106,6	150,7
1962	100,7	98,9	109,6	181,1
1963	102,0	97,6	114,5	216,4

Neuere Daten über die Zunahme der Hoch- und Fachschulkader im einzelnen bestätigen diese Entwicklungstendenzen:

1. Anzahl der Hoch- und Fachschulkader auf 1.000 Beschäftigte in der sozialistischen Industrie 1961 bis 1971 (33)

	Hochschulkader	Fachschulkader			
1961	6,0	27,7	1969	15,5	59,1
1962	7,1	31,9	1970	17,4	62,2
1967	13,0	53,2	1971	19,4	68,3
1968	14,4	56,9	1972	21,8	68,9

27 Vgl. M. Laschke: „Probleme der Aus- und Weiterbildung als Bestandteil des einheitlichen sozialistischen Reproduktionsprozesses", in: Bb, 26. Jg., 1972, S. 267 ff; hier: S. 268.

28 Ebd.

29 Vgl. H. Handke: „Die Entwicklung der Beschäftigtenstruktur in der chemischen Industrie der DDR unter besonderer Berücksichtigung der Jahre 1955 bis 1963", in: JAHRBUCH FÜR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE (im folgenden zitiert als: JbW), 4/1971, S. 1 ff; hier: S. 20.

30 „Arbeitskräfte, die in den produzierenden Einheiten des Betriebes für die Durchführung des technologischen Prozesses eingesetzt sind (Produktionsgrundarbeiter) bzw. diese Arbeiten durch Ausführung von Reparaturen, Transporten und sonstigen Hilfeleistungen unterstützen (Produktionshilfsarbeiter)"; vgl. Definitionen wichtiger Kennziffern, S. 61.

31 „Arbeitskräfte, die in den Arbeitsbereichen mit den dort auftretenden reinen Verwaltungs- und Abrechnungsaufgaben oder mit Hilfsarbeiten beschäftigt sind"; ebd. Handke verwendet an dieser Stelle die Kategorie ‚Angestellte', meint aber eindeutig das mit Verwaltungstätigkeit beschäftigte Personal.

32 Die Kategorie ‚Hoch- und Fachschulkader' umfaßt die Wirtschaftler und das ingenieur-technische Personal (außer Meister).

33 Vgl. StatJb DDR 1972, S. 66 und StatJb DDR 1973, S. 66.

2. Der Anteil der Hoch- und Fachschulkader an den Gesamtbeschäftigten betrug in der sozialistischen Industrie 1966 9,2 Prozent und 1970 11 - 12 Prozent; bis 1980 soll er auf ca. 18 Prozent steigen (34).

Zusammenfassend sind folgende Tendenzen für die Entwicklung der Beschäftigtenstruktur im Bereich der materiellen Produktion festzuhalten:

1. Rückgang des Anteils der Produktionsarbeiter, die jedoch nach wie vor die stärkste Beschäftigtengruppe darstellen;
2. Starkes Ansteigen des Anteils der Hoch- und Fachschulkader;
3. Geringere Zunahme des Verwaltungspersonals (35). Diese Tendenz verweist auf die Notwendigkeit verstärkter Rationalisierungsmaßnahmen in diesem Bereich (36).

Beim Entwurf analytischer Kategorien zur Beschreibung der einzelnen Stufen der Produktivkraftentwicklung und der Untersuchung ihrer Auswirkungen auf die gesellschaftliche Arbeitskräftestruktur ist auf die Arbeitsbedingungen der Produktionsarbeiter als wichtigster Beschäftigtengruppe nicht im einzelnen eingegangen worden; daher ist jetzt zu untersuchen, ob die verzeichnete Tendenz zur Höherqualifizierung des in der materiellen Produktion tätigen Teils des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters auch für sie zu einer Vermehrung schöpferischer Momente in ihrer Arbeitstätigkeit, insbesondere zur Erhöhung ihrer Qualifikation führt.

Mit der Kategorie der 'schöpferischen Arbeit' läßt sich für die sozialistische Gesellschaft die Zielstellung angeben, in der die in der Überwindung kapitalistischer Lohnarbeit angelegte Möglichkeit von Ausbeutung befreiter, allseitiger Entwicklung der werktätigen Persönlichkeit auf den Begriff gebracht ist. Marx schreibt dazu in den 'Grundrissen': „Wirklich freie Arbeiten ... ist grade zugleich verdammtester Ernst, intensivste Anstrengung. Die Arbeit der materiellen Produktion kann diesen Charakter nur erhalten, dadurch daß 1) ihr gesellschaftlicher Charakter gesetzt ist, 2) daß sie wissenschaftlichen Charakters, zugleich allgemeine Arbeit ist, nicht Anstrengung des Menschen als bestimmt dressierter Naturkraft, sondern als Subjekt, das in dem Produktionsprozeß nicht in bloß natürlicher, naturwüchsiger Form, sondern als alle Naturkräfte regelnde Tätigkeit erscheint" (37).

34 Für die Angabe 1966 vgl. H. Spahn: „Milliarden aus dem Schöpfertum der Neuerer", in: StP, 26, 1971, S. 206; für 1980 vgl. A. Knauer, u.a. (Hg): BILDUNGSÖKONOMIE. Aufgaben-Probleme-Lösungen, Berlin 1968, S. 91 und A. Hegelheimer: BERUFSAUSBILDUNG IN DEUTSCHLAND, Frankfurt am Main 1972, S. 89. Für 1970 liegt sowohl die Angabe 10,9 Prozent – Spahn, ebd. – als auch die Angabe 12,5 Prozent – Hegelheimer, ebd. – vor.

35 Vgl. auch Knauer u.a., 1972, S. 90 ff. Eine genauere Analyse als die Zurechnung dieser allgemeinen Tendenzen läßt das empirische Material, das benutzt werden konnte, nicht zu.
Auf die Bedeutung dieser Entwicklungen der Klassenstruktur der sozialistischen Gesellschaft für das Verhältnis von Arbeiterklasse und Intelligenz wird in der Arbeit über ‚Sozialistische Gemeinschaftsarbeit' genauer einzugehen sein.
Zur Analyse, wie sich unter kapitalistischen Bedingungen die Kapitalverwertungsinteressen mit den höheren Anforderungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts an das gesellschaftliche Arbeitsvermögen vermitteln, vgl. etwa I. Hansen: „Veränderungen in der gesellschaftlichen Qualifikationsstruktur und die soziale Lage der technischen Intelligenz", in: FACIT, 29/1973, S. 1 ff., und Chr. Kievenheim/A. Leisewitz (Hg): SOZIALE STELLUNG UND BEWUSSTSEIN DER INTELLIGENZ, Köln 1973.

36 Vgl. PROTOKOLL DES 8. PARTEITAGES DER SED, Bd. 2, S. 328.

37 K. Marx: GRUNDRISSE DER KRITIK DER POLITISCHEN ÖKONOMIE, Berlin 1953, S. 505.

Mit der entscheidenden, die anderen Bedingungen in ihrer Wirksamkeit vermittelnden Bestimmung, daß nur die planmäßig vergesellschaftete Arbeit im Sozialismus frei sein kann, hängen weitere Bestimmungen zusammen, den Inhalt der Arbeit betreffend: Die schöpferische Arbeit setzt ein Qualifikationsniveau der Produzenten voraus, das ihnen die Teilnahme an der Gestaltung neuer wie der Vervollkommnung bereits vorhandener Arbeitsmittel, -gegenstände und Fertigungsverfahren (einschließlich des „Beschreitens neuer Wege bei der Umsetzung dieser Erkenntnisse in der Produktion") ermöglicht (38). Ein weiteres Moment der schöpferischen Arbeit (im Gegensatz zur körperlich oder geistig monotonen Arbeit) ist der Wechsel der Arbeitsfunktionen (39), wie er insbesondere für jene Arbeitstätigkeiten charakteristisch ist, in denen sich „der geistige Anteil an der Arbeit jedes einzelnen erhöht, der eigenes Mitdenken verlangt und zugleich fördert" (40).

Im Folgenden sollen Entwicklungsstand und -tendenz der Möglichkeiten zu schöpferischer Arbeit durch folgende, in engem Zusammenhang stehende, aber nicht identische Kriterien faßbar werden:

1. Qualifikationsanforderungen
2. Arbeitsbelastungen physischer und psychischer Art (Grad der Monotonie) (41).

Zu 1.

Zentraler Aspekt der Tätigkeitsstruktur der Produktionsarbeiter, in dem sich die Veränderungen der Tätigkeit im einzelnen zusammenfassen, ist die Entwicklung der Qualifikationsanforderungen. Dabei soll der in der Formveränderung der gesellschaftlichen Arbeit angelegte spezifische Wandel der Arbeitsinhalte die Basis für die allseitige Entwicklung der Persönlichkeit in der sozialistischen Gesellschaft abgeben und sicherstellen, daß die Leistungsanforderungen des Arbeitsprozesses mit den gesellschaftlich determinierten Qualifikationsansprüchen (Teilnahme der Produzenten an allen gesellschaftlichen Planungs- und Leitungsprozessen) tendenziell zusammenstimmen.

38 Vgl. dazu R. Weidig: NEUERER IN DER TECHNISCHEN REVOLUTION, Berlin 1965, S. 175 f, und G. Nolepa: „Probleme der Entfaltung der schöpferischen Kräfte der Arbeiterklasse in der sozialistischen Produktion", in: DZfPh, 21. Jg., 1973, S. 533 ff; hier: S. 546.
Hier zeigt sich die elementare Bedeutung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit und anderer Formen der Teilnahme der Werktätigen an der Planung und Leitung des Produktionsprozesses, in denen erst diese Bedingung schöpferischer Arbeit realisierbar ist, für eine sozialistischen Verhältnissen entsprechende Gestaltung des Arbeitsinhalts.

39 So üben etwa einer Analyse aus der SU zufolge Ingenieure und Konstrukteure 3-5mal mehr Arbeitsfunktionen als ein Arbeiter an einer komplizierten Universalmaschine; 10-12mal mehr Arbeitsfunktionen als ein Hilfsarbeiter aus; vgl. W.J. Suslow: „Zur soziologischen Auffassung des Inhalts und Charakters der Arbeit", in: SOWJETWISSENSCHAFT. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge (im folgenden zitiert als: SGB), 1970, S. 758 ff; hier: S. 765. Dabei umfaßt diese Variation der Arbeitsfunktionen auch den Wechsel zwischen körperlicher und geistiger Tätigkeit; vgl. etwa die Arbeitszeitanalyse bei O.I. Schkaratan: „Die Arbeiterklasse der sozialistischen Gesellschaft im Zeitalter der wissenschaftlich-technischen Revolution", in: SGB, 1969, S. 350 ff; hier: S. 353.

40 Nolepa, in: DZfPh, 1973, S. 546; ferner: „Die organische Verbindung der Errungenschaften der wissenschaftlich-technischen Revolution mit den Vorzügen des sozialistischen Wirtschaftssystems und die Einheit von wissenschaftlich-technischem und sozialem Fortschritt (Thesen)", in: Ww, 21. Jg., 1973, S. 481 ff; hier S. 495.

41 Dieser Operationalisierungsversuch deckt sich etwa mit Jadow's Ansatz; vgl. W.A. Jadow, u.a.: DER MENSCH UND SEINE ARBEIT. Soziologische Forschungen, Berlin 1971, S. 43.

1. Qualifikation der Produktionsarbeiter in der sozialistischen Industrie insgesamt und in einzelnen Industriezweigen 1962 bis 1970 (in Prozent) (42)

		1962	1964	1966	1968	1970
Sozialistische Industrie insgesamt	U:	13,6	12,0	11,7	10,4	9,6
	A:	42,0	43,0	41,0	39,5	37,9
	F:	44,4	45,0	47,4	50,2	52,5
Chemische Industrie	U:	12,3	8,6	8,9	7,5	6,0
	A:	45,2	45,5	41,6	39,2	37,2
	F:	42,5	45,9	49,5	53,3	56,8
Metallurgie	U:	11,7	8,5	7,9	5,9	5,0
	A:	41,4	41,3	37,2	37,2	35,1
	F:	47,2	50,2	54,8	56,9	59,9
Maschinen- und Fahrzeugbau	U:	12,2	11,4	10,4	9,5	8,1
	A:	31,2	33,5	33,7	31,7	30,4
	F:	56,6	55,1	55,9	58,8	61,5
Elektrotechnik/ Elektronik/ Gerätebau	U:	15,3	12,2	12,0	11,8	10,2
	A:	46,7	47,2	46,8	44,4	43,2
	F:	38,0	40,6	41,2	43,8	46,6
Textilindustrie	U:	9,5	9,4	10,1	8,6	9,0
	A:	56,3	55,4	51,4	49,1	43,4
	F:	34,2	35,2	38,5	42,3	47,6

2. Entwicklung der Qualifikationsstruktur der Produktionsarbeiter im Kombinat Leuna-Werke 'Walter Ulbricht' 1960 bis 1968 (in Prozent) (43)

	1960	1968
Ungelernte	1,2	0,2
Angelernte	35,4	27,8
Facharbeiter	63,4	72,9

Im gesamten Kombinat soll der Anteil der Facharbeiter bis 1975 auf 83 Prozent erhöht werden, im Bereich der Forschung sogar auf 92 Prozent (44).

In diesem Kombinat zeichnet sich bereits deutlich die Tendenz ab, die längerfristig das gesamtindustrielle Niveau bestimmen wird; so soll in der sozialistischen Industrie bis 1980 die Kategorie der Ungelernten verschwinden, die der Angelernten auf einen Anteil von 15 Prozent reduziert werden; 85 Prozent der Beschäftigten sollen also eine Facharbeiter-, Fach- oder Hochschulausbildung erhalten (45).

Diese Veränderungen spiegeln sich auch in Umfang und Struktur der Qualifizierungsmaßnahmen wider:

42 U = Ungelernte; A = Angelernte; F = Facharbeiter.
Vgl. StatJb DDR 1967, S. 202 (1962 – Soz. Industrie insgesamt); A. Zieger: „Der Einfluß der wissenschaftlich-technischen Revolution auf die Qualifikationsstruktur der Produktionsarbeiter", in: StP, 22. Jg., 1967, S. 203 ff; hier: S. 205 (1962 – einzelne Industriezweige); StatJb DDR 1972, Berlin 1972, S. 141 (1964-1970). Die Angaben für 1962 beziehen sich auf den Allgemeinen Maschinenbau und auf die Elektrotechnische Industrie.

43 Vgl. BERUFSAUSBILDUNG HEUTE UND MORGEN, Berlin 1970, S. 145. Die Daten sind hier aggregiert und auf eine Dezimalstelle abgerundet.

44 A.a.O., S. 137 f.

45 Vgl. H.-J. Kloth: „Zur systematischen Entwicklung der Aus- und Weiterbildung der Werktätigen", in: Bb, 24. Jg., 1970, S. 57 ff; hier: S. 60 f.

1. Umfang und Struktur der Qualifizierungsmaßnahmen in der sozialistischen Industrie 1961 bis 1970 (in Prozent; 1961 = 100) (46)

	1966	1970
Gesamtzahl der Schulungsteilnehmer	142,5	156
Vermittlung und Erweiterung von Grundkenntnissen	68,1	-
Qualifizierung zum Facharbeiter	114,0	118
Weiterbildung von Facharbeitern	115,9	189
Qualifizierung zum Meister	101,1	-
Qualifizierung zum Techniker	64,9	-
Ingenieur- bzw. gleichwertiges Fachschulstudium	153,6	182 (47)
Hochschulstudium	167,3	
Weiterbildung für Hoch- und Fachschulkader	526,9	1690
Fachliche Sondermaßnahmen	336,2	-
Systematische Allgemeinbildung	249,4	-

Es dominieren also insgesamt die Zuwachsraten bei der Aus- und Weiterbildung von Hoch- und Fachschulkadern sowie den Fachlichen Sondermaßnahmen; das Ergebnis sahen wir bereits in der sehr raschen Zunahme der Hoch- und Fachschulkader und ihrem steigenden Anteil an den Gesamtbeschäftigten. Innerhalb der Qualifizierung der Produktionsarbeiter überwiegt die Aus- und Weiterbildung von Facharbeitern gegenüber der Ausbildung für Angelerntentätigkeit. Diese steigende Bedeutung der Weiterbildung gegenüber der Vermittlung von Grundkenntnissen kommt auch in folgenden Daten zum Ausdruck:

2. „1965 betrug der Anteil der Qualifizierungsmaßnahmen zur Vermittlung und Erweiterung beruflicher Grundkenntnisse an der gesamten Erwachsenenqualifizierung 26 Prozent; 1970 verringerte sich dieser Anteil auf 14,8 Prozent. Dagegen stieg der Anteil der Weiterbildungsmaßnahmen bei Facharbeitern im gleichen Zeitraum von 7,8 Prozent auf 10,9 Prozent; bei Hoch- und Fachschulkadern von 2,3 Prozent auf 11,7 Prozent" (48).

Eine wesentliche Grundlage für diese Entwicklung ist die rapide Erhöhung des allgemeinen Bildungsniveaus der Arbeiterklasse in der DDR: 1959 hatten 2,9 Prozent, 1969 bereits 20 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung über 18 Jahren Oberschulbildung; 1969 hatten 60 Prozent aller Lehrlinge einen 10- oder 12-klassigen Oberschulabschluß (49).

Insgesamt ergibt sich folgende Entwicklung der Qualifikationsstruktur der Produktionsarbeiter seit Anfang der 60er Jahre:

– Seit Anfang der 60er Jahre Rückgang der Ungelernten, in der Perspektive deren völliges Verschwinden;
– Zunahme des Anteils der Angelernten bis Mitte der 60er Jahre, danach langsame Abnahme und in der Perspektive weiterer forcierter Rückgang;
– Zunahme des Facharbeiteranteils seit Anfang der 60er Jahre; für die zweite Hälfte der

46 Für die Angaben 1966 vgl. D. Fitzner: „Zum Qualifikationsniveau der Arbeitskräfte in der sozialistischen Industrie", in: Bb, 21. Jg., 1967, S. 532 f; hier: S. 532. Für 1970 vgl. Laschke, in: Bb, 1972, S. 291.

47 Diese Angabe bezieht sich auf die Ausbildung von Hoch- und Fachschulkadern insgesamt.

48 Ludwig u.a.: S. 264.

49 Vgl. W. Lamberz: „Der Leninismus und Probleme der führenden Rolle der Arbeiterklasse in der DDR", in: PROBLEME DES FRIEDENS UND DES SOZIALISMUS, 13. Jg., 1971, S. 196 ff; hier: S. 201. Bis 1975 sollen 90 Prozent der Schüler mit Abschluß der 8. Klasse in die 9. Klasse der allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule aufgenommen werden; vgl. „Gesetz über den Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR 1971-1975 vom 20.12.1971", in: GESETZBLATT DER DDR, I/1971, S. 175 ff; hier: S. 187.

60er Jahre und die Perspektive weiteres kontinuierliches Ansteigen (50).

Unklar bleibt allerdings, ob sich diese permanente Qualifikationserhöhung bereits seit Ende der 50er Jahre ungebrochen durchgesetzt hat (51).

Soweit diese Entwicklung in den 60er Jahren auf Betriebs- und z. T. Industriezweigebene nicht gradlinig vor sich ging, ist es bestimmten Momenten der Produktivkraftentwicklung sowohl in der Phase der extensiv wie der intensiv erweiterten Reproduktion geschuldet:

1. Der vollen Ausschöpfung des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens durch die vermehrte Einbeziehung meist gering qualifizierter weiblicher Arbeitskräfte in den Produktionsprozeß (52);
2. dem Wandel in der Struktur des Arbeitsprozesses, wie er beim Übergang zur Mechanisierung in bestimmten Momenten der Maschinenarbeit angelegt ist: „In größerer Zahl werden angelernte Arbeitskräfte beschäftigt, deren Qualifikation trotz steigender Tendenz auch durch die höhere Qualifikation ... weiterer Fachkräfte nicht ganz ausgeglichen wird" (53).

Darauf weisen auch folgende Daten hin:

50 Vgl. auch Knauer u.a.: 1972, S. 90 ff.

51 Dagegen sprechen die folgenden Daten:
Qualifikation der Produktionsarbeiter der sozialistischen Industrie 1958-1962 (in Prozent)

	1958	1959	1961	1962
Ungelernte	8,8	8,7	7,3	7,7
Angelernte	38,2	40,1	40,5	40,2
Facharbeiter	53,0	51,2	52,2	52,1

Für die Angaben 1958 und 1962 vgl. E. Sachse: TECHNISCHE REVOLUTION UND QUALIFIKATION DER WERKTÄTIGEN, Berlin 1965, S. 61; für die Angabe 1959 vgl. E. Sachse: „Der technische Fortschritt und die Veränderungen der Qualifikations- und Berufsstruktur in der DDR", in: Ww, 9. Jg., 1961, S. 254 ff; hier: S. 255. Für die Angabe 1961 vgl. H. Handke, u.a.: „Strukturprobleme der Arbeiterklasse", in: JbW, 4/1964, S. 130 ff; hier: S. 151.
Diese Angaben stimmen allerdings weder mit der des StatJb DDR für 1962 noch den bei Ludwig u.a., S. 339, für die Zeit seit 1957 gegebenen Daten überein. Das empirische Material, das benutzt werden konnte, läßt also keinen sicheren Schluß zu, ob die Qualifikationsentwicklung, die aus den obengenannten Zahlen abzuleiten wäre, nicht überhaupt nur durch unterschiedliche Erhebungsmethoden zustandegekommen und somit rein statistischer Natur ist. Zur Problematik der Ermittlung der Qualifikationsstruktur vgl. Sachse: 1965, S. 41 ff. und Knauer u.a.: 1968, S. 45.

52 So stieg der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der in der Industrie beschäftigten Arbeiter und Angestellten von 37,8 (1955) und 40,6 (1960) auf 43,3 Prozent (1972); vgl. StatJb DDR 1973, S. 59. Dabei besaßen noch 1966 nur 20,2 Prozent der weiblichen Beschäftigten die Facharbeiterqualifikation; vgl. StatJb DDR 1967, S. 202. Bis 1971 stieg dieser Anteil auf 35,9 Prozent; vgl. H. Kuhn: „Mehr Frauen zu Facharbeitern qualifizieren", in: Bb, 27. Jg., 1973, S. 49 f.

53 Schulze, in: Bb, 1966, S. 184. Die späteren Ausführungen sollen diese Entwicklung genauer an der Tätigkeitsstruktur festmachen; vgl. S. 27 ff.

24 (Juni 73)
Dieter Klein: **Die Jagd auf die "heilige Kuh" oder das Manöver "Lebensqualität"** / Kurt Zieschang: **Ursachen und Wesen des staatsmonopolistischen Kapitalismus** / Michael Weber: **X. Weltfestspiele in Berlin** / Autorenkollektiv: **Widerspruch und Antagonismus im Sozialismus** / Autorenkollektiv: **Klassenstruktur und Klassenbewußtsein in der BRD.**
Volker Klohr: Antifaschistische Tarnschriften / Wilma Albrecht: Literatur im Widerstand.

Qualifikationsgrad der Produktionsarbeiter der sozialistischen Industrie 1962 bis 1966 (in Prozent) (54)

		1962	1964	1966
Produktionsarbeiter insgesamt	U:	13,6	11,8	11,4
	A:	42,0	43,0	40,9
	F:	44,4	45,2	47,6
Produktionsarbeiter an Maschinen oder Anlagen (Maschinenarbeiter)	U:	8,4	7,2	7,4
	A:	51,5	52,0	48,9
	F:	40,1	40,8	43,7

Andere Untersuchungen über den Zusammenhang von Produktivkraftentwicklung und Qualifikationsstruktur, die dieses Moment für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung verallgemeinern, bestätigen die bisher ermittelten Trends nicht in allen Punkten:

1. Rückgang der Ungelernten in der Phase der Mechanisierung, weitere Reduzierung beim Übergang zu Teil- und Vollautomatisierung;
2. Steigender Anteil der Angelernten in der Mechanisierungsphase und in der Teilautomatisierung, starker Rückgang bei Vollautomatisierung;
3. Rückgang des Facharbeiteranteils in der Mechanisierung, kontinuierlicher Anstieg in der Teil- und Vollautomatisierung (55).

Demgegenüber weist die reale Entwicklung des Verhältnisses von Produktivkraft- und Qualifikationsstruktur in der DDR seit Anfang der 60er Jahre die trotz partiellem Qualifikationsrückgang (56) gesamtgesellschaftlich als permanente Höherqualifizierung zu charakterisieren ist, bereits auf das Problem der 'Überqualifikation', dessen gesellschaftliche Bedeutung später zu diskutieren sein wird.

Zu 2.

Die Ermittlung des Ausmaßes der physischen Arbeitsbelastungen sowie des Monotoniegrades und der damit verbundenen Arbeitsbelastungen psychischer Art gestaltet sich insofern schwierig, als in dem Material, das ausgewertet werden konnte, auf den letztgenannten Aspekt schöpferischer Arbeit nicht explizit Bezug genommen wird (57); es kann nur

54 Vgl. StatJb DDR 1967, S. 202; die Daten für 1964 und 1966 stimmen mit den auf S. 16 gegebenen nicht genau überein.
Vgl. auch ähnliche Angaben bei Zieger, in: StP, 1967, S. 206.

55 Vgl. Schulze, in: Bb, 1966, S. 184 f., und W. Draeger: „Zu einigen Problemen der Quantifizierung der Bildungserfordernisse in der sozialistischen Wirtschaft", in: Ww, 19. Jg., 1971, S. 62 ff; hier: S. 68. Einige neuere Arbeiten zu dieser Frage in der ‚Sozialistischen Arbeitswissenschaft' konnten bei der Abfassung dieser Arbeit nicht berücksichtigt werden; vgl. Ludwig u.a., S. 278 f.
Zur Einschätzung solcher Untersuchungen weisen Knauer u.a. darauf hin, daß gerade der Zusammenhang zwischen dem Technisierungsgrad der Arbeit und der Qualifikationsstruktur der Beschäftigten noch nicht exakt nachgewiesen werden kann, da „die Technisierung der Arbeit zu pauschal erfaßt (wird), so daß keine Unterscheidung zwischen der Teilautomatisierung und der Automatisierung ganzer Prozesse möglich ist, was mit der sozialistischen Rationalisierung immer dringender wird"; Knauer u.a.: 1972, S. 94.

56 Für einzelne Hinweise auf eine solche Tendenz vgl. Abschnitt 3.1.

57 In der Berichterstattung über die „Auswirkungen des technischen Fortschritts auf die Art der Tätigkeit der Produktionsarbeiter", die im Bereich der Industrie seit 1959 durchgeführt wird, wird hauptsächlich nach folgenden Kategorien differenziert:
- Arbeit nicht an Maschinen oder Anlagen
- Arbeit an Maschinen oder Anlagen, unterschieden nach:
  Körperlich schwerer Tätigkeit / Körperlicher Bedienungstätigkeit / Geistiger Bedienungstätigkeit / Kontroll- und Überwachungstätigkeit

versucht werden, diesen Zusammenhang in relativ grober Form als Ergänzung und Differenzierung der bisherigen Analyse der Arbeitsprozesse herzustellen:

1. Das in erster Linie für nicht mechanisierte Produktionsprozesse charakteristische Moment der Arbeitsbelastung ist die schwere körperliche Arbeit.

2. Ein zweites Moment erhöhter Arbeitsbelastung ist die Fließbandarbeit, gekennzeichnet durch die taktgebundene Bearbeitung des Arbeitsgegenstandes, die den Arbeiter zu sich ständig wiederholenden Handgriffen zwingt und ihn damit zum Anhängsel der Maschine macht (58): „Der spezifischen Methode der Steigerung der Arbeitsproduktivität durch Fließsysteme und andere Unterteilung von Arbeitstätigkeiten ist die latente Disposition für eine zeitweise Vereinfachung der Tätigkeit an bestimmten Arbeitsplätzen immanent" (59).

3. Als charakteristisch neuer Aspekt unschöpferischer Arbeit läßt sich auf der Stufe der Automatisierung die 'geistig monotone' Arbeit festmachen, auch als 'Beschäftigungsarmut' und 'einförmig geistige Tätigkeit' bezeichnet. Die Möglichkeit 'geistiger Monotonie' ist in der Zunahme des passiven Arbeitsanteils angelegt, wie sie mit der Abgabe von Ausführungsfunktionen und der Verlagerung der menschlichen Arbeitstätigkeit auf die Kontrollphase verbunden ist (60).

Diesen 'neuralgischen Punkten' der Produktivkraftentwicklung sollen die im empirischen Material vorgefundenen Kategorien in folgender Weise zugeordnet werden:

1. Schwere körperliche Arbeit
   = Körperliche Arbeit ohne energiebetriebenes Maschinenwerkzeug
   Körperlich schwere Arbeit an Maschinen oder Anlagen;
2. Körperlich monotone Arbeit
   = Körperliche Bedienungstätigkeit an Maschinen oder Anlagen (61);

vgl. G. Lippold: DIE MATERIELLEN ARBEITSBEDINGUNGEN DER WERKTÄTIGEN, Berlin 1970, S. 82 f.

58 Eine ähnliche Monotonie-Situation liegt auch dort vor, wo der Hauptprozeß der Bearbeitung des Arbeitsgegenstandes von Maschinen ausgeführt und dem Arbeiter nur dessen Zuführung und Abnahme übertragen wird (Bedienungstätigkeit), eine Arbeitsanforderung, die z.T. auch in der Phase der Teilautomatisierung besteht; vgl. DIE GEGENWÄRTIGE WISSENSCHAFTLICH-TECHNISCHE REVOLUTION, S. 160.
„Arbeitsmonotonie" wird dabei definiert als „Zustand herabgesetzter psychischer Aktivität, hervorgerufen durch eine länger andauernde Wiederholtätigkeit in einer bestimmten einförmigen, reizarmen Situation"; J. Zimmermann: „Probleme der persönlichkeitsfördernden sozialistischen Arbeitsgestaltung in der wissenschaftlich-technischen Revolution", in: H. Bober (Hg), MENSCH-TECHNIK-GESELLSCHAFT ALS LEITUNGSPROBLEM, Berlin 1968, S. 199 ff; hier: S. 215.

59 Zimmermann: a.a.O., S. 247.

60 Vgl. dazu die Angaben bei Jadow u.a. über das Verhältnis von körperlicher und geistiger Arbeit in diesen Tätigkeitsgruppen, a.a.O., S. 46; ferner Kutta: a.a.O., S. 60 und G.I. Gleserman: DER HISTORISCHE MATERIALISMUS UND DIE ENTWICKLUNG DER SOZIALISTISCHEN GESELLSCHAFT, Berlin (2. Auflage) 1973, S. 204 f.

61 Mit dieser Kategorie dürften neben Fließbandarbeit und Maschinenbedienung auch die für die Mechanisierung charakteristische Form der manuellen Maschinensteuerung erfaßt werden; vgl. O. Eisenblätter: „Ergebnisse einer soziologischen Studie zur Ermittlung objektiver Faktoren für die Veränderung des Verhältnisses zwischen geistiger und körperlicher Arbeit", in: ERGEBNISSE UND PROBLEME SOZIOLOGISCHER FORSCHUNGEN ZU FRAGEN DER ARBEIT IN SOZIALISTISCHEN INDUSTRIEBETRIEBEN, Berlin 1967, S. 58 ff; hier: S. 82 f.

3. Geistig monotone Arbeit
= Kontroll- und Überwachungstätigkeit an Maschinen oder Anlagen (62).

Dazu einige Daten:

1. Der Anteil der Handarbeiter, d. h. der Produktionsarbeiter ohne bzw. ohne energiebetriebenes Maschinenwerkzeug sank von 38,9 Prozent (1963) auf 35,5 Prozent (1968) und 33,9 Prozent (1971) (63).

2. Der Mechanisierungskoeffizient der Arbeit betrug 1971 53,3 Prozent (64).

3. Entwicklung der Tätigkeit der Produktionsarbeiter der sozialistischen Industrie 1960 bis 1967 (in Prozent; 1960 = 100) (65)

	1964	1967
Körperliche Arbeit ohne energiebetriebenes Maschinenwerzeug	88,3	80,3
Körperlich schwere Arbeit an Maschinen	95,9	92,4
Körperliche Bedienungstätigkeit an Maschinen	110,0	111,6
Körperliche Arbeit mit energiebetriebenem Maschinenwerzeug	107,6	114,7
Kontroll- und Überwachungstätigkeit nicht an Maschinen	107,8	116,5
Geistige Bedienungstätigkeit an Maschinen	109,9	121,4
Kontroll- und Überwachungstätigkeit an Maschinen	106,3	121,6

4. Veränderungen in der Tätigkeit der Produktionsarbeiter der sozialistischen Industrie 1965 bis 1971 (in Prozent) (66)

Körperliche Arbeit ohne energiebetriebenes Maschinenwerkzeug	- 30
Körperlich schwere Arbeit an Maschinen	- 8
Körperliche Bedienungstätigkeit an Maschinen	+ 12
Körperliche Arbeit mit energiebetriebenem Maschinenwerkzeug	+ 15
Kontroll- und Überwachungstätigkeit nicht an Maschinen	+ 16
Geistige Bedienungstätigkeit an Maschinen	+ 20
Kontroll- und Überwachungstätigkeit an Maschinen	+ 22

62 Für die ‚Kontroll- und Überwachungstätigkeit' ist charakteristisch, daß „keine unmittelbare Einflußnahme des Produktionsarbeiters auf die Arbeitsoperation . . . während des Arbeitsprozesses" stattfindet; die ‚Geistige Bedienungstätigkeit' ist dadurch gekennzeichnet, daß „der Produktionsarbeiter aufgrund seiner Qualifikation selbst die Maschine einrichtet und den Arbeitsablauf bestimmt", also logische Funktion und Regelfunktion wahrnimmt; K. Albrecht: „Die Auswirkungen des technischen Fortschritts auf die Art der Tätigkeit der Produktionsarbeiter in der Industrie", in: StP, 17. Jg., 1962, S. 199 ff; hier: S. 199.
Nach Kreyer's Typisierung liegt der Unterschied zwischen den Kategorien ‚Kontroll- und Überwachungstätigkeit' und ‚Geistige Bedienungstätigkeit', die beide die logische Funktion einschließen – weshalb auch die Kontroll- und Überwachungstätigkeit nicht auf geistig monotone Arbeit reduziert werden kann –, in der Wahrnehmung der Registrier- bzw. der Regelfunktion. Dem entsprechen auch die Angaben über die erforderliche Qualifikation für diese beiden Tätigkeitsarten; vgl. S. 28.
Beide Zuordnungsversuche zeigen die Grenzen der Interpretierbarkeit dieses Materials; auch Eisenblätter weist darauf hin, daß „der qualitative Inhalt der Tätigkeiten nur unter Kenntnis konkreter objektiver und subjektiver Bedingungen bestimmt werden kann, daß ferner eine eindeutige Definition der Kategorien, welche die Tätigkeiten bezeichnen, notwendig wird"; a.a.O., S. 81.

63 Vgl. Fischer, in: Ww, 1973, S. 529 und Eckstein/Massar, in: StP, 1972, S. 219.

64 Vgl. S. 32.

65 Vgl. Kreyer, in: Bb, 1968, S. 478.

66 Vgl. M. Lötsch/R. Weidig: „Soziologische Probleme der Entwicklung der Arbeiterklasse bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft", in: DZfPh, 20. Jg., 1972, S. 604 ff; hier: S. 618.

5. Der Anteil der Maschinenarbeiter mit körperlich schwerer Arbeit sank von 7,6 Prozent (1967) auf 7 Prozent (1971); in dieser Zeit stieg der Anteil der Maschinenarbeiter mit geistiger Bedienungstätigkeit von 11,3 Prozent auf 12,1 Prozent. Der Automatisierungskoeffizient der Arbeit, d. h. der Anteil der Produktionsarbeiter und des ingenieur-technischen Personals, die Kontroll- und Überwachungsfunktionen an Maschinen oder Anlagen wahrnehmen, lag 1971 bei 7,6 Prozent (67).

Aus diesen Angaben lassen sich folgende Entwicklungstendenzen ableiten:
1. Die Kontroll- und Überwachungstätigkeit an Maschinen oder Anlagen nimmt am stärksten zu, gefolgt von der geistigen Bedienungstätigkeit (68).
2. In geringerem Maße nimmt die körperliche Arbeit mit energiebetriebenem Maschinenwerkzeug zu.
3. Die schwere körperliche Arbeit geht ständig zurück; ihr Anteil ist jedoch insgesamt noch recht beträchtlich (69).
4. Die körperliche Bedienungstätigkeit nimmt am geringsten zu, steigt aber noch an.

Mit der Zunahme vergegenständlichter Arbeit im Fertigungsprozeß (Maschinen und Anlagen) gewinnt auch der Bereich der Instandhaltung an Bedeutung. Jedoch sagt erst der Produktivkraftstand in diesem Bereich Genaueres darüber aus, inwieweit auch diese Verschiebung bereits ein Moment der Höherqualifizierung darstellt (70).

In diesen Ergebnissen zeigt sich einerseits perspektivisch die als dominierende Tendenz (neben dem Anwachsen 'geistiger Monotonie') mit der Zunahme geistiger Arbeitsfunktionen verbundene Vermehrung schöpferischer Möglichkeiten der Arbeit (71); andererseits

67 Vgl. Eckstein/Massar, in: StP, 1972, S. 219; R. Weidig: „Die Arbeiterklasse im Prozeß der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft", in: EINHEIT, 28. Jg., 1973, S. 430 ff; hier: S. 435, und S. 32.

68 Diese Tendenz in der Veränderung der Tätigkeitsstruktur beschreibt Marx so: „Die Arbeit erscheint nicht mehr so sehr als in den Produktionsprozeß eingeschlossen, als sich der Mensch vielmehr als Wächter und Regulator zum Produktionsprozeß selbst verhält. . . . Es ist nicht mehr der Arbeiter, der modifizierten Naturgegenstand als Mittelglied zwischen das Objekt und sich einschiebt; sondern den Naturprozeß, den er in einen industriellen umwandelt, schiebt er als Mittel zwischen sich und die unorganische Natur, deren er sich bemeistert. Er tritt neben den Produktionsprozeß, statt sein Hauptagent zu sein"; Marx, GRUNDRISSE, S. 592 f.

69 Dabei ist der Anteil der Beschäftigten mit schwerer körperlicher Arbeit unter den Maschinenarbeitern wesentlich geringer als unter den Nicht-Maschinenarbeitern; vgl. G. Otto, A. Zieger: „Möglichkeiten zur Analyse der Mechanisierung und Automatisierung in der Industrie", in: StP, 23. Jg., 1968, S. 437 ff, S. 492 ff; hier: S. 438.

70 Vgl. S. 33, FN 24: Schulze, in: Bb, 1966, S. 126 und G. Fukasz: „Die wissenschaftlich-technische Revolution und die Veränderungen der Arbeit", in: DZfPh, 21. Jg., 1973, S. 820 ff; hier: S. 830 f.
Inwieweit die Zunahme der körperlichen Arbeit mit energiebetriebenem Maschinenwerkzeug mit der Ausdehnung des Instandhaltungsbereichs zusammenhängt, ist ohne Daten über dessen Technisierungsgrad der Arbeit nicht zu entscheiden. Dasselbe gilt für die Qualitätskontrolle und die Entwicklung der Kontroll- und Überwachungstätigkeit nicht an Maschinen.

71 Damit ist die bereits konstatierte generelle Höherqualifizierung der Produktionsarbeiter auch in der Veränderung der Tätigkeitsstruktur festgemacht:
Tätigkeitsart und Durchschnittsqualifikation der Produktionsarbeiter der sozialistischen Industrie 1966

Körperliche Arbeit ohne energiebetriebenes Maschinenwerkzeug:	2,252
Körperlich schwere Arbeit an Maschinen:	2,255
Körperliche Bedienungstätigkeit an Maschinen:	2,270

weisen sie schwere körperliche Arbeit, die mit dem Übergang zur Mechanisierung vermindert wird, und körperlich monotone Arbeit, die in dieser Phase von großer Bedeutung ist, als weiterhin aktuelle Probleme nach; das umso mehr, als vor allem hinsichtlich der Kontroll- und Überwachungstätigkeit, aber auch bezüglich der geistigen Bedienungstätigkeit das geringe absolute Niveau zu beachten ist, auf das sich die hohen Zuwachsraten beziehen: „Die Tatsache, daß der größte Teil der Produktionsarbeiter einen relativ hohen Anteil körperlicher Arbeit leistet, wird erst in einem längeren historischen Prozeß überwunden werden können. Ebenso wird der an automatisierten Produktionssystemen vorwiegend geistig tätige Arbeiter in der nächsten Zukunft keine Massenerscheinung sein" (72).

Über das eben dargestellte quantifizierende Material zur Entwicklung der Tätigkeitsstruktur hinaus seien noch einige Äußerungen von Gesellschaftswissenschaftlern der DDR erwähnt, die sich ebenfalls auf die genannten Aspekte erhöhter Arbeitsbelastung beziehen. In einem 1972 veröffentlichten Bericht über industriesoziologische Untersuchungen heißt es: „In verschiedenen Industriezweigen ist zu beachten, daß eine Erhöhung des Mechanisierungsgrades zur Reduzierung der manuellen Arbeit, des Kraftaufwands und auch der benötigten Arbeitszeit führt, daß jedoch nicht in gleichem Maße alle Möglichkeiten für ein größeres Schöpfertum in der Arbeit erschlossen werden. Jedoch gerade hier liegt ein Springpunkt für die Gestaltung der Arbeitsbedingungen. Die Reduzierung und Beseitigung von körperlich schweren Arbeiten, von Arbeiten unter Hitze, Staub, Lärm, Nässe, Schmutz usw. ist eine dringliche Aufgabe, aber sie muß auf das engste mit dem Abbau auch anderer von den materiellen Arbeitsbedingungen ausgehenden negativen Wirkungen auf die geistig-schöpferische Funktion der Produktionsarbeiter verbunden werden. Die Praxis zeigt, daß in vielen Fällen gerade durch die Verletzung dieses Grundsatzes die vorher errechnete Effektivitätssteigerung nicht erreicht wurde" (73).

Die Kontinuität dieser Probleme machen die Untersuchungen von Sachse (1965), Zimmermann (1968) und Müller (1969) deutlich, in denen vor allem die Arbeitsbelastungen bei den „Handmontageprozessen in der Bandfertigung" und in der „teilautomatisierten, fließenden Großserienproduktion" beschrieben und Überwindungsmöglichkeiten diskutiert werden (74).

Körperliche Arbeit mit energiebetriebenem Maschinenwerkzeug:	2,549
Kontroll- und Überwachungstätigkeit nicht an Maschinen:	2,457
Geistige Bedienungstätigkeit an Maschinen:	2,591
Kontroll- und Überwachungstätigkeit an Maschinen:	2,510

Vgl. Kreyer, in: Bb, 1968, S. 478.
Zur Erläuterung: „Die Strukturanteile einzelner Qualifikationsgruppen je Tätigkeitsart sind unterschiedlich. Je höher der Facharbeiteranteil an den Produktionsarbeitern je Tätigkeitsart ist, desto höher wird der Koeffizient der Durchschnittsqualifikation nach 3,000 tendieren"; ebd.

72 Weidig in: EINHEIT, 1973, S. 435.
Ähnlich zurückhaltend äußerte sich auch Liehmann: „Verwechselt man . . . Tendenzcharakter mit heutigem Zustand, läßt man gegenläufige Einflüsse außer acht, dann sind fehlerhafte Entscheidungen unvermeidbar. . . . In einem solchen Falle berauscht man sich an Beispielen automatisierter Produktion, übersieht jedoch jene Arbeitsplätze, deren Charakter sich kaum verändert hat"; P. Liehmann: „Warum wir soziale Prozesse planen", in: EINHEIT, 27. Jg., 1972, S. 1192 ff; hier: S. 1196.

73 J. Kurtz/D. Schmidt: „Triebkräfte schöpferischer Initiative in der sozialistischen Rationalisierung – Ergebnisse industriesoziologischer Untersuchungen", in: Ww, 20. Jg., 1972, S. 1472 ff; hier: S. 1484.

74 Vgl. Sachse: 1965, S. 140 f; Zimmermann: a.a.O., S. 216 ff; F. Müller: GEMEINSCHAFTSARBEIT KONTRA MONOTONIE. Zu einigen theoretischen und praktischen Problemen der Bekämpfung der Monotonieerscheinungen bei der Fließbandarbeit, Berlin 1969, S. 53 ff. Die Untersuchungen, von denen hier berichtet wird, sind Anfang bis Mitte der 60er Jahre durchgeführt worden.
An anderer Stelle heißt es zur Bedienungstätigkeit: „Wird . . . in diesem Prozeß der Vorbereitung und Durchführung der Automatisierung die Komplexität nicht beachtet, werden die Transport- und Hilfsprozesse nicht automatisiert oder rationalisiert, dann wird in solchen Betrieben der Anteil der Hilfsarbeiter wesentlich ansteigen, was schließlich sogar zur Dequalifizierung einer Reihe von Facharbeitern führen kann"; W. Liebig: „Politisch-ideologische Probleme der Automatisierung", in: EINHEIT, 24. Jg., 1969, S. 144 ff; hier: S. 147.

Die bereits erwähnten spezifischen Monotoniegefahren der Automatisierungsphase bestätigen auch Lötsch/Weidig (1972) mit dem Hinweis, daß „in vielen Fällen zusammen mit der Einführung der elektronischen Datenverarbeitung der Anteil der geistigen mechanischen Tätigkeit, die in der Regel mit hohen psychischen Belastungen verbunden ist, rasch ansteigt" (75).

Diese ergänzenden Hinweise auf fortdauernde bzw. neu entstehende Komponenten erhöhter Arbeitsbelastung auch in der sozialistischen Gesellschaft machen deutlich, daß es ungeachtet der Notwendigkeit, „die soziale Formbestimmtheit im Gegenstand, in der inhaltlichen Bestimmung der Arbeit selbst aufzuspüren" (76), keine mechanische Determination des Inhalts der Arbeit durch ihre gesellschaftliche Form gibt; vielmehr ist festzuhalten, daß „der Charakter der Arbeit nicht ausschließlich ein Problem der Eigentums- und Verteilungsverhältnisse (ist). Für die sozialökonomische Spezifik der Arbeit sind insgesamt natürlich diese Faktoren ausschlaggebend, jedoch hat die Arbeit stets auch technologische bzw. technische und technologisch bedingte Merkmale. Sie ist der Stoffwechselprozeß des Menschen mit der Natur, dessen jeweilige Besonderheiten nie unabhängig davon sind, mit welchen Arbeitsmitteln er vollzogen wird" (77).

F. Müller verselbständigt allerdings den Inhalt gegenüber der Form der Arbeit, wenn er zu den „allgemeinen Merkmalen" der technischen Entwicklung „unabhängig, ob sie sich unter kapitalistischen oder sozialistischen Bedingungen vollzieht", mit der Entwicklung der Arbeitsteilung auch die Veränderung der Qualifikation der Arbeitskräfte rechnet (78). Die Qualifikationsentwicklung der Arbeiterklasse stellt vielmehr einen Knotenpunkt dar, in dem die aus den Produktionsverhältnissen resultierenden unterschiedlichen Möglichkeiten technischer und sozialer Entwicklung zusammenlaufen; hier ist die dem kapita-

---

75 Lötsch/Weidig, in: DZfPh, 1972, S. 619. Schulz schreibt dazu: „Mit dem Übergang zu höheren Stufen der Automatisierung tritt eine besondere Art psychischer Beanspruchung der Wartungskraft auf. Sie wird hervorgerufen durch a) aufmerksames Beobachten von Signalen, b) ständiges Bereitsein zum Tätigwerden. Das erzeugt einen Spannungszustand, der in der unmittelbaren Produktion nicht durch anderweitige Tätigkeiten abgebaut werden kann"; in: Bb, 1966, S. 186.
Auch Nolepa weist darauf hin, daß „nicht schlechthin jede geistige Anreicherung der Arbeit den schöpferischen Anteil hebt. . . . Wachsende geistige Routinearbeit in den Überwachungs-, Bedienungs- bzw. Kontrollfunktionen darf nicht als wachsende schöpferische Potenz interpretiert werden"; Nolepa, in: DZfPh, 1973, S. 548.

76 Chr. Kievenheim: „Zur Stellung der Intelligenz in der Klassen- und Sozialstruktur des entwickelten Kapitalismus", in: Kievenheim/Leisewitz, SOZIALE STELLUNG UND BEWUSSTSEIN DER INTELLIGENZ, S. 111 ff; hier: S. 126.

77 E. Lassow: „Produktivkräfte und Sozialismus", in: DZfPh, 19. Jg., 1971, S. 1007 ff; hier: S. 1008 f. Zu den Kategorien Charakter, Form und Inhalt der Arbeit vgl. INDUSTRIESOZIOLOGIE, S. 87 ff.

78 Vgl. Müller: a.a.O., S. 29.
Ähnlich argumentiert auch Teßmann in seiner Rezension der Arbeit von R. Weidig über ‚Sozialistische Gemeinschaftsarbeit': „Verschiedentlich erscheint die Darstellung des Autors so, als folgten die steigenden Anforderungen an den schöpferischen Cha-

listischen System (79) immanente Deformation der Produktivkräfte als notwendiges Resultat der Kapitalverwertungsinteressen nachzuweisen, sind äußerlich ähnliche Erscheinungen in der sozialistischen Gesellschaft, sofern sie partiell festzumachen sind, als system-unspezifische Auswirkungen unzureichender sozialer Planung zu dechiffrieren, denen zwar objektive Möglichkeiten der Produktivkraftentwicklung, aber keine gesellschaftlichen Interessen an ihrer Realisierung zugrundeliegen.

Das erweist sich in den Maßnahmen, mit denen die sozialistische Gesellschaft im Interesse und mit der Initiative der Werktätigen die Probleme der Qualifikationsentwertung bewältigt, den Widerspruch zwischen Form und Inhalt der Arbeit schrittweise überwindet. Diese Maßnahmen umfassen, der dialektischen Einheit von Form und Inhalt der Arbeit entsprechend, Komponenten technischer und sozialer Natur.

Auf der Ebene des betrieblichen Arbeitsprozesses ist als wesentlichstes Moment, das Monotonie und Dequalifizierung verhindern bzw. einschränken kann, die Veränderung der Arbeitsorganisation, also die Herstellung sozialistischer Formen der betrieblichen Arbeitsteilung, zu nennen: „Bei geringer werdenden Anforderungen am neuen Arbeitsplatz sollte der Arbeitsbereich des betreffenden Arbeiters neu untersucht und erweitert ... werden. Das kann z. B. durch eine Veränderung der Arbeitsteilung und der Arbeitsorganisation geschehen" (80), etwa durch die Mehrplatzbedienung, physiologische Bandsteuerung und den planmäßigen Wechsel der Arbeitskräfte am Fließband (81). Ähnliche Bedeutung kommt den mit der Herstellung sozialistischer Produktionsverhältnisse freigelegten Möglichkeiten der Gestaltung der Arbeitsplatzstruktur hinsichtlich der Differenzierung der Maschinenarbeit in Bedienungs- und Einrichtungstätigkeit zu: „Für die Lösung des Problems (sc. der Rationalisierung – CZ) lagen im Betrieb zwei Varianten vor. Die eine sah vor, die Funktion des Einrichtens von der des Bedienens zu trennen. Damit ensteht ein Bedarf an höher qualifizierten Facharbeitern und von weniger qualifizierten für das Bedienen der Maschinen. So wäre die alte aus dem Kapitalismus übernommene Arbeitsteilung reproduziert worden. Das würde zu einer – im übrigen auch ökonomisch ineffektiven – Unterforderung der Arbeitsfreude und Leistungsbereitschaft führen. Die andere Konzeption – für die man sich entschied – geht davon aus, die Funktion des Einrichtens mit der des Bedienens der Maschine zu vereinigen. Die höheren Anforderungen beim Einrichten werden somit noch durch die höheren Anforderungen der Mehrmaschinenbedienung erweitert" (82).

rakter der Arbeit, ... an das Qualifikationsniveau aller Arbeitskollektive ..., an die höhere Qualität der Sozialbeziehungen . . . aus dem technischen Prozeß an sich. Tatsächlich und theoretisch richtig aber erfolgen sie aus dem sozialökonomischen Charakter des Arbeitsinhalts und seiner bewußten Gestaltung"; K. Teßmann, in: DZfPh, 19, 1971, S. 675 ff; hier: S. 678.
Vgl. dazu auch die in der DDR geführte Diskussion um den Begriff der ‚technischen Entfremdung'; Wyniger: a.a.O., S. 76 ff.

79 das, „während es die Tendenz hat, die Produktivkräfte ins Maßlose zu steigern, ebenso die Hauptproduktivkraft, den Menschen selbst, vereinseitigt, limitiert"; Marx, GRUNDRISSE, S. 325.

80 G. Huth: PRODUKTIVKRAFT PERSÖNLICHKEIT. Philosophische Bemerkungen über Qualifizierung und wissenschaftlich-technische Revolution, Berlin 1966, S. 84.

81 Vgl. dazu vor allem Müller: a.a.O., S. 69 ff und Zimmermann: a.a.O., S. 269.

82 Schulz, in: EINHEIT, 1972, S. 883. Von ähnlicher Bedeutung ist auch die gleichzeitige Übernahme der Wartungstätigkeit durch die Maschinenarbeiter.
Diese Bemühungen, durch planmäßige Arbeitsorganisation für die Werktätigen eine hohe Qualifikation erfordernde Arbeitsbereiche zu schaffen, datieren nicht erst aus jüngster Zeit – vgl. etwa Handke, in: JbW, 4/1964, S. 151 f., und P. Haase-Rieger/W. Hieck: „Der wissenschaftlich-technische Fortschritt und die Erhöhung der Disponibilität", in: Bb, 19. Jg., 1965, S. 165 ff; hier: S. 167.

Ähnliche Möglichkeiten der Zusammenfassung von Arbeitsfunktionen zu einer Arbeitsaufgabe bestehen auch auf der Stufe der Automatisierung: „Nicht wenig Diskussionen gab es z. B. in einem Maschinenbaubetrieb wegen eines neuen automatisierten Maschinensystems. Diese neue Anlage schien an die Facharbeiter – Zerspanungsfacharbeiter, Elektriker, Schlosser – geringere Anforderungen zu stellen. Die Organisation der Arbeit an der Anlage wurde jedoch so gestaltet, daß die geistigen Forderungen an die Arbeiter wuchsen und breitere Fachkenntnisse notwendig wurden, indem den mit Spezialkenntnissen als Dreher, Schlosser, Elektriker ausgerüsteten 'Systembedienern' die Verantwortung für das Funktionieren der Gesamtanlage übertragen wurde. Bei Beibehaltung einer bestimmten Spezialisierung erweiterten sich die Anforderungen zur Beherrschung des Gesamtsystems. Die Vielfalt der Arbeitsfunktionen, insbesondere die Überwachung, Kontrolle, das Mitdenken über die Vervollkommnung des Produktionsprozesses wird hier zur notwendigen Ergänzung spezieller Funktionen bei der Arbeit" (83).

Mit den Hinweisen auf diese Möglichkeiten der Gestaltung der Arbeitsorganisation ist bereits eine, wenn auch nicht die entscheidende Determinante (84) dafür analysiert, daß sich die Höherqualifizierung des produktiven Gesamtarbeiters im Sozialismus als kontinuierliche, alle Gruppen der Industriearbeiter erfassende Qualifikationsverbesserung durchsetzt.

Derartige Maßnahmen entsprechen den neuen Maßstäben, die, wie die Diskussion über die im nächsten Abschnitt dargestellten Probleme zeigt, in der gegenwärtigen Phase der gesellschaftlichen Entwicklung der DDR für die Qualität einer differenzierten Sozialplanung zu setzen sind (85); über die Unzulänglichkeiten der bisherigen Praxis schreibt Liehmann: „Seit Jahrzehnten werden Betriebskollektivverträge, Kader- und Bildungspläne, Programme zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen erarbeitet. Jedoch sind damit nicht alle Probleme der sozialen Planung erfaßt. Der BKV z. B. ist ein Jahresprogramm und stellt sich nicht die Aufgabe, die langfristigen Prozesse der Entwicklung der Arbeitskollektive zu planen. Nicht selten sind die Bildungspläne ungenügend mit den ökonomisch-technischen

83 W. Fitze, u.a.: „Persönlichkeitsentwicklung und wissenschaftlich-technischer Fortschritt im Sozialismus", in: EINHEIT, 28. Jg., 1973, S. 790 ff; hier: S. 794. Hierbei handelt es sich allerdings um Einzelbeispiele, nicht um eine systematische Analyse, inwieweit die „unterschiedliche Kombination der Anzahl der Arbeiter, ihres Bildungsniveaus und des Quantums der in Bewegung zu setzenden Produktionsmittel" der Entwertung von Qualifikation entgegenwirken kann; Ludwig u.a.: S. 132 f.

84 Die Begrenztheit der Möglichkeiten, die in der Gestaltung der Arbeitsorganisation vor Abschaffung des entsprechenden Produktionsverfahrens, vor allem der Fließbandarbeit, liegen, wird gerade in jüngster Zeit deutlich betont: „Hier (sc. bei der Fließbandarbeit – CZ) handelt es sich um einen Grad der Mechanisierung, der eine gewisse Unterforderung hinsichtlich der Qualifikation und Eintönigkeit in der Arbeit nicht restlos überwinden kann, selbst wenn durch bestimmten Arbeitsplatzwechsel und die Anzahl der zu einem Takt gehörenden Arbeitsgänge Gegenmaßnahmen ergriffen werden können"; Fischer, in: Ww, 1973, S. 538.
Da im nächsten Abschnitt bei der Entwicklung des sozialistischen Qualifikationsbegriffs auf die Stellung der Werktätigen als sozialistische Produzenten, die sich in umfassenden Mitwirkungsmöglichkeiten konkretisiert, noch ausführlich eingegangen wird, sei hier auf diesen zweiten, ausschlaggebenden Punkt nur verwiesen. Daß dieses Moment der Formbestimmung der gesellschaftlichen Arbeit ausschlaggebend ist, zeigen auch bestimmte Maßnahmen des ‚job-enlargement' in kapitalistischen Ländern; vgl. Müller: a.a.O., S. 60 ff., und Zimmermann: a.a.O., S. 238 ff.

85 Vgl. dazu W.I. Kasakow: „Planung sozialer Prozesse in Leningrader Betrieben", in: EINHEIT, 27. Jg., 1972, S. 532 ff., und zur Rezeption dieser Diskussion in der DDR P. Liehmann: in: EINHEIT, 1972, S. 1192 ff.

Vorhaben des Betriebes abgestimmt. ... Der entscheidende Mangel aber ist die unzureichende Analysentätigkeit und die Tatsache, daß wir uns wenig Zeit nehmen, über soziale Entwicklungen im Betrieb nachzudenken" (86).

Die Sozialplanung, die in aufeinanderfolgenden Phasen die Beurteilung des gegenwärtigen Entwicklungsstandes, die Analyse der realen Bedingungen zur Verbesserung der „sozialen Parameter der Kollektiventwicklung" sowie die quantitative Bestimmung der geplanten Veränderungen umfaßt, bezieht sich vor allem auf folgende Aspekte:

„Soziale Folgeerscheinungen der Einführung neuer Technik und Technologie in der Planperiode; Erhöhung der allgemeinen und fachlichen Bildung der Werktätigen; Veränderung in der sozialen Struktur der Arbeiter, Angestellten und des ingenieur-technischen Personals; Maßnahmen zur Regulierung der Fluktuation und der Arbeitskräftebewegung innerhalb der Produktion". (86a) Kernstück jeder Planung der Entwicklung der Sozialstruktur im Betrieb ist damit die Analyse der Perspektiven für die Veränderung der Berufs- und Qualifikationsstruktur.

In der kapitalistischen Gesellschaft der BRD verläuft demgegenüber die Qualifikationsentwicklung der Arbeiterklasse in system-spezifisch anderer Weise: Neuere Untersuchungen haben nachgewiesen, daß angesichts der Tatsache, daß durch die technische Entwicklung in ihrer kapitalistischen Variante neben hochqualifizierten Tätigkeiten nicht zuletzt restriktive und qualifikationsarme Arbeiten geschaffen bzw. perpetuiert werden, Entwicklungsschemata, die eine einheitliche Höherqualifizierung der Industriearbeiterschaft unterstellen, als falsifiziert gelten müssen; es sind gerade nicht die qualifizierten Momente der Industriearbeit, die verallgemeinert werden: „Meist sind es ... einfache Handarbeiten und repetitive Teilarbeiten, die trotz fortschreitender Mechanisierung bestehen bleiben – seltener die qualifizierten Varianten herkömmlicher Industriearbeit. Nach unseren Ergebnissen impliziert die technische Entwicklung demzufolge nicht nur eine Differenzierung der Gesamtgruppe der Industriearbeiter, sie führt gleichzeitig auch zu einer Polarisierung der Belegschaften an den technisch fortgeschrittenen Aggregaten" (87).

Dabei setzt sich längerfristig und als Haupttendenz auch unter kapitalistischen Bedingungen die Höherqualifizierung der Arbeiterklasse durch – aber auf äußerst widersprüchliche Weise, als „Polarisierung zwischen relativ wenigen Funktionen mit hohen berufstheoretischen oder geistig-schöpferischen Anforderungen und monotonen Routinearbeiten' "(88).

86 Liehmann, in: EINHEIT, 1972, S. 1194. Für anfangs aufgetretene Mängel in der komplexen Planung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts vgl. etwa R. Schulz, „Soziologische Aspekte der Entwicklung der Arbeit unter dem Einfluß der wissenschaftlich-technischen Revolution, in: ERGEBNISSE UND PROBLEME SOZIOLOGISCHER FORSCHUNGEN, S. 39 ff; hier: S. 43. Noch 1966 wandte sich G. Mittag gegen die Meinung einiger Leiter, „der Anteil der un- und angelernten Arbeitskräfte werde sich auch in den nächsten Jahren nicht verändern. . . . Eine wichtige Aufgabe der Rationalisierung . . . besteht doch gerade darin, die Arbeitsplätze mit monotoner, manueller un- und angelernter Arbeit zugunsten solcher zu vermindern, für die qualifizierte Facharbeiter benötigt werden"; G. Mittag: „Komplexe sozialistische Rationalisierung – eine Hauptrichtung unserer ökonomischen Politik bis 1970", in: SOZIALISTISCHE RATIONALISIERUNG UND STANDARDISIERUNG, S. 31 ff; hier: S. 82 f.

86a Vgl. L.N. Kogan: SOZIALE PLANUNG: Arbeit, Bildung, Lebensweise. Über die Planung der sozialen Entwicklung des Betriebskollektivs, Berlin 1971, S. 25 f.

87 H. Kern/M. Schumann: INDUSTRIEARBEIT UND ARBEITERBEWUSSTSEIN, Bd. 1, Ffm 1970, S. 138 f.

88 B. Kaufhold, u.a.: „Veränderungen in der Qualifikationsstruktur der Industriearbeiterschaft", in: IPW-BERICHTE, 2/1972, S. 15 ff; hier: S. 16.
Der hohe Anteil der Un- und Angelernten (1970 waren 21,1 Prozent Ungelernte,

3. Probleme einer proportionalen Entwicklung des produktiven Gesamtarbeiters

3.1 „Überqualifikation" oder: Was ist eine optimale Qualifikationsstruktur?

Die bisherige Untersuchung hat gezeigt, daß die umfassende, gleichmäßige Höherqualifizierung die dominierende Perspektive für die Werktätigen darstellt; gleichfalls ist aber deutlich geworden, daß beim gegenwärtigen Stand der Produktivkraftentwicklung in der DDR die Automatisierung der Produktionsprozesse noch nicht gesamtgesellschaftlich bestimmend ist. Das wirft die Frage auf, ob nicht die Antizipation künftiger Strukturen des Arbeitsprozesses, wie sie durch das sozialistische Bildungssystem realisiert wird und sich bereits in der Qualifikationsstruktur niederschlägt, zu 'Überqualifikation' führen und infolge des mit hoher Allgemein- und fachlicher Bildung verbundenen Anspruchsniveaus an die schöpferischen Möglichkeiten der Arbeitsinhalte als Faktor für die Entstehung von Arbeitsunzufriedenheit wirken muß – eine durch die mit der Arbeitsunzufriedenheit verbundene Fluktuation u.U. auch ökonomisch ineffektive Entwicklung (89). Befragt man das vorliegende Material auf den Grad der Übereinstimmung zwischen Qualifikations- und Arbeitsplatzstruktur, so ist zunächst darauf hinzuweisen, daß zumindest bis in die Mitte der 60er Jahre das Problem der Unterqualifikation der Produzenten für ihren Arbeitsplatz einige Bedeutung hatte:

1. Untersuchungen in Betrieben der VVB Werkzeugmaschinen und Werkzeuge für die Zeit von 1958/59 bis 1966 ergaben, daß „in der Mehrzahl der untersuchten Abteilungen die vorhandene Qualifikation bzw. Lohngruppe der Produktionsarbeiter unter den Anforderungen der Arbeit an die Qualifikation lag, soweit diese durch die Lohngruppe der Arbeit widergespiegelt werden. Die Differenz verringerte sich zwar in dem untersuchten Zeitraum ..., aber sie bestand auch 1966 noch und drückte damit in einem bestimmten Umfang den Grad der ungenügenden Qualifikation der Produktionsarbeiter aus" (90).

2. 1966 waren von 100 Teilnehmern an Facharbeiterlehrgängen der zentralgeleiteten Industrie 49 als Facharbeiter, 50 als angelernte oder ungelernte Arbeitskräfte und 1 als Brigadier bzw. Meister tätig (91).

37,2 Prozent Angelernte und nur 41,7 Prozent Facharbeiter) unter den Produktionsarbeitern in der BRD, insbesondere der sehr geringe Anteil der Facharbeiterinnen (1970 waren es 5,3 Prozent; vgl. Kaufhold, in: IPW-BERICHTE, 2/1972, S. 21) zeigen in aller Deutlichkeit diese Folgen kapitalistischer Arbeitsteilung für die schöpferischen Potenzen der Arbeiterklasse; vgl. J. Marx: „Die Entwicklung des Gegensatzes von körperlicher und geistiger Arbeit im Kapitalismus und ihre Widerspiegelung in der Entwicklung der Qualifikationsstruktur der Arbeiterklasse", in: Ww, 21. Jg., 1973, S. 720 ff; hier: S. 727.

89 Die Kategorien Unterqualifikation und ‚Überqualifikation' bringen den spezifischen Zustand der Beschäftigungsstruktur der Gesellschaft als Maß der Übereinstimmung der beruflich-fachlichen Qualifikationsstruktur mit der Arbeitsplatzstruktur zum Ausdruck; vgl. ähnlich F. Janossy: DAS ENDE DER WIRTSCHAFTSWUNDER, Ffm 1966, S. 223 f. und S. 240.

90 D. Tröger: „Der Einfluß der Qualifikation von Produktionsarbeitern auf die Dynamik des betrieblichen Reineinkommens", in: Ww, 16. Jg., 1968, S. 1599 ff; hier: S. 1608.

91 Vgl. Fitzner, in: Bb, 1967, S. 533.
Auch der folgende Bericht deutet auf Unterqualifikation hin: „Eine Analyse des Zentralvorstandes der IG Chemie in sieben Kombinaten und Betrieben ergab, daß etwa 40 Prozent der Produktionsausfälle auf Bedienungsfehler zurückzuführen waren, die auf mangelnde Qualifikation schließen lassen. In der Filmfabrik Wolfen hatten z.B. in einem Direktionsbereich über 80 Prozent der dort Beschäftigten für ihre Tätigkeit keinen gültigen Befähigungsnachweis"; C.-H. Janson/W.-D. Keim: „Aufga-

Aus der Gesamtentwicklung der Qualifikationsstruktur wie aus der weiteren Erhöhung des Niveaus der Berufsausbildung (Einführung der Grundberufe) läßt sich jedoch ableiten, daß das zukünftig bestimmende Moment einer im Verhältnis zur Arbeitsplatzstruktur disproportionalen Arbeitskräftestruktur in der 'Überqualifikation' liegen wird (92):

In Betrieben der chemischen Industrie stellte G. Bohring Mitte der 60er Jahre fest, daß „eine beträchtliche Zahl Jugendlicher nach Abschluß der Betriebsberufsschule nicht entsprechend der erhaltenen Fachausbildung eingesetzt wird" (93). In einem 1968 veröffentlichten Bericht heißt es: „Untersuchungen in der Braunkohleindustrie ergaben, daß nur knapp 50 Prozent der ausgebildeten Lehrlinge in dem Beruf verbleiben, für den sie ausgebildet wurden. Ein großer Teil dieser Arbeitskräfte wandert zu Tätigkeiten ab, die unter ihrem Qualifikationsniveau liegen. Im VEB Optima haben beispielsweise 61,5 Prozent der männlichen Arbeitskräfte, die angelernte Tätigkeit ausüben, eine Facharbeiterausbildung in einem anderen Beruf hinter sich" (94).

Diese Belege, die hier für zahlreiche andere Hinweise stehen, lassen sich bis in die jüngste Zeit verlängern: „Gegenwärtig entstehen der Gesellschaft große Verluste, weil für einen bestimmten beruflichen Einsatz ausgebildete Werktätige nicht in Übereinstimmung mit ihrer erworbenen Qualifikation tätig werden", was neben den ökonomischen Verlusten auch „ernste Auswirkungen auf die sozialistische Persönlichkeitsentwicklung" hat (95).

Dieses Material verweist auf zwei zusammenhängende Momente disproportionaler Qualifikationsentwicklung: Zum einen belegt es die partiellen (aber, wie bereits dargestellt, nicht auf die gesamtgesellschaftliche Ebene durchschlagenden) Prozesse der Qualifikationsentwertung, die neben unzureichender Planung der Berufsstruktur vor allem in der technologischen Entwicklung begründet sind, auf die bereits eingegangen wurde, zum anderen

ben der Berufsbildung bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft", in: EINHEIT, 26. Jg., 1971, S. 834 ff; hier: S. 842.

92 Ein permanent weiterwirkendes Moment möglicher Unterqualifikation liegt darin, daß bereits die einfache Reproduktion des Qualifikationsniveaus der Werktätigen permanente Weiterbildungsmaßnahmen verlangt, „um ein vorhandenes Wissensniveau auf den gesellschaftlich notwendigen Stand zu bringen"; Ludwig u.a.: S. 258.

93 G. Bohring: „Studien zur Verhaltensweise von Chemiearbeitern zum wissenschaftlich-technischen Fortschritt", in: ders./K. Braunreuther (Hg): Soziologie und Praxis, Berlin 1965, S. 77 ff; hier: S. 79.

94 Knauer u.a.: 1968, S. 30.
Eine Analyse der Qualifikationsstruktur der Produktionsarbeiter in einem Produktionsbereich des VEB Keramische Werke Hermsdorf ergab, daß „ ‚46 Prozent der Beschäftigten über einen abgeschlossenen Ausbildungsberuf verfügten, davon aber nur 24 Prozent eine diesem Beruf entsprechende Tätigkeit ausübten'. Mit anderen Worten übten im genannten Produktionsbereich weniger als die Hälfte (48 Prozent) der Facharbeiter eine Tätigkeit aus, die tatsächlich ihrer erworbenen Qualifikation entspricht. Ähnliches ließe sich in allen Zweigen konstatieren"; a.a.O., S. 86.
Vgl. auch Müller's Hinweis auf die Verwendung von jungen Facharbeitern mit 10jähriger Schulbildung am Fließband; a.a.O., S. 53.

95 G. Menge: „Die Berufs- und Qualifikationsstruktur planmäßig entwickeln", in: Bb, 26. Jg., 1972, S. 257.
Auf denselben Sachverhalt bezieht sich G. Nolepa, wenn sie die „dialektische Einheit der subjektiven und objektiven Bedingungen für die Entwicklung und Entfaltung der schöpferischen Fähigkeiten jedes einzelnen" betont und darauf hinweist, daß „sich durch den langjährigen Prozeß der Entwicklung sozialistischer Persönlichkeiten mit hohem Bildungsniveau und verantwortungsbewußtem Handeln ein Anspruch herausgebildet hat, der sich nicht mehr mit monotoner bzw. unschöpferischer Arbeit befriedigen läßt"; Nolepa, in: DZfPh, 1973, S. 541 f.

verweist es auf die zunehmend bedeutsamer werdende Erscheinung der 'Überqualifikation' (96).

Es bleibt also festzuhalten, daß beim heutigen wissenschaftlich-technischen Stand der Produktion noch nicht alle Arbeiter die Möglichkeiten ihrer beruflich-fachlichen Bildung voll ausschöpfen können. Angesichts der Perspektive, daß sich die „Disproportion zwischen den schöpferischen Möglichkeiten der Arbeit und dem Niveau der Ansprüche der jungen Generation der Arbeiterklasse" (97) nur langsam verringern wird, vertreten einige Gesellschaftswissenschaftler die Meinung, diese „Vergeudung von Bildungsmitteln" müsse durch eine engere Anpassung des Qualifikations- an das Produktionsmittelniveau beseitigt werden (98). Inwieweit dieser Auffassung zuzustimmen ist, soll eine genauere Analyse des sozialistischen Qualifikationsbegriffs zeigen, die die Kriterien entwickelt, die an ein optimales Bildungsniveau der Werktätigen einer sozialistischen Gesellschaft anzulegen sind.

Eine Komponente der Qualifikation ist durch die Anforderungen an die Produzenten charakterisiert, wie sie sich aus ihrer Stellung im gesellschaftlichen und betrieblichen arbeitsteiligen Produktionsprozeß ergeben; diese Qualifikationskomponente reflektiert die Funktion der Bildung als „effektivitätsbestimmender Faktor des Wirtschaftswachstums im ökonomischen System des Sozialismus" (99), indem sie den technisch bedingten Mindestbedarf an Kadern definiert (100). Daß aber die gesellschaftlichen Verhältnisse bereits in die technische Definition der Qualifikationsanforderungen eingreifen, wurde bereits deutlich gemacht: Erforderlich ist in erster Linie nicht eine kurzfristig kostenminimale, sondern ein Maximum schöpferischer Arbeitsinhalte ermöglichende Gestaltung der Arbeits-

96 Der Unterschied zwischen Qualifikationsentwertung und ‚Überqualifikation' ist an der historischen Dimension der Produktivkraftentwicklung in der DDR festzumachen; die Qualifikationsentwertung, zwangsläufige Folge der Produktivkraftentwicklung auch im Sozialismus, bezieht sich zunächst auf die traditionell ausgebildeten Facharbeiter, deren Kenntnisse und Fähigkeiten mit der Mechanisierung und Automatisierung überflüssig werden bzw. veralten, die ‚Überqualifikation' auf die nach neuen Maßstäben ausgebildeten jüngeren Werktätigen, deren Qualifikationsstand über die dem jeweiligen Niveau der Produktionsmittel entsprechenden Anforderungen in Richtung ihrer künftigen Entwicklung bereits hinausgeht. Obwohl diese Unterscheidung in der vorliegenden Literatur nicht immer herausgearbeitet wird, dürfte sie eine genauere Einschätzung der Perspektive der sozialistischen Gesellschaft erlauben.
Mit Recht weist J. Marx darauf hin, daß die Entwertung von Qualifikation nur dann als ‚Dequalifizierung' zu werten ist, wenn sie, wie für die kapitalistische Gesellschaft charakteristisch, eine Verschlechterung der Arbeits- (und Lebens)bedingungen der betroffenen Werktätigen zur Folge hat – was mit der ständigen Verbesserung der sozialen Planung in der sozialistischen Gesellschaft immer seltener der Fall ist; vgl. Marx, in: Ww, 1973, S. 731.

97 Jadow u.a.: S. 319 f.

98 Knauer u.a.: 1968, S. 30. Auch Schulze führt den auftretenden „Widerspruch zwischen erworbener und benötigter Disponibilität" darauf zurück, daß „in der Berufsausbildung offensichtlich breitere Fertigkeiten vermittelt werden, als es aufgrund der Arbeitsteilung notwendig war"; in: Bb, 1966, S. 186.
Auf ähnliche Einstellungen bezieht sich wohl Fukasz' Kritik, daß zuweilen „die Fachausbildung ... – mit der Absicht, ein den unmittelbaren Ansprüchen der Produktion genügendes Wissen billiger und in kürzerer Zeit anzueignen – auf demagogische Weise zu einer nicht notwendigen, ‚überschüssigen' Bildung erklärt (wird)"; in: DZfPh, 1973, S. 831.

99 Knauer u.a.: 1972, S. 17.

100 Vgl. Ludwig u.a.: S. 197 f.

organisation. In der sozialistischen Gesellschaft ist die Bildung darüberhinaus nicht nur technisch bzw. ökonomisch definierter Wachstumsfaktor, sondern, als Konsequenz der Doppelfunktion der Werktätigen als Produzenten und sozialistische Eigentümer, wesentliches Element ihres Strebens nach „allseitiger Entwicklung der sozialen, geistigen und ästhetischen Anlagen und Fähigkeiten aller Mitglieder der Gesellschaft" (101);damit treten für den Bereich der materiellen Produktion als weitere Komponente die allgemeinen Anforderungen hinzu, die erst die aktive Teilnahme aller an der Planung und Leitung des Betriebes, insbesondere der Weiterentwicklung seiner wissenschaftlich-technischen Basis ermöglichen – also genaue Kenntnisse über die politischen, ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Zusammenhänge der gesellschaftlichen Produktion (102). Somit stellt sich die optimale Qualifikation sozialistischer Produzenten als Einheit von beruflich-fachlicher Bildung (d. h. wissenschaftlich-technischer Allgemeinbildung und beruflicher Spezialisierung) und politisch-ideologischen Kenntnissen dar (103). Daher können alle Behauptungen über eine 'Inflation der Bildung' nur bei einem verkürzten Begriff ökonomischer Rationalität einen Schein von Berechtigung haben; „berücksichtigt man jedoch die gesamte Vielfalt der sozialen Funktionen der Allgemeinbildung, kann eine derartige Lösung des Problems in keiner Weise als optimal betrachtet werden. Das allgemeine Bildungsniveau der Bevölkerung ist ein mächtiger subjektiver Entwicklungsfaktor in vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Es ist sozusagen ein Unterpfand der Vorwärtsbewegung in der allseitigen Entwicklung der Persönlichkeit sowohl als entscheidende Produktivkraft der Gesellschaft wie auch als Subjekt des gesellschaftlichen Gesamtprozesses, der die verschiedensten Seiten der ökonomischen, politischen und geistigen Aktivität der Werktätigen umfaßt" (104).

Auf der 2. Theoretischen Konferenz des FDGB von 1969 wurde ebenfalls betont, daß der Widerspruch zwischen dem Bildungsniveau und den gegebenen Arbeitsbedingungen zu einer spezifischen Triebkraft für deren weitere Verbesserung werden kann – „wenn die Wirtschafts- und Gewerkschaftsleitungen es verstehen, die Arbeitsbedingungen unter Nutzung der schöpferischen Tätigkeit der Werktätigen zu verändern" (105).

Im Prinzip ist also unter sozialistischen Produktionsverhältnissen das Verhältnis von Arbeitsvermögen und unmittelbarer Leistungsanforderung am Arbeitsplatz dadurch bestimmt, daß beide nicht identisch sind, sondern ein ständiger Vorlauf des lebendigen Arbeitsvermögens zu sichern ist: „Kennzeichnend für die sozialistische Gesellschaft überhaupt ist, daß das Bildungsniveau der Werktätigen schneller wächst als der wissenschaftlich-technische Fortschritt durchgesetzt werden kann. Daher kommt es der Arbeiterklasse stets ... darauf an, das vorhandene Wissen und Können des einzelnen bei der Veränderung und Gestaltung der Produktion zweckmäßig zu nutzen und es im Prozeß der Arbeit zu vervollkommnen" (106). Die Nicht-Identität von unmittelbarer Arbeitsanforderung und Arbeitsvermögen muß also nicht Ausdruck unzureichend bewältigter Widersprüche sein, sondern wird zur Voraussetzung sozialistischer Rationalisierungspolitik, deren allgemeinstes Prinzip W. Ulbricht 1969 programmatisch formulierte: „Wir organisieren die Automatisierung so, daß sie im Prozeß schöpferischer Arbeit der Menschen entsteht und gleichzeitig dazu beiträgt, neue Bedingungen für schöpferische Arbeit zu schaffen" (107).

Gemessen an diesem strikten Anspruch umfassender Mitwirkung an der Gestaltung der gesellschaftlichen Entwicklung, insbesondere des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, ist (wie Untersuchungen zeigen, auf die an dieser Stelle nicht im einzelnen eingegangen werden soll) (108) bei einem großen Teil der Produktionsarbeiter allerdings noch ein Qualifikationsdefizit zu konstatieren, das jede Behauptung von 'Überqualifikation' als zumindest unreflektiert erweist.

Das Problem der 'Überqualifikation' hat noch einen weiteren Aspekt, der in der DDR nicht weniger aktuell ist – die 'Überqualifikation' des produktiven Gesamtarbeiters, bezogen auf das Verhältnis von Produktionsarbeitern und Hoch- und Fachschulkadern (109). Die objektive Tendenz der Erhöhung des Anteils der Hoch- und Fachschulkader an den Beschäftigten, Ausdruck einer neuen Stufe der Verwissenschaftlichung der Produktion, ist in der DDR in den 60er Jahren, entsprechend der Fehleinschätzung des Tempos der wissenschaftlich-technischen Entwicklung, offensichtlich überschätzt worden (110);das zeigt die seit Anfang der 70er Jahre zunehmende Kritik an dieser Entwicklung. So erklärte M. Honecker auf dem VIII. Parteitag der SED: „Manche Formulierungen in unserer Propaganda, beeinflußt von einigen nicht ganz realistischen Prognosen, erweckten zeitweilig den Eindruck, als müßte unsere Schule die Jugend in erster Linie auf das Studium an den

101 Knauer u.a.: 1972, S. 17.

102 Diese Komponente definiert sich nicht nur aus dem „Bildungsbedürfnis der Werktätigen" – Ludwig u.a., S. 136 –, sondern nach den in der Realisierung der Eigentümerfunktion objektiv begründeten Anforderungen.

103 Auch die Verfasser der 'Thesen' betonen die „Einheit machtausübender und schöpferisch-tätiger Arbeit ... Wenn ... von den produktiven Potenzen des Menschen die Rede ist, so dürfen hierunter nicht nur seine Arbeitsfertigkeiten und Produktionserfahrungen verstanden werden. Der Mensch ist Hauptproduktivkraft in seinem ganzen gesellschaftlichen Beziehungsreichtum, mit seinen Kenntnissen und Fertigkeiten ebenso wie mit seinen politisch-ideologischen und ethischen Einstellungen und Überzeugungen und seiner objektiven Stellung zu den Produktionsmitteln"; in: Ww, 1973, S. 493. Dabei kann davon ausgegangen werden, daß in der Regel die fachliche 'Überqualifikation' mit den erhöhten Anforderungen in den Bereichen der gesellschaftlichen Aktivität zumindest partiell zusammenstimmt; vgl. dazu auch Abschnitt 3.2.

104 Jadow u.a., S. 298f.

105 SOZIALISTISCHES GESELLSCHAFTSSYSTEM, SOZIALISTISCHE DEMOKRATIE UND GEWERKSCHAFTEN. Materialien der 2. Theoretischen Konferenz des Bundesvorstandes des FDGB und der Hochschule der Deutschen Gewerkschaften 'Fritz Heckert' vom 17.-19.9.1969 in Bernau, Berlin 1970, S. 393.

106 G. Opitz: Die ständige Entwicklung des Bildungsniveaus der Arbeiterklasse, in: Bb, 25. Jg., 1971, S. 256 ff; hier: S. 257. Vgl. ähnlich G. Huth: „Kultur und Persönlichkeit in der technischen Revolution", in: Bb, 21, 1967, S. 475 ff; hier: S. 478, und Huth, 1966, S. 89.

107 Zit. nach P. Karsch: „Probleme der weiteren Entwicklung des sozialistischen Charakters der Arbeit bei der sozialistischen komplexen Automatisierung", in: Ww, 18. Jg., 1970, S. 655 ff; hier: S. 655 f. Am deutlichsten als explizite Forderung nach 'Überqualifikation' wurden die Konsequenzen dieser Prinzipien für die Qualifikation der Werktätigen durch Miller/Hoppe formuliert; vgl. R. Miller/G. Hoppe: ARBEIT-GEMEINSCHAFT-PERSÖNLICHKEIT. Soziologische Studien, Berlin 1964, S. 109. Damit wird keinesfalls das Prinzip „äußerer Proportionalität" des sozialistischen Bildungswesens aufgehoben, das darin besteht, daß „das sozialistische Bildungswesen die für die Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR erforderlichen Kader sowohl politisch und fachlich als auch in bedarfsgerechter Struktur entsprechend den gesamtgesellschaftlichen Erfordernissen ausbildet"; vielmehr soll deutlich werden, an welchen Kriterien diese Proportionalität zu orientieren ist; H. Maier, u.a.: „Probleme der planmäßigen proportionalen Entwicklung von sozialistischem Bildungswesen und gesellschaftlichem Reproduktionsprozeß", in: Ww, 20. Jg., 1972, S. 62 ff; hier: S. 64.

108 Vgl. J. Rittershaus/R. Weidig: „Über die Qualifizierung der Werktätigen im Prozeß der technischen Revolution", in: EINHEIT, 20. Jg., 1965, S. 57 ff.; hier: S. 60 f. R. Weidig: SOZIALISTISCHE GEMEINSCHAFTSARBEIT, Berlin 1969, S. 243 ff. Vgl. dazu im einzelnen den demnächst erscheinenden Aufsatz zur 'Sozialistischen Gemeinschaftsarbeit'.

109 Das empirische Material ist bereits im Abschnitt 1.2 präsentiert worden.

110 Vgl. auch Abschnitt 1.

Hoch- und Fachschulen vorbereiten. Wir schätzen die Aufgabe, Hoch- und Fachschulkader heranzubilden, nicht gering ... Die Tatsache, daß sich der Charakter der Arbeit verändert, daß sich ein Prozeß der zunehmenden Annäherung von körperlicher und geistiger Arbeit vollzieht und das geistig-schöpferische Element in allen Arbeitsprozessen und in der gesamten Lebenstätigkeit des sozialistischen Staatsbürgers immer mehr zunimmt, kann und darf jedoch nicht so ausgelegt werden, als ob jeder Absolvent der Schule ein Hoch- oder Fachschulstudium aufnehmen müsse" (111).

Wie auf der 6. Tagung des ZK der SED vom Juli 1972 deutlich wurde, hat diese Entwicklung bereits zu Einsatzproblemen der Hoch- und Fachschulkader geführt: „Bekanntlich traten in diesem Jahr beim Einsatz der Absolventen, vor allem der technischen und naturwissenschaftlichen Studienrichtungen, Schwierigkeiten auf. ... Die Orientierung, mehr Arbeitskräfte in der materiellen Produktion einzusetzen, wurde in einigen Betrieben und Kombinaten engstirnig und z. T. falsch ausgelegt. Planstellen für wissenschaftliche Kader wurden gekürzt und bereits abgeschlossene Verträge mit Absolventen gekündigt". Da es aber durchaus noch unterbesetzte Kaderstellen gebe, komme es darauf an, durch bessere Planung diese Disproportionalität zu beseitigen (112).

Bei diesem Aspekt der 'Überqualifikation' stellt sich auf einer anderen Ebene wiederum die Frage, inwieweit zur Realisierung der gesellschaftspolitischen Implikationen sozialistischer Bildung eine permanent erweiterte Reproduktion der Qualifikationsstruktur notwendig ist – also Weiterbildungsmaßnahmen, die mit einer Erhöhung der Qualifikationsstufe verbunden sind (113). Dazu schreiben Lötsch/Weidig in ihrem 1972 veröffentlichten Aufsatz: „Wenn die Orientierung, daß die Arbeiterklasse der entwickelten sozialistischen Gesellschaft durch eine hohe und ständig steigende Qualifikation gekennzeichnet sein muß, unhistorisch verstanden wird, läßt sich leicht die Folgerung ableiten, daß der Prototyp des Angehörigen der Arbeiterklasse sozusagen der Werktätige mit Hoch- oder aber zumindest Fachschulbildung sein müsse. Wird dann die Ausbildung solcher Kader über die realen Möglichkeiten und Erfordernisse hinaus erhöht, führt das zu großen Disproportionen und zu der Erkenntnis, daß es nicht möglich ist, die Qualifikationsstruktur beliebig zu verändern: Einem Überangebot an Hoch- und Fachschulkadern stände ein Mangel an Facharbeitern gegenüber. Die Qualifikationsstruktur unterliegt objektiven Gesetzen, so daß sich bei voller Auslastung des gegebenen Arbeitskräftepotentials ein Überschuß bei einem Qualifikationstyp stets als Mangel bei einem anderen darstellen muß. Analoges gilt für andere Strukturdimensionen" (114).

111 PROTOKOLL DES 8. PARTEITAGES DER SED, Bd. 2, S. 79 f.

112 W. Jarowinsky: AUS DEM BERICHT DES POLITBÜROS AN DIE 6. TAGUNG DES ZK DER SED, Berlin 1972, S. 29 f.
Dieser „Orientierung, mehr Arbeitskräfte in der materiellen Produktion einzusetzen", entspricht die Kritik an einer übermäßigen Forcierung des Rückgangs der Produktionsarbeiter, wie sie etwa in 163 Betrieben im Bezirk Leipzig bis 1975 mit der Reduktion des Anteils der Produktionsarbeiter an den Gesamtbeschäftigten auf 59,3 Prozent vorgesehen war; vgl. Laschke, in: Bb, 1972, S. 268. Auch die Untersuchung von Ludwig u.a. kommt zu dem Ergebnis, daß „es in der DDR keinen *hohen* (Hervorhebung von mir – CZ) Nachholebedarf an qualifizierten Kadern im Vergleich zu anderen Ländern gibt". Soweit ein solcher Nachholebedarf in den Stellenplänen zum Ausdruck komme, könne dem vor allem mit der Entlastung der Hoch- und Fachschulkader von Verwaltungsarbeiten zugunsten der Tätigkeit an Anlagen in der Konstruktion/Projektierung sowie der Produktionsleitung, wo der echte Bedarf am größten sei, Rechnung getragen werden; a.a.O., S. 245 ff.

113 Vgl. a.a.O., S. 258 f.

114 Lötsch/Weidig, in: DZfPh, 1972, S. 619. Ähnlich vertreten auch Ludwig u.a. die

Diese Ausführungen provozieren die Frage, ob hier nicht die ökonomistische Betrachtungsweise reproduziert wird, die bereits oben kritisiert wurde. Allein die einfache Reproduktion der Qualifikation der Werktätigen, d. h. die Verbreiterung bzw. Umprofilierung ihrer wissenschaftlich-technischen Kenntnisse entsprechend den veränderten unmittelbaren Arbeitsanforderungen kann ihre effektive, zunehmend intensiver werdende Beteiligung an der sozialistischen Rationalisierung angesichts der ständig wachsenden wissenschaftlich-technischen Anforderungen im Bereich der Produktionsvorbereitung nur in begrenztem Maße vorantreiben; so könnten gerade Produktionsarbeiter mit Techniker- oder gar Ingenieurqualifikation besonders effektiv in den Arbeits- und Forschungsgemeinschaften, den Neuererkollektiven, bei der Planung und Leitung im Betrieb mitarbeiten. Unter Berücksichtigung der erheblich höheren Aufwendungen für die Ausbildung von Hoch- und Fachschulkadern (115) und des – möglicherweise – noch verschärften Problems der Arbeitsunzufriedenheit ist dennoch, wie es auch der realen gesellschaftlichen Entwicklung in der DDR entspricht, der Hauptakzent zur Höherqualifizierung vorerst auf die weitere Erhöhung des Facharbeiteranteils sowie auf die inhaltliche Umstrukturierung der Facharbeiterausbildung im Sinne der Einbeziehung weiterer allgemeinbildender Elemente zu legen (116). Dabei ist aber gegenüber Lötsch/Weidig festzuhalten, daß die 'objektiven Gesetze' der Qualifikationsstruktur nicht um die gesellschaftspolitische Dimension politischer Bildung verkürzt werden dürfen.

3.2 Perspektiven der Disponibilität – zur Struktur der Grundberufe

Aus der bisherigen Diskussion über den sozialistischen Qualifikationsbegriff ergibt sich als Ziel sozialistischer Berufsausbildung die Einheit von politisch-ideologischer und fachlicher Bildung, die eine ständig erhöhte Disponibilität der Produzenten für ihre Arbeitstätigkeit und ihre gesellschaftlichen Aktivitäten sichert. Disponibilität meint dabei nicht die „Summe der Fertigkeiten vieler unterschiedlicher spezialisierter Tätigkeiten", sondern diejenigen „technischen, technologischen und ökonomischen Kenntnisse und geistigen Fähigkeiten..., die sich durch hohe Wertbeständigkeit der Bildung auszeichnen" (117).

Dieses Ziel soll in der Phase der wissenschaftlich-technischen Revolution durch die Ausbildung in Grundberufen mit ihrem Kernstück, den neuen Grundlagenfächern, erreicht werden. Auf dem VII. Parteitag der SED 1967 entwickelte W. Ulbricht die Grundzüge dieser Konzeption aus der Kritik der bisherigen Berufsausbildung, die durch „zu enge Spezialisierung der Ausbildungsberufe und die organisatorische Trennung von beruflicher Grundlagenausbildung und spezieller Ausbildung" den perspektivischen Anforderungen nicht mehr genüge; er betonte die Notwendigkeit, „eine Reihe bisher bestehender Ausbildungsberufe zu Grundberufen zusammenzufassen, die durch technisch und technologisch verwandte Produktionsprozesse gekennzeichnet sind. Die Ausbildung in einem Grundberuf gewährleistet einen hohen Grad der Einsatzfähigkeit des einzelnen Werktätigen und ist die Basis für eine ständige berufliche Weiterbildung" (118).

Auffassung, daß in Zukunft „die einfache Reproduktion des Qualifikationsniveaus der Werktätigen stärker in den Vordergrund rücken" werde; a.a.O., S. 317. Allerdings reiche das Wissen über die „Wirkung solcher Bildungsgrade wie Facharbeiter-, Fachschul- und Hochschulbildung als effektivitätserhöhende Faktoren der Produktion noch nicht aus ..., um zu exakten Schlußfolgerungen über die Entwicklung des Bestandes an Facharbeitern, Fach- und Hochschulkadern bei intensiv erweiterter Reproduktion zu kommen"; S. 181.

115 Vgl. a.a.O., S. 43.

116 A.a.O., S. 317.

117 BERUFSAUSBILDUNG HEUTE UND MORGEN, S. 88 f.

118 PROTOKOLL DER VERHANDLUNGEN DES 7. PARTEITAGES DER SED, 17.-22.4.1967, Bd. 1, Berlin 1967, S. 253 f.

Der Ausbildungsinhalt der Grundberufe wird aus den Perspektiven der technischen Entwicklung und den steigenden Anforderungen der sozialistischen Demokratie abgeleitet; dadurch nimmt vor allem die Bedeutung der allgemeinbildenden und beruflichen Grundlagenfächer zu (119). Grundlage für die Inhaltsbestimmung der einzelnen Grundberufe sind gleiche bzw. ähnliche technische und technologische Arbeitsprozesse, was aber nicht heißt, daß die Ausbildungsinhalte bisheriger Berufe einfach zusammengefaßt werden (120); vielmehr sind bei der inhaltlichen Struktur des Grundberufes vier Bestandteile zu unterscheiden:

1. Bildungsinhalte, die allen Ausbildungsberufen eigen sind (EDV, BMSR-Technik, Elektronik, Ökonomie);
2. Bildungsinhalte, die mehreren Ausbildungsberufen eigen sind (z. B. Verfahrens- bzw. Fertigungstechnik, Technisches Zeichnen, Maschinen- und Anlagenkunde, Werkstoffkunde, Qualitätssicherung/Güterkontrolle);
3. Bildungsinhalte, die die Spezifik des betreffenden Grundberufes ausmachen (z. B. Technologie der Zerspanung);
4. Bildungsinhalte, die eine berufliche Spezialisierung innerhalb des betreffenden Grundberufes ausmachen (z. B. Zerspanungsfacharbeiter – Schleifen auf Außen- und Innenrundschleifmaschinen) (121).

Der Grundberuf verlangt mit der wesentlichen Erweiterung der berufstheoretischen Inhalte das Niveau der Allgemeinbildung, das bis zur 10. Klasse der allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule vermittelt wird: Lag das Theorie-Praxis-Verhältnis in der Berufsausbildung für den traditionellen Ausbildungsberuf bei 1 : 2,6, so liegt es bei den Grundberufen bereits zwischen 1 : 1,8 und 1 : 0,6 (122). Das setzt außerdem einen hohen Anteil der Ausbildungszeit in der Berufsschule an der Gesamtausbildungszeit voraus; er beträgt in der DDR etwa 39 Prozent, ist also fast doppelt so hoch wie in der BRD (123).

119 Daher ist Hegelheimer zu widersprechen, wenn er in konvergenztheoretischer Manier die Notwendigkeit dieser Umstrukturierung der Berufsausbildung *allein* aus den Anforderungen der Produktivkraftentwicklung ableiten will; aus den Inhalten der Grundberufe ergibt sich der enge Zusammenhang von Ausbildung und Produktionsverhältnissen, dessen Erscheinungsformen Hegelheimer nur kommentarlos konstatiert; so stellt er etwa fest, daß in der DDR größeres Gewicht auf die allgemeinbildenden Fächer als in der BRD gelegt wird; „Während in der BRD das Verhältnis von berufstheoretischem zu allgemeinbildendem Unterricht durchgängig 5:3 beträgt, beläuft es sich in der DDR auf 1:2 im ersten Lehrjahr sowie im zweiten und dritten Lehrjahr auf 3:4"; vgl. Hegelheimer, a.a.O., S. 44. In ähnlicher Weise läuft auch Vogt's in vielen Punkten zutreffende Beschreibung auf eine fragwürdige Verkürzung hinaus, wenn er die Intention des Grundberufes so zusammenfaßt: Die „grundlegend neue Qualität der Berufsausbildung wie auch der Verbindung von allgemeiner und beruflicher Bildung . . . soll den für die Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution erforderlichen Bildungsvorlauf schaffen und dabei eine wesentliche Erhöhung der Disponibilität zur Sicherung einer langfristig erfolgreichen Berufsausbildung bewirken"; H. Vogt: „Berufsvorbereitende Elemente in den allgemeinbildenden Schulen. Allgemeinbildend-studienvorbereitende Elemente in der Berufsausbildung der DDR", in: DEUTSCHLAND-ARCHIV (im folgenden zitiert als DA), 4. Jg., 1971, S. 1138 ff; hier: S. 1146.

120 Vgl. H. Holfeld, „Neue Systematik der Ausbildungsberufe mit ersten Grundberufen", in: Bb, 22. Jg., 1968, S. 31 ff; hier: S. 31 f.

121 Vgl. A. Knauer: „Die Dynamik des Inhalts der Ausbildungsberufe der sozialistischen Berufsausbildung", in: Bb, 23, 1969, S. 350 ff; hier: S. 353 und H. Schmidt: „Die Berufsausbildung in der DDR", in: DIE DDR, S. 226 ff; hier: S. 231, der die für den Grundberuf charakteristischen Integrations- und Differenzierungsprozesse verdeutlicht.

122 Für die erste Angabe vgl. E. Lass: „Disponible Facharbeiter durch Ausbildung in Grundberufen", in: Bb, 22. Jg., 1968, S. 228 ff; hier: S. 230, für die zweite Angabe vgl. Hegelheimer, a.a.O., S. 84 f. und S. 86, Tab. 17, sowie D. Kramer, u.a.: „Probleme des Bildungswesens in BRD und DDR: Das System der Berufsausbildung", in: BRD – DDR. Vergleich der Gesellschaftssysteme, Köln 1971, S. 385 ff; hier: S. 391.
Zu etwas anderen Ergebnissen kommt Vogt unter Ausklammerung der allgemeinbildenden Fächer Staatsbürgerkunde und Sport; er errechnet für einige Grundberufe ein Verhältnis Theorie – Praxis von 1:3 bzw. 1:2; vgl. H. Vogt: „Grundberufsausbildung in der DDR", in: DA, 5. Jg. 1972, S. 1051 ff; hier: 1963. Allerdings kann er damit nicht mehr nachweisen, als daß „noch keineswegs der Grad von Theoretisierung erreicht (ist), der von den DDR-Berufspädagogen als notwendig angesehen wird"; ebd.

123 Hegelheimer meint dazu: „Die DDR legt damit ein größeres Gewicht auf die Vermittlung theoretischer Grundkenntnisse in der Berufsausbildung, da man langfristig steigende Qualifikationsanforderungen an die Arbeitskräfte erwartet"; a.a.O., S. 43. Das ist wieder nur die halbe Wahrheit: die langfristig steigenden Qualifikationsanforderungen werden nicht „erwartet", sondern sind in dieser Form, d.h. als steigende Anforderungen an die Gesamtheit der Produktionsarbeiter, wie bereits dargestellt, das Ergebnis zielbewußter gesellschaftlicher Planung.

124 Unterrichtet wird nach den Lehrplänen der 11. und 12. Klasse der erweiterten Oberschule.

125 Das entspricht dem Inhalt der 9. und 10. Klasse der Oberschule; vgl. Vogt, in: DA, 1971, S. 1143.

126 Vgl. ebd. als weitere zukünftig mögliche Grundlagenfächer werden u.a. Allgemeine Maschinen- und Automatenkunde, Allgemeine Technologie, Organisations- und Rationalisierungstechnik, Kybernetik und Logik angeführt; vgl. BERUFSAUSBILDUNG HEUTE UND MORGEN, S. 21.

127 Vgl. Hegelheimer, a.a.O., S. 87 und S. 89, ferner BERUFSAUSBILDUNG HEUTE UND MORGEN, S. 33.
Für die Entwicklung der Zahl der Ausbildungs- und Grundberufe vgl. Hegelheimer, a.a.O., S. 17 und PROTOKOLL DES 8. PARTEITAGES DER SED, Bd. 1, S. 92 f.

Allgemeinbildende Fächer in der Berufsausbildung sind
- bei Abschluß der 10. Klasse: Staatsbürgerkunde, Sport (124);
- bei Abschluß der 8. Klasse: Deutsche Sprache und Literatur, Staatsbürgerkunde, Geschichte, Mathematik (125).

Mit der Einführung der Grundberufe kommen zu dem Grundlagenfach Betriebsökonomik für die Absolventen der 10. Klasse der Oberschule als neue berufliche Grundlagenfächer
- Grundlagen der Eletronik
- Grundlagen der Betriebs-, Meß-, Steuer- und Regeltechnik (BMSR)
- Grundlagen der Datenverarbeitung

hinzu (126).

Aus dem Ausbildungsradius des Grundberufes ergibt sich, daß in jedem Grundberuf eine größere Zahl von Lehrlingen und Werktätigen ausgebildet wird; er ist insofern ein Massenberuf. Seit Ende 1970 sollen 35 Prozent, in der Perspektive 75 Prozent aller Lehrlinge in Grundberufen ausgebildet werden. Im Zuge der Einführung der Grundberufe sank die Gesamtzahl der Ausbildungsberufe von 455 (1967) auf ca. 300 (1971) und soll bis 1975 auf 273 zurückgehen, während die Zahl der Grundberufe von 4 (1967) auf 28 (1971) anstieg. Nach vorläufigen Schätzungen wird es aber auch längerfristig neben den Grundberufen ca. 200 - 250 Ausbildungsberufe geben (127).

Mit dieser zügigen, konsequent an perspektivischen technischen und sozialen Erfordernissen orientierten Einführung der Grundberufe und ihren hohen Anforderungen scheint

auch die Differenzierung von Lehrlingsstrukturen zusammenzuhängen, auf deren Untragbarkeit für eine sozialistische Gesellschaft 1971 mit Nachdruck hingewiesen wurde: „Jede Konstruktion von Rangfolgen der Berufe entspricht weder den Erfordernissen der sozialistischen Entwicklung noch der prinzipiellen Haltung des Marxismus-Leninismus zur Arbeit und zu den arbeitenden Menschen. Aus dieser Sicht ist auch jegliches einseitiges propagandistisches Hervorheben der Grundberufe zu überwinden. Bei uns werden alle volkswirtschaftlich notwendigen Berufe und jede nützliche Arbeit gesellschaftlich geachtet" (128).

Damit dürfte deutlich geworden sein, daß die Konzeption des Grundberufes von jenem sozialistischen Qualifikationsbegriff ausgeht, der im vorhergehenden Abschnitt entwickelt worden ist und in seine Zielsetzung alle Betätigungsweisen der sozialistischen Persönlichkeit einbezieht (129).

Wie die Qualifikationsentwicklung der Arbeiterklasse in der DDR insgesamt, läßt sich auch die Konzeption der Grundberufe nicht adäquat begreifen ohne Berücksichtigung der gesamtgesellschaftlichen Zusammenhänge, auf die sie bezogen ist; das zeigt sich mit aller Deutlichkeit im Vergleich mit den Reformkonzeptionen zur Berufsausbildung in der BRD: Während die Ausbildung in Grundberufen das Problem der einheitlichen Höherqualifizierung der Arbeiterklasse für die Perspektive gelöst hat, perpetuiert das Konzept der Stufenausbildung mit der intendierten geringen Durchlässigkeit der einzelnen Ausbildungsstufen unter Minimierung der Ausbildungskosten jene Polarisierung der Industriearbeiterschaft, die bereits als beherrschende Tendenz in der BRD festgestellt wurde. Insofern mag es zwar den auch aus kapitalistischer Perspektive unabweisbaren Anforderungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts genügen, aber auf Kosten der Arbeiter, denen eine langfristig verwertbare Ausbildung verwehrt wird (130).

Mit der Ausbildung eines immer größeren Teils der jungen Werktätigen in Grundberufen ist also das Problem der Disponibilität der sozialistischen Produzenten für die Zukunft vorangebracht, nicht aber für die bereits im Produktionsprozeß stehenden (zum größeren Teil weiblichen) Werktätigen ohne Facharbeiterausbildung sowie diejenigen Facharbeiter, die zu einer geringer qualifizierten Tätigkeit in einem anderen Beruf übergewechselt sind.

128 Janson/Keim, in: EINHEIT, 1971, S. 844.

129 So weisen Kramer u.a. auf die fundamentale Bedeutung der Grundlagenbildung für die Entwicklung der sozialistischen Demokratie hin: „Wenn die Lehrlinge, wie in dem Grundlagenfach Betriebsökonomik, mit den 'Grundlagen der sozialistischen Betriebswirtschaftslehre, der wirtschaftlichen Rechnungsführung, der Operationsforschung' usw. vertraut gemacht werden, so werden damit Voraussetzungen dafür geschaffen, daß die Lehrlinge die Gesetzmäßigkeiten des Funktionierens ihrer Betriebe durchschauen und ihre Rolle als sozialistische Eigentümer ausfüllen", a.a.O., S. 395.
Die mit den Grundberufen neu eingeführten Grundlagenfächer stellen daher sicher, daß auch unter durch den Einsatz neuer Planungs- und Leitungstechniken veränderten Bedingungen die sozialistische Demokratie weiter entfaltet werden kann: „Man kann sagen, die Mitarbeit der Werktätigen wird vor allem dadurch und in dem Maße forciert, wie es gelingt, die Operationsforschung, die EDV und bestimmte mathematisch-ökonomische Verfahren so zu nutzen, daß sie allen an der Entscheidungsfindung Beteiligten die Daten und Informationen vermitteln, die sie für eine wissenschaftlich begründete Entscheidung benötigen"; H. Nick/R. Weidig: „Mensch und Automatisierung im Sozialismus – Probleme der Leitung und Entwicklung sozialistischer Gemeinschaftsarbeit", in: EINHEIT, 25. Jg., 1970, S. 1149 ff.; hier: S. 1160.

130 Vgl. Hegelheimer: a.a.O., S. 68 ff. und Kramer, u.a.: a.a.O., S. 392 f. Es versteht sich von selbst, daß diese Charakterisierung des Konzepts der Stufenausbildung genauer zu belegen ist, als das in diesem Zusammenhang geschehen kann.

Für diese Gruppen ist die 'aufgaben- und objektbezogene Aus- und Weiterbildung' der Hauptweg, um durch Höherqualifizierung den veränderten Anforderungen in der Produktion zu entsprechen (131). Dabei wird vor allem auf die richtige Verbindung zwischen einer schnell produktionswirksamen und den langfristigen Interessen der Werktätigen entsprechenden Ausbildung zu achten sein; das geschieht durch die Zerlegung des Gesamtprogramms für die Ausbildung in einem Grundberuf in spezielle Programme: „Die speziellen Lehrprogramme werden für die aufgaben- und objektbezogene Ausbildung für den Arbeitsplatz oder Arbeitsbereich genutzt. Dadurch erreichen wir, daß der Werktätige schnell produktionswirksam arbeitet und daß er bei einer Qualifizierung zum Facharbeiter nur noch die ihm fehlenden Spezialprogramme absolvieren muß" (132). Auch dieses Programm der Aus- und Weiterbildung hat also wenig mit der kapitalistischen Stufenausbildung zu tun, in der „große Teile der Werktätigen bereits vor Erreichung der Facharbeiterqualifikation 'stufenweise' aus dem Ausbildungsprozeß ausgeschieden werden" (133): Diese Ergänzung zur Grundberufsausbildung baut entweder auf einer Facharbeiterausbildung auf oder dient gerade dazu sicherzustellen, daß bestimmte, bisher nicht genügend berücksichtigte Gruppen der Produktionsarbeiter den Anschluß an die allgemeine Höherqualifizierung finden (134).

In dieser Arbeit, die einige Tendenzen der Entwicklung der Struktur der Arbeiterklasse in der DDR in der gegenwärtigen Phase der technischen Entwicklung aufzeigen sollte, ist auf dem angedeuteten Hintergrund der Entwicklung in der BRD vielleicht deutlich geworden, daß die analysierten Prozesse nicht als Entwicklung autonomer technologischer und sozialer Strukturen, sondern nur als Erscheinungsformen durch die Eigentumsverhältnisse determinierter gesamtgesellschaftlicher Prozesse zu begreifen sind (135).

131 Diese Anforderungen stellen sich in modifizierter Form auch für die Grundberuf-Facharbeiter, nämlich als Erwerb weiterer Spezialisierungen, deren erste bereits in der Ausbildung im Grundberuf enthalten ist, und für die traditionell ausgebildeten Facharbeiter; BERUFSAUSBILDUNG HEUTE UND MORGEN, S. 97.

132 „Aufgaben- und objektbezogene Aus- und Weiterbildung zielstrebig entwickeln", in: Bb, 26. Jg., 1972, S. 221 ff; hier: S. 224.
Vgl. als weiteres Beispiel E. Illge: „Etappenweise Qualifizierung zu Facharbeitern", in: Bb, 26. Jg., 1972, S. 287 ff; hier: S. 228.

133 BERUFSAUSBILDUNG HEUTE UND MORGEN. S. 37.

134 Trotz seiner Einschätzung, daß die Konzeption der Grundberufe bzw. der Stufenausbildung „ihrer Einbettung in die jeweilige strukturelle Gesamtkonzeption nach ... unterschiedlich fungierende Glieder (sind)", kann der Versuch von H. Vogt, Konvergenz und Divergenz in den Konzeptionen zur Reform der Berufsausbildung in der BRD und der DDR zu analysieren, nicht überzeugen. Nach seiner Meinung divergieren die beiden Systeme vor allem hinsichtlich der Möglichkeiten der Höherqualifizierung; Vogt, in: DA, 1972, S. 1064. Sofern der DDR-Konzeption letztere Möglichkeit abgesprochen werden soll, geht Vogt über das im Grundberuf bereits erreichte Qualifikationsniveau, das damit verbundene System der Weiterbildung, insbesondere das Bemühen, mit Maßnahmen wie der ‚aufgaben- und objektbezogenen Aus- und Weiterbildung' die Kategorien der Un- und Angelernten drastisch zu reduzieren, einfach hinweg; vgl. Hegelheimer: a.a.O., S. 76 und S. 79. Ebenso problematisch ist seine Behauptung von Konvergenz hinsichtlich „Art und Umfang der entspezialisierten Inhalte" der Ausbildung angesichts des Verhältnisses von allgemeinbildendem und fachlichem bzw. berufstheoretischem und -praktischem Wissen in der gegenwärtigen und zukünftigen Praxis beider Systeme; vgl. a.a.O., S. 81 f. Damit bleibt Vogt noch hinter den Einsichten seines realistischer orientierten Kollegen Hegelheimer zurück.

135 Vgl. F. Deppe: DAS BEWUSSTSEIN DER ARBEITER, Studien zur politischen Soziologie des Arbeiterbewußtseins, Köln 1971, S. 96.

rororo aktuell

Herausgegeben von Freimut Duve

Europa

Mario Soares **Portugal – Rechtsdiktatur zwischen Europa und Kolonialismus** (1655/DM 4,80)

Carola Bielfeldt/Gert Krell/Stephan Tiedtke Dieter Senghaas/Volker Rittberger Burkhard Luber/Renée Arons/Egbert Jahn **Frieden in Europa?** Zur Koexistenz von Rüstung und Entspannung (1686/DM 3,80)

Johan Galtung **Kapitalistische Großmacht Europa oder Die Gemeinschaft der Konzerne?** (1651/DM 4,80)

Bildung

Reinhard Kühnl (Hg.) **Geschichte und Ideologie** Kritische Analyse bundesdeutscher Geschichtsbücher (1656/DM 5,80)

Holger H. Lührig (Hg.) **»Wirtschaftsriese – Bildungszwerg!«** Der Diskussionshintergrund zum Bildungsgesamtplan 1973: Analysen des OECD-Reports (1660/DM 3,80)

Ekkehard Nuissl/Rolf Rendtorf/Wolff-Dietrich Webler **Scheitert die Hochschulreform?** Heidelberg zum Exempel (1706/DM 5,80)

Reformen

Fritz Vilmar (Hg.) **Menschenwürde im Betrieb** (1604/DM 5,80)

Hans See **Die Gesellschaft und ihre Kranken oder Brauchen wir das klassenlose Krankenhaus?** Ein Beitrag zur politischen Soziologie der Medizin (1598/DM 4,80)

Wolfgang Zöllner **Obdachlos durch Wohnungsnot** (1663/DM 2,80)

Parteien

Der Thesenstreit um »Stamokap« Die Dokumente zur Grundsatzdiskussion der Jungsozialisten (1662/DM 3,80)

Norbert Blüm **Reaktion oder Reform** Wohin geht die CDU? (1503/DM 3,80)

Karl-Hermann Flach/Werner Maihofer/Walter Scheel **Die Freiburger Thesen der Liberalen** (1545/DM 2,80)

rororo aktuell

Herausgegeben von Freimut Duve

aktuell rororo

Kurzanalysen, Berichte

Internationale Friedenspolitik und Westberlin

Kriege, Aggressions- und Gewaltakte, Anschläge auf die Freiheit der Völker – all das hat seinen Ursprung in der Politik des Imperialismus.

In seiner Rede auf der internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien (1969) betonte Leonid Breshnew, der Leiter der Delegation der KPdSU: "Eine der schwersten Gefahren, die der Imperialismus den Völkern der ganzen Welt mit sich bringt, ist die Gefahr eines neuen Weltkrieges." "Allein in den 60er Jahren unternahmen die USA und andere imperialistische Staaten bewaffnete Überfälle auf Vietnam, Kuba, Panama, die Dominikanische Republik, arabische Länder – diese Aufzählung ließe sich fortsetzen." (1)

Die Teilnehmer dieser internationalen Beratung riefen zum offensiven Kampf gegen die Positionen des Imperialismus und der Reaktion auf. Sie appellierten: "Völker der sozialistischen Länder, Proletarier, demokratische Kräfte in den Ländern des Kapitals, befreite wie unterdrückte Völker – vereinigt Euch im Kampf gegen den Imperialismus, für Frieden, nationale Unabhängigkeit, sozialen Fortschritt, Demokratie und Sozialismus." (2)

Schon Lenin warnte 1921 vor der Gefahr neuer imperialistischer Kriege, die "vor unseren Augen aus dem Kapitalismus hervorgehen." "Die Frage der imperialistischen Kriege, jener heute ... vorherrschenden internationalen Politik des Finanzkapitals, die unvermeidlich neue imperialistische Kriege erzeugt, ... ist seit 1914 zum Eckstein der gesamten Politik aller Länder des Erdballs geworden. Es ist das für Millionen und Abermillionen Menschen eine Frage von Leben und Tod." Dieser Gefahr setzte Lenin den gemeinsamen antiimperialistischen Kampf von Millionen von Werktätigen in allen Ländern unter Führung der Arbeiterklasse entgegen für die Abschaffung imperialistischer Kriege, für den Sieg des Sozialismus. (3)

Nach dem Zweiten Weltkrieg begannen die imperialistischen Staaten aufs neue aufzurüsten. Westdeutschland wurde unter Nichtbeachtung der Bestimmungen des Potsdamer Abkommens remilitarisiert und in die NATO einbezogen. Mit der Verkündung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland besiegelten die Westmächte die staatliche Spaltung Deutschlands.

Auf der Grundlage der antikommunistischen Feindschaft gegen die inzwischen entstandene sozialistische Staatengemeinschaft wurde der kalte Krieg neu aufgelegt und Westdeutschland und Westberlin wurden Zentren des kalten Krieges. Durch die Politik der Stärke, durch militärischen und ökonomischen Druck, sollte die westdeutsche Politik der Hallstein-Doktrin, der Nichtanerkennung der DDR, der Annexion der DDR durchgesetzt werden.

---

1 INTERNATIONALE BERATUNG DER KOMMUNISTISCHEN UND ARBEITERPARTEIEN IN MOSKAU, 5.-17.6.1969, Westberlin 1969, S. 58 ff.
2 INTERNATIONALE BERATUNG ..., a.a.O., S. 176.
3 LENIN WERKE, Band 33, S. 35 ff.

In der Bundesrepublik wurde der kalte Krieg von denen geführt, die bereit waren, ihn auch in einen heißen Krieg umzuwandeln, um den verlorenen Aggressionskrieg Hitlers nachträglich zu gewinnen. Der damalige Bundeskanzler, Adenauer, forderte die atomare Aufrüstung der Bundeswehr (4) und die Grenzen von 1937 (5). Er proklamierte als Ziel seiner Politik eine "Neuordnung in Europa". (6) Und Hallstein forderte sogar auf einer Pressekonferenz am 13. März 1952 die "Integration Europas bis zum Ural".

Angesichts dieser Gefahr wuchs der Kampf der Völker für die Erhaltung des Friedens. Immer öfter und eindringlicher wurde die Frage nach den Ursachen des Krieges gestellt. Sind Kriege unvermeidbar? Ist ein dauerhafter Friede möglich?

Schon 1848 haben Karl Marx und Friedrich Engels, die Schöpfer des wissenschaftlichen Kommunismus, nachgewiesen, daß die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft die Geschichte von Klassenkämpfen ist. (7) Sie beantworteten die Frage nach den Ursachen der Kriege und dem Weg zur Erreichung eines dauerhaften Friedens im "Manifest der Kommunistischen Partei": "In dem Maße, wie die Exploitation des Individuums durch das andere aufgehoben wird, wird die Exploitation einer Nation durch die andere aufgehoben. Mit dem Gegensatz der Klassen im Innern der Nation fällt die feindliche Stellung der Nationen gegeneinander." (8)

Als 1870 der Deutsch-Französische Krieg ausgebrochen war, führte Marx diesen Gedanken weiter und verknüpfte den allgemeinen Kampf der Arbeiterklasse mit dem für Frieden und Freundschaft zwischen den Völkern. In der "Ersten Adresse des Generalrats über den Deutsch-Französischen Krieg" an die Mitglieder der Internationalen Arbeiterassoziation in Europa und den Vereinigten Staaten schreibt er: "Die englische Arbeiterklasse reicht den französischen wie den deutschen Arbeitern brüderlich die Hand. Sie ist fest überzeugt, daß, möge der bevorstehende scheußliche Krieg endigen, wie er will, die Allianz der Arbeiter aller Länder schließlich den Krieg ausrotten wird." (9) Und weiterhin machte Marx deutlich, daß der Kampf der internationalen Arbeiterklasse um den Sozialismus zugleich der Kampf um den Frieden ist: "Diese einzige große Tatsache, ohnegleichen in der Geschichte der Vergangenheit, eröffnet die Aussicht auf eine hellere Zukunft. Sie beweist, daß, im Gegensatz zur alten Gesellschaft mit ihrem ökonomischen Elend und ihrem politischen Wahnwitz, eine neue Gesellschaft entsteht, deren internationales Prinzip der Friede sein wird." (10)

In einer Resolution des Internationalen Sozialistenkongresses zu Stuttgart im Jahre 1907 wurde erklärt: "Kriege liegen also im Wesen des Kapitalismus; sie werden erst aufhören, wenn die kapitalistische Wirtschaftsordnung beseitigt ist ..." (11)

Die geschichtliche Erfahrung beweist, daß der von Karl Marx und Friedrich Engels dargestellte objektiv bestehende gesetzmäßige Zusammenhang zwischen dem Streben der Völker nach Frieden und dem Sieg des Sozialismus die einzige reale Basis für die Verwirklichung eines dauerhaften Friedens ist. Diese Erkenntnis ist die Grundlage für die traditionelle Friedenspolitik der Sowjetunion und der anderen Mitglieder der sozialistischen Staatengemeinschaft. Ihnen und der internationalen Arbeiterbewegung ist die entscheidende Verantwortung bewußt, die sie für die Erhaltung und Sicherung des Friedens tragen.

4 Pressekonferenz mit Adenauer am 4.4.1957.
5 Regierungserklärung der Bundesregierung vom 31.1.1957.
6 CDU-Tagung in Siegen am 17.3.1952.
7 MARX-ENGELS-WERKE, Band 4, S. 462.
8 Ebenda, Band 4, S. 479.
9 Ebenda. Band 17. S. 7.
10 Ebenda.
11 GESCHICHTE DER ARBEITERBEWEGUNG, Band 2, Berlin 1966, S. 28.

Heute sind mächtige gesellschaftliche und politische Kräfte entstanden, die überall in der Welt in gemeinsamen Aktionen gegen Imperialismus und Kriegsgefahr kämpfen. Ein dauerhafter Friede ist heute keine Utopie mehr, sondern ein durchaus erreichbares Ziel.

Mit der Entstehung des ersten sozialistischen Staates, der Sowjetunion, stellten sich erstmals die Fragen der Erhaltung des Friedens zwischen Staaten unterschiedlicher sozialer Ordnung. In der Rede über den Frieden auf dem Zweiten gesamtrussischen Sowjetkongreß am 8. November 1917 proklamierte Lenin die Außenpolitik des Sowjetstaates: "Wir lehnen alle Punkte über Raub und Vergewaltigung ab, aber alle Punkte, die gutnachbarliche Beziehungen und wirtschaftliche Abkommen festlegen, nehmen wir gern an." (12)

Die Forderung nach einem gerechten und demokratischen Frieden ohne Annexionen und ohne Kontributionen, die Möglichkeit und Notwendigkeit nachbarschaftlicher Beziehungen und wirtschaftlicher Zusammenarbeit zwischen dem sozialistischen Staat und den kapitalistischen Ländern ist bereits die Grundlage der Konzeption der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher sozialer Ordnungen, die Lenin später umfassend begründete.

Nach dem Zweiten Weltkrieg, mit dem Entstehen von Militärbündnissen von noch nie gesehenem Ausmaß, die das gesamte imperialistische Lager zusammenschließen, mit ihrer Integration in Westeuropa und in anderen Gebieten, wurde die Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten zugleich die Grenzlinie zwischen der NATO und den Warschauer Vertragsstaaten. Nirgendwo stehen sich die hochgerüsteten Atommächte so unmittelbar gegenüber als mitten in Europa.

Angesichts dieser Lage gewinnt die Politik der friedlichen Koexistenz zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten eine ausschlaggebende Bedeutung für die Erhaltung des Friedens. Die Prinzipien der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen wurde daher zum Inhalt und Programm der internationalen Friedensbewegung. Die Verteidigung des Friedens ist heute untrennbar mit dem Kampf verbunden, die Imperialisten zur friedlichen Koexistenz zu zwingen.

Die Prinzipien der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten gegensätzlicher Gesellschaftsordnung beinhalten den Verzicht auf Krieg zur Lösung internationaler Streitigkeiten und deren Regelung durch Verhandlungen, die umfassende Entwicklung ökonomischer, kultureller und wissenschaftlicher Beziehungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung, des gegenseitigen Vorteils und des Vertrauens zwischen den Staaten, die Achtung ihrer territorialen Integrität, die Anerkennung der Unabhängigkeit und Souveränität und die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten.

Die friedliche Koexistenz zwischen Staaten mit gegensätzlichen Gesellschaftsordnungen bedeutet jedoch nicht die pazifistische Verkündung des Friedens. Nur im Klassenkampf ist die friedliche Koexistenz zu erreichen. Sie fördert die Mobilisierung der Völker zum aktiven Kampf gegen Imperialismus und Kriegsgefahr. Friedliche Koexistenz beseitigt nicht die dem Kapitalismus innewohnenden Widersprüche und ist deshalb auch kein Mittel zur Befreiung der kapitalistischen Welt von Revolutionen und nationalen Befreiungsrevolutionen. Sie versperrt aber dem Monopolkapital den Ausweg, seine inneren Schwierigkeiten durch außenpolitische Gewaltakte zu überwinden. Die strikte Anwendung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz fördert daher die Erhaltung und Sicherung des Friedens.

Die Versuche mancher Politiker, die Prinzipien der friedlichen Koexistenz auch auf die ideologische Ebene auszudehnen und daraus die Anerkennung der Verewigung der sozialen Verhältnisse in der kapitalistischen Gesellschaft herzuleiten, sind völlig unrealistisch, denn sie widersprechen den objektiven Entwicklungsgesetzen der menschlichen Gesellschaft, die

12 LENIN WERKE, Band 26, S. 245.

unvermeidlich von niederen zu höheren sozialökonomischen Formationen führen. Solche Versuche dienen letztlich der Erhaltung der Macht des Monopolkapitals. Im ideologischen Kampf zwischen Sozialismus und Kapitalismus gibt es keine friedliche Koexistenz und kann es sie auch nicht geben.

Der aktive und erfolgreiche Friedenskampf, der immer mehr Menschen aus allen Schichten der Bevölkerung, ungeachtet ihrer unterschiedlichen politischen und religiösen Auffassungen, zusammenführt, die gegen die Feinde der Entspannung für mehr Demokratie und sozialen Fortschritt eintreten, hat auch einige andere auf den Plan gerufen.

Ende Oktober 1970 wurde in Bonn die "Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung e.V." gegründet. Dieser Verein, der auch im Otto-Suhr-Institut in Westberlin Mitglieder hat, wird von der Bundesregierung gefördert. (13) Der ehemalige Verteidigungsminister, Helmut Schmidt, beeilte sich, über die Förderung der Friedensforschung durch die Bundesregierung keine Unklarheiten aufkommen zu lassen. In seinem Buch "Strategie des Gleichgewichts" brachte er zum Ausdruck, daß die Förderung der Friedensforschung nicht mit einer Abkehr von der Politik des "Gleichgewichts des Schreckens" gleichgesetzt werden dürfe.

Selbst Pfarrer Heinrich Werner, internationaler Sekretär der Christlichen Friedenskonferenz, kommt in einem Artikel "Zur Funktion der Friedensforschung in imperialistischen Ländern" zu folgender Auffassung:

"Friedensforschung hat das Engagement für den Frieden zur Voraussetzung. Ihr Ziel ist, in der konkreten Situation wissenschaftlich erarbeitete Wege und Methoden für die Sicherung des Friedens anzubieten. Sie arbeitet in einer Gegenwart, die geprägt ist von dem antagonistischen Kampf zweier Gesellschaftsordnungen, des Kapitalismus und des Sozialismus, um die heutige Gestalt der Gesellschaft. Es geht, welthistorisch gesehen, um den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus. Objektiv muß es also die Aufgabe einer Friedensforschung in einer Welt, die so geprägt ist, sein, Wege zu eröffnen, die eine militärische Explosion in diesem Übergangsstadium verhindern." "Aber in der Tat", so stellt Pfarrer Werner fest,"verschleiert die Friedensforschung die wirkliche Auseinandersetzung um Krieg und Frieden, die heute die Welt bewegt. So gewinnt die Friedensforschung eine Schein-Neutralität, indem sie sich den strategischen Zielen des Imperialismus zur Verfügung stellt."

"In diese Strategie, die durch Verschleierung den Gegner wehrlos machen will, ist die Friedensforschung einbezogen. Durch ihre wissenschaftliche 'Neutralität' soll die Friedensforschung dazu beitragen, das steigende Unbehagen über den Unfrieden in der Welt vom Imperialismus abzulenken, indem sie die Schuld auf beide Seiten gleichmäßig verteilt. Dieser Rolle wird die Friedensforschung weithin gerecht, wie beispielsweise aus der Kopenhagener Erklärung zur Lage der Friedensforschung hervorgeht. Hier wird in der These von den 'Supermächten', die – unter der Losung der 'friedlichen Koexistenz' – die Welt in 'Einflußsphären' aufteilten, das Motiv der Diffamierung des Prinzips der friedlichen Koexistenz deutlich.

Dieses Motiv ist ein Grundzug der modernsten Formen imperialistischer Globalstrategie, weil es dazu dienen soll, den Abscheu gegen imperialistische Aggressionen, wie etwa gegen Indochina, in antikommunistische Tendenz umzufunktionieren, damit die Ideologie des 'Dritten Weges' zu unterstützen und so einen Keil in die notwendige Einheit der antiimperialistischen Kräfte zu treiben."

13 BULLETIN DES PRESSE- UND INFORMATIONSAMTES DER BUNDESREGIERUNG, Nr. 87 vom 2.7.1969, S. 749.

Entgegen der Politik der reaktionären Kräfte, die ihre revanchistischen Ziele durch Herbeiführung einer militärischen Konfrontation zwischen den Staaten der NATO und denen des Warschauer Vertrages zu erreichen hofften, haben sich heute die Prinzipien der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung im Kampf der Völker für Verständigung, Frieden und Sicherheit durchgesetzt. Sie sind zur Grundlage der Verträge von Moskau, Warschau, Berlin und Prag sowie der Verträge zwischen der Sowjetunion und Frankreich, Italien und anderen kapitalistischen Staaten geworden. Die sowjetische Außenpolitik, das auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU ausgearbeitete Friedensprogramm, hat auf diese positive internationale Entwicklung einen entscheidenden Einfluß. Das Friedensprogramm berücksichtigt die objektiven Erfordernisse der gesellschaftlichen Entwicklung und die grundlegenden Veränderungen im wirtschaftlichen und politischen Kräfteverhältnis in der Welt zugunsten des Sozialismus.

Der sich aus der Veränderung des Kräfteverhältnisses und dem Anwachsen der Friedenskräfte in aller Welt ergebenden internationalen politischen Entwicklung konnte sich die Regierung der Bundesrepublik nicht länger entziehen, wenn sie nicht – wie Bundeskanzler Brandt vielfach warnte – das Risiko auf sich nehmen wollte, daß diese Entwicklung über sie hinweggehen würde.

Die Bundesregierung hatte bereits vor 12 Jahren eine schwere Niederlage ihrer Politik der Stärke hinnehmen müssen. Der 13. August 1961 setzte ihrer Politik der Überrollung der DDR ein jähes Ende.

Prof. Erich Engel erklärte auf einer Beratung des Ständigen Arbeitsausschusses für Frieden und Verständigung, Westberlin, im Jahre 1962 den Teilnehmern aus allen Schichten der Bevölkerung und aus den verschiedensten Parteien und Organisationen dazu folgendes:

"Wir sprechen heute in einer veränderten Weltlage. Es gibt Gespräche zwischen den USA und der Sowjetunion. Wir konnten den vielbesprochenen Bonner Indiskretionen entnehmen, es gehe dabei unter anderem um eine friedliche Regelung des Westberlin-Problems. Käme es wirklich zu dem dort erwähnten Nichtangriffsversprechen zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt, der Weigerung, irgendeinen neuen Staat mit Atomwaffen auszurüsten sowie der Sicherung der bestehenden Souveränitäts- und Grenzverhältnisse in Deutschland und der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, so wäre ein großer Teil der tödlichen Weltproblematik von der Wurzel her ausgerottet ... Wenn uns nicht alles täuscht, so ist das Steuer herumgeworfen und der allgemeine Kurs zielt in jene Richtung, auf die unsere Programmsätze hinweisen. Und dieser neue Kurs bedeutet für Westberlin: Beseitigung aller Erscheinungsformen des kalten Krieges und Normalisierung der Beziehungen zu jenem Staat, von dessen Grenze Westberlin umgeben ist. Die Geschehnisse haben uns vor eine unabänderliche Tatsache gestellt: der Existenz zweier deutscher Staaten, und uns Westberliner vor die Aufgabe einer politischen Sonderregelung für unsere Stadt." (14)

Die demokratischen und friedliebenden Kräfte Westberlins haben einen langen erbitterten Kampf gegen die Politik der Rathausparteien, gegen die Politik der Illusionen und Konfrontationen, der "Frontstadt" und "Lanzenspitze" gegen die DDR und die anderen Länder der sozialistischen Staatengemeinschaft geführt und erfolgreich bestanden. Ihr Kampf ist ein nicht zu unterschätzender Beitrag zur europäischen Sicherheit.

Das Vierseitige Abkommen über Westberlin bestätigt, was die Friedenskräfte in unserer Stadt seit jeher festgestellt hatten: Westberlin ist kein Land der Bundesrepublik und darf folglich auch nicht von ihr regiert werden. (15) Die Zukunft Westberlins, seine weitere

14 INFORMATIONSDIENST DES STÄNDIGEN ARBEITSAUSSCHUSSES FÜR FRIEDEN UND VERSTÄNDIGUNG, Westberlin Mai 1962.
15 VIERSEITIGES ABKOMMEN ÜBER WESTBERLIN, Abschn. II, Abs. B.

ökonomische und politische Entwicklung, kann daher nicht in einseitigen Beziehungen zur Bundesrepublik liegen. Westberlin muß vielmehr allseitige Verbindungen nach West und Ost suchen, besonders aber unter voller Ausnutzung der durch das Vierseitige Abkommen gegebenen Möglichkeiten seine Beziehungen zur DDR und den anderen Staaten der sozialistischen Staatengemeinschaft normalisieren und ausbauen. Der Westberliner Senat, der noch immer nicht aus den Stiefeln des kalten Krieges heraus ist, tut sich hierbei sehr schwer.

Die Sozialistische Einheitspartei Westberlins wiederholte den Standpunkt, den sie bereits in einem Offenen Brief dargelegt hatte, auf ihrem I. Parteitag im Jahre 1966:

"Westberlin liegt mitten in der DDR. An dieser geographischen Lage ist nichts zu ändern. Zu ändern ist die Politik. Diese Änderung muß auf die Entspannung zwischen den beiden deutschen Staaten, auf die Herbeiführung normaler Verhältnisse in ihren Beziehungen und damit auch an den Grenzen zwischen der DDR und der Bundesrepublik bzw. Westberlin gerichtet sein. Gesicherte Verbindungs- und Zufahrtswege setzen die Abkehr von der Politik der Gewalt und der Provokationen voraus. Sie sind nur auf der Grundlage normaler Beziehungen zwischen der Bundesrepublik, Westberlin und der DDR zu erreichen." (16)

Für Westberlin ist aufgrund seiner Lage inmitten der sozialistischen DDR und seines besonderen politischen Status die strikte Einhaltung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz besonders wichtig. Oder will man etwa denen in die Hände arbeiten, die – wie die CDU/CSU – schon immer gegen jegliche Entspannungsbemühungen aufgetreten sind, oder – wie Strauß – auf eine veränderte "Weltkonstellation" spekulieren und alles daransetzen, die europäische Sicherheit und Zusammenarbeit zu verhindern. Sie wollen auch weiterhin Westberlin als Frontstadt und Provokationszentrum mißbrauchen. Strauß spricht es deutlich aus: Durch eine "Initiative" wollen er und andere Reaktionäre "uns aus den Fesseln des Status quo befreien". (17)

Aber auch der Westberliner Senat will offensichtlich den allgemeinen Trend zur Entspannung zum Schaden der Bevölkerung auch heute noch nicht erkennen. Weiterhin in seinem jahrzehntelangen Kaltenkriegsdenken verrannt, versucht er, aus dem Vierseitigen Abkommen, den Moskauer, Warschauer und Berliner Verträgen etwas herauszudeuten, was niemals sein wird. Westberlin war niemals und ist nach der endgültigen erneuten Bestätigung durch das Vierseitige Abkommen auch in Zukunft nicht ein Land der Bundesrepublik.

Die KPdSU und die SEW führten im Juni dieses Jahres eine Beratung durch. Im Abschlußkommunique dieser Beratung betonten die Delegationen der KPdSU und der SEW, "daß die beiden Parteien für die strikte Einhaltung und Anwendung des Vierseitigen Abkommens vom 3. September 1971 eintreten, was neben der konsequenten Erfüllung der Bestimmungen des Moskauer Vertrages von 1970 und der Vertragswerke, die in letzter Zeit in Europa abgeschlossen wurden, ein wichtiger Beitrag zur Sache des Weltfriedens ist." (18)

Gerhard Danelius, Vorsitzender der SEW, unterstreicht in einer Stellungnahme zu dieser Beratung ausdrücklich die Notwendigkeit der strikten Einhaltung der Bestimmungen der Verträge, "zumal der Regierende Bürgermeister Westberlins offenbar die Erkenntnis, daß unsere Stadt kein Bestandteil der Bundesregierung ist und nicht von ihr regiert werden darf, noch nicht nachvollzogen hat. Ja, er tut gerade so, als wäre das Vierseitige Abkommen über Westberlin eine Bestätigung einer zwanzigjährigen falschen Senatspolitik. Es ist doch wohl so, daß einige professionelle kalte Krieger und Antikommunisten glauben, mit

16 MATERIALIEN DES I. PARTEITAGES DER SEW, Westberlin 1966, S. 20.
17 Franz Josef Strauß: ENTWURF FÜR EUROPA, Stuttgart 1966, S. 7.
18 "Kommunique über das Treffen zwischen Delegationen der KPdSU und der SEW", in: DIE WAHRHEIT, 13.6.1973.

der sich vollziehenden Wende von der Politik des kalten Krieges hin zur Entspannung, europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit, könnte Westberlin angeblich keine Rolle mehr in der Weltpolitik spielen. In Wirklichkeit aber würde Westberlin als positives Beispiel nach Westdeutschland wirken, wenn das Vierseitige Abkommen strikt eingehalten und voll angewendet, wenn die Lage in unserer Stadt von Grund auf zugunsten der Arbeiterklasse und anderer werktätiger Schichten verändert wird." (19)

Zu ähnlichen Schlußfolgerungen kamen über 200 Persönlichkeiten Westberlins, die in einer Initiative für Frieden und Sicherheit im Dezember 1971 der Forderung Nachdruck gaben, Westberlin müsse seinen eigenen Beitrag für den Frieden und die Sicherheit in Europa leisten. "Die Bürger Westberlins und die von ihnen gewählten Organe brauchen Handlungsfreiheit für die Regelung ihrer politischen, wirtschaftlichen, kulturellen, sportlichen und menschlichen Beziehungen nach West und Ost auf der Grundlage der Gleichberechtigung, der Nichteinmischung und des gegenseitigen Vorteils." (20)

Und in einer späteren Initiative stellten sie fest: "Unsere Arbeit hat sich gelohnt. Immer mehr setzen sich die Prinzipien der friedlichen Koexistenz durch, Streitfragen friedlich zu regeln, die Souveränität und die Integrität der Staaten zu achten und die bestehenden Grenzen anzuerkennen. Wir treten ein für die Beendigung des Wettrüstens; für ein Verbot nuklearer, chemischer und biologischer Waffen, einschließlich der unterirdischen Atomversuche; für allgemeine kontrollierte Abrüstung; für Truppenverminderung und atomwaffenfreie Zonen in Europa als erste Schritte zum Abbau der Militärblöcke." (21)

Das Abkommen der Sowjetunion und den USA über die Verhütung von Nuklearkriegen ist von großer Bedeutung für die Erhaltung des Friedens in der Welt. Das Abkommen soll verhindern, daß eine Zuspitzung ihrer Beziehungen zu militärischen Konfrontationen führt. Es soll den Ausbruch eines Nuklearkrieges zwischen ihnen sowie zwischen jeder der Seiten und anderen Ländern ausschließen. Die Regierung der Bundesrepublik zeigte alsbald Besorgnis über die Besserung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den USA und intervenierte eiligst bei ihrem Hauptverbündeten in Washington. Der Sicherheit der Bundesregierung wäre besser gedient, wenn sie von der Politik der atomaren Drohung abgehen würde und die Prinzipien des Abkommens zur Verhindeurng eines Nuklearkrieges durch eigenen Verzicht auf die Androhung von Gewalt unterstützen würde. Dies wäre gleichzeitig ein wichtiger Beitrag zur politischen Entspannung in Europa. Stattdessen erhöhte die Bundesregierung ihren ohnehin schon außerordentlich hohen Rüstungsetat. Allen voran vertritt sie in der Nuklearen Planungsgruppe der NATO die "Vorwärtsstrategie" der "atomaren Abschreckung" mit dem Ziel, die eigene atomare Rüstung voranzutreiben. Lord Carrington, der englische Verteidigungsminister, wurde beauftragt, für fünf europäische NATO-Staaten in den USA die taktische Raketenkernwaffe "Lance" einzukaufen, um das Raketenwaffenpotential zu vermehren. (22)

Dieser "Politik der Stärke" zollt nicht nur die CDU/CSU lauten Beifall, sie findet auch die offene Zustimmung der chinesischen Führung. Reaktionärste revanchistische Kräfte der Bundesrepublik finden sich mit denen aus Peking auf einer gemeinsamen Linie zusammen. "Die Chinesen", so erklärt Strauß, "liefern uns Argumente gegen die Forderung nach einer Anerkennung des europäischen Status quo." (23) Und die Nachrichtenagenturen AP/dpa meldeten: "Die Volksrepublik China hat ... dem Nordatlantikpakt erneut indirekt

19 "Das Vierseitige Abkommen voll nutzen", in: DIE WAHRHEIT, 19.6.1973.
20 INFORMATIONSDIENST DES STÄNDIGEN ARBEITSAUSSCHUSSES FÜR FRIEDEN UND VERSTÄNDIGUNG, Westberlin Nr. 3/72.
21 Ebenda.
22 Tagung der Eurogroup in Brüssel am 5.12.1972.
23 Franz Josef Strauß: HERAUSFORDERUNG UND ANTWORT, S. 97.

Beifall gezollt." (24) Auf der Grundlage des Antisowjetismus treffen sich die westdeutschen Revanchisten und die chinesische Führung, die beide die Anerkennung der bestehenden Grenzen ablehnen und den Entspannungsbemühungen in der Welt feindlich gegenüberstehen.

Die kommunistischen und Arbeiterparteien der europäischen Länder haben in mehreren Tagungen in Bukarest (1966), in Karlovy Vary (1967) und in Prag (1972) ein konstruktives und realistisches Programm des Friedens, der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa erarbeitet. Dank dieser Initiative, dank der aktiven Unterstützung der Völker Europas für die Forderung nach Einberufung einer Staatenkonferenz für europäische Sicherheit und Zusammenarbeit konnte der Widerspruch der Kräfte des kalten Krieges überwunden werden, die immer wieder versuchten, dieser Konferenz Hindernisse in den Weg zu legen. Inzwischen ist die erste Phase der Konferenz in Helsinki erfolgreich beendet worden.

Der bisherige Verlauf der Konferenz, die am 18. September in Genf in erneute Beratungen eingetreten ist, läßt berechtigte Hoffnungen zu, daß auch diese zweite Phase der Konferenz erfolgreich verlaufen wird. Die beschlossene Tagesordnung, wie z.B. Gewährleistung von Sicherheit und Frieden in Europa, die Bildung eines Organs zu Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa sowie die Annahme eines Prinzipienkatalogs sind wichtige Schritte, die die Völker Europas einem dauerhaften Frieden näherbringen.

"Für Westberlin, im Herzen Europas, das so lange ein neuralgischer Punkt der Weltpolitik war und als Lanzenspitze imperialistischer Politik gegen die DDR und die anderen Länder der sozialistischen Staatengemeinschaft mißbraucht wurde, ist die Lösung der Probleme der europäischen Sicherheit von besonderer Bedeutung. Es kann selbst zu einem Faktor des Friedens und der europäischen Sicherheit werden und seine eigene Zukunft sicherer gestalten, indem es normale Beziehungen zu allen Staaten auf der Grundlage der Gleichberechtigung, der Nichteinmischung und des gegenseitigen Vorteils herstellt und insbesondere ein Verhältnis der guten Nachbarschaft mit der DDR entwickelt." (25) Das Vierseitige Abkommen gibt dem Westberliner Senat neue Möglichkeiten, endlich in diesem Sinne zu handeln. Dann wird Westberlin als ein wichtiger Faktor des Friedens in ein europäisches Sicherheitssystem eingebettet sein.

24 DER TAGESSPIEGEL, 19.6.1973.
25 INFORMATIONSDIENST ..., a.a.O., Westberlin Nr. 2/73, "Für kollektive Sicherheit".

Deutsche Volkszeitung

ein demokratisches Wochenblatt – unentbehrlich für den kritischen Zeitgenossen

Probeexemplare unverbindlich und kostenlos durch MONITOR-VERLAG GmbH, Düsseldorf, Oststr. 154, Postfach 5707 – Anforderungskarten liegen dieser Ausgabe bei –

Die reaktionären Kräfte verzichten aber auch in Westberlin nicht darauf, die sich abzeichnende Entspannung zu hintertreiben. Wie eh und je stützen sie sich auf die revanchistischen Kräfte in der Bundesrepublik und auf die NATO und versuchen, die Entwicklung des Systems der kollektiven Sicherheit zu hintertreiben. Daher bedarf es nach wie vor der Wachsamkeit und gemeinsamen Aktivität der breiten Bewegung der Völker im antiimperialistischen Kampf für ein Europa des Friedens und der Sicherheit. Die Entfaltung und Vertiefung des Friedenskampfes ist eine der wichtigsten politischen Aufgaben aller gesellschaftlichen Bewegungen, Parteien, Gewerkschafts-, Frauen- und Jugendorganisationen.

Die Sicherung des Friedens darf nicht den Diplomaten und Politikern allein überlassen bleiben. Darum bereiten unzählige internationale und nationale Organisationen in aller Welt den "Weltkongreß der Friedenskräfte" (26) vor, der im Oktober in Moskau stattfinden wird. Es ist zu begrüßen, daß dieser Kongreß in der Hauptstadt jenes Landes durchgeführt wird, das nach seiner Gründung als erstes Dekret "Friede den Völkern" verkündete. (27)

Die Beratungen dieses Kongresses werden für die Friedenskräfte in aller Welt richtunggebend sein für gemeinsame Aktionen gegen den Imperialismus zur Durchsetzung ihres gemeinsamen Zieles: der Erhaltung und Sicherung des Friedens.

Dr. Hans Sarkander*

26 Ebenda, Nr. 2/73: "Appell zur Einberufung eines Weltkongresses der Friedenskräfte".
27 LENIN WERKE, Band 26, S. 234.

* Dr. Hans Sarkander ist praktischer Arzt in Westberlin, Vorsitzender des Ständigen Arbeitsausschusses für Frieden und Verständigung, Westberlin, und Vorsitzender der Westberliner Initiativgruppe: Weltkongreß der Friedenskräfte Moskau '73.

UNRUHE

Zeitschrift für Theorie und Praxis der Sozialarbeit/Sozialpädagogik

Heft 2/73 (Sonderausgabe): Sogenanntes Berufspraktikum – eine Diskriminierung

- **Stellungnahme des SVS-Bundesvorstandes zum Berufspraktikum**
- **Dokumentation**
- **Einphasige Ausbildung – Chance für die sozialarbeiterische Berufspraxis**

UNRUHE ist die Informationsschrift der Studenten an Fachhochschulen für Sozialarbeit/Sozialpädagogik

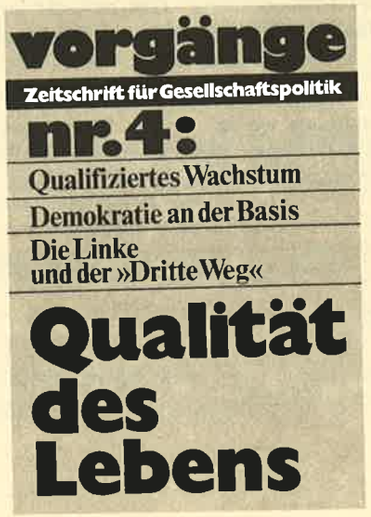
Probehefte bei:

SVS e.V., Redaktion UNRUHE, 28 Bremen 1, Am Dobben 69

vorgänge

Zeitschrift für Gesellschaftspolitik

Jedes **vorgänge**-Heft bringt ausführlich ein relevantes Thema der Gesellschaftspolitik und informiert und kommentiert, kritisiert und dokumentiert darüberhinaus aktuell. Bisher sind Hefte zu folgenden Schwerpunktthemen erschienen: **Heft 1/73 Klassenjustiz heute?, Heft 2/73 Innere Sicherheit minus innere Freiheit?, Heft 3/73 Erziehung zur Erziehung (1).**



Heft 4/73
Beiträge (u. a.): Interview mit Bundesminister Jochen Vogel · Carl Amery: Progressismus, Konservatismus/Positionen in der ökologischen Krise · Robert Jungk: Anfänge eines anderen Wachstums · Werner Meißner/Norbert Harting: Gesellschaftliche Qualität des ökonomischen Wachstums · Fritz Vilmar: Humanisierung und Demokratisierung der Arbeitswelt ·

Für die nächsten Hefte sind als Themen vorgesehen: **Erziehung zur Erziehung (2), Medien und Gesellschaft, Women's Lib in der BRD-Chancen der Frauenbewegung, Die Chancen unserer Kinder, Hochschulreform.**

vorgänge
erscheint zweimonatlich im Beltz Verlag Weinheim und Basel. Bezugspreis: DM 36,-/sfr. 45,70 jährlich incl. Versandkosten, Einzelheft DM 8,-/sfr. 10,50.

BELTZ

Wert-Coupon

Bitte ausschneiden und an Beltz Verlag, 694 Weinheim, Postfach 1120 senden.

☐ Ich bestelle hiermit die Zeitschrift **vorgänge** ab Ausgabe Nr.:_____ zum Abonnementpreis von DM 36,-/sfr. 45,70 jährlich incl. Versandkosten. Falls ich den Bezug von »vorgänge« nicht 8 Wochen vor dem Ende des nächsten Jahres kündige, verlängert sich das Abonnement jeweils für ein weiteres Jahr.

Bitte liefern Sie mir folgende Einzelhefte zum Preis von DM 8,-/sfr. 10,50:
☐ 1/73 ☐ 2/73 ☐ 3/73 ☐ 4/73

Name, Vorname

PLZ/Ort

Straße

Datum Unterschrift 420

Kurt Schumacher oder der Auftrag des sogenannten "demokratischen Sozialismus"

I

Dieser Diskussionsartikel wurde einmal dadurch veranlaßt, daß sich am 20. August 1972 der zwanzigste Todestag von Dr. Kurt Schumacher, dem Vorsitzenden der SPD in den Westzonen und der Bundesrepublik Deutschland bis zu seinem Tod, jährte. Zum anderen dadurch, daß sich in den letzten Jahren erste Anzeichen einer Wiederbelebung nicht nur der Konzeption des "demokratischen Sozialismus", sondern auch des Kernstücks dieser bürgerlichen Ideologie, der Staatslehre, andeuten, was sich praktisch-politisch auf die Bündnispolitik auswirkt.

So ist inzwischen die Dissertation von Schumacher als Taschenbuch, eingeleitet durch Herbert Wehner, angekündigt worden (1). Eine Sammlung der Reden Schumachers im Bonner Bundestag wurde kürzlich, besorgt von Schumachers ehemaliger Privatsekretärin, SPD-MdB und derzeitiger Bundestagspräsidentin, Annemarie Renger, herausgegeben. Sie wird zur Zeit von der Bundeszentrale für politische Bildung 'kostenlos' verschickt (2).

Die Flut der laudationes des letzten August ist nicht zu übersehen – wenn auch eine sozialgeschichtliche Analyse noch aussteht. Natürlich publizierte jede Tageszeitung entsprechende Artikel. Dabei wurde von christdemokratischer Seite eher der offene, haßgetränkte Antikommunismus und Antisowjetismus des Schumachers der Konstitutionsphase der BRD anempfohlen, während sich die rechtssozialdemokratische Seite eher auf die Würdigung Schumachers als 'Staatsmann' und rechtssozialdemokratischen Realpolitiker konzentrierte – eine Tendenz, die von Bundeskanzler Brandt in seiner bekannten Schumacher-Rede, die schon ganz auf den beginnenden vorgezogenen Bundestagswahlkampf einstimmen sollte, durchaus erkannt wurde, wenn Brandt sich von den Versuchen der äußersten Rechten abgrenzte, Schumacher "gelegentlich ... als Kronzeugen in Sachen Antikommunismus" in Anspruch zu nehmen (3).

---

1 K. Schumacher: DER KAMPF UM DEN STAATSGEDANKEN IN DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATIE. (1926). Vorwort: H. Wehner. Stuttgart (1973).

2 K. Schumacher: BUNDESTAGSREDEN. Hrgg. v. A. Renger. Bonn 1972.

3 W. Brandt: DER AUFTRAG DES DEMOKRATISCHEN SOZIALISMUS. Zum 20. Todestag von Kurt Schumacher. Bonn-Bad Godesberg 1972 (Sonderdruck), Zit. S. 7; zum Teil abgedruckt in: FRANKFURTER RUNDSCHAU Nr. 193 / 1972 vom 22. Aug. 1972, S. 14.
Zur rechtssozialdemokratischen Einschätzung siehe weiter: „Kurt Schumachers lebendiges Vermächtnis" (Gespräch mit Annemarie Renger, der engsten Mitarbeiterin des vor 20 Jahren verstorbenen SPD-Vorsitzenden). In: DARMSTÄDTER ECHO

Die Anzeichen der Wiederbelebung der besonderen rechtssozialdemokratischen Politik und Ideologie Schumachers, die nicht allein im Zusammenhang mit der Würdigung seines Wirkens anläßlich seines zwanzigsten Todestages stehen, sind jedenfalls nicht zu übersehen. Einmal erschien beispielsweise kürzlich eine "Einführung in den demokratischen Sozialismus", geschrieben vom 1971 verstorbenen SPD-Programmatiker Willi Eichler (4), zum anderen konzentrierte sich die Polemik rechtssozialdemokratischer Ideologen auf bestimmte typische Fragen der heutigen demokratischen und Arbeiterpolitik; beispielsweise auf die 'Bündnispolitik', in der – wie zu zeigen sein wird – in der Tat und möglicherweise ohne es zu wissen an der zumindest illusionistischen Politik Schumachers in der konkreten Situation nach der militärischen Niederlage des Hitler-Faschismus angeknüpft wird (5).

Dabei muß betont werden, daß natürlich in der Frage der *Aktionseinheit der Arbeiterklasse* – jener *Kernfrage* demokratischer und Arbeiterpolitik – die Sache des Antikommunismus (Brandt) von Seiten der offiziellen SPD heute keineswegs überwunden ist, sondern seit Jahren eher bewußt geschürt und als Mittel der Desorientierung und Spaltung der demokratischen und Arbeiterbewegung eingesetzt wird (6).

---

vom 19. August 1972, S. 3; zur links-sozialistischen Kritik siehe: A. Behrisch: "Warum Kurt Schumacher scheitern mußte." In: DEUTSCHE VOLKSZEITUNG, Düsseldorf. Nr. 35 / 1972 vom 24. Aug. 1972, S. 8. Schließlich ist noch die äußerst konservative Würdigung von Carlo Schmid im programmatischen Organ der westdeutschen Sozialdemokratie zu nennen: C. Schmid: „Kurt Schumacher – Sinnbild des Schicksals der deutschen Nation." In: DIE NEUE GESELLSCHAFT, Bonn-Bad Godesberg, 19. Jg., H. 8/1972, S. 563-571.

4 W. Eichler: ZUR EINFÜHRUNG IN DEN DEMOKRATISCHEN SOZIALISMUS. Bonn-Bad Godesberg 1972; nach einer Meldung der DEUTSCHEN VOLKSZEITUNG, Düsseldorf, Nr. 28 / 1973 vom 12. Juli 1973, S. 2, soll als Leiter eines jetzt einzurichtenden SPD-Instituts für demokratischen Sozialismus – Prof. Dr. Richard Löwenthal, Vorstandsmitglied des ultrarechten Stoßtruppunternehmens „Bund Freiheit der Wissenschaft" von Willy Brandt vorgeschlagen worden sein.

5 S. etwa: J. Strasser: „Zur Theorie und Praxis der „Stamokap"-Gruppe bei Jungsozialisten." In: JUNGSOZIALISTEN-INFORMATIONSDIENST. Hrgg. vom Bundesvorstand der Jungsozialisten. 1 / 1973, hier bes. S. 5 - 7 („Bündnispolitik").

6 S. den Parteiratsbeschluß der SPD vom 14. November 1970: „Zum Verhältnis von Sozialdemokratie und Kommunismus." Hrgg. vom Vorstand der SPD (Reihe Parteien, H. 1; p 1). Bonn o. J. (1971). Wieder abgedruckt in: W. Ridder/ J. Scholmer: DIE DKP. PROGRAMM UND POLITIK. Bonn-Bad Godesberg, zweite, veränderte Auflage 1970, S. 80-86; s. NORDSCHAU-MAGAZIN vom 27. Jan. 1971 (Interview mit Willy Brandt); Parteivorstand der SPD, Bundesgeschäftsführer, Rundbrief an die SPD-Betriebsgruppen (...) vom 6. März 1971; H. J. Wischnewski, Klar abgegrenzt. In: WELT DER ARBEIT vom 5. März 1971; Entschließung des Arbeitnehmerbeirats beim PV der SPD. Pressemitteilung der SPD vom 22. März 1971; K. Wienand: „Der Irrtum der Wahrheit. Die deutsche Sozialdemokratie und die Haltung zu den Kommunisten." SPD-PRESSEDIENST vom 19. Aug. 1971; „Aktionseinheit heißt Aktionstod". In: VORWÄRTS vom 26. Aug. 1971; J. Schulz: „Erklärung zum Düsseldorfer Parteitag der DKP vom 28. Nov. 1971"; "Entschließung des Beirats für Arbeitnehmerfragen beim PV der SPD." SPD-Pressemitteilung vom 9. Dez. 1971; "Aufruf der SPD zu den Betriebsrätewahlen 1972." Pressemitteilung der SPD vom 31. Jan. 1972; H. Schmidt-Vockenhausen: „Sozialdemokraten lassen sich nicht spalten." SPD-PRESSEDIENST vom 10. März 1972; U. Lohmar: „Sozialdemokratie

Fest steht schließlich, daß seit Schumacher Sprünge in der offiziellen sozialdemokratischen Ideologie und Programmatik – weniger freilich in der Politik selbst hinsichtlich des vorgegebenen Rahmens des staatsmonopolistischen Systems der BRD und in den Wahlprogrammen, Regierungserklärungen (7) etc. – aufgetreten sind und, da es sich um die Integration der gegensätzlichsten und widersprüchlichsten Interessen in diese "Volkspartei" handelt, mit Notwendigkeit auftreten mußten, müssen und werden.

Im Zusammenhang mit der geschichtlichen Kontinuität der Westzonen und der BRD betrachtet, bleibt jedoch anzumerken, daß gleich nach der militärischen Niederlage des Hitler-Faschismus der Sozialismus von Schumacher als *Tagesaufgabe* propagiert wurde. Nach Schumachers Tod, im Zuge der endgültigen Spaltung Deutschlands, der Westintegration des westdeutschen Separatstaates und der forciert von den herrschenden Kreisen betriebenen Re-Militarisierung und Wiederaufrüstung war dann hingegen, wenn überhaupt, allenfalls vom "demokratischen Sozialismus" die Rede – eher als ethisches Ideal denn als lang-, mittel-kurzfristiges oder aktuelles Kampfziel der demokratischen und Arbeiterbewegung behutsam erwähnt –. Diese Entwicklung widerspiegelte sich programmatisch im "Godesberger Programm" von 1959, das – heute noch als Grundsatzprogramm der SPD

---

und Kommunismus. Anmerkungen zur ideologischen Koexistenz." In: DIE ZEIT, Hamburg, Nr. 16 / 1972 vom 21. April 1972, S. 56; U. Lohmar: „Sozialdemokratie oder Kommunismus ?" In: AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE. Beilage zu: DAS PARLAMENT B 8/73 vom 24. Febr. 1973 usw. usf.

S. die Schriften der Friedrich-Ebert-Stiftung, beispielsweise: W. Ridder / J. Scholmer: DIE DKP..., a.a.O; W. Ridder / J. Scholmer, AKTIONSEINHEIT ? Bonn-Bad Godesberg 1971; C. Beckemühl / K.-H. Naßmacher / W. Plitt / G. Wehrmeyer; WIDER DIE THESEN DER DKP – Argumente für die Demokratie. Bonn-Bad Godesberg 1972; J. Scholmer: DIE DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI. Entwicklung, Ideologie, Politik, Ziele. Bonn-Bad Godesberg 1972.

7 S. beispielsweise: W. Brandt: „Deutschland heute: gesellschaftliche Interessen und politische Aufgaben." Rede, gehalten auf der Bundeskonferenz der SPD am 13. Nov. 1967. Hrgg. v. Vorstand der SPD. Bonn o. J. (1967); SOZIALDEMOKRATISCHE PERSPEKTIVEN IM ÜBERGANG ZU DEN SIEBZIGER JAHREN. Hrgg. v. Vorstand der SPD, SOPADE-Rednerdienst. Bonn o. J. (1968); WIR SCHAFFEN DAS MODERNE DEUTSCHLAND. Wahlbroschüre der SPD zur Bundestagswahl am 29. Sept. 1969. o. O. o. J.; REGIERUNGSPROGRAMM DER SPD 1969. Beschlossen auf dem Außerordentlichen Parteitag der SPD am 17. April 1969. Hrgg. v. Vorstand der SPD. Bonn o.J. (1969); "ENTWURF EINES ÖKONOMISCH-POLITISCHEN ORIENTIERUNGSRAHMEN FÜR DIE JAHRE 1973 - 1985." (sog. Langzeitprogramm). Hrgg. v. Parteivorstand der SPD. Bonn 1972; WAHLPROGRAMM DER SPD. Beschlossen vom Außerordentlichen Parteitag in Dortmund, 13. Okt. 1972. o.O. o.J.; DAS GRUNDGESETZ VERWIRKLICHEN. Deutsche Politik und sozialdemokratische Grundsätze." Reden von Willy Brandt. Hrgg. v. Vorstand der SPD, Abt. Öffentlichkeitsarbeit. Bonn o.J. (1973); BESCHLÜSSE. Außer Bodenreform, Vermögensbildung und Orientierungsrahmen 85. des SPD-Parteitages im April 1973 in Hannover. Hrgg. v. Vorstand der SPD, Abt. Öffentlichkeitsarbeit. Bonn o. J. (1973); „Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag am 28. Oktober 1969." Hrgg. v. Bundespresse- und Informationsamt der Bundesregierung. o.O. o.J. (Bonn 1969); „Regierungserklärung des zweiten Kabinetts Brandt/Scheel vom 18. Januar 1973". Hrgg. v. Bundespresse- und Informationsamt der Bundesregierung o.O. o.J. (Bonn 1973).

in Kraft – diese Entwicklung nicht ohne Widersprüche, Ausschlüsse und Austritte zunächst zum Abschluß zu bringen schien (8).

Seit Ende der 60er Jahre dagegen ist wieder öfter in der SPD vom "demokratischen Sozialismus" die Rede, zunächst hereingetragen von jenen Kräften, die in irgendeiner Weise nicht oder nicht mehr mit Politik und Ideologie der derzeitigen SPD-Führung einverstanden sind. Freilich entdeckte auch diese Führung seitdem wieder den "demokratischen Sozialismus" als Bindemittel von Teilen der eigenen Mitgliedschaft an das System des staatsmonopolistischen Kapitalismus der BRD gerade dann, als die SPD sich anschickte, diesem System aus seinen Widersprüchen herauszuhelfen. Das widerspiegelte allerdings gleichzeitig das veränderte Kräfteverhältnis zwischen realem Sozialismus und Imperialismus, zwischen der DDR und der BRD (9).

Gegenüber diesen Elementen in der Kontinuität von Politik, Programmatik und Ideologie rechtssozialdemokratischer Kreise und Institutionen ist die folgende Skizze bewußt beschränkt worden. Gleichwohl geht es auch um die sozialgeschichtliche Aneignung der historischen Notwendigkeit einer ganzen Generation heute, unter weltgeschichtlich veränderten Bedingungen zugunsten des sozialistischen Lagers, dem auch in der BRD durch die Vertragswerke mit den sozialistischen Staaten vermittelst der sozialliberalen Bundesregierung Rechnung getragen werden mußte.

Dieser Diskussionsartikel beansprucht, anhand der zugänglichen Quellen nicht Schumacher als "Prototyp des Antikommunisten" überhaupt (Behrisch) darzustellen, sondern seine Politik, Ideologie, Programmatik und Rhetorik eher als *besondere* Variante des Antikommunismus und Antisowjetismus rechtssozialdemokratischer Politik herauszuarbeiten. Dies, insofern diese in eine besondere bürgerliche Gesellschaftskonzeption, die des 'Dritten Weges' zwischen Imperialismus und Sozialismus in der konkreten Form des "demokratischen Sozialismus" eingebettet ist und dabei als archimedischen Punkt, ähnlich dem klassischen Revisionismus (10), den Klassencharakter des bürgerlichen Staates auf allen Entwicklungsstufen der kapitalistischen Warenwirtschaft negiert und über die konkrete Rolle

---

8 „Grundsatzprogramm der SPD". Hrgg. v. Vorstand der SPD. Bonn o. J. (1959); zum letzten Parteitag der SPD im April 1973 wieder herausgegeben vom Vorstand der SPD, Abt. Öffentlichkeitsarbeit. Bonn o. J. (1973); ferner abgedruckt in: O. Bezold: DIE DEUTSCHEN PARTEIPROGRAMME UND DAS BUNDESWAHLGESETZ. München 1965, S. 79-97; PROGRAMME DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATIE. Hrgg. v. Bundessekretariat der Jungsozialisten. Hannover 1963, S. 183-210.
Das „Godesberger Programm" wurde von den Delegierten mit 378 gegen 16 Stimmen angenommen. Es gab 188 Änderungsanträge zum vorgelegten Text der Kommission. – Zur offiziellen Interpretation des „Godesberger Programms" siehe W. Eichler: GRUNDWERTE UND GRUNDFORDERUNGEN IM GODESBERGER PROGRAMM DER SPD. Ein Beitrag zu einem Kommentar. Hrgg. v. Vorstand der SPD. Bonn o. J. (1962).

9 Vgl. K. Steinhaus: „Probleme der Systemauseinandersetzung im nachfaschistischen Deutschland." In: Autorenkollektiv; BRD – DDR. VERGLEICH DER GESELLSCHAFTSSYSTEME. Köln 1971, S. 402-440.

10 Vgl. beispielsweise: K. Kautsky: DIE DIKTATUR DES PROLETARIATS. Wien 1918; H. Kelsen; „Sozialismus und Staat. Eine Untersuchung der politischen Theorie des Marxismus." In: ARCHIV FÜR DIE GESCHICHTE DES SOZIALISMUS UND DER ARBEITERBEWEGUNG. Hrgg. v. K. Grünberg. Leipzig. 9. Jg. 1921, S. 1-129.

des Staates im staatsmonopolistischen System der BRD als Dienstleistungsbetrieb für die Monopole und Konzernunternehmen, hinwegtäuschen will.

Darin findet sich auch ein Moment der objektiven wie subjektiven Schwierigkeiten der wissenschaftlichen Aneignung des Charakters des gegenwärtigen Kapitalismus, was sich vor allem in der konkreten (strategischen) Anwendung der demokratischen Kräfte, die noch im und an das sozialliberale Lager gefesselt werden, niederschlägt; deshalb auch das Sträuben, den staatsmonopolistischen Kapitalismus der BRD als die zunehmende Vereinigung der Macht der Monopole mit der Staatsmacht, als notwendige Reaktion auf die mit der wissenschaftlich-technischen Revolutionierung einsetzenden gesellschaftlichen Probleme und Widersprüche zu erfassen und das System des staatsmonopolistischen Kapitalismus als scheinbare Lösung bei gleichbleibenden Aneignungs-, Eigentums- und Klassenverhältnissen zu begreifen.

Schließlich wurde auf Aktualisierungen bewußt verzichtet; ebensowenig war eine Ideologiekritik des 'Sozialdemokratismus' beabsichtigt (11). Untersucht wird mithin allein die *besondere* Form rechtssozialdemokratischer Politik, die Schumacher verkörpert hat und verkörpert. Sie und ihre *Wirkungen* für die deutsche und westdeutsche Arbeiterbewegung gilt es, zu vergegenwärtigen, um zu zeigen, was sich in je konkreter Situation hinter dem Firmenschild des "demokratischen Sozialismus" verbergen kann.

Einziger Gesichtspunkt zur Beurteilung dieser Politik kann dabei nur die Frage sein, inwieweit die Politik Schumachers dem Kampf der deutschen Arbeiterbewegung, aller Werktätigen und des deutschen Volkes gegen die gesellschaftlichen Ursachen und Voraussetzungen von Krieg, Militarismus und Faschismus nützen konnte. Ferner, inwieweit sie den Kampf für Frieden, Demokratie und Sozialismus unterstützen konnte. Als besondere Form rechtssozialdemokratischer Politik im Interesse der Werktätigen muß sie sich insbesondere daran messen lassen, ob sie die unmittelbaren Tagesinteressen der Arbeiter und aller anderen Werktätigen wahrnehmen konnte.

II

Es scheint, als wären allerdings diese Fragen überflüssig: zeigt doch Kurt Schumachers persönliches Lebensschicksal, daß er als sozialdemokratischer Parteifunktionär nahezu alle Stufen bürgerlicher Unterdrückung einschließlich ihrer terroristischen faschistischen Form gegenüber der Arbeiterbewegung am eigenen Leib erfuhr.

Diese Erfahrungen Schumachers werden auch aus den oberflächlichen Bemerkungen, die eine Schulungsbroschüre der SPD enthält, ersichtlich:

---

11 Vgl. Autorenkollektiv: IDEOLOGIE DES SOZIALDEMOKRATISMUS IN DER GEGENWART. Frankfurt/M. 1972; DIE WESTDEUTSCHE SOZIALDEMOKRATIE IN DER GEGENWÄRTIGEN ETAPPE DER AUSEINANDERSETZUNG ZWISCHEN SOZIALISMUS UND IMPERIALISMUS. (Berlin /DDR 1971), und natürlich die Polemiken der Kritisierten: H. Wehner: „Leitplanke für SED-Kader (...)." In: DIE NEUE GESELLSCHAFT, Bonn-Bad Godesberg, 18. Jg. 1971, H. 7, S. 453-462; P. C. Ludz: „Die Ideologie des „Sozialdemokratismus" aus der Sicht der Kommunisten." In: DIE NEUE GESELLSCHAFT, Bonn-Bad Godesberg, 19. Jg. 1972, H. 5, S. 358-362.

"Überraschend starb am 20. August 1952 der Vorsitzende der SPD, Dr. Kurt Schumacher, geb. am 13. Oktober 1895 in Kulm, Promotion zum Dr.rer.pol. mit einer Arbeit "Der Kampf um den Staatsgedanken der deutschen Sozialdemokratie"; 1924 Mitglied des Württembergischen Landtages, 1930 Mitglied des Reichstages, 1933 verhaftet, elf Jahre Konzentrationslager, seit 1946 Vorsitzender der SPD." (12)

Zu diesen Lebensdaten ist einiges nachzutragen. Kurt Schumacher war – ebenso wie die große Mehrheit der bürgerlichen Jugend – im deutschen Kaiserreich Kriegsfreiwilliger im Ersten Weltkrieg. In diesem ersten imperialistischen, vom Deutschen Reich angezettelten Weltkrieg verlor er einen Arm. Gleichviel betrachtete er dieses ihm vom aggressiven deutschen Imperialismus und Militarismus zugefügte Leid als patriotisches Opfer.

Konnte Schumacher trotz seines eigenen persönlichen Schicksals weder den Klassencharakter des Kaiserreichs, den des ersten imperialistischen Krieges noch den der Weimarer Republik erkennen, so konnte er auch sein Leben lang Ausbeutung, Unterdrückung und Entmündigung der arbeitenden Klassen als bloßes Unrecht begreifen. Diesem wollte er moralisch und ethisch begründet kraft Überzeugung begegnen.

In diesem Sinne ging es ihm auch auf dem Felde der politischen Theorie darum, den Makel, mit dem die deutsche Sozialdemokratie im Kaiserreich behaftet war, auszutilgen und die Herabsetzung der sozialdemokratischen Genossen als "vaterlandslose Gesellen" zurückzuweisen. Ihm ging es jedoch nicht darum, dieses Problem in der einzig möglichen Form zu lösen: durch die Bildung der deutschen Nation als Ergebnis des Kampfes der Arbeiterklasse und des gesamten Volkes gegen die Klasse der Monopolisten und Großgrundbesitzer und ihres militarisierten Staatsapparats. Kurt Schumacher ging es vielmehr darum, eine Versöhnung der Arbeiterklasse mit dem bürgerlichen Staat zu erreichen und herbeizuführen und die formalen Mitbestimmungsrechte für die Arbeiterklasse und die unterprivilegierten Volksschichten zu erkämpfen. Auf diesen einfachen Nenner ist sein ethisch-moralischer Sozialismus zu bringen, dessen Grundzüge er schon in seiner Doktorarbeit 1926 herausarbeitete (13).

Die Hilflosigkeit des ethischen Sozialismus zeigte sich bei Schumacher selbst in seiner *politischen Praxis.* Auf einen demagogischen Angriff des nationalsozialistischen Propagandachefs Dr. Joseph Goebbels, der die SPD als "Partei der Deserteure" bezeichnete, versuchte Schumacher dieser faschistischen Variante der Dolchstoßlegende wie folgt zu begegnen:

"Wir wenden uns dagegen, auf diesem Niveau moralischer und intellektueller Verlumpung und Verlausung zu kämpfen (...) Das deutsche Volk wird Jahrzehnte brauchen, um wieder moralisch und intellektuell von den Wunden zu gesunden, die ihm diese Art Agitation geschlagen hat (...) Als Vertreter der marxistischen Arbeiterbewegung betone ich mit Stolz, daß System und Politik des Marxismus derartige Schmutzigkeiten immer ausgeschlossen haben. (...) Eine Auseinandersetzung ist schon darum nicht möglich, weil wir in dem Nationalsozialismus nicht das gleiche Niveau achten können. Wir sehen keinen Gegner, mit dem wir die Klingen kreuzen könnten. Außerdem lehnen wir es gerade bei dieser Frage grundsätzlich ab, die durch Opfer an Gut und Boden erhärtete Politik in nationalen Fragen vor solcher Art Kritikern zu rechtfertigen (...) Die ganze nationalsozialistische Agitation ist ein dauernder Appell an den inneren Schweinehund im Menschen (...) Wenn wir irgendetwas beim Nationalsozialismus anerkennen, dann ist es die Tatsache, daß ihm zum ersten Mal in der deutschen Politik die restlose Mobilisierung der menschlichen Dummheit gelungen ist. (...) Wir wollen mit dem Herrn Dr. Goebbels über Fragen des Krieges nicht streiten (...) Diese Partei dort drüben (die NSDAP – d.V.) steht ja überhaupt zum größten Teil unter der Führung von Leuten, die sich im Kriege um ihre Militärpflicht gedrückt haben. (...) Ich stelle hiermit fest: von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion haben im Kriege 73 Prozent gedient. Von den Herren Nationalsozialisten haben 77 den Krieg mitgemacht;" – das sind – wenn man so will – auch 72 v.H. – "davon aber beinahe die Hälfte als Offiziere, ein anderer Teil wurde erst 1918 eingezogen und ist nicht mehr ins Feld gekommen. (...) Abschließend sage ich den Herren Nationalsozialisten: Sie können tun und lassen, was Sie wollen; an den Grad unserer Verachtung werden Sie niemals heranreichen." (Lebhafter und anhaltender Beifall bei den Sozialdemokraten; Lärm bei den Nationalsozialisten) (14)

Man muß heute wie damals zweifellos den Kampfeswillen Kurt Schumachers anerkennen. Dies um so mehr, wenn man weiß, daß er wiederholt von den deutschen Faschisten mittels der demagogischen Lüge, er habe seinen Arm nicht "im Felde", sondern durch "Selbstverstümmelung" verloren, persönlich angegriffen wurde. Gleichzeitig jedoch muß seine Rede – gehalten zu Beginn des Jahres 1932 und auf dem Höhepunkt der Wirtschaftskrise, als die NSDAP noch weitere Schichten des deutschen Volkes mithilfe massiver finanzieller Unterstützung durch Kreise des Finanz- und Konzernkapitals, mithilfe des vom bürgerlichen Staat geduldeten offenen Terrors auf der Straße und schließlich ihrer faschistischen Demagogie hinter sich bringen konnte – am Anspruch, die marxistische Arbeiterbewegung zu vertreten, gemessen werden. Zunächst ist festzuhalten, daß Schumacher auf die Darstellung der Rolle des faschistischen Nationalsozialismus sowie auf den sozialen und Klassencharakter der faschistischen Massenbewegung ganz verzichtet. Er steht dem Phänomen der faschistischen Massenbewegung hilflos gegenüber. Somit kann er nur dem Verhalten der faschistischen Führer eine moralisierende Kritik entgegensetzen. Diese kommt einem Zurückweichen vor der faschistischen Demagogie der Hitler, Goebbels und Strasser gleich.

Darüber hinaus sind die praktischen Auswirkungen solchen Zurückweichens für den antifaschistischen Kampf der Arbeiterbewegung offensichtlich: wer die mit sozialer Demagogie und unhaltbaren Versprechungen von der NSDAP mobilisierten Massen als "Mobilisierung der menschlichen Dummheit" bezeichnet, muß sich sagen lassen, daß er das Gegenteil des Beabsichtigten erreicht und die Bindung dieser Menschen an die NSDAP nur noch weiter verstärkt. In diesem Zurückweichen Schumachers, der zu jener Zeit auch die Bildung einer eigenen sozialdemokratischen, antifaschistischen Schutzorganisation – der "Eisernen Front" – unterstützte, widerspiegelt sich die Schwäche reformistischer Politik in der Abwehr des Faschismus. So schwächte die besondere Form des Reformismus, die Schumacher verkörperte und welche die Gemeinsamkeiten mit den bürgerlichen Kräften in Praxis und Theorie gegenüber den von der K.P.D. – trotz der zeitweiligen Schwäche der Faschismuskonzeption – vertretenen revolutionären Teilen der Arbeiterbewegung als Wesensmerkmal in den Vordergrund stellte, die Kampfkraft des anti-faschistischen Lagers.

Die Auswirkungen des Faschismus als offene und am meisten terroristische Form der Unterdrückung der gesamten Arbeiterbewegung und ihrer politischen und gewerkschaftli-

12 DER DEMOKRATISCHE SOZIALISMUS ZWISCHEN TRADITION UND FORTSCHRITT. Hrgg. v. Georg-von-Vollmar-Schule, Kochel am See. (München 1967).

13 Kurt Schumacher: „Der Weg der Arbeiterschaft zum Staat." (Teilabdruck der Dissertation von 1926). In: ders.; REDEN UND SCHRIFTEN. Berlin/West 1962; Neuauflage der Dissertation ist angekündigt (Anm. 1).

14 Quelle: VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGES. Stenographische Berichte. Bd. 446 (Sitzung des V. Reichtages vom 23. Februar 1932); hier zit. nach: DEUTSCHE PARLAMENTSDEBATTEN. Bd. 2. Hrgg. v. D. Junker. Frankfurt/M. 1971, S. 210-212.

chen Organisationen erfuhren Sozialdemokraten und Kommunisten gemeinsam: Kurt Schumacher wurde mit der Machtübernahme des deutschen Faschismus eingekerkert und verblieb über zehn Jahre in verschiedenen Konzentrationslagern. Obwohl Schumacher selbst während seiner Einkerkerung die Solidarität der Kommunisten erfuhr (15) und die Herausbildung dieser elementaren Seite der Aktionseinheit gegen den faschistischen Terror erlebte, führte das bei ihm nicht zum Überdenken seines antikommunistischen Grunddogmas. Im Gegensatz dazu wurde die in den Konzentrationslagern geborene Aktionseinheit und das solidarische Handeln – wie beispielsweise im KZ Buchenwald (16) – für Schumachers eigenes Handeln und Denken nicht entscheidend. Dieses gemeinsame solidarische Handeln wurde schließlich von den Überlebenden des KZ Buchenwald in dem Schwur, für die restlose Beseitigung von Nazismus und Militarismus auf deutschem Boden zu kämpfen, ausgedrückt. Nach der militärischen Niederlage und Zerschlagung des Hitlerfaschismus kam es nun darauf an, die praktischen Konsequenzen für den Aufbau eines friedlichen demokratischen Deutschland zu ziehen.

Der Aufbau eines solchen neuen Deutschlands konnte nur durch die Einheit der deutschen Arbeiterklasse sowie durch die Heranziehung aller konsequenter Antifaschisten sowie all derer, die bereit waren, aus den Erfahrungen des Faschismus die Lehren zu ziehen, in Angriff genommen werden. Der militärischen Niederlage des Hitlerfaschismus mußte die Zerschlagung der Ursachen und Überreste des deutschen Faschismus folgen.

Dieser wirklichen praktischen Hauptaufgabe konnte Kurt Schumacher selbst in Person und Programm in keiner Weise gerecht werden. Dennoch heißt es – trotz besseren Wissens – in der offiziellen SPD-Geschichtsschreibung:

> "Kurt Schumacher war die Verkörperung des von Hitler unbesiegten Deutschlands, das den Aufbau eines neuen Deutschlands als seine moralische und politische Verpflichtung ansah. Seine zehnjährigen Leiden in einer Reihe von Konzentrationslagern, die man ihm trotz einer schweren Kriegsverletzung nicht erspart hatte, und seine bitteren Erfahrungen aus dem Kaiserreich und der Republik hatten aus ihm eine politische und moralische Persönlichkeit werden lassen, der die Führung der Sozialdemokratie wie selbstverständlich zufiel." (17)

Dieser politische Platonismus, der sowohl diese Propagandaschrift Willi Eichlers wie zuvor die Rede Schumachers selbst kennzeichnete, prägt sowohl rechtssozialdemokratische Politik als auch deren Selbstrechtfertigung in der Publizistik; es soll dabei darüberhinweggetäuscht werden, daß diese Politik – gemessen an ihren eigenen Zielen – jeweils praktisch gescheitert ist und auch zum Scheitern verurteilt ist. Hervorragendes Kennzeichen dieser Politik wie ihrer Rechtfertigung ist – neben ihrem offenen Antikommunismus – die *äußerste Massenfeindlichkeit.*

Diese Wesensmerkmale durchziehen freilich nicht nur die offiziellen Propagandaschriften, sondern auch die Arbeiten, die Anspruch auf Wissenschaftlichkeit und Erklärung geschichtlicher Ereignisse beanspruchen. So soll beispielsweise, will man Arthur Rosenberg glauben, die Unreife der deutschen Arbeiter an der schließlichen Niederlage der Novemberrevolution ursächlich mitentscheidend gewesen sein (18). Für die nächst entscheidende Phase sagt z.B. Friedrich Stampfer: das Obsiegen der faschistischen Konterrevolution im Deutschen Reich – dabei handelt es sich für ihn wie für die reaktionärste Richtung der deutschen Geschichtsschreibung um das "Hineinschlittern in die Hitlerdiktatur", ähnlich wie nach Stampfers Lesart das Deutsche Reich in den Ersten Weltkrieg "hineingeschlittert" sein soll – erklärt er aus der Existenz einer profaschistischen " 'Hurrakanaille' " "notleidender Kleinbürger und Bauern und politisch zurückgebliebener Arbeiter, Angestellten und Beamten." (19)

Während der Terrorherrschaft des Hitlerfaschismus sollen – folgt man der offiziellen rechtssozialdemokratischen Propaganda der SPD – "(die Sozialdemokraten) die einzige große und geschlossene politische Gruppe" gewesen sein, "die in ihrer Haltung gegenüber den Nazis weder als Partei noch in den Taten ihrer Führung jemals geschwankt (hatten)." (20)

Es ist wohl zutreffend, daß ein Großteil der sozialdemokratischen Mitglieder und Funktionäre sich nicht durch die faschistische Terrorherrschaft wie den materiellen Wiederaufschwung korrumpieren ließ, sondern ihre Aufgabe darin sahen, "die Idee der sozialen Demokratie über die Zeit zu retten." (21)

Andererseits ist es ebensosehr zutreffend und von entscheidender Bedeutung, daß die sozialdemokratischen Genossen, die auch *aktiv* Widerstand leisteten, nachhaltig von diesen praktischen Erfahrungen geprägt wurden: sie erfuhren und erkannten immer mehr die Bedeutung des solidarischen Handelns aller Gruppierungen der Arbeiterbewegung und konnten auf diesem Wege das antikommunistische Grunddogma überwinden.

III

Als Kurt Schumacher sich nach der militärischen Niederlage des deutschen Faschismus im daniederliegenden und besetzten Deutschland wieder politisch betätigen durfte, hatten sich die Unmenschlichkeiten des imperialistischen Raubkrieges des faschistischen Deutschen Reiches gezeigt:

27 Millionen Menschen starben in diesem zweiten Weltkrieg. Am schwersten betroffen war die sozialistische Sowjetunion mit 7 Millionen Toten sowie Polen mit 6 Millionen Toten. Es schien, als lastete nicht wiedergutzumachende moralische und materielle Schuld auf dem gesamten deutschen Volk, das schließlich selbst 5 1/2 Millionen Tote, 3 1/3 Millionen gefallene Soldaten, 200.000 von den Nazi-Faschisten ermordete deutsche Juden und 1 1/2 Millionen während des Krieges vermißte Personen tragen mußte. Darüberhinaus

---

15 F. Krause: „Kurt Schumacher in Selbstzeugnissen." In: MARXISTISCHE BLÄTTER. 10. Jg. 1972, H. 2, S. 85-87.

16 Vgl. R. Griepenburg: VOLKSFRONT UND DEUTSCHE SOZIALDEMOKRATIE (Phil. Diss.). Marburg 1969 (vervielf. Man.).

17 W. Eichler: 100 JAHRE SOZIALDEMOKRATIE. Bonn o.J. (1962). S. 71.

18 A. Rosenberg: ENTSTEHUNG DER WEIMARER REPUBLIK. Hrgg. v. K. Kersten. Frankfurt/M. 1961; ders.: GESCHICHTE DER WEIMARER REPUBLIK. Hrgg. v. K. Kersten. Frankfurt/M. 1961.

19 F. Stampfer: DIE ERSTEN 14 JAHRE DER DEUTSCHEN REPUBLIK. Offenbach 1947[2], zit. S. 670.

20 W. Eichler: a.a.O. (Anm. 17), S. 71.

21 K. Klotzbach: GEGEN DEN NATIONALSOZIALISMUS. Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933-1945. Eine historisch-politische Studie. Hannover 1969, zit. S. 234.

hatten 500.000 – davon ab Mitte 1943 oft sinnlose Einsätze gegen die Zivilbevölkerung in Städten und ihren Arbeitervierteln (Dresden; Hamburg) – Bombenangriffe aus Deutschlands Städten Trümmerhaufen aus Schutt und Asche gemacht. (22)

Die Frage nach der Schuld und der Verantwortung wurde unumgänglich. Der Aufruf von Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 11. Juni 1945 betonte zu Recht:

> "Die Schuld und Verantwortung tragen die gewissenlosen Abenteurer und Verbrecher, die die Schuld am Kriege tragen. Es sind die Hitler und Göring, Himmler und Goebbels, die aktiven Anhänger und Helfer der Nazipartei. Es sind die Träger des reaktionären Militarismus, die Keitel, Jodl und Konsorten. Es sind die imperialistischen Krupp und Röchlin, Poensgen und Siemens (...)
> Das Hitlerregime hat sich als Verderben für Deutschland erwiesen; denn durch seine Politik der Aggression und Gewalt, des Raubes und des Krieges, der Völkervernichtung hat Hitler unser eigenes Volk ins Unglück gestürzt und es vor der gesamten gesitteten Menschheit mit schwerer Schuld und Verantwortung beladen (...)
> Nicht nur Hitler ist Schuld an den Verbrechen, die an der Menschheit begangen wurden! Ihr Teil Schuld tragen auch die zehn Millionen Deutsche, die 1932 bei freien Wahlen für Hitler stimmten, obwohl wir Kommunisten warnten: "Wer Hitler wählt, der wählt den Krieg!"
> Ihr Teil Schuld tragen alle jene deutschen Männer und Frauen, die willenlos und widerstandslos zusahen, wie Hitler die Macht an sich riß, wie er alle demokratischen Organisationen, vor allem die Arbeiterorganisationen, zerschlug und die besten Deutschen einsperren, martern und köpfen ließ.
> Schuld tragen alle jene Deutschen, die in der Aufrüstung die "Größe Deutschlands" sahen und im wilden Militarismus, im Marschieren und Exerzieren das alleinseligmachende Heil der Nation erblickten. Unser Unglück war, daß Millionen und aber Millionen Deutsche der Nazidemagogie verfielen, daß das Gift der tierischen Rassenlehre, des "Kampfes um Lebensraum", den Organismus des Volkes verseuchen konnte."

Aus der Analyse des Hitlerfaschismus und seiner Aufstiegsbedingungen konnte die KPD die Lehren verallgemeinern:

> "Gegen den Willen eines vereinigten und kampfbereiten Volkes hätte Hitler niemals die Macht ergreifen, sie festigen und seinen verbrecherischen Krieg führen können. Wir deutschen Kommunisten erklären, daß auch wir uns schuldig fühlen, indem wir es trotz der Blutopfer unserer besten Kämpfer infolge einer Reihe unserer Fehler nicht vermocht haben, die antifaschistische Einheit der Arbeiter, Bauern und Intelligenz entgegen allen Widersachern zu schmieden, im werktätigen Volk die Kräfte für den Sturz Hitlers zu sammeln, in den erfolgreichen Kampf zu führen und jene Lage zu vermeiden, in der das deutsche Volk geschichtlich versagte. (...)
> Daher fordern wir: keine Wiederholung der Fehler von 1918! Schluß mit der Spaltung des deutschen Volkes! Keinerlei Nachsicht gegenüber dem Nazismus und der Reaktion! Nie wieder Hetze und Feindschaft gegenüber der Sowjetunion; denn wo diese Hetze auftaucht, da erhebt die imperialistische Reaktion ihr Haupt!" (23)

---

22 Vgl.: WEISSBUCH ÜBER DIE AMERIKANISCH-ENGLISCHE INTERVENTIONSPOLITIK IN WESTDEUTSCHLAND UND DAS WIEDERENTSTEHEN DES DEUTSCHEN IMPERIALISMUS. Überreicht vom Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland (Abgeschlossen am 4. August 1951). Leipzig 1951, S. 15.

23 „Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945." Zit. nach: REVOLUTIONÄRE DEUTSCHE PARTEIPROGRAMME. Hrgg. u. eingeleitet v. L. Berthold und U. E. Diehl. Berlin / DDR 1967[3], S. 191-200, hier zit. S. 191-194.

Zu ähnlichen Ergebnissen für den praktischen Kampf der Arbeiter, Werktätigen und des Volkes kamen im Deutschland des Jahres 1945 angesichts der militärischen Niederlage des Faschismus und Militarismus alle konsequenten Antifaschisten. Insbesondere die Aufhebung der Spaltung der Arbeiterbewegung war dringlichste Tagesaufgabe. So heißt es im Aufruf des Zentralausschusses der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der sich aus aktiven sozialdemokratischen Widerstandskämpfern und Gewerkschaftsfunktionären zusammensetzte:

> "Die Geschichte erteilt dem deutschen Volk die eherne Lehre, sich auf seinem dornenvollen Opfergang, trotz Hunger und Elend, durch unermüdliche Arbeit und eisernen Willen die Achtung aller friedlichen, freiheitliebenden Völker zu erwerben.
> Niemals und von niemandem soll das deutsche Volk je wieder als vertrauensselige Opfer gewissenloser politischer Abenteurer mißbraucht werden. Der politische Weg des deutschen Volkes in eine bessere Zukunft ist damit klar vorgezeichnet: Demokratie in Staat und Gemeinde, Sozialismus in Wirtschaft und Gesellschaft!
> Wir sind bereit und entschlossen, hierbei mit allen gleichgesinnten Menschen und Parteien zusammenzuarbeiten. Wir begrüßen daher auf das Wärmste den Aufruf des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 11. Juni 1945, der zutreffend davon ausgeht, daß der Weg für den Neubau Deutschlands von den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen Deutschlands abhängig ist und daß die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Lage die Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes und einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk erfordern.
> In dieser entscheidenden Stunde ist es wiederum die geschichtliche Aufgabe der deutschen Arbeiterklasse, Trägerin des Staatsgedankens zu sein: einer neuen, antifaschistisch-demokratischen Republik!" (24)

Diese programmatischen Vorstellungen waren realistisch. Grundsätzlich einigten sich im August 1945 trotz verschiedener widersprüchlicher Interessen der Gesellschaftssysteme die Alliierten über den Aufbau eines friedlichen, antifaschistischen Deutschland. Das bis heute gültige "Potsdamer Abkommen" vom 2. August 1945 sah deshalb auch vor:

> "Der deutsche Militarismus und Nazismus werde ausgerottet, und die Alliierten treffen nach gegenseitiger Vereinbarung in der Gegenwart und in der Zukunft auch andere Maßnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seinen Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann.
> Es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven. Die Alliierten wollen dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage wiederaufzubauen." (25)

Kurt Schumacher, der nicht bereit und in der Lage war, die Konsequenzen aus der Geschichte zu ziehen und seine Politik auf die konkret anstehenden Hauptprobleme auszurichten, legte kurz nach dem "Potsdamer Abkommen" seine eigenen programmatischen

---

24 „Aufruf des Zentralausschusses der SPD vom 15. Juni 1945 zum Aufbau eines antifaschistisch-demokratischen Deutschlands." Zit. nach: DAS PRAGER MANIFEST VON 1934. Ein Beitrag zur Geschichte der SPD. Hrgg. u. eingeleitet von W. Runge. Hamburg 1971. Dokumentenanhang, S. 55-58, zit. S. 56 f..

25 Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin. In: DOKUMENTE UND MATERIALIEN ZUR ZEITGESCHICHTE: Zur Deutschlandpolitik der Anti-Hitler-Koalition (1933-1945). Zusammengestellt und eingeleitet v. E. Wohlgemuth und U. K. Wohlgemuth. Berlin / DDR 1968[2], S. 75-94, hier zit. S. 78.

Vorstellungen in einem internen Rundbrief an "führende Funktionäre" der Sozialdemokratie dar. Diese können allerdings nur als wahltaktische Plattform verstanden werden. In diesem mehr als zwanzigseitigen Dokument wird über die grundlegenden Fragen des solidarischen Handelns der Arbeiterklasse und die mögliche Einheit der Arbeiterklasse für ein friedliches, demokratisches Deutschland kaum etwas gesagt.

Gemäß dem ethisch motivierten "Sozialismus" des "Büro Dr. Schumacher" (Hannover) wird in den einzelnen Abschnitten: "Die Sozialdemokratie und das Reich", "Die Voraussetzungen sozialdemokratischer Politik", Wahlen und Parteien, das Koalitionsproblem, das Verhältnis von Sozialdemokraten und Kommunisten, die organisatorische Arbeit der Sozialdemokratie u.a. versucht, den moralisch gesetzten Führungsanspruch der alten Sozialdemokratie und des "demokratischen Sozialismus" herzuleiten und aktuell zu begründen. Die praktische Aufgabe dieses "demokratischen Sozialismus" bestand sowohl bei Schumacher wie in den anderen Spielarten lediglich in der Desorientierung der fortschrittlichen Kräfte des deutschen Volkes im allgemeinen und der Spaltung der Arbeiterbewegung im besonderen.

So zeigt auch dieser hektographierte Rundbrief Schumachers, daß er seinen entschiedenen Antikommunismus nicht überwinden konnte. Obwohl die Sowjetunion nicht nur die Hauptlast des Krieges gegen das faschistische Deutschland tragen mußte, sondern auch den Versuchen der imperialistischen Mächte zur Spaltung und Zersplitterung Deutschlands konsequent entgegentrat, bescheinigte er der UdSSR ausdrücklich expansionistische und annexionistische Politik:

> "(...) Die russische Besatzungszone ist zu weit nach Westen gerückt. (...) Im Osten des Reiches bedeutet der Zusammenstoß so ganz andersartiger Kulturen eine andere Quelle der Schwierigkeiten, als sie aus den deutschen Lebensauffassungen gemäßeren Kulturkreisen des Angelsachsentums entstehen. Gegenüber gewissen Umständen, (...) verlangten wir zwar nicht ein politisches Eingreifen der angelsächsischen Staaten, wohl aber eine moralische Intervention der Öffentlichkeit in den Ländern europäisch-amerikanischer Kultur. (...)
>
> Die deutsche Ostgrenze ist zum Zweck der Bildung eines neuen Polen sehr viel zu weit westlich gelegt. Dabei spielt für den Deutschen keine Rolle, daß der starke Drang Polens nach dem Westen seinerseits wieder auf den Drang Rußlands zurückzuführen ist, das den Polen Ostgebiete genommen und sie so nach Westen gedrängt hat." (26)

Abgesehen davon, daß – neben der Beschwörung der Magie abendländischer Kultur – auch hier wiederum das reale Problem der Bildung der Nation nicht als Bestandteil des Klassenkampfes, sondern lediglich als Frage territorialer Abgrenzung begriffen wird, muß betont werden, daß die Festlegung der polnischen Ostgrenze nach 1945 lediglich die 1919 vereinbarte "Curzon-Linie" wiederherstellte. Schumacher sitzt hier der reaktionären Geschichtsverdrehung auf.

Diese unrealistischen Vorstellungen in außenpolitischer Hinsicht widerspiegeln sich auch in wichtigen Fragen der inneren Politik. Bei der Wahlrechtsfrage beispielsweise

> „(muß) ein großer Teil des deutschen Volkes von vornherein von jedem Wahlrecht, sei es aktiv, sei es passiv, ausgeschlossen werden." (26)

Demokratie faßt Schumacher nur als funktionierendes Parteiwechselspiel auf; einzig in diesem Zusammenhang diskutiert er auch die Frage eines parlamentarischen Blocks SPD/KPD:

---

26 K. Schumacher: „Politische Richtlinien für die SPD in ihrem Verhältnis zu den anderen politischen Faktoren" (25. August 1945); zit. nach: Abschrift des hektographierten Originals im Archiv des Parteivorstands der SPD, Bonn.

> "Die einzig für die politische Sache der Arbeitenden mögliche Form der sozialdemokratisch-kommunistischen Annäherung wäre die völlige Sozialdemokratisierung der kommunistischen Anhänger, und diese steht noch weit im Felde. (...)" (26)

Dementsprechend kann für Schumacher Aktionseinheit der Arbeiterparteien nur parlamentarische Koalitionspolitik heißen: "Zusammenarbeit unter sozialdemokratischer Führung." (26)

In der Bestimmung des Verhältnisses "Sozialdemokraten und Kommunisten" zentrieren sich moralisierende Kritik, Irrealismus und Antikommunismus – jeweils in scheinradikaler Hülle. So ist für Schumacher

> "die Parole der "Einheitspartei" (...) ein taktisches Manöver, das bisher in der östlichen Besatzungszone gar nicht versucht worden ist, da man es dort nicht nötig hat, Verhandlungskonzessionen zu machen. In den drei westlichen Zonen aber wird dieser Weg eingeschlagen, weil die Kommunisten wissen, daß sie angesichts der Tatsachen gar nicht mehr die Basis für eine richtige Massenpartei haben. (...) Es trennen uns von den Kommunisten neben anderen vor allem zwei Punkte. Ihr freudiges Bekenntnis zum freien Unternehmertum, zur freien Wirtschaft und zum Privateigentum kann von einem Sozialisten nicht unterschrieben werden. Es mutet an wie ein verspäteter Aufruf der längst verstorbenen Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes. (...) Schließlich sind die Kommunisten die einzige Partei in Deutschland, die sich zu der Schuld des gesamten deutschen Volkes am Nazismus und damit am Kriege bekennt. Wir können diese These, die jeden Nazi und Kapitalisten mitschuldig spricht, um ihn mit zu entschuldigen, nicht akzeptieren. Es ist eine durchaus reaktionäre Formel, die den politischen Aufstieg eines neuen, gesäuberten deutschen Volkes hindert." (26)

Trotz besseren Wissens argumentiert Schumacher wiederum an den wirklichen politischen Tagesproblemen vorbei. Einmal will nicht die KPD, sondern Schumacher selbst einem großen Teil des deutschen Volkes das Wahlrecht entziehen. Darüberhinaus aber verschweigt Schumacher, daß nicht die KPD dem Freien Unternehmertum freie Bahn lassen wollte, sondern daß im Aufruf vom 11. Juni 1945 (auf den Schumacher anspielt) einige Abschnitte vorher die Enteignung und Bestrafung der Kriegsverbrecher in Partei-, Staats-, Militär- und Wirtschaftsführung als unabdingbare Voraussetzung für den Aufbau des demokratischen Deutschland genannt, ja daß die Hauptkriegsverbrecher namentlich genannt wurden. Da es sich bei diesen Nutznießern der Verbrechen des Hitlerfaschismus darüberhinaus bekanntlich um die entscheidenden Teile des Finanz- und Monopolkapitals handelte, kann es sich bei den Vorstellungen der KPD schlechterdings nicht – wie schließlich die Entwicklung der DDR praktisch gezeigt hat – um eine Re-Installierung des frühbürgerlichen Konkurrenzkapitalismus handeln. Diese wäre in der Tat genauso reaktionär wie die Schumacherschen Vorstellungen von "Demokratie".

Im Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945 werden neben der Entnazifizierung die Wiederbelebung des wirtschaftlichen und öffentlichen Lebens gefordert, was eng mit der praktischen Demokratisierung zusammenhängt. Im Aufruf heißt es:

> "Kampf gegen Hunger, Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit. Allseitige aktive Unterstützung der Selbstverwaltungsorganisationen in ihrem Bestreben, rasch ein normales Leben zu sichern und die Erzeugung wieder in Gang zu bringen. Völlig ungehinderte Entfaltung des freien Handels und der privaten Unternehmerinitiative auf der Grundlage des Privateigentums." (27)

Diese programmatischen und zu verwirklichenden Forderungen der KPD gingen davon aus, daß angesichts der immensen Ernährungs- und Versorgungskrise die Produktion von Lebensmitteln vordringliche wirtschaftliche Aufgabe im Interesse aller arbeitenden Men-

---

27 „Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945", zit. nach: REVOLUTIONÄRE DEUTSCHE PARTEIPROGRAMME, a.a.O. (Anm. 23), S. 197.

schen sein mußte. Diese Probleme konnten in der Situation, als die Arbeiterklasse noch nicht über die Produktionsmittel und den Staatsapparat verfügte – wenn auch das deutsche Monopolkapital erheblich geschwächt war –, einzige und allein durch die bewußte Weckung der Initiative des nicht-monopolistischen Teils der Bourgeoisie, insbesondere der bekanntlich am allerwenigsten expansionistischen Teile der Lebensmittel- und Konsumgüterindustrie praktisch in Angriff genommen werden. Darüberhinaus bedeutete die zeitweilige Weckung dieser unternehmerischen Initiative ein praktisches Bündnis der arbeitenden Klassen mit den antifaschistischen Teilen der Bourgeoisie im unmittelbaren wie längerfristigen Interesse des gesamten deutschen Volkes. Viertens schließlich konnten – da die KPD bekanntlich von der Möglichkeit, die Aktionseinheit der Arbeiterklasse herzustellen und dadurch das faschistische deutsche Monopolkapital dauerhaft zu entmachten, ausging – nur auf diese Weise die nicht-faschistischen Teile der Bourgeoisie, insbesondere der kleinen und mittleren Bourgeoisie, für den Aufbau des neuen Deutschland gewonnen und darüberhinaus schrittweise an den Sozialismus herangeführt werden, wodurch fünftens allein die Möglichkeit gegeben sein konnte, den "Kasernensozialismus" (wie Schumacher in seinem Rundbrief demagogisch die Vorstellungen der KPD denunzieren wollte) einschließlich des bei einem anderen Weg sich zwangsläufig ergebenden Zwanges zu vermeiden. Im übrigen stimmten – sechstens – diese programmatischen Vorstellungen der KPD mit den Rahmenbedingungen des "Potsdamer Abkommens" überein. (28)

Angesichts dieses strategischen und aktuell-praktischen Unverständnisses Schumachers erscheint seine Feststellung am Schluß dieses Dokuments jedem – der nicht um die ausschließlich moralisierende Kraft des Schumacherschen "demokratischen Sozialismus" weiß – bombastisch und anmaßend. Im letzten Abschnitt heißt es beispielsweise zur Rechtfertigung der Politik des "Büro Dr. Schumacher":

> "Im Verhältnis zu ihrer wirklichen Bedeutung ist die Partei im öffentlichen Leben viel zu schwach, in der Wirtschaft geradezu verschwindend gering vertreten. (...) Ohne uns geht es heute nicht mehr. Wir müssen uns auch dort mit Führungsansprüchen regen, wo wir vor 1933 nicht der stärkste Faktor waren. (...) Ein ganz großer Teil des Volkes wünscht ausgesprochen die Sozialdemokratische Partei, will in unsere Hände sein Schicksal legen." (29)

In dem zitierten Dokument Schumachers finden sich bereits die Momente, die für die spätere *Praxis* der Gruppe um Kurt Schumacher in der westdeutschen Sozialdemokratie bezeichnend sind.

Diese Linie Schumachers wurde politisch und organisatorisch praktisch: zwar war die Schumacher-Gruppe keineswegs legitimiert, für *die* Sozialdemokraten zu sprechen – auch nicht in den Westzonen. Aber mit Hilfe der imperialistischen Besatzungsmacht, zunächst in der britischen Zone, später dann in den Bi-Zonen, gelang es dem "Büro Schumacher" doch, diese Politik durchzusetzen. Hierbei waren die wesentlichen Etappen: der gelungene Versuch, zunächst die SPD nur im Maßstab der westlichen Besatzungszonen wieder zu konstituieren; die Verhinderung einer Zusammenarbeit mit der SPD und derem zentralen Büro in der Ostzone, die Hinausdrängung von Funktionären und Mitgliedern, die sich für eine schrittweise Annäherung der beiden Arbeiterparteien einsetzten, die Durchführung einer eigenen Parteifunktionärskonferenz für die Westzonen – der "Wennigser Konferenz" im Oktober 1945 (30), bei der sogar die Vertreter des ZA der SPD nicht einmal sprechen durften –, die schließliche Durchführung einer Abstimmung der sozialdemokratischen Mitglieder in den Westzonen Berlins über die Frage der Annäherung der beiden großen Arbeiterparteien, nachdem Kurt Schumacher selbst in vielen größeren Orten Westdeutschlands – häufig gegen den Willen der örtlichen Funktionäre und Mitglieder – gegen die Annäherung und Vereinigung von SPD und KPD polemisch aufgetreten war. (So erteilte beispielsweise eine Funktionärskonferenz im November 1945 der Schumacherschen Politik eine klare Absage). Da inzwischen die Annäherung von SPD-ZA und KPD in der sowjetischen Besatzungszone – vor der Vereinigung zur SED im April 1946 – den Willen vieler Sozialdemokraten auch in Schumachers Einflußgebiet ausdrückte und sie weiter in ihrem Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse bestärkte, erwies sich die Abstimmung in den drei Westsektoren Berlins als offensichtliches Spaltungsmanöver. (30a)

Die zutreffende Kritik aus den Reihen der Sozialdemokratie an dieser Politik der Schumacher-Gruppe, die zudem noch davon ausging, daß Schumachers Bedenken aus ernster moralischer Sorge eines langjährigen SPD-Funktionärs um den weiteren Bestand der SPD geboren waren, wurde in der entscheidenden Phase der geschichtlich möglichen Annäherung und Vereinigung Anfang 1946 von SPD-ZA-Mitglied Max Fechner in einem offenen Brief an Kurt Schumacher formuliert:

> "Sie erinnern sich, daß im Oktober 1945 Genosse Grotewohl und ich vom Zentralausschuß zur ersten Parteikonferenz der SPD der westlichen Zonen nach Wennigsen delegiert wurden. Wenn es uns auch nicht erlaubt wurde, an der Konferenz offiziell teilzunehmen, so haben wir doch damals vereinbart, die Parteiarbeit im Westen und Osten aufeinander abzustimmen und in ständiger Verbindung zu bleiben. Von Ihren Bemühungen, diese Vereinbarung im Interesse der Partei innezuhalten, habe ich leider nichts gehört. Es wurde deshalb im Dezember 1945 der Genosse Gniffke nach Hannover delegiert, um die Versuche zur Herstellung einer gemeinsamen Parteiarbeit zu erneuern. Die Tatsache, daß Sie unseren Vertreter zunächst stundenlang warten ließen, und schließlich durch Ihr Fortgehen eine Besprechung verhinderten, mußte er als ein Zeichen dafür deuten, daß Ihnen an einer Zusammenarbeit mit uns wenig lag und die Abstimmung der Parteiarbeit über die Zonen hinweg Ihnen nicht wichtig oder nicht wünschenswert erschien. Am 8.2.1946 fand dann, wieder auf unsere Anregung hin, in Braunschweig eine Besprechung von zwei Delegierten des ZA mit Ihnen statt. Auch dieses Mal versperrten Sie sich unserem Vorschlage, die Partei soweit im Reichsausmaß einheitlich zu organisieren, wie es trotz der Zonen technisch überhaupt nur möglich ist; sie lehnten ebenfalls unseren Plan ab, auf einem Reichsparteitag oder einer Reichskonferenz als der höchsten Instanz unserer Partei die Vereinigung zu besprechen oder zu entscheiden.
>
> Als Sie dann Mitte Februar nach Berlin kamen, geschah es leider nicht, um unsere über viele Monate mit so enttäuschendem Mißerfolg unternommenen Bemühungen der engeren Fühlungsnahme von Ihrer Seite endlich zu unterstützen, sondern Sie kamen mit der Absicht, um den unseligen trennenden Zonenstandpunkt nun auch noch auf die vier Sektoren in Berlin zu übertragen. Sie haben mit dieser Forderung Ihrer Sache schwer geschadet.
>
> Denn wir Sozialdemokraten kennen keine Sozialdemokratische Partei der amerikanischen, britischen, französischen oder russischen Zone, sondern nur eine

28 Vgl. Mitteilungen über die Dreimächtekonferenz von Berlin: „Wirtschaftliche Grundsätze", a.a.O. (Anm. 25), S. 82-84.

29 „Politische Richtlinien für die SPD ...", a.a.O. (Anm. 26).

30 Das Protokoll „Die Konferenz von Wennigsen" soll demnächst im W.-Runge-Verlag, Hamburg, erscheinen.

30a Vgl. Thomas Funke: „Zur Entwicklung Westberlins 1945-1972", in: SOZIALISTISCHE POLITIK. BERLIN/WEST. 4. Jg. 1972, Heft 21, S. 49-62, hier bes. S. 50-53.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Und ebenso kennen die Berliner Genossen keine in den vier Sektoren ein politisches Sonderdasein lebende Partei, sondern nur den Berliner Bezirksverband der SPD."

Fechner weist das undemokratische Mittel der Ausschlußdrohung Schumachers gegen führende Funktionäre der Westzonen zurück, um die Aufgabe der Politik Schumachers offenzulegen:

"Ich erlaube mir, Ihnen die Folgen aufzuzeigen, die sich nach meiner Auffassung aus Ihrem ablehnenden Standpunkt für *die zukünftige Innenentwicklung in Deutschland* ergeben müssen: Die SPD würde aus einer Wahl sicherlich nicht so stark hervorgehen, daß sie die absolute Mehrheit besitzen würde. Wir hatten, wenn ich mich nicht irre, 1918 in der Nationalversammlung 37 Prozent aller abgegebenen Stimmen. Also müßte die SPD eine Koalitionsregierung mit bürgerlichen Parteien eingehen. Die KPD würde sicherlich dadurch abermals in die Opposition gedrängt, und das alte Spiel von 1918 bis 1933 hebt von neuem an.

Die SPD wäre wie 1918 mit der Verantwortung des Aufbaues belastet, und sie könnte durch ihre Bindung an bürgerliche Parteien nicht grundsätzliche sozialistische Politik betreiben, sondern wäre zu Kompromissen gezwungen. Links von ihr stünde eine revolutionäre Arbeiterpartei in angreifender Opposition. Der Bruderkampf der Arbeiterparteien würde sich vertiefen. Sieger aber in der zweiten deutschen Demokratie wäre weder die SPD, noch die KPD, noch der von beiden Parteien erstrebte Sozialismus.

Sieger wäre die Reaktion!

Daran besteht kein Zweifel. Wer die Möglichkeit dieser Entwicklung nicht sieht, hat aus der Vergangenheit nichts, aber auch gar nichts gelernt."

Nachdem Fechner auf die Dringlichkeit der Lösung der praktisch anstehenden Aufgaben – die Überreste des Hitler-Regimes beseitigen, die kapitalistischen Monopole und den Großgrundbesitz zu entmachten, eine demokratische Selbstverwaltung schaffen, eine Bildungspolitik im Interesse der arbeitenden Klasse zu beginnen, heute wie damals aktuelle Probleme der Arbeiterbewegung – hinwies, beschließt er den "Offenen Brief" mit den eindringlichen Worten:

"Ich würde es dagegen für richtiger halten, wenn Sie Ihre politischen Erfahrungen und Ihr Können gleichsam als Mitgift unserer Partei bei der Bildung der neuen Partei in die Waagschale werfen würden.

Damit wäre der Sache der Arbeiterklasse mehr gedient! Ob ich die Lehren aus der Vergangenheit ziehe, ob ich die nach Hilfe und nach geschlossenem Einsatz aller Kräfte stets verlangende Not der Gegenwart sehe, oder ob ich in die Zukunft unseres Volkes blicke: es gibt für mich nur eine Antwort, nur eine *politische Entscheidung:*

Und das ist die *Schaffung* einer sozialistischen Millionenbewegung, zusammengeschlossen in *einer einzigen deutschen Partei aller Schaffenden.*

Wir stehen vor einer *entscheidenden Phase in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.*

Die kommenden Generationen werden darüber entscheiden, wer sich in der deutschen Arbeiterbewegung in ihrer großen Stunde schuldig gemacht hat. Ich aber bin dessen gewiß, daß wir es *nicht* sein werden, über die die Geschichte richten wird.

Mit sozialistischem Gruß

Max Fechner (31)

---

31 Offener Brief an Dr. Schumacher. Zit. nach: W. Runge, (a.a.O.), (Anm. 24), S. 59-65, hier zit. S. 60 f., 64 f..

Die "Urabstimmung" am 30. März 1946 in den Westsektoren Berlins, an der von den insgesamt 66.246 SPD-Mitgliedern aller Sektoren 23.755 aus den Westsektoren abstimmten, zeigte, daß der *sofortige* Zusammenschluß von SPD und KPD von 19.529 Mitgliedern verneint wurde. Dies bedeutete keine grundsätzliche Ablehnung der Einheitsfront der Arbeiterparteien, was am Ergebnis der zweiten Abstimmungsfrage deutlich wurde; sie lautete:

"Bist Du für ein Bündnis beider Parteien, welches gemeinsame Arbeit sichert und den Bruderkampf ausschließt? "

Diese Frage wurde von 14.663 Mitgliedern bejaht, während 2 937 den sofortigen Zusammenschluß wünschten (32).

Die Funktionäre der alten Sozialdemokratie um Kurt Schumacher nahmen den ersten Teil des Votums der Sozialdemokraten, nachdem sie in den Westzonen massiv ihre Pläne durchsetzten, zum Anlaß, um gleich nach dem Vereinigungsparteitag von KPD und SPD in der Ostzone einen eigenen Parteitag der alten, kommunistenfeindlichen Sozialdemokratie durchzuführen.

Kurt Schumacher hielt das Grundsatzreferat auf diesem ersten Nachkriegsparteitag der SPD in Hannover vom 9. - 11. Mai 1946 unter dem programmatischen Titel: "Grundsätze sozialistischer Politik." Hier wurde offensichtlich, daß Schumacher und die von ihm verkörperte Sozialdemokratie keinerlei programmatische Vorstellungen für den Neuaufbau des demokratischen Deutschland vorweisen konnte; dies führte Schumacher ausschließlich darauf zurück, daß die Sozialdemokraten nicht wüßten,

"welche Reparationen wir zu leisten haben, wir wissen nicht, welche ökonomischen Kräfte wir entwickeln dürfen, wir wissen nicht, wie die Grenzen aussehen, und wir kennen auch nicht den moralisch-politischen Standort, den die Siegermächte uns zuweisen." (33)

Diese Argumentation, die schon andeutet, daß die alte Sozialdemokratie den Bedingungen des Neuaufbaus des vereinten Deutschlands nicht gerecht werden konnte, ging allerdings völlig an der Wirklichkeit vorbei. Es gab Anfang 1946 an Programmen der Arbeiterbewegung für den Aufbau eines demokratischen, entmilitarisierten, antifaschistischen und entkartellisierten Deutschland *erstens* das zitierte KPD-Programm vom 11. Juni 1945, *zweitens* die programmatischen Vorstellungen des ZA der SPD vom 15. Juni 1945, *drittens* die Erklärungen und Beschlüsse der "Potsdamer Konferenz" vom August 1945, *viertens* den "Reparationsplan" des "Potsdamer Abkommens" vom 26. März 1946 (34) sowie *fünftens* die programmatischen Forderungen der am 21./22. April 1946 zur Sozialistischen Einheitspartei im "Admiralspalast" der Berliner Staatsoper vereinigten SPD und KPD (35).

---

32 DER DEMOKRATISCHE SOZIALISMUS ZWISCHEN TRADITION UND FORTSCHRITT, a.a.O. (Anm. 12), S. 123. Vgl. Thomas Funke: „Zur Entwicklung Westberlins 1945-1972", a.a.O., hier S. 52/53.

33 Dr. Kurt Schumacher: GRUNDSÄTZE SOZIALISTISCHER POLITIK. Hamburg o. Jg. (1946), S. 8.

34 Der Plan für die Reparationen und das Niveau der deutschen Nachkriegswirtschaft in Übereinstimmung mit dem Berliner Protokoll. („Potsdamer Abkommen") vom 26. März 1946. In englischer und deutscher Übersetzung abgedruckt in: W. Corndes / H. Volle: UM DEN FRIEDEN MIT DEUTSCHLAND. Dokumente und Berichte des Europa-Archivs. Bd. 6. Oberursel (1948).

35 „Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Deutschen Einheitspartei". In: REVOLUTIONÄRE DEUTSCHE PARTEIPROGRAMME, a.a.O., (Anm. 23), S. 201-207.

Die tatsächliche Konzeptionslosigkeit Schumachers, die außer in ihrem militanten Antikommunismus und in den Forderungen nach territorialer Unversehrbarkeit des Deutschen Reiches nur abstrakt-moralisch die Forderung nach einem utopischen "demokratischen Sozialismus" als "Tagesaufgabe" erhob, schlug sich in der Plattform der vom Parteitag angenommenen "Kundgebung" und schließlich auch in der Wahl Schumachers zum Parteivorsitzenden (254 von 255 gültigen Stimmen) nieder (Schumacher sollte jeweils mit überwältigenden Mehrheiten bis zu seinem Tod auch auf den folgenden Parteitagen zum Vorsitzenden der SPD gewählt werden).

Der Charakter dieser Art "demokratischen Sozialismus" zeigt sich insbesondere darin, daß weder die Grundsätze verbindlich gefaßt sind, noch daß sie von den Parteimitgliedern und Wählern kontrolliert und in der Durchführung beeinflußt werden können. Da aber ein "dritter Weg" zwischen imperialistischem Kapitalismus und Sozialismus grundsätzlich weder denkbar noch praktikabel ist, Schumacher und seine Sozialdemokratie gleichzeitig den schrittweisen Aufbau des Sozialismus in Form der SED-Programmatik und Politik ablehnen mußte, war schon in dieser "Kundgebung" des Jahres 1946 der SPD der Westzonen die schrittweise Übernahme der "Marktwirtschaft" in der Wirtschaftspolitik vorweggenommen, ja wenn man so will: der Weg hin zum "Godesberger Programm" (von 1959).

So kann es auch nicht verwundern, daß die Proklamation des SPD-Parteitages: *"Der Sozialismus ist nicht mehr ein fernes Ziel. Er ist die Aufgabe des Tages."* (36) nichts anderes ist als eine Kapitulation vor den Schwierigkeiten der Grundlegung des Aufbaus eines realen Sozialismus in der an den Sozialismus heranführenden anti-faschistisch-demokratischen Phase der Entwicklung des Nachkriegsdeutschland. Darüber vermag auch Kurt Schumachers wortreiches Eintreten, daß der Klassenkampf nichts Überaltertes sei (37) nicht hinwegzuspielen. Denn er konnte unter "Klassenkampf" nur den Kampf der Unterprivilegierten überhaupt für gleiche rechtliche und formale Anerkennung verstehen:

"Der Klassenkampf ist erst beendet, wenn alle Menschen gleiche Rechte und gleiche Pflichten haben." (38)

In der Praxis der Schumacherschen Sozialdemokratie der Westzonen wie der späteren BRD wurden stattdessen die wirklichen, sich außerparlamentarisch manifestierenden Klassenkämpfe und Kämpfe der Volksmassen nicht nur desorientiert, sondern abgeblockt. Damit war die reale geschichtliche Möglichkeit der Entmachtung der Monopole in der Inbetriebnahme des Staatsapparates verspielt.

Der Aufbau eines westlichen Separatstaates, der BRD, wurde nicht behindert. Der antimilitaristische Kampf des Volkes, der außerparlamentarisch und mit den Mitteln des Massenkampfes geführt wurde, sollte von seiten der SPD bloß parlamentarischen Spielregeln unterworfen werden. Ähnlich in der von der SPD parlamentarisch unternommenen Mitbestimmungsfrage.

Das letzte programmatische Dokument der SPD, an dem Kurt Schumacher mitarbeitete, entstand als das Wiedererstarken des Imperialismus im westlichen Deutschland offensichtlich war und die wirtschaftliche, militärische und politische Integration der BRD in das westliche Bündnis unter Führung des nordamerikanischen Imperialismus bereits eingeleitet war.

---

36 Dr. Kurt Schumacher: GRUNDSÄTZE..., a.a.O. (Anm. 33), S. 41-47 („Kundgebung"), hier zit. S. 47.

37 Schumacher: GRUNDSÄTZE..., a.a.O. (Anm. 33), S. 9 f..

38 Schumacher: GRUNDSÄTZE..., a.a.O. (Anm. 33), S. 10.

Im "Aktionsprogramm" der SPD von 1952 ist nun auch der Sozialismus nicht mehr "Tagesaufgabe", soll jedoch "stets Aufgabe bleiben". (39) Nachdem die Spaltung Deutschlands vollzogen und auch der konstruktive Stalin-Plan für die Einheit Deutschlands abgelehnt wurde, erscheint Kurt Schumacher dafür "die deutsche Einheit kein Fernziel, sondern das Nahziel." (40)

Der auch dieses letzte Dokument Schumachers durchziehende wahnhafte Antikommunismus, der ihn wie die von ihm verkörperte Sozialdemokratie umspannte, läßt ihn auch hier die Augen vor der Wirklichkeit verschließen:

> "Die deutsche Arbeiterklasse lehnt es ab, die Wirtschaftsgestaltung in der Sowjetischen Besatzungszone als Sozialisierung zu betrachten, sie lehnt aber mit der gleichen Entschiedenheit eine Politik der Reprivatisierung und der Restauration früherer Verhältnisse ab." (41)

Als Lehre der Politik der rechten sozialdemokratischen Führung – personifiziert durch Dr. Kurt Schumacher – bleibt festzuhalten: weder die geschichtlich mögliche Einheit der Arbeiterklasse im Nachkriegsdeutschland in Aktion und Organisation wurde unterstützt; im Gegenteil: sie wurde stattdessen hintertrieben. Diese SPD-Führung machte sich darüber hinaus zum Fürsprecher des Antikommunismus, der in der BRD schließlich im Verbot der FDJ (1951) und KPD (1956) und ihrer Massenorganisationen einen vorläufigen Höhepunkt fand. Dies führte nicht zuletzt zur Schwächung der eigenen Position der gesamten SPD und insbesondere der Schwächung der Stellung ihrer konsequentesten und aktivsten Vertreter gegenüber der imperialistischen Reaktion. Weitere Ergebnisse waren: anstatt der Zerschlagung der Überreste des Hitlerfaschismus und konsequenter De-Nazifizierung – unausgewogene moralische Deklamationen; anstatt Entmachtung der Monopole wurde dem Wiedererstarken des Imperialismus auf deutschem Boden Vorschub geleistet. Die Möglichkeiten zur Schaffung eines friedlichen, unabhängigen und geeinten Deutschland wurde leichtfertig in den Wind geschlagen. Ergebnis war: Remilitarisierung des westdeutschen Separatstaates und westliche Integration unter der Hegemonie des aggressiven USA-Imperialismus.

Die typischen Elemente dieser Politik, deren Ergebnisse in ihren praktischen Auswirkungen bekannt sind, sind zugleich nicht nur die besonderen Merkmale rechtssozialdemokratischer Politik Schumacherscher Prägung, sondern allgemeiner Wesenszug von Rechts- und Linksopportunistischer Politik überhaupt. Mögen sie auch je verschiedene Erscheinungsformen in je verschiedener geschichtlicher Lage annehmen, so tragen sie immer folgende allgemeine Kennzeichen:

---

39 AKTIONSPROGRAMM DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS. Mit einem Vorwort von Dr. Kurt Schumacher. Hrgg. v. Parteivorstand der SPD. Bonn o. J. (1952), S. 11.

40 AKTIONSPROGRAMM DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS, a.a.O. (Anm. 39), S. 6.

41 K. Schumacher: Vorwort zum „Aktionsprogramm...", a.a.O. (Anm. 39), S. 7. – Schumachers Bundestagsreden 1949-1951 zeigen deutlich, daß es ihm immer dann gelang, heftigen Beifall „im ganzen Hause außer bei der KPD", insbesondere von „rechts" zu erhalten, wenn er in demagogischer Weise gegen KPD, SED, DDR und UdSSR hergezogen war; vgl. K. Schumacher: BUNDESTAGSREDEN, a.a.O. (Anm. 2), beispielsweise S. 86 f., 100 f..

Erstens stets einen moralisierenden und bestenfalls ethisch begründeten, dabei realitätsfremden Charakter in Praxis und Analyse.

Dieser verbindet sich *zweitens* mit einer besonderen Form des Antikommunismus, der Feindschaft gegenüber der Sowjetunion. Dadurch erhält der Moralismus erst seine besonders aggressive Gestalt und Qualität. Nicht nur bei Schumacher nahm dieser die Gestalt des haßerfüllten Kampfes gegen den "östlichen Totalitarismus" von der Grundposition des konservativen, moralisch geprägten Anti-Nazismus an.

Diese beiden Momente werden *drittens* stets mit einer Verachtung des demokratischen Massenkampfes verschmolzen. Alle drei Momente, die jeder arbeiter-, massen-, und volksfeindlichen Politik unterliegen, werden vom imperialistischen System bewußt herangebildet und gefördert und bilden sich im Imperialismus immer wieder heraus.

Wilma Gensinger*, Richard Albrecht

* Wie in diesem Heft und in SOPO 23/73 war auch Wilma Gensinger, Autorin der Besprechung von 'Literatur und Klassenkampf', SOPO 24/73, S. 99 ff.

KONSEQUENT

"Es versteht sich, daß keine abstrakte akademische Theorie betrieben werden soll, sondern diese Zeitschrift vielmehr als politisches Kampfblatt fungieren will ..."
(Aus dem Vorwort von KONSEQUENT Nr. 1)

KONSEQUENT 13 enthält:

Zur Lage der Werktätigen bei Siemens
Zur Entwicklung der kapitalistischen Währungskrise
Der Hochschulkampf in Westberlin
Ein großer Schritt vorwärts – und wie weiter?
DOKUMENTATION
Der Trotzkismus – eine Waffe des Antikommunismus (II)
Zur ideologischen Krise des Imperialismus (II) Bemerkungen zur "Industriegesellschaftstheorie"
Schlußwort von Gerhard Danelius auf der 4. Tagung des Parteivorstandes der SEW
"Vereint sind wir stark", Gerhard Danelius auf der organisationspolitischen Beratung der SEW am 2. Juni 1973

KONSEQUENT wird vom Kreisvorstand Zehlendorf der Sozialistischen Einheitspartei Westberlin herausgegeben – 1 Berlin 37, Teltower Damm 23.
KONSEQUENT kostet im Jahr DM 6,– (4 Hefte); Einzelheft DM 2,–. Postscheckk

Westberlins herausgegeben – 1 Berlin 37, Teltower Damm 23.
KONSEQUENT kostet im Jahr DM 6,– (4 Hefte); Einzelheft DM 2,–. Postscheckkonto: Heinz Thomaszik, Bln/W. 26 03 19.

Diskussion, Besprechung

Chinesische Außenbeziehungen*

Seit Anfang der 60er Jahre haben sich die Beziehungen zwischen der KPCh und den anderen KPs, insbesondere der KPdSU, außerordentlich verschlechtert, so daß man heute von einer tiefen Spaltung innerhalb der kommunistischen Weltbewegung sprechen kann, die sich auch an den staatlichen Beziehungen zwischen der VR China und den übrigen sozialistischen Ländern zeigt. Diese Entwicklung, die die Einheit der sozialistischen Kräfte schwächt und einige Verwirrung sowohl in den Metropolen als auch in den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas anrichtet, ist ein ernstzunehmendes Hindernis im Kampf des sozialistischen Lagers um Frieden und Sozialismus. Es ist daher dringend erforderlich, diesen spalterischen Kräften nachzuspüren, festzustellen, wer sie sind und die sozialen und politischen Ursachen ihrer Existenz zu analysieren. Es ist kein Geheimnis – und wird selbst von westlichen 'Maotsetung-Anhängern' nicht geleugnet – daß diese Spaltung in erster Linie von einer bestimmten Fraktion in der KP Chinas betrieben wird, die "das große rote Banner der Maotsetungideen" hochhält und als die alleinige und allgemeingültige Wahrheit für den revolutionären Kampf in der gegenwärtigen Epoche ansieht. Die Auseinandersetzung mit den 'Maotsetungideen' und der aus ihnen abgeleiteten Politik der Maoisten ist insbesondere nach dem IX. Parteitag der KP Chinas (1969) zu einer dringenden Aufgabe geworden (1). Von besonderer Wichtigkeit ist dabei die Untersuchung und Analyse der Hintergründe und sozialen Wurzeln des Maoismus. Zu dieser Frage sind gerade in den letzten Jahren eine Reihe von Arbeiten in der Sowjetunion und der DDR veröffentlicht worden, die sich mit verschiedenen Aspekten des Maoismus auseinandersetzen (2). Auf Grund ihrer Aktualität stand zunächst der außenpolitische Aspekt im Mittelpunkt der Diskussion, welcher aber bald durch Untersuchungen über den wirtschaftlichen Aufbau der VR Chinas und besonders der maoistischen Wirtschaftspolitik erweitert wurde. Heute ist man in der Lage, auf Grund des bereits aufgearbeiteten Materials, etwas tiefer und eingehender einige Züge des Maoismus zu untersuchen. Herauszuheben wäre hier das

* Besprechung von: O.B. Borissow, B.T. Koloskow: SOWJETISCH-CHINESISCHE BEZIEHUNGEN 1945 - 1970, Berlin 1973.

1 Der IX. Parteitag der KPCh, der 13 Jahre (!) nach dem VIII. Parteitag einberufen worden war, beendete die Kulturrevolution und verhalf den Maoisten zur unangefochtenen Führungsrolle in der KP Chinas.

2 Z.B. Autorenkollektiv: DIE AUSSENPOLITIK DER VR CHINA, Berlin 1971. Autorenkollektiv: DIE VR CHINA – WIRTSCHAFT, STAAT UND RECHT, KULTUR, Berlin 1972. EIN GEFÄHRLICHER KURS, Moskau 1972. F.W. Konstantinow, M.L. Sladkowski, u.a.: KRITIK DER THEORETISCHEN AUFFASSUNGEN MAO TSE-TUNGS, Berlin 1973.

Sonderheft 1973 in der Reihe 'Deutsche Außenpolitik' (3). Es handelt sich dabei um verschiedene Aufsätze, deren besondere Aufmerksamkeit der Stellung der Arbeiterklasse in der VR China, ihrer Entwicklung sowie ihrem Verhältnis zur maoistischen Wirtschafts- und Kulturpolitik gilt. Hier wird explizit und konsequent die Frage nach der Avantgarde des chinesischen Proletariats sowie nach der führenden Rolle des Proletariats aufgeworfen, und von daher die Kritik an der maoistischen Konzeption entwickelt.

Die Arbeit von O.B. Berissow und B.T. Koloskow: "Sowjetisch-chinesische Beziehungen 1945-1970" schließt an bereits publizierte Darstellungen der Außenpolitik der VR China an. Die Autoren versuchen einerseits – über Fragen der Außenpolitik hinaus – gerade die Verbindung zwischen Außen- und Innenpolitik aufzuzeigen und das Problem des Nationalismus in der maoistischen Politik genauer zu behandeln. Andererseits beschränken sie sich weitgehend auf die Darstellung der Beziehungen der VR China zur Sowjetunion und gehen nur punktuell auf andere außenpolitische Aktivitäten der VR China ein. Diese Einschränkung aber trägt zur Aktualität des Buches bei, denn gerade der Antisowjetismus ist zu einer Hauptwaffe des chinesischen Nationalismus geworden, wodurch sich dieser hin und wieder in einem Boot mit den reaktionärsten Kräften des imperialistischen Lagers wiederfindet.

Es handelt sich bei diesem Buch im wesentlichen um eine historische Darstellung der staatlichen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der VR China. Bekanntlich unterliegen Beziehungen zwischen sozialistischen Staaten dem Prinzip des proletarischen Internationalismus, d.h. dem Prinzip der Gleichberechtigung und gegenseitigen Hilfe und Unterstützung. Daher können die Beziehungen zwischen beiden Ländern nicht losgelöst von der konkreten Politik und ideologischen Ausrichtung der beiden Kommunistischen Parteien betrachtet werden, insbesondere nicht von der Entwicklung der nationalen Befreiungsbewegung und des Aufbaus des Sozialismus in China selbst. "Die Geschichte der Beziehungen der Sowjetunion zu China ist nicht einfach die Geschichte zwischenstaatlicher Beziehungen zweier Länder. Sie kann von der Geschichte des nationalen Befreiungskampfes und des revolutionären Kampfes des chinesischen Volkes nicht getrennt werden." (4) Infolgedessen geht es den Autoren nicht allein um die außenpolitischen Aspekte dieser Beziehungen, sondern sie versuchen gerade den engen Zusammenhang zwischen Innen- und Außenpolitik in der VR China aufzuzeigen. Die Autoren charakterisieren ihren Ausgangspunkt folgendermaßen: "In dem vorliegenden Buch wird der Versuch unternommen, auf der Grundlage einer Verallgemeinerung der vorhandenen Unterlagen die Entwicklung der sowjetisch-chinesischen Beziehungen in den Jahren 1945 bis 1970 zu untersuchen, die Hauptrichtungen der internationalen Hilfe und Unterstützung der revolutionären Kräfte Chinas durch die KPdSU, die leninistische Politik der KPdSU und des Sowjetstaates gegenüber der Volksrepublik China und die völlige Übereinstimmung dieser Politik mit den ureigensten Interessen des sowjetischen und des chinesischen Volkes aufzuzeigen." /16/ Allerdings bleibt in dieser Selbstdarstellung ein wichtiger Aspekt unberücksichtigt, der in dem Werk selbst zu Recht einen großen Raum einnimmt: die Darstellung der Entwicklung der maoistischen Linie und die Untersuchung der Ursachen des Maoismus. Gerade die

3 Institut für Internationale Beziehungen (Hrsg.): KLASSEN UND KLASSENBEZIEHUNGEN IN DER VOLKSREPUBLIK CHINA, DEUTSCHE AUSSENPOLITIK, Sonderheft 1973.

4 O.B. Berissow, B.T. Koloskow: SOWJETISCH-CHINESISCHE BEZIEHUNGEN 1945 - 1970, a.a.O., S. 10 (hierauf beziehen sich die folgenden Seitenzahlen in Schrägstrichen).

Notwendigkeit, Außen- und Innenpolitik in ihrer Einheitlichkeit und gegenseitigen Entsprechung zu sehen, erfordert eine solche Darstellung. So ist das Anliegen der Autoren ein dreifaches:

a) die konkrete wirtschaftliche, politische und kulturelle Unterstützung der VR China durch die Sowjetunion und ihre Bedeutung für den Aufbau des Sozialismus in China darzulegen,
b) die Bemühungen der KPdSU aufzuzeigen, die Einheit des sozialistischen Lagers trotz ideologischer Meinungsverschiedenheiten zu wahren und zu stärken,
c) die Ursachen des Maoismus zu untersuchen, sowie seine negativen Folgen sowohl für die KP Chinas selbst als auch für die internationale kommunistische Bewegung aufzuzeigen.

Des weiteren versuchen die Autoren klarzustellen, welche Bedeutung die internationale proletarische Bewegung und insbesondere die Unterstützung der KPdSU für die Politik und ideologische Ausrichtung einer kommunistischen Partei in einem unterentwickelten Land mit schwacher proletarischer Basis hat. "Die relative Schwäche der politischen Positionen der Arbeiterklasse innerhalb des Landes konnte durch ihr enges Bündnis mit der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung und in erster Linie durch das Bündnis und die Unterstützung seitens des mächtigsten sozialistischen Landes, der Sowjetunion, kompensiert werden ... Jedesmal, wenn die sowjetisch-chinesischen Beziehungen enger wurden, festigten die revolutionären Kräfte in China ihre Positionen, erhielt die fortschrittliche Bewegung einen zusätzlichen Impuls und wurde die Reaktion gezwungen, in die Defensive zu gehen. Und umgekehrt wirkte sich eine Schwächung der Verbindung Chinas zur Sowjetunion äußerst negativ im politischen Klima aus, führte zur Schwächung des revolutionären Kampfes und öffnete der inneren Reaktion den Weg zur Abstimmung mit dem Imperialismus". /435, 34/ Man kann sagen, daß die zweite Aussage, die sich hier auf das vorrevolutionäre China bezieht, nach der Revolution von 1949 – wenn auch in modifizierter Form und mit anderem Inhalt – eher an Bedeutung gewonnen als verloren hat. Dies wird weiter unten noch erläutert werden. Zunächst soll jedoch auf die Argumentation der Autoren zu Wesen und Ursache des Maoismus eingegangen werden, um dann etwas näher die besondere Strategie und Taktik der Maoisten im Hinblick auf die kommunistische Weltbewegung zu betrachten.

Kampf zweier Linien: der Maoismus als kleinbürgerlich-nationalistische Bewegung

Die kleinbürgerlich-nationalistische Ideologie des Maoismus läßt sich im wesentlichen an folgenden Punkten aufweisen:

a) Der pragmatische und subjektivistische Ansatz der maoistischen Theorie
b) Negieren ökonomischer Gesetzmäßigkeiten des Sozialismus (vor allem des ökonomischen Grundgesetzes des Sozialismus, welches beinhaltet, daß die sozialistische Gesellschaft "die gesellschaftliche Produktion planmäßig der Erreichung des umfassenden Wohlstandes aller Mitglieder der Gesellschaft und der freien allseitigen Entfaltung der Persönlichkeit jedes einzelnen unterordnet, was wiederum die kontinuierliche Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion bewirkt" (5) sowie das spontaneistische Herangehen an die Lösung wirtschaftlicher und politischer Probleme (Großer Sprung, Kulturrevolution))

5 Autorenkollektiv (N.A. Zagalov u.a.): LEHRBUCH POLITISCHE ÖKONOMIE. SOZIALISMUS, Berlin 1972, S. 143.

c) Überschätzung der Rolle der Bauernschaft und der spontanen Bewußtseinsbildung der bäuerlichen Massen (Massenlinie)
d) 'Sinisierung' des Marxismus-Leninismus und mechanische Verallgemeinerung und Übertragung der konkreten historischen Erfahrungen der KP Chinas auf die gesamte kommunistische Weltbewegung, insbesondere auf die konkreten Bedingungen des Kampfes der Nationalen Befreiungsbewegung (Maotsetungideen)
e) Ablehnung der sozialistischen internationalen Arbeitsteilung und Hinwendung zu einer autarken, nationalen Entwicklung (Parole: 'Auf die eigenen Kräfte bauen')
f) Kein klassenmäßiges Herangehen an die Analyse des Hauptinhaltes der gegenwärtigen Epoche (Überschätzung der Rolle der Nationalen Befreiungsbewegung und Unterschätzung bzw. Geringschätzung der Rolle des sozialistischen Weltsystems – von daher auch Geringschätzung der Politik der Friedlichen Koexistenz)
g) Überlagerung des Widerspruchs zwischen Lohnarbeit und Kapital bzw. zwischen Sozialismus und Kapitalismus durch nationale Widersprüche (Gegenüberstellung von 'großen, reichen' und 'kleinen, armen' Ländern, Theorie von den beiden Supermächten)

Die Autoren sehen den Kampf zweier Linien als den Kampf zwischen der "marxistisch-leninistischen, internationalistischen (Linie), deren Führer ... die heutigen Pekinger Machthaber sind" an. /436/ Dieser Kampf wurde seit Bestehen der KP Chinas geführt und durchlief mehrere Etappen. Zur Problematik der Darstellung des Kampfes dieser beiden Linien führt Rolf Max aus: "Wenn wir vom Kampf zwischen der marxistisch-internationalistischen und der maoistisch-nationalistischen Linie in der Volksrepublik China auf ideologisch-theoretischem Gebiet sprechen, dann müssen wir vorausschicken, daß wir die beiden Linien herausheben, indem wir von der Vielfalt des tatsächlichen ideologischen Entwicklungsprozesses abstrahieren. In der Praxis verwischen sich die Konturen der beiden Linien zueinander. Das ist in erster Linie den taktisch ideologischen Manövern der Maoisten, aber auch Inkonsequenzen, Schwankungen und theoretischen Schwierigkeiten bei Vertretern der marxistisch-internationalistischen Linie sowie den Aufspaltungen der maoistischen Linie zuzuschreiben." (6) Als Beispiel wäre hier der Kampf zwischen der Mao Tse-tung Linie und der Liu Shao-qui Linie zu nennen, der keinesfalls gleichzusetzen ist mit dem Kampf zweier Linien wie er oben definiert worden ist, sondern diesen lediglich überlagert hat.

Die entscheidenden Ursachen für die Entstehung des Maoismus sowie für seinen vorläufigen Sieg sehen die Autoren in folgendem:
a) den außerordentlich komplizierten Bedingungen, unter denen die KP Chinas entstanden ist (China war zu jener Zeit ein halbkoloniales und halbfeudales Land, das in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht äußerst rückständig war) /103/,
b) dem geringen Anteil der chinesischen Industrie am Bruttoprodukt des Landes und der der rückständigen Wirtschaft entsprechenden unentwickelten Sozialstruktur des Landes (1949 gab es in China lediglich 2,5 bis 3 Millionen Industriearbeiter) /103/,
c) der allgemeinen Schwäche des Proletariats, der schwachen Verankerung der KP Chinas im Proletariat sowie dem geringen Einfluß des Proletariats in der Führung der Partei /106/,
d) dem traditionellen Nationalismus oder 'Sinozentrismus' /104/,
e) der Tatsache, daß der Marxismus bis 1917 in China unbekannt war /105/,
f) der unter den Bedingungen eines langen bewaffneten Partisanenkampfes unvermeidlichen Verschmelzung der revolutionären Armee mit der Partei, was dazu geführt hat, daß die Armee nicht nur "als die bewaffnete Macht des Widerstandes gegen die Konterrevolution auf(trat), sondern auch als eine Organisation, die im Namen der Partei den politischen Kampf unter der Bevölkerung der befreiten Gebiete führte und die wirtschaftliche Tätigkeit leitete" /107/,
g) dem raschen Übergang von Zirkeln zur Bildung der Kommunistischen Partei sowie in der Heterogenität innerhalb der verschiedenen marxistischen Gruppen, die im weiteren Verlauf auch eine gewisse ideologische Instabilität bewirkte /104/.

Als historischen Faktor, der die Durchsetzung der nationalistischen Linie entscheidend begünstigte, führen die Autoren den Verrat von Tschiang Kai-schek an, der 1927 das Bündnis mit den Kommunisten brach und einen Vernichtungsfeldzug gegen die Kommunisten einleitete. Von dieser Aktion wurden in erster Linie die Parteiorganisationen der proletarischen Zentren betroffen. Anfang 1935 waren die Untergrundorganisationen der KP Chinas in den Städten zerschlagen und die meisten Parteikader sowie viele erfahrene Führer der Arbeiterklasse ermordet worden. /108/ Noch lange Zeit danach wurden die Reihen der Partei nur spärlich mit Arbeitern aufgefüllt. Erst mit Gründung der Volksrepublik China konnten sich die internationalistischen Kräfte in der KP Chinas wieder konsolidieren. Dies ist vor allem auf den verstärkten Einfluß der Sowjetunion und der gesamten internationalen proletarischen Bewegung sowie auf die wachsenden Bindungen innerhalb des sozialistischen Lagers zurückzuführen. Ein Ausdruck dessen sind die Beschlüsse des VIII. Parteitages der KPCh (September 1956), die in den wesentlichen, alle sozialistischen Länder betreffenden Fragen mit den Beschlüssen des XX. Parteitages der KPdSU (Februar 1956) sowie mit der Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung übereinstimmten. Die Autoren schätzen die Beschlüsse des VIII. Parteitages folgendermaßen ein: "Der VIII. Parteitag ... bestätigte die Generallinie der Partei zum Aufbau des Sozialismus im engen Bündnis mit allen Ländern des sozialistischen Weltsystems.
Der VIII. Parteitag der KP Chinas nimmt in der Geschichte der Kommunistischen Partei Chinas einen besonderen Platz ein. Sein wichtigstes Kennzeichen besteht darin, daß er im Zeichen der Festigung der marxistisch-leninistischen Kräfte in den Reihen der Partei verlief.
Der Parteitag verpflichtete alle Kommunisten, die objektiven Entwicklungsmöglichkeiten der Wirtschaft strikt zu beachten und das Aufbautempo nicht unnötig zu forcieren. Er gelangte zu der Schlußfolgerung, daß der Kampf zwischen Sozialismus und Kapitalismus in China die Frage 'wer – wen' gelöst sei, und stellte die Aufgabe, den materiellen und kulturellen Lebensstandard des Volkes zu erhöhen sowie die Demokratie im Land und in der Partei weiter auszubauen." /77/78/

Doch während sich 1957 die KPCh auf der Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien noch auf den Boden der gemeinsamen Plattform und Generallinie stellte, leiteten die Maoisten bereits die Revision der Beschlüsse des VIII. Parteitages ein. Das Ergebnis war die Politik der 'Drei Roten Banner – Generallinie, großer Sprung und Volkskommunen'. Durch diese Politik wurde vom Prinzip des planmäßigen sozialistischen Aufbaus abgegangen und dieses letztlich durch eine Abenteurerpolitik ersetzt.

"Die Politik der 'Drei Roten Banner' stellte den Versuch dar, auf Kosten äußerster Anspannung aller Kräfte der chinesischen Werktätigen das Entwicklungstempo der Wirtschaft künstlich zu forcieren, andere Staaten der Welt zu überholen und unter Vermeidung notwendiger Etappen beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaft in den Kommunismus zu 'springen'." /147/

Bezeichnend für diese Periode waren Losungen wie 'drei Jahre angespannt zu kämpfen und in den meisten Gebieten des Landes grundlegende Veränderungen zu erreichen', oder

6 Rolf Max: "Die marxistisch-internationalistische und die kleinbürgerlich-nationalistische Linie in der Volksrepublik China auf ideologisch-theoretischem Gebiet", in: KLASSEN UND KLASSENBEZIEHUNGEN IN DER VOLKSREPUBLIK CHINA, a.a.O., S. 144.

'einige Jahre harte Arbeit – zehntausend Jahre Glück'. Damit wurden der chinesischen Bevölkerung Möglichkeiten eines beschleunigten Aufbaus des Sozialismus suggeriert, die den objektiven Bedingungen des Landes nicht entsprachen. Nach dem Scheitern des 'Großen Sprungs' wurde Anfang der 60er Jahre eine Phase der Konsolidierung eingeleitet, in der eine Vielzahl der 'Errungenschaften' des 'Großen Sprungs' wieder zurückgenommen wurde. Diese Phase der Konsolidierung wurde dann erneut durchbrochen, als Mao Tse-tung die 'Große Proletarische Kulturrevolution' einleitete. Diese 'Kulturrevolution' wurde mit dem IX. Parteitag abgeschlossen, der ebensosehr den Sieg der maoistischen Kräfte signalisierte, wie der VIII. Parteitag das Erstarken der internationalistischen Kräfte gezeigt hatte. Die Maotsetungideen wurden nun zur offiziellen, für die gesamte kommunistische Weltbewegung gültigen Doktrin erhoben. So heißt es im Parteistatut, das auf dem IX. Parteitag verabschiedet wurde (7):

"Die Kommunistische Partei Chinas macht den Marxismus, den Leninismus, die Maotsetungideen zu der theoretischen Grundlage, von der sich ihr Denken leiten läßt. Die Maotsetungideen sind der Marxismus-Leninismus jener Epoche, in welcher der Imperialismus seinem totalen Zusammenbruch und der Sozialismus seinem weltweiten Sieg entgegensieht." (8)

Innerhalb der KPCh wurden die Parteimitglieder unnachsichtig auf die Linie Mao Tsetungs verpflichtet. So heißt es im Rechenschaftsbericht Lin Biaos:

"Wer in irgendeiner Zeit oder unter irgendeinem Umstand gegen den Vorsitzenden Mao, gegen die Maotsetungideen auftritt, der wird von der ganzen Partei verurteilt und vom ganzen Volk verdammt." (9)

Die Konsequenzen einer solchen Politik hat Lin Biao, wie wir wissen, schmerzlich am eigenen Leibe erfahren müssen.

Der Antisowjetismus – wesentlicher Bestandteil der nationalistischen Außenpolitik der maoistischen Linie

Es leuchtet ein, daß die notwendige Konsequenz der kleinbürgerlich-nationalistischen Linie der Maoisten ein antisowjetischer Kurs in der Außenpolitik sein muß, da gerade die Sowjetunion als stärkste sozialistische Macht das Haupthindernis für die Durchsetzung der Ziele der chinesischen Nationalisten darstellt. Die Autoren bemühen sich, gerade den Zusammenhang zwischen Antisowjetismus und der nationalistischen, großmachtchauvinistischen Außenpolitik der Maoisten darzustellen. Die wesentlichen Etappen in der Entwicklung des Antisowjetismus und des Nationalismus in der chinesischen Außenpolitik sollen hier kurz skizziert werden. Waren antisowjetische Tendenzen zu Beginn der 50er Jahre noch vereinzelte Ausnahmen (die Autoren belegen die Existenz dieser Tendenzen mit einer Reihe von Beispielen), und nahmen sie in den nachfolgenden Jahren die Form von Meinungsverschiedenheiten zu einzelnen Fragen an, so verschärften sich diese Tendenzen nach dem Scheitern des Großen Sprungs ungemein. Insbesondere wurde Kritik an der sowjetischen Wirtschaftshilfe laut. Die Autoren bemerken dazu, daß "die KP Chinas eine umfassende Bewegung gegen den 'blinden Glauben' an ausländische Erfahrungen entfaltete, die praktisch zu einem Feldzug zur Diskreditierung der Erfahrungen des sozialistischen Aufbaus in der UdSSR wurde." /154/

7 Zu Fragen des Parteistatuts siehe bes. den Aufsatz von N. Lomakin und N. Petrovicev: "Absage an die Prinzipien des Marxismus-Leninismus". Zum Parteistatut, das auf dem IX. Kongreß der KPCh angenommen wurde, in: MOSKAU CONTRA MAO, Düsseldorf 1971.

8 DOKUMENTE DES IX. PARTEITAGES DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI CHINAS, Peking 1969, S. 126.

9 Ebenda, S. 79.

Die Autoren sehen einen Zusammenhang zwischen diesem Vorgehen und dem Scheitern des Großen Sprungs, der die Maoisten zwang, ihre Wirtschaftspolitik zu revidieren bei gleichzeitiger Verschärfung der nationalistischen Tendenzen. Die Maoisten begannen nun, verstärkt auf außenpolitischem Gebiet tätig zu werden. Die Politik des Großen Sprungs wurde zum Anlaß genommen, die sich langsam entwickelnde 'Revisionismuskritik' gleich zu Anfang außenpolitisch verwertbar zu machen. "Die Führer der KP Chinas verbreiteten die 'Theorie' von dem Bestehen dreier Typen sozialistischer Länder: Zum ersten Typ zählen die in beschleunigtem Tempo zum Kommunismus schreitenden Länder; zum zweiten die sozusagen in der Etappe des Sozialismus 'steckengebliebenen'; zum dritten diejenigen, die vom Sozialismus zur kapitalistischen Restaurierung zurückkehren. Zum ersten Typ zählten sie China, zum zweiten die Sowjetunion und zum dritten Jugoslawien" /157/. Ausgehend von der Einschätzung: "Der Aufschwung der nationalen Befreiungsbewegung und der Untergang des Kolonialsystems bilden den Hauptinhalt unserer Epoche" /194/ wurde die Propagierung der 'vorrangigen' Bedeutung der Maotsetungideen für das Schicksal der nationalen Befreiungsbewegung vorangetrieben. Zur Untermauerung dieser These wurde die "Theorie vom Weltdorf und der Weltstadt" herangezogen.

"Aus den Erfahrungen des revolutionären Kampfes in China (zunächst die Eroberung der Macht auf dem Land, dann die Einkreisung der Städte und ihre Eroberung) leiten die chinesischen Führer auch ihre globale Formel für die Weltrevolution ab: Zuerst den Sieg der Revolution in den schwach entwickelten Ländern erreichen ('im Weltdorf'), den Imperialismus aus Asien, Afrika und Lateinamerika verdrängen und ihn dann endgültig vernichten. China und Mao Tse-tung als seinem Führer gebührt dabei selbstverständlich die Rolle des Hegemons des gesamten revolutionären Weltprozesses." /193/

Diese 'Theorie' wurde später von Lin Biao in seiner Schrift "Es lebe der Sieg im Volkskrieg" weiterentwickelt, allerdings diente sie da bereits der Vorbereitung einer neuen 'Theorie', der 'Theorie von den zwei Supermächten'. Doch zunächst erarbeiteten die Maoisten zu Anfang der 60er Jahre ihre 'Generallinie', die sie der sozialistischen Staatengemeinschaft entgegenstellten (10). Am 14. Juni 1963 veröffentlichte die KP Chinas ein Dokument mit dem Titel 'Vorschlag für die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung'. Die Autoren erachten es nicht für notwendig, inhaltlich auf die in diesem Vorschlag angeführten Thesen einzugehen, da "allein die Fragestellung, daß eine Generallinie der kommunistischen Bewegung formuliert werden müsse ... von dem Bruch der Führer der KP Chinas mit den Erklärungen von 1957 und 1960 (zeuge), denn die kommunistische Bewegung verfügte bereits über ihre kollektiv von allen kommunistischen Parteien erarbeitete Generallinie." /229/

Den Höhepunkt der antisowjetischen und gegen das gesamte sozialistische Lager gerichteten Kampagne auf theoretischem Gebiet stellt die 'Theorie von den beiden Supermächten' dar. Diese Theorie wurde entwickelt, nachdem die Sowjetunion zunächst als revisionistisches Land und später dann als sozial-imperialistische Großmacht eingestuft worden war. Somit konnten die USA und die Sowjetunion auf eine Stufe gehoben, der Klassengegen-

10 Vgl.: DIE POLEMIK ÜBER DIE GENERALLINIE DER INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN BEWEGUNG, Berlin 1970.

satz zwischen Sozialismus und Kapitalismus verwischt und dem Nationalismus im internationalen Rahmen Raum geschaffen werden.

"Diese Einstufung erfolgte nicht auf der Grundlage einer Klassenanalyse, sondern lediglich unter dem Gesichtspunkt, wie sich das eine oder andere Land zur Politik der Pekinger Führer verhält. Der Parteitag (IX. Parteitag) erklärte im Grunde die sozialistischen Länder zum Hauptgegner Chinas." /412/

Wir wissen heute, daß es den Maoisten bisher nicht gelungen ist, das sozialistische Lager mit der Ausnahme Albaniens weiter zu spalten. Ebensowenig ist es ihnen gelungen, ihren zweifellos vorhandenen Einfluß auf die Nationale Befreiungsbewegung ihren Wünschen entsprechend zu verstärken. Deshalb wird nunmehr in zunehmendem Maße die 'Theorie' von den 'Zwischenzonen' propagiert, die ein differenzierteres Herangehen an die sich ihnen in den Weg stellenden Hindernisse ermöglicht. Unter Ausnützung der systemimmanenten Widersprüche im sozialistischen Lager, versuchen sie weiterhin einzelne Länder aus dem sozialistischen Block herauszulösen, sowie die Entspannungspolitik der sozialistischen Länder in Europa zu unterlaufen. Dabei benutzen sie die gleichen antikommunistischen Argumente, wie sie zum Beispiel in der BRD vor allem bei der CDU/CSU zu finden sind. Die zunehmende Zusammenarbeit der VR China mit imperialistischen Ländern auf der Basis des Antisowjetismus – denn die BRD ist ein imperialistisches Land und nicht, wie uns die Maoisten versichern wollen, ein Land der 'Zwischenzone' – stimmt bedenklich. Dies um so mehr, als durch den Abbruch der Beziehungen zu den RGW-Ländern, sowie durch die langsame Entwicklung der Schwerindustrie (bedingt durch die maoistische Wirtschaftspolitik des 'auf zwei Beinen gehens', welche in der Praxis eine Bevorzugung der Landwirtschaft und der Leichtindustrie gegenüber der Schwerindustrie bedeutet) die Gefahr einer sich immer schneller entwickelnden wirtschaftlichen Abhängigkeit vom imperialistischen Weltsystem gegeben ist. Die Autoren führen zum Abschluß ihrer Untersuchungen ein Leninzitat an, das treffend das gegenwärtige Hauptproblem in der VR China charakterisiert: "Das Abweichen der derzeitigen chinesischen Führer von den Prinzipien des proletarischen Internationalismus gibt Veranlassung, den Leninschen Hinweis besonders aufmerksam zu beachten: 'der Kampf ... gegen die am tiefsten eingewurzelten kleinbürgerlich-nationalen Vorurteile rückt umso mehr in den Vordergrund, je aktueller die Aufgabe wird, die Diktatur des Proletariats umzuwandeln aus einer nationalen Diktatur (d.h. einer Diktatur, die nur in einem einzigen Lande besteht und die Weltpolitik nicht zu bestimmen vermag) in eine internationale (d.h. in die Diktatur des Proletariats zumindest in einigen fortgeschrittenen Ländern), die einen entscheidenden Einfluß auf die Weltpolitik ausüben könnte.' " /437/

Die nächsten Jahre werden zeigen, wie stark oder wie schwach die internationalistischen Kräfte in der KPCh tatsächlich sind und wie weit die Maoisten an ihrer nationalistischen Politik trotz zunehmender wirtschaftlicher Abhängigkeit vom imperialistischen Lager werden festhalten können. Zur Zeit spricht alles für eine Fortführung des maoistischen Kurses, obwohl eine gewisse Korrektur der maoistischen Wirtschaftspolitik zu beobachten ist. Aber ähnlich wie in der Konsolidierungsphase nach dem Scheitern des Großen Sprungs verschärfen sie gleichzeitig die Polemik gegen die Sowjetunion und die anderen RGW-Länder. Während sie einerseits bemüht sind, die nationale Befreiungsbewegung von den Ländern der sozialistischen Gemeinschaft zu isolieren, bekunden sie in zunehmendem Maße Interesse an einer im Antisowjetismus begründeten Zusammenarbeit insbesondere mit den bürgerlichen Parteien Europas. Es bleibt die Frage, wie lange sich die sozialistische Struktur der VR China bei Fortführung dieser Politik gegen den zu erwartenden wirtschaftlichen Ansturm des imperialistischen Lagers wird behaupten können?

Der X. Parteitag der KP China (11)

Der X. Parteitag der KPCh (24.8.-28.8.73) hat gezeigt, daß die Maoisten einerseits bemüht sind, ihre Position innerhalb der Partei mit allen Mitteln zu festigen, andererseits aber nur mühsam die Widersprüche in den eigenen Reihen verdecken können. Neben der Außenpolitik war gerade die 'Abrechnung' mit Lin Biao ein Hauptpunkt des politischen Rechenschaftsberichts von Tschou En-lai. Lin Biao, vor kurzem noch "nächster Waffenbruder" Mao Tsetungs und – laut Parteistatut – dessen designierter Nachfolger, wird nunmehr als "bourgeoiser Karrierist, Verschwörer, konterrevolutionärer Betrüger, Renegat und Verräter" beschimpft. Er und Tschen Bo-da sowie der während der Kulturrevolution gestürzte Staatspräsident Liu Schao-tschi werden auf eine Stufe gestellt und gemeinsam als Renegaten und Vertreter des kapitalistischen Weges verurteilt. In seinem Bericht vermeidet es Tschou En-lai jedoch tunlichst, eine Analyse ihrer 'Fehler' zu geben, vielmehr läßt er es bei einigen vagen Andeutungen bewenden und unterstützt Behauptungen durch Behauptungen. Die Frage stellt sich, von welchem Standpunkt aus die Kritik an Lin Biao u.a. erfolgt oder ob nicht eine marxistische Analyse seiner Fehler gerade die Schwächen im eigenen Lager aufdecken würde.

Die außerordentliche Geheimhaltung, mit der der X. Parteitag umgeben wurde, sowie die Vehemenz, mit der die "Einheit und Geschlossenheit" der Partei beschworen wurde, deuten gleichfalls auf schwerwiegende politische Widersprüche in der Partei und der gesellschaftlichen Entwicklung des Landes hin. Die neue Zusammensetzung der Führung der KPCh scheint eher Ausdruck des Kompromisses zwischen rivalisierenden Gruppen zu sein als ein Ausdruck der beschworenen Einheit. So stehen sich mit Tschou En-lai und Wang Hung-wen Exponenten zweier verschiedener Richtungen gegenüber, die mit Sicherheit die Machtfrage erneut stellen werden.

In diesem Zusammenhang sei auch vermerkt, daß der Bericht Tschou En-lais wirtschaftspolitische Fragen weitgehend ausklammert und keinerlei konstruktive Lösungen zu den politischen und wirtschaftlichen Problemen Chinas aufweist.

Aus dem außenpolitischen Teil des Berichts geht hervor, daß die VR China weiterhin an ihrem nationalistischen Kurs in der Außenpolitik festhält. Bei gleichzeitiger Verschärfung der antisowjetischen Linie findet eine bemerkenswerte Hinwendung zu entspannungsfeindlichen und reaktionären Kreisen in Westeuropa statt. Man scheut sich nicht – in trauter Eintracht mit Strauß und Springer, die sich übrigens der wachsenden Aufmerksamkeit der chinesischen Presse erfreuen –, die Sowjetunion mit einer faschistischen Diktatur und Breschnew mit Hitler gleichzusetzen. Im Innern wird eine antisowjetische Hysterie entfacht und die Angst vor einem atomaren Überfall seitens der Sowjetunion geschürt. Bezeichnend ist folgende Passage aus dem Bericht: "Wir müssen uns an die Weisungen des Vorsitzenden Mao halten: 'Trefft Vorbereitungen auf einen Kriegsfall, trefft Vorbereitungen auf Naturkatastrophen, tut alles für das Volk!' und 'Tiefe Tunnels graben, überall Getreidevorräte anlegen, nie nach Hegemonie trachten!' und gegenüber einem eventuellen Aggressionskrieg seitens des Imperialismus und *besonders (!) gegenüber einem Überraschungsangriff des Sozialimperialismus* gegen unser Land hohe Wachsamkeit bewahren und alle Vorbereitungen treffen."

---

11 Die nachstehenden Ausführungen stützen sich auf folgende Quellen: HSINHUA News Agency (engl.) vom 30., 31.8. und 1., 7.9.73; "Tschou En-lai über den Zustand der Welt", FRANKFURTER RUNDSCHAU vom 17.9.73; und "Zum X. Parteitag der KPChina", ND vom 2.9.73.

In der Außenpolitik ist man bemüht, die sowjetische Entspannungspolitik nach Kräften zu torpedieren und die Entspannung selbst als "vorübergehende, oberflächliche Erscheinung" darzustellen, dergegenüber "der große Aufruhr" stehe, welcher die entscheidenden Impulse für die Verbesserung der internationalen Lage der Völker gebe. Um das chinesische Volk in den entsprechenden "Aufruhr" zu versetzen, wird die These aufgestellt, daß "der Westen stets darauf bedacht (sei), den Sowjetrevisionismus nach Osten zu lenken und diesen Unheilstifter auf China abzuleiten". Den europäischen Völkern hingegen versuchen die Maoisten einzureden, daß der "Sowjetrevisionismus" dabei sei, "ein Scheinmanöver im Osten zu vollführen, den Angriff aber im Westen zu unternehmen".

Man kann abschließend feststellen, daß der X. Parteitag der KPCh die bereits oben angedeutete Umorientierung der Beziehungen der VR China auf imperialistische Staaten bestätigt hat. Selbst der US-Imperialismus ist davon nicht ausgeschlossen, wenngleich im Augenblick in erster Linie die reaktionären Kräfte in Westeuropa die wohlwollende Aufmerksamkeit der chinesischen Führung genießen.

Rüdiger Mischkowski

Trimm dich

Mal wieder fit machen für den Klassenkampf

Für 3 Mark signal abonnieren.

lies signal

Bestellungen an den signal-Vertrieb 1 Berlin 44, Allerstr. 35

Klassenlage und Bewußtseinsformen technisch-wissenschaftlicher Lohnarbeiter im Allgemeinen*

1.

Die vorliegende Arbeit ist Teil und Ergebnis eines größeren Arbeitszusammenhanges. Der Arbeitsplan umfaßt 1. eine theoretische Erörterung des Begriffs Klassenlage und der Konstitutionsbedingungen gesellschaftlichen Bewußtseins, 2. eine Erörterung verschiedener Formen der Ideologieproduktion anhand soziologischer Darstellungen der technischen Intelligenz sowie von Einlassungen dieser Gruppe selbst und 3. eine empirische Erhebung. Die Autoren legen nun die Ergebnisse des ersten Abschnitts ihres Projekts vor. Insoweit deckt die Arbeit ein bedeutend engeres Gebiet ab, als der Titel vermuten läßt.

Die Art dieser Begrenzung ist nicht zufällig. Während die bislang vorliegenden Arbeiten nahezu durchgängig versuchen, allgemeine theoretische Bestimmungen von Klassenlage und Bewußtsein mit empirischen Befunden als dem Ausdruck konkreter Erscheinungsformen des Klassenantagonismus zu vermitteln, und während sie versuchen, daraus *konkrete* Orientierungshilfen für den gewerkschaftlichen und politischen Kampf abzuleiten, verfahren die Autoren der vorliegenden Arbeit ausdrücklich anders. Sie legen Wert darauf, daß die realen Entwicklungsprozesse der Sozialstruktur "als allgemeine aufgefaßt werden, d.h. daß die empirischen Verhältnisse ... weitgehend ausgeklammert werden" (12). Dementsprechend liegt ihr vordringliches Ziel in der "Entwicklung *allgemeiner* Thesen zur adäquaten Organisation und Durchsetzung der politischen und ökonomischen Interessen der technisch-wissenschaftlichen Arbeiter" (12, Hervorhebung der Autoren). Soweit der Plan. Die tatsächlichen Ergebnisse werden zutreffend eingeschätzt, wo die Verfasser konstatieren, daß "freilich nur der erste, wenn auch der unabdingbar erste Schritt" getan worden ist (239).

Das Wichtige dieses Buches liegt denn auch kaum in den konkreten Einschätzungen der objektiven Lage und des Bewußtseins der technisch-wissenschaftlichen Lohnarbeiter. Vielmehr werden hier – wenn auch in spezifisch allgemeiner Form – die Ergebnisse bestätigt, die von den "Theoretikern im Umkreis der Kommunistischen Parteien" (38) gegeben worden sind: Heterogenität der untersuchten sozialen Gruppe, aus dem Inhalt ihrer Arbeit und ihrer Formbestimmtheit herrührende spezifische Fehlinterpretationen der eigenen Interessen und der Perspektiven ihrer Durchsetzung (technologisches Bewußtsein, (236), zentrale Bedeutung der Tendenz zur Ersetzung komplizierter durch einfache Arbeit für die Entwicklung des Bewußtseins.

2.

Die mit dem letzten Punkt angesprochene objektive Entwicklung der zunehmenden reellen Subsumtion auch qualifizierter Arbeit unter die Verwertungsinteressen des Kapitals mit dem Ergebnis der komplexen und umfassenden Herausbildung des Warencharakters dieser Arbeit hat, wie die Autoren vermerken, systematisch und historisch seinen Ausgangspunkt im Bereich der Produktion von Mehrwert. Aber auch die als indirekt produktiv bzw. als unproduktiv qualifizierten Bereiche der Lohnarbeit unterliegen in Konsequenz der ökonomisch gebotenen Abpressung unbezahlter Mehrarbeiter durch die Unternehmer der gleichen Entwicklung – wenn auch mit einem anderen ökonomischen Ergebnis. Inso-

* Besprechung von: Autorenkollektiv am Institut für Soziologie der FU Berlin: Klassenlage und Bewußtseinsformen technisch-wissenschaftlicher Lohnarbeiter. Zur Diskussion über die "technische Intelligenz", Frankfurt am Main 1973.

weit ist nicht einzusehen, weshalb die Autoren ihre Untersuchung auf die produktiven Teile der wissenschaftlich-technischen Lohnabhängigen beschränken.

Es ist zuzugeben, daß eine der Sache nach gerechtfertigte Ausweitung des Themas auf indirekt produktive und unproduktive Lohnarbeiter die theoretische Ableitung der zu treffenden – empirisch allerdings schon weithin belegten – Aussagen (vgl. etwa die Arbeitsbedingungen und die Streikbereitschaft von Bank- und Versicherungsangestellten in Frankreich) aus der 'allgemeinen Natur des Kapitalverhältnisses' noch bedeutend diffiziler gestaltet hätte. Die Fruchtbarkeit der Arbeit ergbit sich gerade aus der Selbstbescheidung der Autoren: Die durchgeführten Ableitungen sind mit großer Sorgfalt durchgeführt worden und, selbst wenn sie sich zum großen Teil auf produktive Lohnarbeiter allgemein konzentrieren, haben sie wichtige Vermittlungsglieder der begrifflichen und systematischen Konkretisierung und Besonderung des Klassenantagonismus unter besonderer Berücksichtigung der "technischen Intelligenz" aus den Werken von Marx und Engels rekonstruiert, Vermittlungsglieder, die in den bislang vorliegenden Arbeiten keine hinreichende Beachtung gefunden haben (eine Ausnahme bildet das jüngst erschienene Sozialstrukturbuch von Tjaden/Tjaden-Steinhauer, wenngleich die Thematik und die Zielsetzung eine andere ist). Besonders gelungen erscheinen mir die Kapitel 2/4 und 3/3.

Allerdings ist bei aller grundsätzlichen Berechtigung seitens der Autoren, auf "begriffliche Unsauberkeiten" (53) anderer Arbeiten hinzuweisen, die sich aus der Vermengung der "logischen Ebene des 'Kapitals im Allgemeinen' mit der Darstellung empirischer Verhältnisse" ergibt (ebda.), festzuhalten, daß der Versuch einer konkreten Bestimmung von Klassenverhältnissen und der "wirklichen Entwicklung von Klassenbewußtsein", d.h. einer Zielsetzung, die die Autoren durch ihren Ansatz von vornherein ausgrenzen (238) auf die Einschätzung von " 'Faktoren' und 'Kriterien' " (49), mithin auf Begriffe der bürgerlichen Sozialwissenschaft und des gesellschaftlichen Scheins unabdingbar angewiesen ist. Die Gefahr einer unangemessenen Vermittlung der verschiedenen Argumentationsebenen und der unangemessenen Handhabung derartiger Begriffe ist hier in der Tat immer gegeben. Die Akribie, mit der die Autoren die Arbeiten der bezeichneten Theoretiker auf Vermischungen der Argumentationsebenen untersuchen, läßt sie allerdings mitunter selbst die Orientierung verlieren; so etwa, wenn sie Steiners These, die Intelligenz nähere sich zum großen Teil der Arbeiterklasse an, dahingehend deuten, als unterläge ein Teil des produktiven Gesamtarbeiters einer Proletarisierung, um sodann "begriffliche Unsauberkeit" zu bemängeln. Bezugspunkt der Steinerschen These ist indessen die Kategorie der bürgerlichen Sozialwissenschaft 'Bevölkerungsschicht': Intelligenz, die mit der marxistischen Kategorie der 'Produktionsverhältnisse' kontrastiert und durch diese aufgelöst wird. Daß sich die Proletarisierungsthese Steiners auf einen Teil des Gesamtarbeiters und damit auf die "logische Ebene des 'Kapitals im Allgemeinen' " bezieht (53), ist eine Behauptung der Autoren; offenbar als Resultat der Selbstbeschränkungen des eigenen Ansatzes, ein Ausdruck von projektiver Verallgemeinerung (S. 40 ff., ähnlich auch S. 200).

3.

Derlei Mißverständnisse berühren nicht eigentlich die Argumentationskette der Autoren. Allerdings legen sie die Frage nahe, welche Gründe die Autoren veranlaßt haben, der Diskussion von "Theoretikern aus dem Umkreis der Kommunistischen Parteien" einen so überraschend breiten Raum zuzumessen. Wichtiger dürfte folgender Einwand sein, weil er die Thesen der Autoren selbst trifft.

Der systematisch und didaktisch gute Aufbau der Argumentation mündet in einer, wenn auch knappen, Einschätzung der Politisierungsbedingungen der wissenschaftlich-technischen Lohnarbeiter. Das Kernproblem wird zu Recht nicht so sehr in der bewußten Manipulation der Produzenten als vielmehr in dem Umstand gesehen, daß die Kerngestalt der kapitalistischen Gesellschaft an ihrer Oberfläche notwendig in verkehrten Formen erscheint und den gesellschaftlich produzierten Subjekten den Einblick in die spezifische Formbestimmtheit ihrer Arbeit erschwert. Der beständige Zwang zur Ökonomisierung der lebendigen Arbeit führte jedoch zugleich zur umfassenden Herausbildung des Warencharakters der Arbeitskraft, was sich für die Betroffenen als Intensivierung der Arbeit, Entleerung der Arbeit von jeglichem Inhalt, Lohnsenkung etc. darstellt und im Zuge 'gravierender materieller und ökonomischer Veränderungen' dazu führt, daß die Schleier der Produktionsverhältnisse zerreißen. Dies gilt, so die Autoren, für die Masse der produktiven Handarbeiter ebenso wie für einen großen Teil der produktiven Kopfarbeiter. (Die Frage nach dem sachlichen Grund für die Beschränkung auf produktive Arbeiter taucht hier erneut auf.) Für jene Kopfarbeiter aber, deren Bewußtsein "aus besonderen Qualifikationen und einer gesonderten Stellung im Produktionsprozeß resultiert" (233), d.h. dort, wo es u.a. bedingt durch die besondere Stofflichkeit wissenschaftlicher Arbeit erst zu einer formellen Subsumtion der Arbeit gekommen ist, vermuten die Autoren, daß "die Bedingungen, Einsicht in die gesellschaftliche Form des Produktionsprozesses zu erlangen, zunächst von der inhaltlichen Seite der Arbeit geprägt" sind, "wie zum Beispiel der ahnungsvoll wahrgenommenen Differenz zwischen dem 'an sich' der Maschinerie und ihrer kapitalistischen Anwendung" (233). Daneben ist sogar von dem 'Zwang' der Produzenten die Rede, "über ihr Verhältnis zu der kapitalistischen Form der Produktion zu reflektieren" (232). Akzeptiert man diese These, so ist nicht mehr einzusehen, warum die Autoren so große Mühe darauf verwandt haben, in anderen Arbeiten zum Thema unfreiwillige Anleihen bei S. Mallet aufzuzeigen, denn sie argumentieren hier selbst mit Mallet und darüber hinaus mit A. Gorz. Anschließend heißt es jedoch wieder, daß das Erkennen der spezifischen Formbestimmtheit der Arbeit – vorausgesetzt, daß das "Interesse am relativ hohen Tauschwert ihrer (der Produzenten) Arbeitskraft dominierend bleibt" – solange erschwert ist, wie nicht "gravierende materielle und ökonomische Veränderungen" eintreten. Das weitgehende Fehlen derartiger Beeinträchtigungen bildet aber gerade das Merkmal dieser Gruppe ("besondere Qualifikation und gesonderte Stellung im Produktionsprozeß"). Folglich entfallen auch die Voraussetzungen für den besonderen Politisierungsprozeß dieser besonderen Gruppe.

4.

Der Blick geht zurück zur allgemeineren Frage, wie sich aus der Logik des Kapitals die Chance ergibt, daß die Produzenten die kapitalistische Produktion als solche dechiffrieren. Hier bleiben die Autoren außerordentlich vage, teils wegen des selbstgesteckten Rahmens

JÜRGENS BUCHLADEN
Politische Oekonomie
Theorie & Geschichte der Arbeiterbewegung
Politik
NATURWISSENSCHAFTEN
MEDIZIN PSYCHOLOGIE
SOZIOLOGIE ERZIEHUNG
1 Berlin 33 Königin-Luise-Str. 4o U-Bahnhof Dahlem Dorf

der Arbeit, teils wegen des insgesamt noch wenig entwickelten Diskussionsstandes dieser Probleme. Zwar liegen inzwischen eine Reihe empirisch orientierter Arbeiten zu diesem Problem vor. Die systematische Ableitung der Entstehung von Klassenbewußtsein steht jedoch noch in den Anfängen. Dies rechtfertigt jedoch kaum, daß die betreffenden Fragen in den Bereich der Empirie und in der vorliegenden Arbeit aus dem Text in die Anmerkungen verwiesen werden. (170, 173, 237) Es entsteht der Eindruck, als vollziehe sich die Entstehung von Klassenbewußtsein, eine krisenhaft verlaufende Ausbeutung der Arbeitskraft vorausgesetzt, spontan – etwa als "ahnungsvolle Wahrnehmung". Zwar ist von den Grenzen der Bewußtseinsentwicklung im gewerkschaftlichen Kampf die Rede (173). Erwähnt wird auch, daß "durch die Assoziationsformen sich weitere Bestimmungen von Bewußtseinsformen ergeben" (ebda.). Welches diese Assoziationsformen sind, bleibt jedoch im Dunkel.

Demgegenüber ist festzuhalten, daß zumindest bis auf den heutigen Tag die entscheidende Überwindung der Grenzen gewerkschaftlichen Bewußtseins durch die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse auf dem Boden des wissenschaftlichen Sozialismus vermittelt war, und zwar in dem Maße, wie sich die fortgeschrittensten Teile der Arbeiterklasse der herrschenden Klassen entgegengestellt und die Mystifikationen des Kapitalverhältnisses praktisch in Frage gestellt haben. Die politische Partei der Arbeiterklasse bildet offensichtlich ein Produkt kapitalistischer Widersprüche, das in seiner allgemeinen Existenzweise von nationalen, regionalen und lokalen, sowie historischen Besonderheiten relativ unabhängig ist. Somit scheint die Frage gerechtfertigt, ob nicht gerade auch in einer allgemein-systematischen Arbeit der Behandlung der Organisationsformen des Proletariats und vorab dem Verhältnis von Partei und Bewußtseinsentwicklung eine zentrale Bedeutung zugemessen werden muß. Dies gilt besonders (aber keineswegs nur dann), wenn – wie in der vorliegenden Arbeit – ausdrücklich nicht nur objektive, sondern auch subjektive Faktoren, hier: Bewußtseinsformen, untersucht werden. Sofern diese Fragen im weiteren Gang des Projekts nicht berücksichtigt werden, droht die Gefahr, daß die insgesamt fruchtbaren und anspruchsvollen Darlegungen der Autoren, weil entscheidende Vermittlungsglieder zur Empirie fehlen, diese zu einem bloßen Anhängsel der Theorie werden lassen und daß der intendierte Bezug zur gesellschaftlichen Praxis verloren geht.

Hellmuth Lange

NEUERSCHEINUNG IM VERLAG KÜBLER KG:

AIKE BLECHSCHMIDT: LÖHNE, PREISE UND GEWINNE 1967 - 1973

Materialien zur Inflation und „Lohn - Preis - Spirale"

– Wer macht die Inflation? Die Unternehmer, die Gewerkschaften oder der Staat? – Gibt es eine Lohn - Preis - Spirale? Oder eine Preis - Lohn - Spirale? – Welche Rolle spielen die Gewinne? – Können zu niedrige Lohnerhöhungen die Inflation anheizen? – Wie haben sich Löhne, Gewinne und Steuern in den letzten Jahren entwickelt?

ISBN 3-921265-04-5, Paperback, ca. 220 Seiten mit vielen Abbildungen, DM 9,80

VERLAG KÜBLER KG, 6840 Lampertheim, Postfach 242, Tel. 51055

Die Wahrheit

zielstrebig – direkt

Westberliner sozialistische Tageszeitung

Sie ist für dich – sie ist deine Zeitung!

Zu beziehen über Boten, Post und Kioske

Verlag: Zeitungsdienst Berlin
Verlags- und Druckerei-GmbH, Berlin 21, Kaiserin-Augusta-Allee 101

...hören Sie mal rot!

Arbeiterlieder

Ernst Busch 1
Lieder der Arbeiterklasse 1917–1933

30-cm-LP, stereo
Bestell-Nr. S 77 101, DM 22,–

Ernst Busch 2
Lieder des spanischen Bürgerkrieges

30-cm-LP, stereo
Bestell-Nr. S 77 102, DM 22,–

Ernst Busch 3

Busch singt und spricht Texte von Erich Kästner, und Erich Kästner liest Erich Kästner
30-cm-LP, stereo
Bestell-Nr. S 77 103, DM 22,–

Wenn's nach dir ging

Münchner Songgruppe
Serie Sieg 5
30-cm-LP, stereo
Bestell-Nr. S 88 104, DM 22,–

Brecht die Macht der Monopole

Die Conrads
Serie Sieg 4
30-cm-LP, stereo, mit Textheft
Bestell-Nr. S 88 102, DM 22,–

. . . hören Sie mal rot!

Arbeiterlieder-Festival '70
Deutsche Arbeiterlieder, live
Degenhardt, Fasia, Hüsch, Jäger
Kittner, Lerryn, Stütz, Süverkrüp
Die Conrads, Hamburger Songgruppe, Münchner Songgruppe
30-cm-LP, stereo
Bestell-Nr. S 66 201, DM 22,–

engagierte Folklore

Morning

Colin Wilkie & Shirley Hart gehören seit mehr als einem Jahrzehnt zu den beliebtesten Folksängern der englischen Tradition
30-cm-LP, stereo, mit Textheft
Bestell-Nr. S 88 107, DM 22,–

De una vez

Lieder der dritten Welt für eine einzige Welt von Ali Primera
Serie Sieg 6
30-cm-LP, stereo, mit Textheft
Bestell-Nr. S 88 106, DM 22,–

Chile

Lieder aus Chile mit der bekanntesten chilenischen Gruppe „Quilapayun"
Serie Sieg 7
30-cm-LP, stereo, mit Textheft
Bestell-Nr. S 88 105, DM 22,–

Life is just that way

Neue Polit-Folklore vom Altvater des englischen Folk
Alex Campbell
30 cm LP stereo mit Textheft
Bestell Nr. S 11 F 100
DM 22,–

Gesamtverzeichnis anfordern!

pläne

Verlag „plane" GmbH
46 Dortmund, Ruhrallee 62

SOZIALISTISCHE POLITIK

Politisch-ökonomische Analysen, Diskussion, Berichte und Dokumentation

22 (Febr. 73)

Jürgen Ostrowsky, Karl Unger: **Zur Theorie des Neokolonialismus und zur Spezifik des südlichen Afrika** / Richard Albrecht: **Zur gegenwärtigen Korsch-Renaissance in der BRD und Westberlin** / Karl Theodor Schuon: **Arbeiterbewegung und Wissenschaft.**

Dieter Boris: Zum revolutionären Prozeß in Chile / Bettina Gransow: Neue Entwicklungswege in der Politischen Ökonomie des Sozialismus / Aufruf der Comisiones Obreras an die internationale Arbeiterklasse.

23 (April 73)

Julian Quijada, Hans W. Rachdorf: **Zur sozio-ökonomischen Entwicklung Spaniens (II)** / Wilma Gensinger, Richard Albrecht: **Neuere Tendenzen der Widerstandsforschung in der BRD und Westberlin.**

Autorenkollektiv: 1. Mai und Aktionseinheit in Westberlin / Albert Engelhardt: Sozialistische Demokratie in der DDR / Peter Römer: Widersprüche im "Kapital" oder kapitalistische Widersprüche ? / Heinrich Heims: Friedliche Koexistenz und revolutionärer Prozeß.

24 (Juni 73)

Dieter Klein: **Die Jagd auf die "heilige Kuh" oder das Manöver "Lebensqualität"** / Kurt Zieschang: **Ursachen und Wesen des staatsmonopolistischen Kapilismus** /Michael Weber: **X. Weltfestspiele in Berlin** / Autorenkollektiv: **Widerspruch und Antagonismus im Sozialismus** / Autorenkollektiv: **Klassenstruktur und Klassenbewußtsein in der BRD.**

Volker Klohr: Antifaschistische Tarnschriften / Wilma Albrecht: Literatur und Widerstand.

25 (Aug. 73)

Hans W. Rachdorf: **Klassenkämpfe in Spanien (II)** / André Leisewitz, Wanja v. Heiseler: **Zu den ökonomischen Kämpfen und Bewegungen in der BRD im ersten Halbjahr 1973** / Winfried Wotschak: **Ökonomische Gesetze des Sozialismus** / Wilhelm Raimund Beyer: **Wie kommt das Proletariat in die Philosophie ?**

26 (Okt. 73)

Salvador Allende: **An das chilenische Volk** / Internationale Solidaritätskonferenz: **Ein Programm breiter Hilfsaktionen für Chiles Patrioten** / Lothar Peter: **Probleme und Tendenzen der Qualifikationsstruktur der Arbeiterklasse im staatsmonopolistischen Kapitalismus** / Christoph Ziegenrücker: **Probleme der Strukturentwicklung der Arbeiterklasse in der DDR.**

Hans Sarkander: Internationale Friedenspolitik und Westberlin / Wilma Gensinger, Richard Albrecht: Kurt Schumacher oder der Auftrag des sogenannten "demokratischen Sozialismus" / Rüdiger Mischkowski: Chinesische Außenbeziehungen / Hellmuth Lange: Klassenlage und Bewußtseinsformen technisch-wissenschaftlicher Lohnarbeiter im Allgemeinen.

27

erscheint Anfang Dezember

Zweimonatszeitschrift · Herausgegeben in Westberlin

Bezugsbedingungen

für die SOZIALISTISCHE POLITIK

Jährlich erscheinen insgesamt 6 Nummern. Der Preis des Einzelheftes beträgt DM 4,–, der des Doppelheftes DM 8,– zuzüglich Porto. Im ermäßigten Jahresabonnement beträgt der Preis des Einzelheftes DM 3,–, der des Doppelheftes DM 6,–. Das Jahresabonnement (6 Nummern) beträgt DM 18,– zuzüglich DM 2,– Porto, insgesamt also DM 20,–.

Die Lieferung der Ausgabe wird aufgenommen, sobald der Betrag für mindestens ein Kalenderjahr bezahlt wurde. Die Kündigungsfrist beträgt 6 Wochen zum Ende des Kalenderjahres. Eine ausdrückliche Verlängerung des laufenden Abonnements ist nicht notwendig.

Die Zahlung kann durch Bankscheck oder durch Überweisung auf das Postscheckkonto Verlag und Vertrieb SOZIALISTISCHE POLITIK GmbH, Berlin West 62010-107, vorgenommen werden. Der Eingang der Zahlung wird in aller Regel nicht bestätigt. Die Aufnahme der Lieferung gilt als Zahlungsbestätigung. Gesonderte Rechnungsstellung erfolgt nur auf besonderem Wunsch.

SOPO 1 – 4, 1. Jahrgang 1969 – vergriffen
SOPO 5 – 9, 2. Jahrgang 1970 – vergriffen
SOPO 10 – 15, 3. Jahrgang 1971 – vorrätig; außer SOPO 10
SOPO 16 – 21, 4. Jahrgang 1972 – vorrätig
SOPO 22 – 26, 5. Jahrgang 1973 – vorrätig

NUR MIT DIESER KARTE

erhalten Sie die Hefte der Jahre 1972 und 1973 für jeweils DM 15,– (statt DM 20,–) plus Porto. Jedes Einzelheft dieser Jahre sowie aus 1971 kostet mit dieser Bestellkarte DM 2,50 (statt DM 4,–) plus Porto.

Hiermit bestelle ich die SOZIALISTISCHE POLITIK / im Abonnement ab Nr. ..... / Einzelheft Nr. .....

Die Bezugsbedingungen sind mir bekannt. Den Betrag von DM 15,– / DM ..... / überweise ich / lege ich als Scheck bei.

.....
(Name) (Vorname)

.....
(PLZ Ort) (Straße)

.....
(Datum) (Unterschrift)

Verlag und Vertrieb
SOZIALISTISCHE POLITIK GmbH

1000 BERLIN 41
Postfach 270